

Gott

und die Welt

und ein bißchen ich

- Über das Unvermögen der Politik im allgemeinen
und der deutschen Politik im besonderen -

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Sprang, Burkhard:

Gott und die Welt und ein bißchen ich: Eisenbahn.

1. Aufl. - Britz: PS VERLAG, 2017. 364 S.

Umwelthinweis:

Dieses Buch wurde mit einem umweltfreundlichen Verfahren gedruckt.

2. Auflage 2018

© 2017 PS VERLAG
Alle Rechte vorbehalten.
Herstellung: PS VERLAG, Britz
www.psverlag.de

Danksagung

Mein herzliches Dankeschön für das mühevollle Gegenlesen der ersten Textfassung und die daraus erwachsenden hilfreichen Diskussionen, Hinweise und Ratschläge gilt vor allem meiner Frau Christiane, aber auch nachdrücklich Prof. Dr. Rüdiger Schade sowie Dipl.-Ing. Gerd Weißenfels und dessen Frau Brigitte.

Inhaltsverzeichnis

Und dennoch	7
Gott und die Welt.....	11
Jetzt ein bißchen ich!	22
Zwei deutsche Staaten.....	35
Wieder ein bißchen ich!	42
Eingesperrt oder geschützt?.....	55
Noch mal ein bißchen ich!	66
Brockenwanderung 1984.....	79
Leben – warum?.....	91
Grenzöffnung.....	95
Letztmalig ein bißchen ich!	104
Deutschland und Europa.....	124
Auch noch irdische Götter?	149
Deutschland unter die Lupe genommen.....	167
Wozu Kinder?	178
Lernen, lernen und nochmals lernen	191
Gute Besserung.....	207
Im Namen des Volkes.....	233
Straße kontra Schiene.....	241
TRANSRAPID.....	263
Schiffsverkehr.....	283
Flugverkehr.....	286
Opfervolk der Weltgeschichte?.....	294
Teuflisches Uran.....	304
Unser Planet wehrt sich.....	319
Diskussionsmaterial.....	335
Allerhöchste Zeit zur Besinnung.....	359

Und dennoch ...

Es ist mir nicht gelungen.

Nein. Ich habe es einfach nicht geschafft! ... Sehr, sehr schade!

Als ich vor einiger Zeit meine deutsche Staatsbürgerschaft symbolisch abgelegt hatte, glaubte ich, damit meine innere Ruhe und den verlorengegangenen »Seelenfrieden« wieder zu finden.¹ Aber nichts dergleichen geschah. Leider – das ist sehr bedauerlich. Woran könnte es nur gelegen haben? Ich vermute, es sind die unendlich vielen Kritikpunkte in unserem Alltag, die unser Leben unnötig erschweren und an deren Korrektur die Politiker mehr oder weniger immer wieder scheitern. Können sie es nicht oder wollen sie's nicht? Diese Frage kann ich nicht eindeutig beantworten. Es kommt bestenfalls ein peinliches »Nein« oder »Sie wissen nicht so recht, was sie wollen« heraus. Trotzdem sind sich die politischen Kräfte weltweit in einer Zielstellung immerfort einig – sie wollen Macht und alle damit verbundenen Vergünstigungen erlangen oder bewahren, oft sogar mit brutaler Gewalt. Ein ums andere Mal erzürnen mich hierbei unsägliche Machtkämpfe, widerliche Menschenverachtung, verlogene Darstellungen, erfundene Behauptungen, mangelnde Gerechtigkeit, unlogische Sachverhalte oder träge Entscheidungsfindungen. So habe ich oft verzweifelt nachgedacht und gegrübelt, mühsam nach Lösungen gesucht und gelegentlich – also nicht in allen Fällen – auch geeignete Wege wenigstens ideell andeuten können. Einige dieser Überlegungen biete ich Ihnen nun zum gedanklichen Streit an. Ich bin gespannt, was für eine

¹ Näheres in „Sprechen Sie etwa noch Deutsch?“ IFB Verlag Deutsche Sprache (ISBN 978-3-942409-58-2)

Meinung Sie, liebe Leserinnen und Leser, dazu vertreten und welche Diskussionen sich daraus entwickeln könnten. Wird es heiß hergehen?

Fragt man jemanden, wie es denn bei einer Geburtstagsfeier oder einem Klassentreffen war, dann hört man oft die Antwort: »Ach, es war ganz lustig. Wir haben über Gott und die Welt geredet.« Gott und die Welt – damit meint man, alles Mögliche kam mehr oder weniger zur Sprache. Und genauso ist es in diesem Buch; kein Thema ist von vornherein ausgeschlossen. Wie bei Feierlichkeiten gibt es aber auch hier keinen geordneten Programmablauf nach dem Motto: Erstens, zweitens, drittens... Wie soll man auch über all die Dinge des Lebens ein Ordnungsprinzip erstellen, dessen Systematik und Bedeutung jeder Mensch so und nicht anders sieht? Das ist nicht zu schaffen.

Der letzte Teil des Buchtitels lautet: ... und ein bißchen ich! Damit kündige ich an, daß ich auch über meinen Lebenslauf berichten werde. Schließlich möchten Sie, liebe Leserinnen und Leser, erfahren, wer Ihnen auf den vielen bedruckten Seiten etwas mitzuteilen gedenkt. (Wem meine Vita Wurscht ist, kann diese Abschnitte hopp hopp überblättern, denn sie sind – in kursiver Schrift gesetzt – leicht zu erkennen.)

Da ich dem unsinnigen Genderwahn in großem Bogen ausgewichen bin, werde ich Sie im weiteren Text nur mit der Formulierung »Liebe Leser« ansprechen und meine damit beide Geschlechter – und das natürlich absolut gleichberechtigt. Die angeblich geschlechtergerechte Schreibweise mit großem Binnen-I [LeserInnen], mit Schrägstrich [Leser/innen], Unterstrich [Leser_innen], Klammer [Leser(innen)] oder mit Sternchen [Leser*innen] ist wirklich nur alberner Firlefanzen, der von den tatsächlichen Problemen ablenkt. Viel wichtiger als das geistesverwirrte »Gendern« ist das Erreichen und Ein-

halten des im Grundgesetz versprochenen Rechts: Für gleiche Arbeit gleicher Lohn. Auch die beruflichen Chancen müssen angeglichen werden, das heißt, in den Vorstandsetagen vieler Konzerne müßten einige wichtigtuere Männer (oft mit selbstsicherem Auftreten bei kompletter Ahnungslosigkeit) durch kompetente Frauen ersetzt werden. Solche Möglichkeiten zur Verbesserung der Unternehmensführung sind oft durchaus zu finden. Man muß nur wollen!!!

Die Beantwortung der Frage, ob Firmen mit Tochtergesellschaften der Gerechtigkeit halber auch Sohngesellschaften gründen sollten, überlasse ich den Feministen.

Liebe Leser, es ist Ihnen sicher schon aufgefallen, daß ich die Rechtschreibreform, die nach jahrelangem Hickhack im August 2006 in Kraft trat, vernünftigerweise ignoriere und bei der traditionellen Rechtschreibung bleibe – so, wie ich es einst in der Schule gelernt habe, so, wie es in meinem über 1.800 Seiten starken Duden vom September 1989 steht und so, wie es im überwiegenden Teil der Bücher in meinen Schränken und Regalen zu lesen ist. (Sollte ich etwa all die »falsch« geschriebenen Bücher nun entsorgen, nur um der Dudenredaktion einen Gefallen zu tun?)

Bei mir ist nach wie vor von Schiffahrt oder Stilleben die Rede, und auch Nuß, Kuß, Schluß sind bei mir immer richtig.

Als besonderes Ärgernis empfinde ich die zunehmende Zahl unnötiger Anglizismen, die unsere Sprache überfluten, verwässern und langfristig erheblichen Schaden an unserem wichtigsten Kulturgut anrichten.

Warum gibt es in Deutschland nur Highlights, aber keine Höhepunkte oder Glanzlichter? Wieso geht man shoppen und nicht einkaufen, weswegen wer-

den für herausragende Leistungen keine Preise mehr verliehen, sondern nur noch Awards, aus welchem Grunde wird keine Rasiercreme »Für Männer«, dafür jedoch »for men« angeboten, weshalb gibt es keine Freiluft-Veranstaltungen, sondern Open-Air-Events, wozu verkehren zwischen A und B lediglich Shuttle-Busse und keine Pendel-Busse? (Diese fragende Vergleichsliste könnte stundenlang auf diversen Seiten weitergeführt werden.)

Wenn ein Geschäft oder Lokal bei uns geschlossen ist und an der Tür verkündet ein Schild »Sorry, we're closed«, dann heißt das bestimmt »Entschuldigung, wir sind auf'm Klosett«. Doch wen interessiert das schon? Schwieriger ist die Frage zu beantworten, wofür eine After Shave Lotion zu verwenden ist. Der Duden erklärt eindeutig: *After: hinterer, der Ausscheidung dienender Ausgang des Darms.* Auweia! Und was um Himmels willen ist denn nun eine After-Show-Party? Wer kann das erklären? – Vielleicht können uns hierbei die Proktologen helfen?

Um einen weiteren Anstieg der Wohnungseinbrüche zu verhindern, wurde bei der Hamburger Polizei eine SOKO »Castle« gebildet. Ein deutsches Wort dafür fiel den HH-»Bullen« schon nicht mehr ein. Das ist schlicht und ergreifend ein Zeichen geistiger Verblödung. Und das mit staatlicher Erlaubnis oder gar auf Grund einer Anordnung. So kann ich mich jeden Tag aufs Neue ärgern und Sie, liebe Leser, könnten sich über meinen vorgelegten Text ärgern. Also los denn – ärgern wir uns gemeinsam!



Gott und die Welt

Gott? Was ist das, wer verbirgt sich dahinter? Gibt es so etwas überhaupt? Die Gläubigen sagen JA, die anderen sind vom NEIN überzeugt. Beweisen kann keine Seite die Richtigkeit der eigenen Meinung. Deshalb spricht man auch vom Glauben – man glaubt, aber man weiß es nicht. Es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde, die wir nicht erklären können. Soll man sie Schicksal nennen oder Zufall – oder gar höhere Macht?

Ich bin in einer leicht gläubigen (man beachte: zwei Wörter!) Familie aufgewachsen. So wurde ich selbstverständlich getauft. Nichts kann man dagegen unternehmen, denn als Säugling wird man nicht gefragt. Auch bei der Konfirmation (na, meinetwegen) habe ich »stillgehalten«. Doch nach rund 20 Jahren zunehmenden Glaubensverlusts habe ich mich für den Austritt aus der evangelischen Kirchengemeinde entschieden. Nun bin ich Nichtchrist, Kirchenloser, Konfessionsfreier, Atheist, Ungläubiger oder Heide – ganz wie Sie wollen. Allerdings würde ich mich niemals als Agnostiker bezeichnen.

Wie ist eigentlich der Glaube an einen Gott entstanden? Für mich gibt es dafür eine einleuchtende Erklärung: Gewitter um den Planeten Erde waren schon vor vielen tausend Jahren als Naturerscheinung wahrzunehmen. Den damals vergleichsweise noch ungebildeten Menschen flößten die am Himmel grell zuckenden Blitze und der krachende Donner ungeheure Ängste ein. Es ist fast nachzuvollziehen, wenn man glaubte, da oben sei jemand; ein unbekanntes Wesen, das den Menschen zürnt, weil sie wohl etwas falsch gemacht haben.

Eines Tages kam einem »windigen Tüftler« eine großartige »Geschäftsidee« in den Sinn. »Ja«, verkündete er heuchlerisch, »da oben im Himmel gibt es einen über die Menschheit wachenden Gott. Er ist unser Schöpfer«, so zelebrierte der machtheischende Schlaumeier, »und dieser hat mich beauftragt, auf Erden dafür zu sorgen, daß die Menschen ihn würdigen und ehren, ihm vertrauen und keine Gotteslästerungen ausstoßen. Dann werden die Gläubigen in Frieden leben können.« Doch nicht genug damit: Ihnen wurde versprochen, daß sie später im Jenseits für ihre Gottergebenheit reichlich belohnt würden. Die Zahl der »Hirten« wuchs schnell an, denn viele wollten von der erlogenen Macht durch Missionierung und Opfereintreibung etwas abbekommen.

Die Glaubensmär verbreitete sich Schritt für Schritt, bis sie auch den entlegensten Winkel der Erde erreicht hatte. Dabei entstanden unterschiedliche Religionsbilder mit anderen Geschichten und »Märchenbüchern«. Selbst die Götter bekamen verschiedene Namen. In den europäischen Regionen hatte sich vor allem der christliche Glaube etabliert, doch es gab immer wieder Verweigerer des unterwürfigen Glaubens. Diese wollten nicht gefügige Schäfchen sein, die von christlichen Hirten dirigiert werden. Nun kamen Gewalt, Mord und Totschlag ins Spiel. Im Jahre 1095 rief Papst Urban II. zum Krieg gegen die »Ungläubigen« auf. Während dieser berühmten Kreuzzüge töteten die »Soldaten Gottes« im Namen des Christentums unzählige Menschen. Mit der Inquisition schuf die katholische Kirche eine Einrichtung, die mit großer Härte und grausamen Untersuchungsmethoden gegen Abweichler vorging. Religiöse »Irrlehren« wurden im Mittelalter gnadenlos verdammt. Jahrhundertlang hat die Inquisition Abtrünnige, Ketzler und Hexen verfolgt, gejagt, gefoltert und sogar auf Scheiterhaufen furchteinflößend ver-

brannt. Wer den Roman »Der Name der Rose« des Italieners Umberto Eco gelesen oder die filmische Umsetzung gesehen hat, dem sind sicher noch mehrere erschreckende Details aus dieser Zeit in Erinnerung. Menschenachtung oder gar Nächstenliebe – von der Kirche gern benutzte Begriffe – sind nirgends zu erkennen. Es zählt allein die Macht!

In der christlichen Religion haben sich zwei Glaubensrichtungen entwickelt – die Katholiken mit dem Papst, ihrem als irdischem Stellvertreter Jesu Christi eingesetzten Oberhaupt, und die Protestanten mit verschiedenen evangelischen Kirchengemeinschaften. Die glaubenswilligen Christen können wählen, ob sie sich zur katholischen oder zur protestantischen Kirche bekennen wollen – eine Wahl zwischen Kindesmißhandlung oder Alkoholismus. (Welcher Teufel hatte Bischöfin Margot Käßmann nur geritten, als sie mit 1,54‰ Blutalkohol eine rote Ampel überfuhr?) So jedenfalls würden sich Satiriker und Kabarettisten, in deren Rolle ich mich hineinversetzt habe, spöttisch äußern. Und sie sollen das auch, weil Übertreibung berechnete Kritiken verstärkt und Vorwürfe eher beherzigt sowie Mißstände zügiger beseitigt werden. Denn was ist ein Glauben noch wert, wenn er seine Glaubwürdigkeit verliert?

Die Machtgelüste der Kirchenoberen sind bis in unsere Gegenwart erhalten geblieben. Warum sonst gäbe es die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten in Nordirland? Warum wurden in Ägypten koptische Christen von Islamisten verletzt und getötet? Warum kämpfte im religiösen Sudan der arabisch-muslimische Norden gegen den christlichen Süden? Warum kommt es immer wieder mordgierig zu christlich-muslimischen Kontroversen in Nigeria? Warum werden Christen in Pa-

kistan verfolgt? Nur ein paar Beispiele von viel zu vielen religiösen Kämpfen in unseren Tagen, bei denen es letztlich immer wieder um Macht, Einfluß und Geld geht.

Besonders gefährlich erscheint mir – durchaus mit Einschränkungen – die Religion des Islam, die von ihren Anhängern, den Moslems, die völlige Hingabe an Allah erwarten oder gar erzwingen. Der Tod für Gott ist unser nobelster Wunsch, ist dort zu hören. So wird ein zerstörerischer, tödlicher Fanatismus geschürt, der blindwütige Selbstmordattentäter hervorbringt. Diese opfern ihr Leben, weil sie verblendet glauben, daß der heilige Allah ihre Tat in einem zweiten, besseren Leben reichlich belohnen werde. Welcher Gott – sollte es denn einen geben – würde Selbstmorde als Beweis der Untergebenheit wünschen? Das wäre doch absoluter Schwachsinn.

Im Zusammenhang mit dem Leben kommt mir eine Überlegung in den Sinn, von der ich während meiner Schulzeit gelesen habe und die im Westteil Deutschlands eher unbekannt ist. Damit auch dort nachträglich etwas gelernt werden kann, erwähne ich kurz eine Passage.

Der Roman »Wie der Stahl gehärtet wurde« von Nikolai Ostrowski gehörte an DDR-Schulen zur Pflichtlektüre. Irgendwann macht sich in diesem Buch der Protagonist Pawel Kortschagin Gedanken über das Leben und kommt zu folgendem Schluß:

»Das Kostbarste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben, und leben soll er so, daß nicht sinnlos vertane Jahre ihn schmerzen, daß nicht Scham um eine schäbige und kleinliche Vergangenheit ihn brennt und daß er im Sterben sagen kann: Mein ganzes Leben und all meine Kräfte habe ich hingegeben für das Schönste der Welt – den Kampf um die Befreiung der

Menschheit. Und er soll sich beeilen mit dem Leben, kann doch eine dumme Krankheit oder irgendein tragischer Zufall es ihm nehmen.»

Auch wenn man den im Roman geschilderten Situationen und Entscheidungen nicht in allen Punkten zustimmen kann (so wird die Bedeutung der Partei maßlos übertrieben), ist doch die Aussage über das Leben des Nachdenkens wert. Selbstmord ist keine dumme Krankheit und hat auch nichts mit einem tragischen Zufall zu tun. Nein, Selbstmord kann menschenverachtend sein, erst recht, wenn man viele lebenswillige Menschen mit in den Tod reißt. Hier werden naive Gläubige von der religiösen Obrigkeit mißbraucht, um deren Einfluß zu stärken und Ängste zu verbreiten. So sollen zur Aufmüpfigkeit tendierende Menschen eingeschüchtert werden. All das dient den obersten geistlichen »Würdenträgern« zur Erhaltung ihrer Macht und eines Lebens in Luxus. (Motto: Unten sparen, oben prassen oder »Sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein.«) Im Jahre 2013 stand hierbei der Limburger Bischof an vorderster Front. Manche werden behaupten, er sei eine bedauerliche Ausnahme. Leider nicht. In Limburg hat nur das »Vertuschen« des Machtmißbrauchs nicht richtig funktioniert.

In Deutschland finanziert jeder Steuerzahler – egal ob gläubig oder nicht – die Gehälter der Kardinäle, Bischöfe, Priester und Pfarrer. Neben der Kirchensteuer erhält die christliche Kirche auch noch staatliche Zuwendungen. Diese Pflichtzahlungen (sogenannte Dotationen), deren Umfang jährlich steigt, haben historischen Hintergrund. Sie stammen aus der napoleonischen Zeit und sind Ersatzleistungen dafür, daß damals Ländereien von Kirchenfürsten an weltliche Fürsten übergingen. Bis auf die von jeher kirchenfernen Hansestädte Hamburg und Bremen zahlen alle Bundesländer jährlich insge-

samt weit über 400 Millionen Euro an die Kirchen – katholisch und evangelisch. Beim Kassieren sind sich die Kirchen einig, na klar! Das alles paßt aber nicht in die heutige Zeit; über 200 Jahre alte Verträge müssen abgelöst werden.

Abgesehen von einer Liquidierung überalterter Verträge ist eine strikte Trennung von Staat und Kirche erforderlich. Die noch häufig anzutreffende starke »Verbandelung« zwischen diesen beiden Machtblöcken – ähnlich wie zwischen Politik und Wirtschaft/Kapital – muß gelöst werden. Glauben ist Privatsache, da sollte sich der Staat heraushalten. Deshalb hat auch Religionsunterricht nichts an staatlichen Schulen zu suchen. Diesen muß die Kirche schon selbst organisieren und finanzieren. Trotz garantierter Religionsfreiheit sollte die Kirche nur bedingt missionieren. Sie darf auch in keiner Weise privilegiert werden und zunehmend Kindertagesstätten, Krankenhäuser und Schulen in christlicher Trägerschaft dirigieren. Dafür hat das Staatswesen verantwortungsvoll zu sorgen. Religionsführer dürfen keine politische Macht haben! Die Kirche wäre sonst ein störender Staat im Staate.

Bis Mitte der 1970er Jahre wurden in der BRD uneheliche Kinder in kirchlichen Säuglingsheimen, besonders der katholischen Kirche, »aufbewahrt«. Wegen ihrer Unehelichkeit brandmarkte man die kleinen Wesen als »Kinder der Sünde« und beschimpfte sie als Bastarde. Unruhige Kinder wurden in den Heimen gefesselt oder mit Medikamenten ruhiggestellt. Statt liebevoller Behütung züchtigte man sie und schlug mit einem nassen Waschlappen oder einer Windel ins Gesicht. Keiner sorgte sich um die Kinder, sie waren auf sich allein gestellt. So blieben sie zurück und verkümmerten seelisch. Die heute Erwachsenen leiden noch immer unter ihren Kindheitserinnerungen.

Begriffe wie Schuld und Sühne werden von der Kirche nicht wahrgenommen. Und das Wort Nächstenliebe wird mit Füßen getreten. Das macht mich alles sehr wütend!

Kirchenkritiker sind der Meinung, die Kirche taue nicht als Wertevermittler. Die Bibel ist über 2.000 Jahre alt, was will man da vermitteln? Die Kirche jedoch glaubt daran, daß sie bei der Orientierung helfen kann. Warum nur sind heute noch viele Menschen gläubig? Warum brauchen sie einen sogenannten Gott als »Stütze«? Ist es mangelndes Selbstwertgefühl des Einzelnen, sind es Ängste vor dem alltäglichen Leben oder besonders die Furcht vor dem Tode? Diese Menschen sind bedauernswert, denn man muß sich nicht fürchten. Jeder stirbt eines Tages, obwohl er – falls keine unerträglichen Leiden zu erdulden sind – gerne weiterleben möchte. Plötzlich und unerwartet oder nach einer langen qualvollen Siechphase ist aber alles endgültig aus und vorbei. Natürlich ist das schwer oder gar nicht vorstellbar. Deshalb hoffen viele vage auf ein Weiterleben im ewigen Jenseits. Angeblich sind schon auf Erden himmlische Boten als Helfer und Tröster zur Stelle. Laut Umfragen glauben zwei Drittel der Deutschen an Schutzengel, jeder Zehnte will schon einmal ihre Nähe gespürt haben. Wie deutet man einen Beinah-Unfall? Glück gehabt oder hatte ein Engel seine Hände schützend im Spiel? Für mich sind derartige Gedankengänge geradezu unverständlich!

Sollen die Menschen doch glauben was sie wollen. Wenn sie damit selbstsicherer das Leben meistern, wenn dadurch Menschlichkeit und Barmherzigkeit ihr Handeln bestimmen, dann ist gegen religiösen Glauben absolut nichts einzuwenden. Und wenn er das Sterben erleichtert – warum nicht? Unklar ist für mich jedoch die sogenannte Beichterei in der katholischen Kir-

che. Da werden Sünden begangen – egal welchen Ausmaßes – und man setzt sich in den Beichtstuhl, um reuig um Vergebung zu betteln. Dann vergibt der Beichtvater im Namen Gottes großzügig, und alles ist wieder in Butter – bis zum nächsten Mal. Was für ein Theater!

Der Glaube hat zwei Gesichter, ein mildtätiges, das Hoffnung vermittelt und Trost spendet. Das andere Gesicht jedoch wird zur Fratze, wenn es in die Hand von Despoten gerät.

Am Schluß einer Fernsehsendung verabschiedete sich vor geraumer Zeit ein Weihbischof mit den seelsorglichen Worten: »*Gott liebt Euch.*« Das erinnert mich doch ein wenig an den ehemaligen Stasi-Chef Mielke, der einst log: »*Ich liebe Euch doch alle.*« Was für eine Liebe scheinbar überall. Tatsächlich aber wird weltweit geheuchelt und gelogen, daß sich die Balken biegen. (Zum Thema Glauben erwartet den Leser später im Buch weiteres Disputmaterial.)



Warum leben wir eigentlich, wenn es sowohl mit als auch ohne Glauben möglich ist? Ja, warum nur? Worin besteht der Sinn des Lebens? Die meisten Menschen, hoffe ich, haben sich darüber schon oft Gedanken gemacht. Sie auch, liebe Leser? Dann schreiben Sie doch mal auf, zu welchem Ergebnis Sie gekommen sind. Die nächste Seite ist dafür extra freigelassen. Wer sich die Frage noch nicht gestellt hat, sollte es kurzfristig tun. Man lebt bewußter, wenn man weiß, warum man lebt. Meine persönliche Schlußfolgerung, von deren Richtigkeit ich überzeugt bin, teile ich Ihnen später an einer unauffälli-

gen Stelle im Buch mit. Vielleicht kann ich Ihnen damit helfen. Oder ich muß feststellen, daß ich den Stein der Weisen noch immer nicht gefunden habe. Doch nun haben Sie das Wort. Frisch gewagt ist halb gewonnen. Bitte sehr, liebe Leser!

Ihr Text ...

In Erinnerung an Dr.-Ing. Norbert Grüger

Vom vertriebenen Ostpreußen

über den sächsischen Studenten

und den Berliner Regie-Kameramann

zum Autor im brandenburgischen Land

▪ Aber (fast) immer Deutscher ! ▪

Jetzt ein bißchen ich!

Vom ersten Atemzug bis zum Abitur

Im September des Kriegsjahres 1941 erlaubte ich mir, die Welt mit meinem Erscheinen zu beglücken. Meine Geburtsstadt war das ostpreußische Königsberg. Da meine Mutter mit mir als Dreijährigem diese Stadt auf Grund der Kriegereignisse fluchtartig verlassen mußte, konnte ich die Bezeichnung »Heimatstadt« für Königsberg nicht mehr vergeben. Mit 3 Jahren bildet man gerade die ersten Wurzeln, die aber noch nicht in der Lage sind, sich ins Erdreich zu bohren, um eine heimatliche Verwurzelung zu erlangen. So bleibt Königsberg »nur« meine Geburtsstadt, ein Ort, den ich bis heute nicht wieder gesehen habe. Leider. Fürchte ich mich vor einer Enttäuschung, obwohl ich mich an nichts erinnern kann? Wir müssen in der Nähe des Nordbahnhofs gewohnt haben. Ein einziges Foto hat sich hierzu in meinem Gedächtnis verhakt. Da steht mein Vater mit mir während seines Fronturlaubs im Armeemantel mit Dienstgrad eines Oberfeldwebels auf einer Brücke, die sich über die Gleisanlagen spannt. Mehr fällt mir aus jener Zeit nicht ein.

Wie mir berichtet wurde, war ich als Kleinstkind ein schlechter Esser. Beim Füttern mußte mich meine Mutter auf den Arm nehmen und durch die Wohnung tragen. Aber ich schluckte den in den Mund gemogelten Brei nicht runter, sondern machte dicke Backen. Erst am Fenster, wenn ein Auto vorbeifuhr, wurde geschluckt. Dann konnte ich eine wichtige Erkenntnis bekanntgeben und »Auto« rufen. Doch für normale Autos hielt der Eifer nicht lange an, da mußte schon ein gelbes Postauto kommen oder gar die Feuerwehr. Auch bei Flugzeugen funktionierte mein Mitteilungsdrang, wenngleich jene damals höchst selten zu bestaunen waren. Ich

zeigte nach oben und rief »Plieba«, was soviel wie »Flieger« heißen sollte. Einige Monate später, noch deutlich vor der Einschulung, konnte ich das Wort »Flugzeug« fehlerfrei und ohne Schwierigkeiten aussprechen. Eine bemerkenswerte Leistung, die heutzutage viele Erwachsene nicht vorweisen können. Wenn ich dann höre: »Der Flieger ist nicht gegangen.«, denke ich kopfschüttelnd: »Dann tretet doch dem Piloten in den Hintern, damit er endlich einsteigt, die Motoren oder Triebwerke warmlaufen läßt und nach den geforderten Überprüfungen in der Kanzel (manche verstehen nur Cockpit) zügig von der Betonpiste abhebt.« Na? Geht doch! Und was soll die Aussage: »Der Flieger war voll!« Alkohol ist doch für Piloten verboten. Oder?

Ich bin in bürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen. Mein Vater wollte nach erfolgreicher Banklehre seinen beruflichen Weg bei einem Geldinstitut bestreiten. Doch im September 1939 begann der 2. Weltkrieg, bei dem mein Vater – verdammt noch mal – von Anfang an als Soldat der Infanterie in Polen, in Frankreich und später an der Ostfront sein Leben riskieren mußte. Die berufliche Karriere wurde somit erst einmal aufs Abstellgleis geschoben. Meine Mutter war Stenotypistin, ein Beruf, der heute nicht mehr bekannt ist. Es handelt sich dabei um eine Art Sekretärin, die Stenographie und Maschineschreiben beherrscht.

Anfang Januar des Jahres 1945 war es dann soweit. Der durch die Niederlagen nicht mehr aufzuhaltende Rückzug der deutschen Truppen von der sowjetischen Front (anfangs beschönigend Frontbegradigung genannt) führte dazu, daß auch die Zivilbevölkerung die Flucht gen Westen antreten mußte. Meine Mutter machte sich nun mit mir und meiner Großmutter auf den ungewissen und gefährvollen Weg. Pferdefuhrwerk oder gar ein Auto besaßen wir nicht. Also mußten wir uns vor allem auf die Eisenbahn verlassen. Die Fahrpläne galten jedoch schon längst nicht mehr.

In diesem Durcheinander hieß es geduldig, aber voller Unruhe warten, warten, warten. Kommt heute noch ein Zug oder wenigstens morgen? Werden es Personenwagen sein oder Güterwagen? Ist in den Güterwagen vielleicht ein wenig Stroh? Dann wär's ja fast erstklassig. Und das alles bei des Winters Kälte, bei der gottverdammten Eiseskälte. Übernachten in überfüllten Bahnhofsgebäuden oder in ungeheizten Eisenbahnwaggonen. Egal, Hauptsache weg! Die Russen kommen!

Von dem ganzen Chaos der Flucht, vom Hasten ums Überleben habe ich nichts, absolut nichts mitbekommen. Ich muß mich instinktiv wie mit einem Kokon umhüllt haben, damit ich nichts vom Treiben der vielen Tausend Flüchtlinge sehen und hören konnte. Vielleicht war dieses Schutzgespinnst der Grund dafür, daß ich eine Art Spätzünder geworden bin. Es soll ja Menschen geben, die mit zwanzig Jahren ihre Lebenserinnerungen aufschreiben und veröffentlichen. Ich dagegen hatte bereits das Rentenalter erreicht, ehe ich mir überhaupt Gedanken darüber gemacht habe, ob ich etwas über mein Erlebtes schreiben sollte. Eines ist mir zudem völlig unklar geblieben. Wie hatten wir uns während der Flucht eigentlich verpflegt? Viel Geld hatten wir nicht, und die Gaststätten reichten bei den hungrigen Massen gar nicht aus. Gab es damals überhaupt Currywurst- oder Bockwurststände? McDonald's und Döner waren jedenfalls unbekannt. Es ist mir schier unbegreiflich, wie wir das alles überlebt haben. Nein, ich kann es nicht nachempfinden. Nachträglich meiner Mutter ein Riesenlob für das Sorgen, auf daß wir nicht verhungert sind.

Nach mehreren Tagen hatten wir aufatmend endlich Danzig erreicht. Doch hier machte meine Oma schlapp. Die ganzen Entbehrungen und Anstrengungen waren zu viel für sie. Meine Mutter hatte in irgendeinem Hospital oder Sanatorium oder Pflegeheim (ich weiß es nicht genau) in der fremden Stadt Danzig ein Bett organisiert, wo sich unser erschöpftes Familienmitglied erholen sollte. Sogar eine

»Täubchensuppe« war irgendwie beschafft worden (das Wort hat sich bei mir eingeprägt, denn ich habe es während meiner Kindheit in vielen Erzählungen gehört), und es sah so aus, als würde meine Oma wieder zu Kräften kommen. Die Täubchensuppe schien Wunder zu wirken. Es war aber nur ein kurzes Aufflackern, dann starb sie doch an völliger Erschöpfung. Meine Mutter mußte sich nun bemühen, wenigstens eine bescheidene Beerdigung zu arrangieren. Unvorstellbar bei dem Flüchtlingsdurcheinander in der Fremde! Was Abertausende von Frauen damals und Millionen in der Nachkriegszeit geleistet haben verdient einfach nur Hochachtung. Ich ziehe symbolisch den Hut. Danke, ihr tapferen Frauen!

Im Hafen von Danzig wollte meine Mutter die weitere Flucht auf einem Schiff fortsetzen. Der Andrang indes war so gewaltig, daß es ihr nicht gelang, mit mir auf einen der Dampfer zu kommen. Vielleicht war das unser Glück. Wie später bekannt wurde, sind beim Versenken von Schiffen tausende Flüchtlinge in den eiskalten Fluten der Ostsee umgekommen. Nach etwa einem Monat ab Königsberg hatten wir per Reichsbahn endlich das kleine Städtchen Radeberg vor den Toren Dresdens erreicht. Hier lebte eine Familie, mit der wir um mehrere Ecken verwandt waren, und so glaubte meine Mutter, in diesem Umfeld eher Fuß fassen zu können. Auch dieser Glaube war letzten Endes nicht viel wert, obwohl jene Familie sehr »fromm« war.

Noch war der 2. Weltkrieg nicht beendet. Somit mußten wir erleben, wie in der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 – nur etwa 15 km Luftlinie von uns entfernt – das Inferno über Dresden hereinbrach. Das anglo-amerikanische Bombardement auf eine Stadt ohne bedeutsame Rüstungsindustrie und ohne Wehrmachtsanlagen war von einer Gewalt unvorstellbaren Ausmaßes. Die Luft zitterte vom ohrenbetäubenden Dröhnen der nicht enden wollenden Flugzeuggeschwader und

der nächtliche Himmel schien im Widerschein der lodernden Straßenzüge in gleißendem Rot zu glühen. Ja, sie waren schon mutig, zunächst vor allem die Briten, dann aber auch die Amerikaner. Keine Gegenwehr befürchten müßend warfen sie ihre Bombenfracht ab – vielleicht sogar im Gefühl eines nachträglichen Silvesterspektakels. Daß dabei Tausende unschuldige Kinder, Frauen und alte Männer den Tod fanden und wertvolles Kulturgut in Schutt und Asche gelegt wurde, nahmen sie gelassen hin. Friedliebende Amerikaner? Von wegen! An anderen Stellen im Buch werde ich mich darüber ausführlicher empören. Und Sie, liebe Leser, sollten jetzt erst einmal tief durchatmen.

Nachdem meine Mutter in Radeberg eine Bleibe für uns gefunden hatte, mußte sie sich um unser Überleben kümmern. Mein Vater war bei Kriegsende für mehrere Jahre in sowjetische Gefangenschaft geraten. Glücklicherweise fand meine Mutter im Büro der Möbelfabrik »Eschebach« bald Arbeit. Von den ersten Jahren der Nachkriegszeit sind mir zwei kleine, fast belanglose Begebenheiten im Gedächtnis geblieben, die zeigen, über welche Kleinigkeiten man sich freuen konnte und wie das Eßverhalten auf Dauer beeinflußt werden kann.

In der erwähnten Möbelfabrik hatte meine Mutter einen Verehrer, der ihr zu einem Weihnachtsfest einen selbstgebauten Roller für mich schenkte. Das war kein wackliges Holzgefährt, sondern ein komplett aus Metall gefertigter, schwarz lackierter »Renner« mit Hartgummibereifung. An das hintere Rad konnte ich mit dem Fuß einen »Bremshebel« an den Reifen drücken; am Lenkrad befand sich eine Klingel und ein von Hand zu betätigender roter Blechpfeil, mit dem ich meine beabsichtigte Fahrtrichtung anzeigen konnte. Ja, auf meinen Roller war ich sehr, sehr stolz. In der Nähe unserer Wohnung führte eine Brücke über die Eisenbahnanlagen. Der von dort zur unteren Ebene führende Fußweg wurde häufig

für Rollervergleiche mit Gleichaltrigen genutzt. Wer rollt am schnellsten und am weitesten, ohne mit dem Fuß nachzuhelfen? Nun befand sich am Rand der Bahngleise eine Ladestraße. Auf den Gleisen standen – zumindest damals – viele Güterwagen bereit, deren Achsschmiervorrichtung mir helfen sollte. Ich mußte nur, ähnlich wie bei einem kleinen Aschenbecher, einen Deckel hochklappen und ein Stöckchen in das Schmieröl eintunken. Je 3 Öltröpfchen an die Vorder- und Hinterradachse jongliert, und mein Roller war startklar. Ich brauche sicher nicht zu erwähnen, wer wohl die meisten Wettbewerbe gewonnen haben dürfte? Es stimmt schon: Wer gut schmiert, der gut fährt.

Meine zweite Erinnerung führt mich in ein Nachbardorf. Dort hatten meine Mutter und ich bei einem Bauern auf dem Feld geholfen –Kartoffeln gestoppelt, Rüben gehackt oder so ähnlich. Am Abend bekamen wir unter anderem je eine Stulle, dick mit Schmalz bestrichen und mit fettem Speck belegt. Die Bauersleute wollten uns damit sicher etwas Gutes zukommen lassen, doch mir bekam das nicht. Schon nach dem zweiten Bissen wurde mir schlecht; der Körper verweigerte undankbar die weitere Annahme und der Magen entleerte das ungewohnt Fremde. Seit dieser Zeit darf ich Speck und fettes Fleisch jeder Art nicht intensiv ansehen. Und wenn aus Versehen doch mal ein winziges Stückchen in meinen Mund geraten sollte, würgt es mich regelrecht, und das glitschige Fett muß unverzüglich entfernt werden. So habe ich über viele Jahrzehnte hinweg bis heute nicht gewagt, beispielsweise ein Eisbein in einer Gaststätte zu bestellen.

Es würde mich schon reizen, solch ein typisch Berliner Gericht zu testen, nicht nur, weil ich ab 1968 fast 35 Jahre in Berlin gelebt habe. Nein, ich habe sogar die vage Ahnung, daß es schmecken könnte. Welch Berliner Koch hat nun den Mut, sein zubereitetes Eisbeinmahl von mir einem Geschmackstest

unterziehen zu lassen? Dabei zählen nicht Größe und Menge (womit manche Gaststätten irrtümlich werben) – ausschlaggebend ist allein der Geschmack. Für mich ist ganz wichtig, alles von dem glibberigen Fett muß fein säuberlich entfernt sein. Das Erbspüree sollte eine geniale Würze vorweisen – was man darunter auch verstehen mag – und das Sauerkraut muß die Balance zur angenehmen, nicht übertriebenen Säure schaffen. Außerdem sollte es vor dem Servieren gut abtropfen, damit das Wettbewerbessen nicht im Krautwasser davonschwimmt. Wer traut sich, seine Kochkünste von mir bewerten zu lassen? Maximal würde ich aber nur drei Vergleiche vornehmen. Dann stünde es fest – wer ist der beste Eisbeinkoch Berlins oder gar ganz Deutschlands.

Nachdem ich eingeschult war und schon einigermaßen lesen und schreiben konnte, stand zu Silvester des Jahres 1950 plötzlich ein fremder, hagerer Mann in unserer Wohnung. Es war mein Vater, der endlich aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimkehrte. Er hatte nach den Frontkämpfen auch die strafenden Torturen der Gefangenen glücklicherweise überlebt. Zum ersten Mal sah ich ihn nun bewußt mit allen Sinnen. Fremder oder »vertrauter« Vater? Obwohl wir es versucht haben, ist es uns über die Jahre hinweg nicht gelungen, ein normales Vater-Sohn-Verhältnis zu schaffen. Selbstredend war mein Vater mit der Erziehung eines heranwachsenden Knaben überfordert. Und ich für mein Teil trieb auch so manchen Unfug. So entsinne ich mich an eine Eisschollenfahrt bei leichten Minusgraden auf der Röder, einem kleinen Fließchen, das sich durch Radeberg schlängelt. Daß man dabei abrutschen oder ein Eisstück abbrechen kann, ist einleuchtend. So kam ich, es war schon dunkel, bibbernd mit vereisten Hosenbeinen nach Hause. Als Erziehungsmaßnahme fiel meinem Vater lediglich eine Tracht Prügel ein, worüber meine Mutter nicht begeistert war. Zwischen uns Männern war jedenfalls eine

gewisse Fremdheit fast immer vorhanden, vielleicht auch ein wenig bedingt durch die ostpreußische Reserviertheit. Wer weiß?!

Wie habe ich nun den Rest meiner Kindheit und die Jugend in Radeberg erlebt? Seit 1949 hieß ja das Land, in dem wir lebten, Deutsche Demokratische Republik (Einzelheiten hierzu äußere ich in einem späteren Kapitel). Und so wurde ich eines Tages auch ein »Junger Pionier« und später ein FDJ-ler mit Blauhemd (FDJ = Freie Deutsche Jugend). Viel ist davon nicht in meiner Erinnerung geblieben. Ich entsinne mich lediglich an einen Besuch im Dresdner Pionierpalast an den Elbhängen nahe dem Stadtteil »Weißer Hirsch«. Das Freizeitangebot für die Pioniere war schon imponierend, das kann niemand leugnen. Wer sich als Pionier richtig darum gekümmert hat, konnte viel unternehmen und erleben – und alles war kostenlos! Doch ich taugte nicht zum »Herdentier« und habe lieber mit Schulkameraden im näheren Umfeld von Radeberg »rumgetobt«. Auch als FDJ-ler war nicht viel los mit mir, zum Beispiel mit Weltfestspielen in Berlin oder anderen Ereignissen. Es war mir alles irgendwie fremd. Wenn ich bedenke, daß ich – wenn auch lustlos – konfirmiert worden bin und daß ich – abermals lustlos – Junger Pionier und später FDJ-ler war, dann wird mir im Nachhinein klar, daß ich in meiner Jugend am Leben ziemlich vorbeigelebt habe. Nur ganz allmählich wurde ich im wahrsten Sinne des Wortes erwachsen.

Da während meiner jungen Jahre sitzende Freizeitbeschäftigungen (mit Fernseher, Rechner, Händi, Spielkonsole u.a.) kaum oder meist gar nicht möglich waren, bestand beachtliches Interesse an sportlicher Betätigung. Am liebsten hätte ich in einem richtigen Verein Fußball gespielt, doch meine Eltern erlaubten das nicht, weil dabei doch nur die »Knochen zerkloppt« würden. Dagegen sei Handball nicht so brutal. Und los ging's. Anfangs spielten wir im Sommer noch auf dem Großfeld,

also auf dem großen Fußballplatz. Was für ein Unsinn beim Handball, da sich die entscheidenden Dinge – Tore werfen oder abwehren – doch nur in Wurfkreisnähe abspielen. Das riesige Mittelfeld war genau betrachtet überflüssig. So gab es auch in jeder Mannschaft je eine »Stürmer- und eine Verteidigerfraktion«, die sich in ihren vorgegebenen Bereichen aufhielten. Das Mittelfeld wurde mit weiten Würfen überbrückt. Andernfalls hätte man sich beim Handballspiel die Lunge aus dem Leib gerannt. Zum Glück änderte sich das bald, und Kleinfeldhandball war angesagt, im Winter natürlich Hallenhandball. Wenn ich mich recht entsinne, fanden dann Training und Spiele in einer Halle statt, also innerhalb eines Gebäudes. Deshalb sagen heute sprachgestörte Menschen »Indoor-Handball« dazu. Wir mußten uns damals noch mit dem läppischen »Hallen-Handball« begnügen.

In letzter Zeit hört man häufig die Forderung, daß den Jugendlichen zum Fußballspielen mehr »Bolzplätze« zur Verfügung gestellt werden müßten. Bolzen? – wie klingt denn das? Da wird planlos, ohne Überlegung, aber mit aller Gewalt gegen den Ball getreten. Nee, wir haben nicht gebolzt, in Sachsen wurde gebäbbelt. Das heißt, wir haben den Ball (falls er noch Luft hatte, richtige Fußbälle gab's höchstens in Vereinen) mit Gefühl geführt und versucht technische Feinheiten zu erlernen und zu festigen. Dieses Bäbbeln ging notfalls auch zu zweit; ich habe es häufig mit meinem Klassenkumpel Eberhard D. praktiziert. Mal war ich der Torwart mit den »genialen Abwehrparaden« und er übte verschiedene Schußtechniken, danach wurde gewechselt, denn beide Positionen machten Spaß. Doch was war für uns das Tor? Es war die »Teppichklopfstange«, bei uns zwei in der Erde befestigte runde Pfosten, die oben quer mit einem abgerundeten Balken (gewissermaßen der »Torlatte«) verbunden waren. Wer besaß schon in den 1950er Jahren einen Staubsauger? So wurde der Läufer in regelmäßigen Abständen auf den Hof gebracht und über die »Klopfstange« gelegt. Der Ausklopfer aus Weiden- oder

Peddigrohr fabrizierte dann gewaltige Staubwolken. Mit dem Teppich – so man denn einen besaß – wurde diese Prozedur wegen der Schlepperei meist nur zweimal pro Jahr praktiziert. Im Winter bei Schnee legte man den Teppich aber lieber mit dem »Gesicht«, also dem Flor, auf die weiße Pracht. Nach dem Klopfen sah er leuchtend frisch und fast wie neu aus.

Bei Fußballreportagen hört man gelegentlich: »... und jetzt von halbrechter Position hat er freie Bahn und schießt – ooooh, der Ball ging weit am Tor vorbei. Nun ja, er hat mit seinem schwachen Fuß geschossen.« Schwacher Fuß? Habe ich richtig gehört? Dort spielen Fußballprofis, die Millionen verdienen, und die haben einen schwachen Fuß? Da kann doch irgendetwas nicht stimmen! Ich bin geborener »Rechtsfüßler«, doch bei unserem Bääbeln habe ich das Schießen, Flanken und Zuspielen auch mit dem linken Fuß geübt, anfangs zwar ziemlich ungelenkt, doch der Rechts-Links-Unterschied wurde immer geringer. Und das, obwohl ich kein Profi-Fußballer war, ja nicht mal organisiert in einem Amateurrverein gespielt habe. Dennoch frage ich: Welcher Klassetorwart – Oliver Kahn, Manuel Neuer, Jens Lehmann oder ein anderer – hätte den Mut, sich sechs Elfmeterschüssen von mir zu stellen? 3 Schüsse mit rechts, 3 mit links. Für jeden gehaltenen oder verschossenen Elfer zahle ich 100 €, bei jedem Treffer sollte der Torhüter 1.000 € (er kann auch erhöhen) für einen guten Zweck stiften. Wer würde das riskieren? Das wäre doch auch was für die Medien.

Mein jugendliches Leben wurde – wie bei den meisten Menschen – vom wissensvermittelnden Schulalltag geprägt. Nach 8 Jahren Grundschule, die in der DDR alle Schüler gemeinsam besuchten, wechselte ich für weitere 4 Jahre zur Erweiterten Oberschule (EOS), die heute wieder als Gymnasium bezeichnet wird.

Das Lernen fiel mir trotz einer gewissermaßen angeborenen Faulheit relativ leicht. Doch der mangelnde Eifer führte dazu, daß sich mein Zensuredurchschnitt an der Oberschule reduzierte und nur noch um etwa 2,0 bewegte. Ist doch gut, reicht doch! Oder? Was soll eigentlich der ganze Zirkus um Zensuren? Ich will damit Zensuren nicht als überflüssig hinstellen, sie sind schon wichtig, um theoretisches Wissen zu beurteilen. Wie man dieses Wissen allerdings in der Praxis anwendet, steht auf einem anderen Blatt.

Auch während der Oberschule hatten wir Sportunterricht. Als uns während einer Sportstunde im Sommer Hochsprungfähigkeiten abverlangt wurden, stellte sich heraus, daß es in meiner Klasse drei, vier Schüler ohne jegliches Training schafften, eine Höhe von 1,60-1,70m im sogenannten Bauchwölzerstil (Straddle) zu überqueren. Eine beachtliche Leistung; die beste Höhe war bei uns damals sogar neuer Schulrekord. (Der heute bekannte Fosbury-Stil, der erstmals 1968 zur Olympiade in Mexiko-Stadt kreierte wurde, ermöglicht zwar größere Höhen, doch man würde traditionelle Hindernisse nur einmal überspringen, dann wäre das Genick gebrochen. Dem entgeht die aktuelle Springergarde nur, weil man deren hilflose Landung mit gewaltig dicken Schaumstoffmatten abfedert. Mit solch einem Sprungstil hätten unsere Vorfahren aus der Zeit der Jäger und Sammler absolut nichts anfangen können.) Ein Springertalent aus meiner Klasse und ich wollten dann versuchen, durch Training unsere Höhe zu steigern. Wir fuhren mit dem Rad voller Begeisterung zum Sportplatz am Ende der Schillerstraße und trugen die beiden vom Sportwart erhaltenen Höhenregulierständer (wie nennt man die eigentlich genau?) zu der nur mit Sand gefüllten Sprunggrube. Da man beim Bauchwölzerstil auf allen Vieren landet und dann seitlich etwas abrollen konnte, waren irgendwelche weichen Matten nicht unbedingt erforderlich. Für die zu überspringende Höhe wollte uns der Platzwart eine Schnur geben, für deren

»Straffung« an beiden Seiten ein Sandsäckchen sorgen sollte. Nee, das war uns zu primitiv. So bettelten wir um eine schwarz-weiß gestreifte Holzlatte, und obwohl er nur zwei davon hatte und sie damals schwer zu beschaffen waren, hatte er ein Einsehen. – Wir begannen enthusiastisch zu trainieren, doch schon nach kurzer Zeit war es passiert; die wertvolle Latte war zerbrochen und unser Hochsprungtraum damit für immer geplatzt. So mußte die sportbegeisterte Menschheit ohne uns länger auf neue Rekordhöhen warten.

Irgendwann fing ich mit dem Briefmarkensammeln an. Wenn 5 Mark zusammengespart waren, radelten mein Klassenkamerad Lutz D. und ich ungeduldig auf kürzestem Weg über Ullersdorf nach Dresden zum Weißen Hirsch. Dort hatte »Briefmarken-Milde« ein kleines Geschäft. Beim spannenden Kauf gab es zwei Möglichkeiten, für die sich jeder von uns mal so, mal so entschied. Entweder man erwarb eine Marke oder gar einen kompletten Satz von der Art, wie es in unserem »KA-BE-Album« (Ganze Welt) »vorgedruckt« war; so konnte mit Klebefalz die echte Marke vorsichtig darüber geklebt werden. Oder man kaufte für das normale Einsteckbuch besonders reizvolle Exemplare. Damals, in den 50er Jahren, hatten es uns speziell die ungarischen Briefmarken angetan. So gab es mehrere ungewöhnlich große Marken, so etwa 4,5x4,5cm, oder gar Dreiecksmarken, alles tolle Motive von Olympiade und anderen Sportereignissen bis hin zu allerlei Tieren und Blumen. Und schön bunt waren sie, vielleicht ein bißchen kitschig, aber uns hat's gefallen. Später habe ich dann sogar mit einem Ungarn offiziell DDR-Ausgaben gegen ungarische Marken getauscht. Offiziell bedeutete über den Philatelistenverein, bei dem jede Sendung genau registriert wurde, damit keine Seite die andere übervoorteilt. So mußte der getauschte Markenwert innerhalb eines Jahres ausgeglichen sein (seltsamerweise wurde bei der Bewertung der Briefmarken der Schweizer Zumstein-Katalog zu Rate gezogen). Wenn Philatelisten sich Briefe

schicken, dann sind diese selbstverständlich mit vielen Sondermarken beklebt – deutlich mehr als die erforderlichen 20 Pfennige oder soundso viel Filler/Forint für die Beförderung zwischen sozialistischen Ländern. Diese Briefumschläge aus Ungarn habe ich natürlich aufgehoben, bis auf zwei müssen sie noch irgendwo liegen. Auf diese Umschläge komme ich später noch mal zu sprechen, sind sie doch verantwortlich für eine markante Weichenstellung in meinem Leben.

Im Juni 1960 bekam ich schließlich mein Abiturzeugnis. Wie's weiterging? Etwas Geduld noch, ich unterbreche erst mal meinen Lebenslauf, um nach einigen Seiten fortzufahren.



Was ich Sie fragen wollte, liebe Leser, haben Sie denn schon Ihre Gedanken über den Sinn des Lebens auf Seite 20 zu Papier gebracht? Noch nicht? Aber, aber! Nun geben Sie sich mal einen Ruck und überwinden Sie Ihre Trägheit! Erst wenn Sie sich geäußert haben, werde ich Ihnen mein Ergebnis hierzu mitteilen. Wenn Ihr Zögern anhält, kann das allerdings noch einige Zeit dauern.



Zwei deutsche Staaten

Zum Zeitpunkt meiner Geburt war der 2. Weltkrieg noch in vollem Gange. Erst am 8. Mai 1945 waren die mörderischen Kämpfe zumindest in Europa endlich beendet. Die alliierten Siegermächte teilten nun Deutschland in vier Besatzungszonen auf. Zur politischen Entwicklung der besetzten Gebiete hatten die Alliierten – zum einen die Amerikaner, die Briten und die Franzosen, zum anderen die Sowjets – sehr unterschiedliche Ansichten. Und so wurde ganz allmählich eine Teilung in West und Ost herbeigeführt. Den chronologischen Ablauf der Spaltung Deutschlands, also die Tatsachen, faßt Ralph Hartmann in seinem Buch »Die DDR unterm Lügenberg« übersichtlich zusammen. Ich zitiere:

»1947 und 1948 wurden die westlichen Besatzungszonen zur Bi- und später zur Tri-Zone zusammengeschlossen. Am 20. Juni 1948 wurde die einheitliche Währung aufgespalten und in Westdeutschland und in Westberlin statt der bis dahin gültigen Reichsmark eine separate Währung eingeführt, die die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen sprengte. In der Ostzone erfolgte dieser Schritt gezwungenermaßen vier Tage danach, am 24. Juni. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfolgte am 7. September 1949, die der DDR am 7. Oktober desselben Jahres. Am 9. Mai 1955 trat die BRD der Nato bei, fünf Tage danach, am 14. Mai, wurde die DDR Gründungsmitglied des Warschauer Vertrages. So wie Westdeutschland bei allen Spaltungsschritten entschlossen voranging, so entschieden wiesen seine Führer alle Vorschläge zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zurück.[...] Spätere DDR-

Initiativen unter der Losung »Deutsche an einen Tisch« oder zur Bildung einer gesamtdeutschen Konföderation wurden ignoriert.«

Auf weitere Fakten will ich hier nicht eingehen; man kann sie in dem erwähnten Buch jederzeit nachlesen.

Wenn zwei unterschiedliche Meinungen aufeinanderprallen, sollte man sich nicht leichtfertig und unsachlich zu der Feststellung verleiten lassen, daß die eine Äußerung komplett richtig, die andere dagegen absolut falsch sei. So einfach ist es fast nie. Besonders in der Politik werden Handlungen und Aussagen immer an Interessen orientiert gesteuert und bewertet. Falls eine Gruppierung bekannt gibt, die Erklärung der anderen Seite sei unwahr, dann wird dort genau das Gegenteil behauptet. Und auch diese Verkündung entspricht meist nicht der Wahrheit. Solch eine oberflächliche gut/böse-Beurteilung war über viele Jahre leider auch in beiden deutschen Staaten anzutreffen. Doch was stimmte wirklich?

Der nach dem überhasteten Mauerfall fehlende Vergleich zur DDR verstärkt die kritikwürdigen Punkte im nun grenzenlosen Deutschland. So hätte man beispielsweise niemals eine Praxisgebühr eingeführt, wenn es noch eine DDR gegeben hätte – denn dort war ein Abkassieren im Gesundheitswesen unvorstellbar. Ich habe in den 1980er Jahren gern die Westsendung »Kennzeichen D« gesehen. Da wurde gelegentlich über Dinge oder Situationen beim Klassenfeind DDR berichtet, und es wurde mitunter sogar ehrlich bedauert, daß man solch positive Tatbestände in der BRD nicht vorweisen kann. Wer's nicht glaubt, sehe sich einfach mal in den Archiven des Fernsehsenders (ZDF) um. Also Schluß mit der unsinnigen Schwarz-Weiß-Malerei! Neben

dem Schatten muß man auch das Licht gelten lassen – oder andersherum – wo Licht ist, ist auch Schatten.

Es gab nun in Deutschland zwei Staaten, die sich sehr verschiedenartig entwickelten. Dafür waren mehrere Gründe verantwortlich. Schon im Deutschen Reich befand sich das Herz der Schwerindustrie im Ruhrgebiet. Jetzt wirkte dieser so wichtige Impulsgeber für die Wirtschaft allein in der Bundesrepublik. Steinkohlenzechen, Stahlwerke, aber auch Chemiebetriebe, der Maschinen- und Automobilbau waren im Westteil Deutschlands weit umfangreicher vorhanden als in der »Ostzone«. Außerdem waren die Zahl der Einwohner und die Fläche der BRD deutlich größer. Im Osten mußten die vergleichsweise wenigen Industriebetriebe – was nicht zerstört war, wurde von den Sowjets demontiert – allmählich wieder aufgebaut und erweitert werden. Um existieren zu können und dabei eine gewisse Selbständigkeit zu erreichen, wurden manche Aufbauprojekte förmlich »aus dem Boden gestampft«. So entstand zum Beispiel mit Eisenhüttenstadt eine absolut neue Stadt (bis 1961 hieß sie StalinStadt) – ein großes Stahlwerk mit den Wohnungen für die Beschäftigten, mit Kinderkrippen und Kindergärten, mit Schule, Poliklinik und Betriebswerkstatt. Ähnlich verhielt es sich beim Petrolchemischen Kombinat in Schwedt an der Oder. Vieles entstand gewissermaßen auf der »grünen Wiese«. Weitere Großbetriebe der Metallurgie und des Maschinenbaus sowie Elektrizitätswerke und Talsperren wurden nach und nach errichtet. Und wenn man am Welthandel mitwirken will und die Ostsee einen Wasserweg anbietet, dann braucht man natürlich einen modernen Überseehafen, der schließlich in Rostock gebaut wurde (Der Westen hatte ja in Hamburg bereits einen der größten Häfen Europas). Auch der Schiffbau war gefordert, denn nach dem Krieg besaß die DDR kein einziges Hochsee-

schiff. Die Verteilung der Industrietradition und der vorhandenen Produktionsmittel war folglich nicht vergleichbar; hierbei war der Westen eindeutig im Vorteil. Deprimierende Kriegszerstörungen waren in beiden Teilen Deutschlands zu verzeichnen, doch die letzten entscheidenden Kämpfe gab es mit der Roten Armee, so daß der Osten die größeren Schäden verkraften mußte. Die sinnlosen anglo-amerikanischen Bombardements, etwa auf Dresden, will ich hierbei gar nicht erst ins Feld führen.

Bei der unterschiedlichen Entwicklung der beiden deutschen Staaten muß ein weiterer Fakt berücksichtigt werden. Die westlichen Siegerländer hatten deutlich weniger unter den Kriegsauswirkungen zu leiden (trotzdem war's schlimm genug). Für die Amerikaner gilt sogar: Der 2. Weltkrieg wütete nicht in den USA, sondern überwiegend in Europa. Die erbittertsten und brutalsten Kämpfe tobten aber unbestreitbar in der Sowjetunion, und nach der gräßlichen Schlacht bei Stalingrad war der Krieg eigentlich entschieden. Die überlebenden und nicht gefangen genommenen deutschen Truppenteile zogen sich wandalisch zurück. Bei diesem Rückzug wurden sowjetische Fabriken verachtend gesprengt und Eisenbahnstrecken systematisch zerstört. Die Siegermacht Sowjetunion hatte am Ende die meisten Toten zu beklagen und die stärksten Zerstörungen zu beheben. Bei den Kämpfen an der Ostfront und am Wandalismus beteiligten sich deutsche Soldaten aus Rostock, Berlin, Leipzig und Dresden, aber auch aus Hamburg, Hannover, Köln, Stuttgart und München. Doch nur die Ostdeutschen wurden dafür bestraft. Die Sowjets demontierten in den Fabriken fast alles, was noch brauchbar war, und von vielen zweigleisigen Eisenbahnstrecken wurde ein Gleis abgebaut, um es in der UdSSR wieder zu verlegen. Bei den umfangreichen Reparationsleistungen für die Sowjetunion hielt sich Westdeutschland in

schnöder Art heraus und das, obwohl man sich zum Rechtsnachfolger des untergegangenen Reiches erklärte und ab 1955 für viele Jahre unerbittlich auf einem Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland beharrte (sogenannte Hallstein-Doktrin). Die Entschädigungen an die UdSSR wurden nachweislich zu 97 Prozent von den DDR-Bürgern geleistet. Selbst westdeutsche Ökonomen und Politiker bestätigen heute, daß die DDR fast allein die Last der Reparationen getragen hat.

Für Westeuropa und vor allem für Westdeutschland hatte nach Kriegsende der damalige US-Außenminister Marshall ein Hilfsprogramm ins Leben gerufen, das als Marshallplan in die Geschichte einging. Durch finanzielle Unterstützung und schnelle Lieferung von Rohstoffen, Ausrüstungen und Nahrungsmitteln wurde eine wirksame Starthilfe für einen Neubeginn gewährt. Doch warum halfen die Amerikaner plötzlich sogar einem besiegten Land? Sie verfolgten damit zwei wesentliche Ziele. Zum einen wollten sich die USA dauerhaft in Europa festsetzen. Dafür benötigte man gestärkte und zuverlässige Verbündete. Mit geschwächten und verunsicherten Westdeutschen hätte die Gefolgschaft zu wenig bewirkt. Man fürchtete schließlich den sowjetischen Einfluß und die Ausbreitung der kommunistischen Idee und wollte dieser »Gefahr« wehrhaft entgegentreten. Daraus leitet sich auch gleich das zweite Ziel mit der Umsetzung des Marshallplanes ab. Die USA wollten die Sowjetunion aus Mitteleuropa hinausdrängen. Wirtschaftliche Stärke war wichtig auch für den beabsichtigten Beweis, daß mit privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen mehr erreicht werden kann als unter sozialistischen Bedingungen.

Tatsächlich wurde in Westdeutschland viel erreicht. Ohne mit Reparationsleistungen materiell und finanziell büßen zu müssen und mit der amerikanischen Marshallplan-Hilfe war das eigentlich kein Wunder. Da man diese Anschübe gedanklich meist ausblendete, wurde doch von einem Wunder gesprochen, und der Begriff »Wirtschaftswunder« war bald zum geflügelten Wort aufgestiegen. Und weitere Bezeichnungen machten die Runde. So schaute der »Goldene Westen« mitleidig oder gar überheblich auf den »Grauen Osten« herab.

Wie war die Situation im Ostteil? Hier waren – wie bereits angesprochen – erhebliche Reparationsleistungen für die Sowjetunion zu erbringen. Diese erfolgten sowohl durch Demontagen als auch durch »Entnahmen aus laufender Produktion« (die fast ein Viertel der Gesamtproduktion im Osten ausmachten) und zogen sich bis 1953 hin. Ein Hilfsprogramm wie im Westen war von der Sowjetunion nicht zu erwarten. Und die existentiellen Lieferungen von Steinkohle, Koks, Eisen, Stahl und Walzgut aus dem Ruhrgebiet waren eingestellt worden. In der DDR entstanden so langfristige Rohstoff- und Energieprobleme, die nur über aufwendige Importe gelöst werden konnten. Die industriellen Belange hatten somit über viele, viele Jahre absoluten Vorrang gegenüber der Entwicklung der Konsumtion. Daraus allein ist die Schmähsbezeichnung »Mangelwirtschaft« jedoch nicht zu erklären.

Weitere Ursachen waren dafür verantwortlich, allen voran eine verknöcherte Parteienobrigkeit mit oft unsinnigen Entscheidungen in Wirtschafts- und Finanzfragen. Der Versuch mit dem kapitalistischen System Schritt zu halten war bei den extrem ungünstigeren »Startbedingungen« für längere Zeit zum Scheitern verurteilt. Da half es auch nicht, immer mehr und noch mehr

Leistung zu fordern und Adolf Hennecke als Vorbild für neue Leistungsrekorde zu bejubeln. (Dieser Bergmann aus Sachsen überbot mehrfach die vorgegebenen Normen und gilt gewissermaßen als Mitbegründer der Aktivistenbewegung in der DDR.) Die übermäßigen Forderungen der Regierung bei gleichzeitig mangelhafter Versorgung der Bevölkerung und Kürzung von Sozialleistungen führten schließlich am 17. Juni 1953 zum blutigen Aufstand, was die kritische Situation im Osten zusätzlich verschärfte. Danach wurden wenigstens die »Entnahmen aus laufender Produktion« durch die Sowjets eingestellt. Ganz allmählich verbesserte sich in den Folgejahren der Lebensstandard, allerdings nicht in dem Ausmaß wie im Westen. Dafür gibt es weitere Gründe, auf die ich an anderer passender Stelle eingehen werde. Sie führten 1961 letztendlich zum innerdeutschen Mauerbau.



Wieder ein bißchen ich!

Vom Studium bis zur Heirat

Während der Oberschulzeit war für mich eigentlich klar, daß ich nach dem Abitur ein Studium aufnehmen werde. Nur welches Gebiet, welche Branche es sein sollte, diese Entscheidung waberte unklar im Nebel. Eine notwendige Klärung hierzu ließ ich, gelinde gesagt, einfach schleifen. Ob meiner Nachlässigkeit und der daraus erwachsenden Ungewißheit wurde mein Vater langsam unruhig, und so fuhr er im Frühjahr 1960 beim »Tag der offenen Tür« zur Hochschule für Verkehrswesen in Dresden. Nachdem ich das mitgebrachte Informationsmaterial gesichtet hatte, empfand ich die Fachrichtung Eisenbahnbau am ansprechendsten. Obwohl ich nie eine Anlage für Modellbahnen besessen hatte, war meine Vorstellung vielleicht von solch einer faszinierenden HO-Anlage beeinflusst worden – nur daß es in der Realität 87mal größer zugeht.

Meine Bewerbung bei der Hochschule hatte Erfolg. Mir wurde mitgeteilt, daß ich vor dem Studium ein 1-jähriges Praktikum absolvieren müsse. Dafür wurde konkret auch gleich die Brückenwerkstatt Dresden-Neustadt festgelegt. Praktikum? Muß das sein? Begeistert war ich jedenfalls nicht. Wenige Tage vor dem Studienbeginn im September 1960 erhielt ich die Nachricht, daß auf Grund von Krankheit und Absagen Plätze frei sind und ich sofort, also ohne Praktikum, mein Studium aufnehmen könne. Diese Mitteilung bewirkte Erleichterung und Freude zugleich. Im Nachhinein muß ich allerdings sagen: Ein fachlich durchdachtes und gezielt organisiertes Praktikum ist durchaus zu empfehlen. Es kann das Verständnis der Studientheorie und den anschließenden Übergang in die unbekannte Praxis erleichtern und beschleunigen. Nun gut, jetzt lagen 10 Semester Studium vor mir,

*die mit dem Abschluß als Diplom-Ingenieur ihre Krönung erfahren sollten.
(Bachelor und Master brauchten wir nicht.)*

Die Schwester meines Vaters, also meine Tante, hatte es während ihrer Flucht von Ostpreußen geradewegs nach Pinneberg bei Hamburg verschlagen. In den 50er Jahren gelang eine Kontaktaufnahme in deren Folge meine Eltern und ich alle zwei Jahre für einige Tage zu Besuch in den Westen fahren. Das war 1955 so und 1957, 1959 und auch 1961. Damit erlebten wir den Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 an einem schwarz-weiß-Fernseher in Pinneberg. Was war das für ein Sonntag! Unsere Besuchserlaubnis galt bis zum 16. August. Was sollten wir nun machen? Im Westen bleiben oder zurückfahren? Kein Mensch wußte damals, wie sich das alles entwickeln würde. Am Montag erkundeten wir in Hamburg erst einmal geeignete Arbeitsmöglichkeiten, was im Vergleich zu heute relativ einfach war. Mein Vater hätte als Bankkaufmann sofort bei der »Dresdner Bank« anfangen können, auch meine Mutter fand schnell eine passende Stelle. Nur mit meiner Studienfortsetzung hakte es, denn in Hamburg gab es keine technische Hochschule; ich hätte bis Hannover fahren müssen. Auch wäre es dann nicht die Fachrichtung Eisenbahnbau gewesen. Also ein Jahr in Dresden umsonst studiert? Ich glaubte auch vage, daß die Mauer schlimmstenfalls ein paar Monate bestehen würde. Da all meine Freunde in der DDR wohnten, gab ich letzten Endes den entscheidenden »Pendelausschlag« für die Heimreise. So fahren wir ordnungsgemäß am 16. August zurück und wurden abends in Berlin am düster wirkenden Grenzübergang Friedrichstraße prompt festgenommen. Erst nach geraumer Zeit stellte ein hinzukommender Offizier fest, daß im Übereifer unsere Fahrt von Hamburg mit einer Ausreise nach Hamburg verwechselt worden war. Nun waren wir wieder »frei«.

Ob unsere Entscheidung seinerzeit gut gewesen war, ist schwer zu beantworten. Wem Konsumrausch und Reisefreiheit besonders wichtig sind, wird sagen, es war falsch. Wer jedoch größeren Wert auf Sicherheit (beispielsweise Arbeitsplatz) und Solidarität (Hilfe untereinander) legt, hält es für richtig. Ich weiß, dieser Vergleich ist sehr oberflächlich, ohne Zweifel. Solch eine Materie müßte viel intensiver und ausführlicher besprochen werden; das wäre Stoff für ein eigenständiges umfangreiches Buch. Doch das soll hier und jetzt nicht meine Aufgabe sein.

Ich konnte nun mein Studium fortsetzen. Anfangs machten die Vorlesungen und Seminare durchaus Spaß. Experimentalphysik im Audimax bei Prof. Horst-Guido Müller war sogar klasse. Doch als dann Fächer wie Festigkeitslehre, Baustatik und Baumechanik, Stahl- und Stahlbetonbau dazu kamen, ließ meine Begeisterung rasch nach - zu viele Formeln, Kraftpfeile und Biegemomente, einfach zu »trocken« für mich. So wie die Interessenkurve für den Eisenbahnbau nach und nach abnahm, so kam völlig unerwartet eine neue Kurve ins Bild, die kontinuierlich anstieg. Ganz allmählich wurde mir somit klar, was ich beruflich wollte. Ja, ich wollte zum Film! Nicht als Schauspieler, um Himmels willen, dafür wäre ich komplett untauglich gewesen. Nein, ich wollte Filmregisseur werden und war nahe daran, mein etwa zur Hälfte absolviertes Studium zu schmeißen. Nur das beharrliche Zureden meiner Eltern sowie die Ratschläge von Freunden und Bekannten ließen mich das Studium fortsetzen. »Mach doch erst das Studium fertig, damit Du einen vernünftigen Beruf hast«, hieß es immer wieder. »Wenn Du dann noch zum Film willst, kannst Du das immer noch machen.«

Film - das war zumindest damals in den 60er Jahren für viele Menschen ein seltsames Geschäft und erweckte kaum Assoziationen mit einem seriösen Beruf. Der Begriff »Brotlose Kunst« war eher zu vernehmen.

Während des Studiums kam eines Tages der Bescheid zur Musterung für den Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee (NVA). Mit gemischten Gefühlen ging ich dorthin, denn ich hatte überhaupt keine Lust auf Armee und Kaserne. So war ich überrascht, aber heilfroh, als mir vom Wehrkreiskommando schriftlich bestätigt wurde, daß ich für den Wehrdienst dauernd untauglich bin (selbst ohne Felix Krull als Vorbild bemüht zu haben). Der Grund war folgender: Während meiner Kindheit hatte ich Lungen-Tuberkulose, die von einem Arzt in Dresden behandelt wurde. Meine Mutter fuhr mit mir mehrfach zu ihm in die Zwinglistraße. Nach Abschluß der Behandlung wurde ich von der Schirmbildstelle des Gesundheitsamtes regelmäßig kontrolliert und einmal jährlich zum Röntgen bestellt. Es war schon erstaunlich, wie man sich um mich gekümmert hat. Egal wo ich wohnte – in Radeberg, Dresden, Leipzig oder Berlin – die Bestellung zur Schirmbildkontrolle traf immer ein. Das ging Jahrzehnte so, bis ich jenseits der vierzig war.

Der lebenslustigste Mensch in unserer Familie war meine Mutter. Doch nur wenige Tage vor ihrem 50. Geburtstag verstarb sie. Dabei hatte sie sich bereits seit langem auf dieses Jubiläum gefreut; es sollte ein besonders schöner Tag werden.

Auf dem Totenschein vermerkten die Mediziner »Todesursache ungeklärt«. Es war schon sonderbar. Irgendwie schien meine Mutter von den Füßen her abzusterben. Diese todbringende Taubheit wanderte täglich ein kleines Stück nach oben – bis schließlich das Herz erreicht war. Dann waren die Qualen überstanden. Heute, ein halbes Jahrhundert später, könnten die Ärzte die Todesursache vielleicht erklären und hätten den frühen Tod verhindern können. Trotz vieler neuer Erkenntnisse in

der Medizin gibt es auch in diesem Metier immer noch eine Menge Unklarheiten. Also forscht rastlos und konsequent weiter! Dafür sollten Steuergelder sinnvoll und ohne Zögern eingesetzt werden. Nicht aber für eigennützige Bereicherungen verantwortungsloser und geldgieriger Pharmakonzerne.

Nachdem ich mich durch das restliche Studium mit gebremstem Elan gewurschtelt hatte, wurde mir als erste Arbeitsstelle die Bahnmeisterei Leipzig Hauptbahnhof zugewiesen – der größte Kopfbahnhof Europas (eigentlich eine spannende Sache). Anmelden und Vorstellen beim Dienstvorsteher sowie Einweisung durch ihn (meinem ersten Chef), dann ein möbliertes Zimmerchen suchen und »beziehen«, und schon mußte eine wichtige Frage geklärt werden: Gibt es in Leipzig einen Amateurfilmklub? Den gab es, und ich wurde unverzüglich Mitglied. Ich ging regelmäßig zu den Veranstaltungen, bei denen ich für meinen »Neubeginn« eine Menge lernte, und besorgte mir Literatur über das Filmwesen – Themen wie Dramaturgie, Drehbuch, Kameraführung, Lichteinsatz, Filmschnitt, Vertonung und ähnliches, aber auch Informationen über anerkannte Filmgrößen wie Sergei Eisenstein oder Béla Balázs. Von einem Klubmitglied, das darüber hinaus ein Betriebsfilmstudio leitete, lieh ich mir zu Übungszwecken gelegentlich eine 16 mm-Kamera aus. Das hat nicht alles direkt mit Regie etwas zu tun, aber man darf das auch nicht zu eng sehen. Als Regisseur sollte man sich möglichst in allen Bereichen der Filmbranche mehr oder weniger auskennen.

Natürlich ging ich so oft es sich einrichten ließ ins Kino. Am Wochenende sah ich mir im Schnitt vier Filme an. Das war locker zu schaffen, denn die Vorstellungen liefen 14, 17 und 20 Uhr; sonnabends gab es noch eine Spätvorstellung um 22:30 Uhr. Die Eintrittspreise waren damals in den 60er Jahren sehr moderat und bewegten sich je nach Kino und Platzart zwischen 85 Pfennigen und 1,25 Mark (die

5 Pfennige waren jeweils der sogenannte Kulturbeitrag). Und Kinos gab es im Zentrum Leipzigs einige. Für zusätzliche Abwechslung sorgte alljährlich im Herbst die Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche mit internationaler Beteiligung. (In der legendären »Filmbühne Capitol« im Messehaus Petershof wurden 2003 leider für immer die Lichter gelöscht.)

Bevor man ein Studium an der Filmhochschule in Potsdam-Babelsberg aufnehmen konnte, mußte man beim Deutschen Fernsehfunk (DFV) in Berlin-Adlershof ein einjähriges Volontariat absolvieren. Das hatte ich schnell in Erfahrung gebracht. – Oh, Berlin, eine mir fremde unstete Großstadt! – ja allmählich mußte ich mich nun wohl doch respektvoll anpirschen. So verließ ich die Leipziger Bahnmeisterei und fing beim Gleisbaubetrieb Berlin an. In Berlin befand sich zwar die Direktion, mein Arbeitsplatz, der »Jugendbauzug 102«, war aber in Sandersdorf bei Bitterfeld stationiert, da wo es übel roch und wo man ständig Rußkörnchen aus den Augen wischen mußte. Nach einigen Monaten wurde der Jugendbauzug nach Ludwigsfelde umgesetzt; jetzt konnte ich schon Berliner Luft schnuppern.

Inzwischen hatte ich mich für das Volontariat beim Fernsehfunk beworben, doch bei der Aufnahmeprüfung fiel ich »mit Pauken und Trompeten« durch. Dort hatte ich so eine Art Filmanalyse erwartet nach dem Motto: »Kennen Sie den Film X? Was gefiel Ihnen bei diesem Film? Warum fanden Sie das gut? Was gefiel Ihnen nicht? Was hätten Sie anders gestaltet, damit es aussagekräftiger wird?« So in dieser Art vielleicht, dachte ich. Statt dessen mußten bei der Prüfung 25 oder 30 Geschichtsfragen beantwortet werden (Was sind die Verdienste von Thomas Müntzer? Nennen Sie drei wichtige Gestalten der Französischen Revolution! Wann war der Wiener Kongreß? usw.). Mit Geschichte hatte ich letztmalig an der Oberschule zu tun, das war aber mittlerweile fast 8 Jahre her. Da hat man viel

vergessen, falls man nicht in das Fach Geschichte vernarrt war. Neben den geschichtlichen Dingen mußte noch eine politische Frage beantwortet werden, zum Beispiel: »Warum ist die DDR der einzig rechtmäßige (ein Wort!) deutsche Staat?« Ich war kein Zeitungsleser und wenn doch, dann ging's nur um den Sportteil. Ich wußte somit nicht, mit welchen Aussagen ich den Prüfern eine Freude bereiten konnte. Also auch hierbei »Blindgänger«! Für mich ist bis heute unerklärlich: Da will jemand Filmregisseur werden, und man erwartet nicht, daß er jemals einen Film gesehen hat, ja er muß nicht einmal wissen, was eigentlich Film ist. Es ist nicht zu fassen.

Wartet ab, sagte ich mir, im nächsten Jahr bin ich erneut zur Stelle. So kramte ich meine alten Geschichtsbücher hervor und wiederholte das einst Gelernte und nun in Vergessenheit Geratene (was prinzipiell ja nicht schlecht ist). Ein Kollege von der Bahn, der in Berlin-Pankow ein Zimmer hatte, gab mir den Tip, daß eine Querstraße weiter auch ein Zimmer vermietet würde. Und schon wurde ich Pankower, für fast 35 Jahre. Um in Berlin, der Hauptstadt der DDR, wohnen zu dürfen, benötigte man eine Aufenthaltserlaubnis, und so wechselte ich mein berufliches Tätigkeitsfeld zum Entwurfs- und Vermessungsbüro der Deutschen Reichsbahn (kurz EVDR), dessen Diensträume sich in der Berliner Krausenstraße befanden. Von dort hatte man 1968 fast einen freien Blick zum Gendarmenmarkt, der von 1950 bis 1991 Platz der Akademie hieß. Die Wohnblöcke in der Leipziger Straße waren noch nicht errichtet worden, und der Deutsche und Französische Dom waren noch Ruinen. Das Schauspielhaus, das man seit 1994 Konzerthaus nennt, war meiner Erinnerung nach nicht ganz so stark beschädigt. Etwas mehr als zwei Jahrzehnte später konnte man hier einen der schönsten Berliner Plätze bewundern. Gut, der Deutsche Dom war noch nicht ganz fertig. Dennoch, auch das war DDR, das sollte man nicht vergessen.

Drei bis vier Wochen vor der erneuten Aufnahmeprüfung las ich außer Sport auch die »Schlagzeilen« auf der ersten Zeitungsseite. Geschichte hatte ich längst wiederholt, so war die Prüfung reine Formsache. Das Volontariat konnte beginnen. Zunächst wurde ich der Redaktion Agrarpolitik zugeteilt. Das gefiel mir gar nicht, denn ich wollte ja Spielfilm-Regisseur werden, und da hätte ich zur Abteilung »Dramatische Kunst« gemußt – so nannte man das damals. Nach kurzer Zeit klappte das auch; mein Mentor war nun der Regisseur Lothar Bellag. Das Volontariat war derart aufgebaut, daß nach dem ersten Monat Theorie an der Betriebsakademie des DFF jeden weiteren Monat auch noch etwa 1 Woche Unterricht stattfand, die andere Zeit war man bei den Dreharbeiten oder bei diversen Vor- und Nacharbeiten des Mentors dabei.

Die Dreharbeiten mit Lothar Bellag fanden zum Teil in den Babelsberger Studios statt; bei einem anderen Film wurde beispielsweise auch im Edelstahlwerk Freital bei Dresden gedreht. Es war schon ziemlich spannend, zumal ich mehrere bekannte Darsteller kennenlernen durfte, wie Norbert Christian, Horst Schulze, Ekkehard Schall, Edwin Marian, Wolf Kaiser, Angelica Domröse oder Erika Pelikowsky. Das Volontariat verlief planmäßig, und ich erwartete im September den Studienbeginn an der Filmhochschule. Doch Anfang des Jahres 1969 »platzte unerwartet eine Bombe«. Zwei Herren erschienen beim DFF und fuhren mit mir im Pkw zur Normannenstraße. Dort befand sich die Zentrale der Staatssicherheit. Man warf mir »Beihilfe zur Republikflucht« vor (ganz korrekt hieß es »Beihilfe zum ungesetzlichen Grenzübertritt«). Ich war wie vor den Kopf geschlagen! Was war geschehen?

Sie erinnern sich vielleicht noch, liebe Leser, daß ich während meiner Oberschulzeit Briefmarken gesammelt habe und mit einem Ungarn offiziell Marken tauschte. Daß ich die mit vielen Sondermarken beklebten Briefumschläge aufgehoben hatte, war

meinem Freund Lutz R. bekannt. Im Herbst 1968 fragte er mich, ob ich ihm zwei dieser Umschläge geben würde. Er wolle sich eine Einladung nach Ungarn fingieren und einen Briefumschlag als Beweis für die (scheinbare!) Echtheit verwenden. Ich hatte Verständnis dafür. Warum? Nach Ungarn und in andere sozialistische »Bruderländer« konnte man eigentlich nur über das Reisebüro der DDR als Gruppenfahrt gelangen. Privat war das schon aus finanziellen Gründen nicht möglich, denn man durfte pro Tag nur 30 oder 40 Mark umtauschen. (Warum eigentlich?) Wie sollte man damit Übernachtung, Verpflegung und andere Ausgaben realisieren können? Die einzige Ausnahme wurde beim Vorlegen einer Einladung gewährt, denn damit war mindestens die Übernachtung gesichert und der DDR-Bürger mußte nicht unwürdig und hilflos unter einer Brücke pennen.

Es ist schon erstaunlich, daß die fingierte Einladung bedenkenlos anerkannt wurde. Da muß wohl eine Schwachstelle im sonst so perfekt organisierten Überwachungsapparat gewesen sein. Sehr professionell war es jedenfalls nicht. Doch was war mein Problem? Mein Freund hatte den Reserveumschlag einem Kollegen gegeben, und der wollte mit seiner Frau über die ungarisch-jugoslawische Grenze flüchten. Die beiden wurden geschnappt, der »Faden des Geschehens« wurde rückverfolgt, und am Ende (was eigentlich der Anfang war) hing ich mit dran. Ein Stasi-Offizier verhörte mich mehrmals endlos scheinende vier oder fünf Stunden. Was da alles von verschiedenen Seiten aus erfragt wurde? Mann, oh Mann! Irgendwann bestellte er sich einen Kaffee. »Wollen Sie auch einen?«, fragte er. Ich wollte und bekam. Es ging also trotzdem« relativ« sachlich und gemäßigt zu.

Anders sah das bei der Betriebsakademie des Fernsehfunks aus. Dort wollten sich wohl ein paar wichtigtuerische Emporkömmlinge profilieren, was sie veranlaßte, »meinen Fall« kolossal aufzubauschen. Die Volontäre aller Fachrichtungen (Regie,

Kamera, Produktion) wurden zusammengetrommelt, um in einem großen Saal der Rede einer »giftigen« Staatsanwältin zu lauschen. Dort wurde ihnen in scharfen, einschüchternden Worten erläutert, was für ein staatsgefährdendes Element ich bin und daß man so etwas nicht im Fernsehfunk dulden kann. Im »Protokoll über die Beratung mit dem Kollektiv des Beschuldigten Sprang«, das von einem Leutnant Wengk verfaßt worden war und in meiner »Stasi-Akte« zu finden ist, heißt es wörtlich:

»Von allen anwesenden Personen wurde einmütig die Straftat des Beschuldigten verurteilt. Es wurde eingeschätzt, daß S p r a n g wegen seines fehlenden Klassenstandpunktes diese Tat begangen hat. Ihm wurde zu verstehen gegeben, daß ein Regisseur vom Deutschen Fernsehfunk einen klaren Klassenstandpunkt haben und sich in jeder Situation zum Arbeiter- und Bauern-Staat bekennen muß.«

Parteigetreu und machtbeflissen wurde mir gekündigt. Gegen diese übereifrige Kündigung legte ich beim Arbeitsgericht Einspruch ein, und – kaum zu glauben – die Kündigung wurde als rechtsunwirksam erklärt. Ein Satz im Protokoll der öffentlichen Sitzung lautete: »Es sei befremdend, daß in diesem Arbeitsrechtsstreit verschiedene gesetzliche Bestimmungen mißachtet wurden, so daß eine Rechtswirksamkeit der fristgemäßen Kündigung nicht erfolgen konnte.« Sieh an, da gewann ein kleiner Volontär gegen den mächtigen Fernsehfunk. Die DDR – ein Unrechtsstaat?

In der Zwischenzeit war auch die »eigentliche« Gerichtsverhandlung beim Stadtbezirksgericht Berlin-Lichtenberg über die Bühne gegangen. Da zwischen meinem Freund Lutz R. (dem ich die Briefumschläge gegeben hatte) und mir bei der Verteidigung keine Interessenkonflikte bestanden, konnten wir uns vom selben

Rechtsanwalt vertreten lassen. Wir wählten Anwalt Vogel, der ein Spezialist in Ost-West-Fragen war und der sogar den Austausch von Agenten und Spionen an der damals berüchtigten Glienicker Brücke regelte. Das Gericht beurteilte mein Verhalten nicht als schweres Vergehen, sondern als nachlässige Unkorrektheit. Ich erhielt einen »öffentlichen Tadel« mit dem Zusatz »keine Eintragung im Strafregister«, so daß auch künftig in polizeilichen Führungszeugnissen stehen konnte: »Die polizeiliche Liste enthält keine Vermerke«. Meine Rechnung von Anwalt Vogel belief sich auf 300 Mark – eine stolze Summe, zumal ich während meiner Arbeitszeit vor dem Volontariat gerade mal 500 Mark aufs Sparbuch gebracht hatte. Es wurde somit eng. Doch nun durfte ich mein Volontariat fortsetzen, und dort bekam ich ein Entgelt in Höhe von 200 Mark brutto gleich 188 Mark netto. So konnte man – wenn auch spartanisch – existieren.

Am Ende des Volontariats wurde mir die Delegation zur Filmhochschule in Potsdam-Babelsberg versagt. Um dort die Aufnahmeprüfung wahrnehmen zu können, benötigte man einen Passierschein für das Grenzgebiet zu Westberlin. Einen solchen Passierschein verweigerten mir allerdings die zuständigen Organe – was für ein dummer Zufall. Es war schon verrückt mit der Babelsberger Karl-Marx-Straße (heute als Berliner Mauerweg deklariert). Die Gebäude auf der einen Seite konnte man betreten, für die auf der anderen Straßenseite war ein Passierschein notwendig. Die Filmhochschule hatte auf beiden Seiten Gebäude; da hätte man auch ohne Passierschein eine Prüfung arrangieren können. Es war ein abgekartetes Spiel. Die Halunken beim Fernsehfunk »bedauerten« das sehr, waren jedoch bereit, mir nun bei einer Arbeitssuche zu helfen, »aber nicht beim Fernsehfunk und nicht in Berlin«. Alles klar?

Als »zuweilen sturer« Ostpreuße wollte ich unbedingt in Berlin bleiben und eine Tätigkeit in der Filmbranche ausüben. Bei meiner diesbezüglichen Suche hatte ich nach einigen Tagen Glück, ja, wirklich großes Glück. Vom Defa Dokfilm-Studio in der Berliner Otto-Nuschke-Straße (heute Jägerstraße) erfuhr ich, daß das Reichsbahn-Filmstudio einen Aufnahmeleiter sucht. Von der Existenz dieser Filmstelle hatte selbst ich als Eisenbahner noch nie gehört. So wurde ich dort nach zwei Wochen Arbeitslosigkeit am 15. September 1969 als Aufnahmeleiter und Regieassistent eingestellt. Dieses kleine Studio, in dem so um die acht bis zehn Mitarbeiter tätig waren, entsprach zwar nicht meinen Wunschvorstellungen, aber immerhin, hier wurde richtig professioneller Film mit 35mm-Arriflex-Kamera produziert. Und so habe ich mich relativ schnell eingelebt und sogar wohlgeföhlt.

Jetzt Schnitt (nicht »Cut«, wir sind schließlich in Deutschland), verlassen wir mal das Filmstudio und wenden uns dem »normalen« Leben zu. Im letzten Jahr während meines Studiums in Dresden hatte ich ein Mädchen kennengelernt. Das war keine oberflächliche Begegnung, sondern – wie man so sagt – eine ernste Sache. Ich hatte mich bis zu diesem Zeitpunkt noch nie so prächtig mit einer jungen Frau verstanden; es war eine schöne Zeit, bis sie eines Tages schwanger war. Für sie war klar, daß wir nun heiraten würden. Ich sah das jedoch ganz anders, denn ich war zu jener Zeit überzeugt, daß ich niemals heiraten würde. Was sollte das überhaupt? Ich sah keine Notwendigkeit und keinen Sinn darin. Vielleicht war das auch das Ergebnis meiner Spätentwicklung. So habe ich lieber »in den sauren Apfel gebissen« und jahrelang die erforderlichen Alimente gezahlt. Da das Kind (ein Sohn) von Anfang an nicht den Familiennamen der Mutter trug, vermute ich eine ziemlich rasche Heirat und somit auch eine geregelte und unbeschwerte Erziehung des Kindes. Trotzdem bin ich mir sicher, daß M. (den kompletten Namen nenne ich natürlich nicht) zutiefst von mir enttäuscht war. Sollte sie heute noch leben, wird

ihr wahrscheinlich beim Hören meines Namens übel werden, und der Blutdruck wird gefährliche Werte anzeigen. Es tut mir leid. Aber damals dachte ich eben anders.

Es ist schon eigenartig, denn innerhalb von drei, vier Jahren änderte sich meine Meinung. Ganz allmählich gelangte ich zu der Erkenntnis, daß auf Dauer das Alleinsein und mehr oder weniger kurzzeitige Bekanntschaften keine Perspektive haben und daß es lohnender ist, eine dauerhafte Beziehung anzustreben. Dazu mußte ich jetzt »nur« eine geeignete Partnerin finden. Es dauerte erfreulicherweise nicht lange – an einem späten Sommerabend nach den Dreharbeiten außerhalb Berlins lernte ich S I E in einem Tanzlokal (heute nennt man das Diskothek) kennen. Nach gut einem Jahr wagten wir im Oktober 1971 den Schritt zur Eheschließung. Und noch immer, nach über 45 Jahren, bin ich mit dieser Frau verheiratet. Wer kann schon eine so lange Zweisamkeit vorweisen?



Eingesperrt oder geschützt?

Bei meinem Studienbeginn im September 1960 gab es zwar eine trennende innerdeutsche Grenze, aber sie war noch einigermaßen menschlich, denn es wurde nicht geschossen. Dann kam der 13. August 1961, der inzwischen zu den markantesten Geschichtsdaten der Deutschen zählt. Einer der beiden deutschen Staaten – die DDR – begann an diesem Tag die bisher offene Grenze zu Westdeutschland und Westberlin mit Quadersteinen, Betonplatten und Stacheldraht abzusperren und somit gänzlich dicht zu machen. So wurden fast schlagartig Familien getrennt, die mitunter nur ein paar Meter voneinander gewohnt hatten. Verliebte, Verwandte, Freunde und Kollegen wurden rigoros auseinandergerissen und die ohnehin eingeschränkte Freiheit wurde Richtung West nun restlos genommen. In Berlin war die Situation besonders augenscheinlich und dramatisch. Aus den Hausfenstern auf der einen Straßenseite winkten die Ostberliner, auf der anderen Straßenseite winkten die Westberliner zurück, auf beiden Seiten Tränen der Trauer, der Wut und der Ohnmacht in den Augen. Zwischen ihnen die abgrenzende Betonwand, der sogenannte antifaschistische Schutzwall. Die Menschen in der DDR waren nun eingesperrt, eine planmäßige Reise in den Westen war kaum noch möglich. Das war pure Menschenverachtung. So oder so ähnlich äußerten sich die einen.

Die anderen sagten: Die DDR war gezwungen die Mauer zu bauen. Sie konnte nicht länger zusehen, wie die Menschen in Scharen den Osten verließen. Allein von 1951 bis 1961 hatten über 2 Millionen Bürger dem sozialistischen Staat den Rücken gekehrt. Dafür gab es mehrere Gründe. Einerseits übte der

Westen auf viele DDR-Bürger eine faszinierende Anziehungskraft aus. Auf Grund der wesentlich besseren ökonomischen Startbedingungen nach dem Krieg war das Warenangebot dort vielfältiger und umfangreicher. Auch die D-Mark lockte ungemein. Andererseits zeigte die systematische Abwerbung durch die westliche Seite brisante Wirkung, in deren Folge vor allem ostdeutsche Spitzenkräfte abwanderten. Der DDR gingen somit beachtliche Ausbildungskosten und erhebliche Produktionsleistungen für immer verloren. Ein solches Ausbluten kann kein Land der Welt ohne schwerwiegende ökonomische und soziale Verwerfungen überstehen. Selbst die Amerikaner hätten sich in so einer Lage – um den Aderlaß zu stoppen – für einen schützenden Mauerbau entschieden.

Welche Aussage stimmt nun? Es ist kaum zu glauben, aber beide Seiten haben recht! Es war halt die verflixte unsägliche politische Situation der Deutschen – zwei eigenständige Staaten mit diametralen Wertvorstellungen: Der Westen schwor auf das kapitalistische Wirtschaftssystem, das beschönigend gern als soziale Marktwirtschaft herhalten muß; der Osten hatte sich für die sozialistische Planwirtschaft entschieden. Beide Wirtschaftsformen haben sowohl Vor- als auch Nachteile, doch jede Seite wollte der anderen beweisen, daß nur ihr System eine Zukunft hat. So behinderte und beschuldigte man sich in zunehmendem Maße gegenseitig. Die Situation spitzte sich zu.

Nur wenige Wochen nach dem Mauerbau standen sich im Oktober 1961 am Grenzkontrollpunkt »Charlie« in der Berliner Friedrichstraße zwei Weltsysteme in Form amerikanischer und sowjetischer Panzer »hautnah« gegenüber. Ein unüberlegtes Kommando oder gar eine falsche Bewegung – und ein verheerender Dritter Weltkrieg hätte hier seinen Anfang nehmen können. Der

Heiße Krieg konnte verhindert werden, aber auch der Kalte Krieg mit Schikanen aller Art war mit großen Gefahren verbunden. So schimpfte der Osten auf den Kapitalismus und kritisierte die Ausbeutung der Arbeitnehmer durch die Produktionsmittel besitzende Klasse; der Westen konterte mit abwertenden Begriffen wie »Unrechtsstaat«, »marode Wirtschaft« und »Schießbefehl«. Das »kommunistische Regime« wurde sogar als »zweite deutsche Diktatur« verunglimpft. Doch wo war er, der gescholtene Kommunismus? In der DDR gab es keinen Kommunismus, dort gab es bloß den »real existierenden Sozialismus«, so die offizielle Formulierung, mit der ich allerdings nicht viel anfangen konnte. Ich habe lediglich den verunglückten, mißlungenen Sozialismus erlebt, deren »Geburtshelfer« allzu viele Fehler begangen haben.

Was ist nun der Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus? Da man immer wieder von Politikern, Autoren, Journalisten oder Moderatoren, also von vermutlich gebildeten Leuten, seltsame Aussagen über den Kommunismus hört, will ich in Kurzform helfend eingreifen. An westdeutschen Schulen und offensichtlich auch heute im gesamten Land ist den Schülern das nie erklärt worden. Jetzt aber aufpassen!

Der Sozialismus hat zum Ziel: *Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung!* Das bedeutet, jeder soll gemäß seiner Ausbildung einen geeigneten Arbeitsplatz erhalten (Recht auf Arbeit), wo er seine Fähigkeiten zum Wohle aller einbringen kann (Pflicht zur Arbeit). Für die Entlohnung ist die erbrachte Leistung ausschlaggebend. Da das Leistungspotential der Bürger sehr unterschiedlich ist, kann von Gleichmacherei im Sozialismus – was deren Gegner gern abwertend behaupten – keine Rede sein.

In der angeblich auf den Sozialismus folgenden Entwicklungsstufe, dem Kommunismus, heißt es: *Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seinen Bedürfnissen!* Beim Arbeitseinsatz entsprechend seinen Fähigkeiten gibt es keinen Unterschied zum Sozialismus, aber bei der Vergütung der geleisteten Arbeit. Im Kommunismus soll es keine Löhne oder Gehälter geben, nein, es gibt absolut kein Geld mehr, denn alle Produktionsmittel und Erzeugnisse sind gemeinsames Eigentum der Bürger. Alles ist in Überfluß vorhanden, jeder kann sich nach seinen Bedürfnissen bedienen. Gearbeitet wird nur noch aus purer Lebensfreude. So die knappe Definition. Ich hoffe, ich habe Ihnen den Unterschied trotz der Kürze verständlich erläutern können.

Nun, liebe Leser, darf ich Ihnen noch eine wichtige, ganz entscheidende Aussage nicht vorenthalten. Alle, die vom Kommunismus träumen und ihn als erstrebenswertes Ziel betrachten, muß ich zutiefst enttäuschen, und alle, die sich vor dem Kommunismus fürchten und ihn als gefährliches »Gespenst« ansehen, kann ich rundum beruhigen: Es wird nie einen Kommunismus geben, niemals!

Warum? – wollen Sie verständlicherweise wissen. Jetzt überlegen Sie doch mal. Im Kommunismus soll alles zu jeder Zeit in ausreichender Menge vorhanden sein, jeder kann zugreifen wann er will und nehmen soviel er will. Das ist für mich nicht vorstellbar (obwohl ich nicht phantasielos bin) und niemals zu erreichen – und eigentlich auch nicht nötig. Das wirkt so ein bißchen wie das bessere »Leben« nach dem Tode, wobei der Kommunismus bei derartigen Versprechen gegenüber der Kirche wenigstens noch den Vorteil hätte, das »Himmelreich« bereits auf Erden errichten zu wollen. Man müßte

dann nicht so lange auf angeblich glücklichere Zeiten in einem fragwürdigen Jenseits warten.

Können Sie, liebe Leser, sich einen Menschen vorstellen, der für die Utopie Kommunismus geeignet wäre? Nein, solch Geschöpfe gibt es nicht. Ohne das Regulativ Geld wird der Mensch ungebremst und nahezu willenlos habgierig. Beobachten Sie beispielsweise das Publikum bei großen Messeveranstaltungen wie IAA, Grüne Woche oder ITB. Da werden die kostenlosen Prospekte und Kataloge in Unmengen gerafft als wolle man die nächste Messe selbst veranstalten. Wenige Tage nach dem Mauerfall habe ich in der Berliner Invalidenstraße erlebt, wie von einem West-LKW Tapetenreste verschenkt wurden – da 3 Rollen, da 1 Rolle, da 2 Rollen. Die Menschen haben sich fast geschlagen, was für eine Peinlichkeit. Die noch DDR-Bürger fraßen den Wessis regelrecht aus der Hand. Und da ging es nur um belanglose Dinge. Wie wäre es wohl bei wichtigen und »teuren« Produkten, bei Autos und technischen Geräten? Und wie bei den lebensnotwendigen Nahrungsmitteln? Wer würde noch etwas reparieren oder reinigen? Nach spätestens zwei Wochen wäre unter kommunistischen Bedingungen die Menschheit sicher im Müll erstickt.

Nein, ein Kommunismus ist niemals möglich, er bleibt allein den Träumern vorbehalten. Für eine kommunistische Gesellschaft müßten völlig andere menschliche Wesen auf der Erde leben. Die Natur ist jedoch nicht in der Lage die nötigen Abänderungen (*mutatis mutandis*) beim Menschen zu vollbringen, und den Gläubigen muß ich bedauernd mitteilen, daß dem Schöpfer nur bedingt funktionierende »Montagsmenschen« gelungen sind. Irgendwann ist mir die Behauptung zu Ohren gekommen, daß der Mensch das ein-

zig vernunftbegabte Wesen auf Erden sei. Kompletter Unsinn! Dagegen kann ich mich der Erkenntnis des irischen Schriftstellers Oscar Wilde (1854-1900) anschließen: »*Der Mensch ist vielerlei. Aber vernünftig ist er nicht.*« Trotzdem sollte sich jeder wenigstens um ein bißchen Vernunft bemühen können. Und das Wort Kommunismus schenken wir abschließend der Märchenwelt der Gebrüder Grimm. (Dagegen halte ich einen demokratischen Sozialismus – ohne die vielen DDR-Fehler – durchaus für möglich, ja sogar für erstrebenswert. Dazu später mehr.)

Zurück zum umstrittenen Mauerbau. Natürlich hat Ulbricht gelogen, als er noch wenige Tage vor dem 13. August versicherte: »*Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.*« Aber Lügen scheinen typisch für das politische Geschehen zu sein. Gelogen wurde immer, daran wird sich wohl nichts ändern. Cäsar hat gelogen und Karl der Große, Barbarossa und August der Starke haben gelogen, genauso Napoleon und Bismarck, Hitler und Stalin, Churchill und Adenauer. Letzterer gab dies sogar unumwunden zu mit der Bemerkung: »*Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?*« Bis zum heutigen Tag sind Lügen bei den Politikern das Einzige, worauf man sich wirklich verlassen kann.

Ich war und bin heilfroh, daß mir meine dauernde Untauglichkeit für den Wehrdienst schriftlich bestätigt worden ist. Bei einer Wehrdiensttauglichkeit hätte es durchaus passieren können, daß ich bei der innerdeutschen Grenzbewachung eingesetzt worden wäre, und das wäre problematisch geworden. Ein wenig kann ich mir schon vorstellen, welch mulmiges Gefühl die jungen Grenzsoldaten damals bei ihrem Dienstantritt befallen hat – bei Tage und erst recht in der Nacht. Welche Alpträume plagten sie wieder und immer wieder

und Wörter wie Befehl, Mord, Pflicht oder Bau zerstörten ihre benötigten Ruhephasen. Welche Gedanken kreisten wohl aufgewühlt durch ihr Hirn: »Hoffentlich will niemand während meiner Schicht fliehen. Ich soll ja die Grenze bewachen und muß schießen, wenn jemand einen Fluchtversuch unternimmt. Aber ich will gar nicht schießen, denn ich kenne den Fluchtwilligen überhaupt nicht; er hat mir auch nichts getan. Doch wenn ich nicht schieße, bin ich dran! Hoffentlich kommt niemand!« Mitunter wurde vielleicht sogar verzweifelt gebetet, auch wenn man nicht religiös war. Doch alle »Hilferufe« nützten nichts. Gelegentlich kamen dennoch welche, um zu versuchen, die von Soldaten gesicherte Grenze zu überwinden. Viele der jungen »Grenzer« waren durch innere Verunsicherung und quälende Ängste bald psychisch angeschlagen und am Ende regelrecht traumatisiert. Für Unbeteiligte ist das schwer nachzuempfinden. Auch ich habe Schwierigkeiten damit.

Die Trauer um all die Fluchtwilligen, die ihr Leben an der deutsch-deutschen Grenze riskiert und bedauerlicherweise verloren haben, ist verständlich. Einschränkend muß ich allerdings bemerken, daß der Versuch, die militärisch scharf gesicherte Grenze zu überwinden, doch recht unüberlegt und letzten Endes sogar dumm war. Das Risiko war einfach zu groß! Wenn man unbedingt in den Westen wollte, dann hätte man das geschmuggelt im Auto versuchen sollen. Bei einem Scheitern der Flucht wäre man nicht erschossen, höchstens verhaftet worden. Und nicht alle, die flüchten wollten, taten dies aus politischen Gründen. Viele gierten verblendet lediglich nach der D-Mark; sie wollten nicht länger Deutsche 2. Klasse sein und träumten von einem Glitzerleben zwischen Mercedes, Farbfernseher und Bananen. Doch dafür lohnte kein lebensgefährdendes Risiko. Jeder wußte, daß die Mauer keine

Spaßgrenze aus Pappmaché war, sondern bittere Realität aus Beton. Man mußte die Grenze einfach ernst nehmen, egal wie man dachte.

Am Anfang meines Buches hatte ich den Roman »Wie der Stahl gehärtet wurde« erwähnt und eine kurze Passage zitiert: »Das Kostbarste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben ...« Warum haben das viele nicht bedacht. Das war »russisches Roulette«, denn alle wußten, an der Grenze wird geschossen. Der Tod mußte nicht sein.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen, erlauben Sie mir noch einige zusätzliche Erklärungen. Natürlich gefiel mir die Mauer nicht (wer war von ihr schon begeistert?). Sie war ein Fremdkörper, der ein normales Leben der Deutschen erheblich störte, in manchen Fällen sogar unmöglich machte. Doch jetzt kommt das einschränkende Aber: Der verfluchte 2. Weltkrieg hatte zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen hervorgebracht, die sich gegenseitig ohne Unterlaß »kalt bekriegten«. So war eine »Schutzgrenze« für den Kleineren und Schwächeren für ungewisse Zeit kaum zu verhindern.

Nun muß mir keiner, erst recht kein Westdeutscher, erklären wollen, wie das Leben in der DDR war. Ich habe diese 40 Jahre unmittelbar mitbekommen und somit auch die negativen Fakten verkraften müssen. Es kam gelegentlich sogar vor, daß ich zu Hause – innerhalb der schützenden vier Wände – kurzen Wutausbrüchen freien Lauf lassen mußte. Da waren die monotone Parteipropaganda und die sozialistische Berichterstattung, die einem mit der Zeit auf die Nerven ging. (Die »Aktuelle Kamera« war zuweilen eine Zumutung, da schaltete man, so man konnte, zur klassenfeindlichen »Tagesschau« um.) Das oft vergebliche Suchen nach diesen oder jenen Dingen war auch

nicht angenehm, aber man hatte sich allmählich daran gewöhnt. Die Ansprüche und Wünsche der Menschen wurden von der Realität mitleidlos gezügelt. So konnte man mitunter kleine freudige Überraschungen erleben, auf die man bei ungetrübten, reichhaltigen Angeboten hätte verzichten müssen. Da ich dienstlich mit dem Filmstudio innerhalb der DDR viel unterwegs war, kam es durchaus vor, daß ich in Mecklenburg oder in Thüringen etwas kaufen konnte, was ich selbst im bevorzugten Berlin schon seit Wochen erfolglos gesucht hatte. Es gab in der DDR fast alles, man mußte nur wissen wann und wo? Doch wer wußte das schon?!

Bemerkenswert ist auch: So wie unsere Tochter schwärmen heute noch die allermeisten aus unserem Freundes- und Bekanntenkreis von ihrer Kindheit in der DDR. Trotz mancher Verstimmung wuchsen die Kinder damals sehr unbeschwert heran, die Eltern mußten keine Angst haben vor einem Arbeitsplatzverlust und vor der Zukunft – auch nicht im hohen Alter. Unter diesen Bedingungen hielten die Menschen oft besser zusammen, als das heute der Fall ist. Auch Nachbarschaftshilfe und Freundschaftsdienste waren viel eher und intensiver anzutreffen – sicher auch gefördert von der bestehenden »Mangelwirtschaft«. Mit gegenseitiger Hilfe und daraus erwachsenden Beziehungen konnte mancher Engpaß eher überwunden werden.

Die in Gesamtdeutschland bekannte Schauspielerin Anja Kling, die 1970 in Potsdam, also in der DDR, geboren und aufgewachsen ist, äußerte als erwachsene Frau folgende überlegenswerte Gedanken:

»Ich hatte eine sehr harmonische und idyllische Kindheit. [...] Ich ging in eine tolle Schule mit kleinen Klassen und wurde von einer Unterstufenlehrerin unterrichtet, die ich hoch verehrt und geliebt habe. Deshalb bin ich auch wahnsinnig gern zur

Schule gegangen. Insofern habe ich zunächst einmal nur positive Erinnerungen. Und dass es in der DDR eben nur Äpfel und Weißkohl gab, hat mich nicht gestört. Denn wenn man den Vergleich nicht hat, dann träumt man auch nicht permanent von Weintrauben. Mir hat nichts gefehlt. Ich hatte eben dieses Glück, eine so gut funktionierende Familie zu haben, und ich glaube, davon ist eine Kindheit abhängig, nicht von dem Konsum ringsherum.»

Fazit: Die Mauer markierte bedrohlich die innerdeutsche Grenze, dagegen konnte man nichts unternehmen. Schön war das störende Monstrum nicht, aber man konnte mit der Betonwand leben. Für die Masse der DDR-Bürger gab es wahrlich keinen zwingenden Grund, die DDR für immer verlassen zu wollen und bei einem Fluchtversuch über die Mauer gar sein Leben zu riskieren! Ein solches Vorhaben ist mir trotz öfteren Nörgelns und heimlichen Schimpfens nie ernsthaft in den Sinn gekommen, und das sogar, ohne jemals auch nur einen Tag Mitglied in einer der DDR-Parteien gewesen zu sein. Ein einziges Mal wurde ich gefragt, ob ich nicht in die SED eintreten wolle. Das war während meiner Tätigkeit bei der Bahnmeisterei Leipzig Hauptbahnhof. Da ich nicht karrieresüchtig war, lehnte ich dankend ab und hatte fortan für immer meine Ruhe damit. Es wäre scheußlich gewesen, etwas gegen seine Überzeugung zu tun.



Weil wir gerade beim Thema »Leben« sind: Ist in Ihrem Buch, liebe Leser, die Seite 20 immer noch unbeschrieben? Wie sieht es aus mit Ihren Gedanken über den Sinn des Lebens? Wenn Sie bereits Notizen gemacht haben, dann überprüfen Sie Ihre Meinung noch einmal; wer noch nichts zu Papier ge-

bracht hat, sollte damit nun aber schleunigst beginnen. Mein Ergebnis zum Sinn des Lebens werde ich Ihnen demnächst mitteilen oder wie Karl Valentin zu sagen pflegte: »in baldiger Bälde«.



Noch mal ein bißchen ich!

Von der Familiengründung bis zum Mauerfall

Unsere Eheschließung wurde am 23. Oktober 1971 feierlich besiegelt. Als Eisenbahner konnte ich regelmäßig Freifahrscheine in Anspruch nehmen, einmal pro Jahr sogar ins Ausland. Das galt selbstverständlich auch für den Ehepartner. So hatten wir unsere Hochzeitsreise mit der Bahn Richtung Süden nach Varna an der bulgarischen Schwarzmeerküste unternommen. Für uns war das die bisher weiteste Reise in unbekannte Regionen. Vom warmen »Sonnenstrand« da unten auf der Landkarte hatten wir schon gehört und gelesen, und so packten wir beschwingt unsere Badesachen in den Rucksack und trugen leichte Sandaletten. Unser Optimismus hatte sich allerdings als Irrtum erwiesen, denn das Meer lud nicht mehr zum Bade ein und mit den Sandaletten mußten wir zu unserer Verwunderung durch Schneematsch stampfen. Es war Ende Oktober.

Bei unserer Hotelsuche war im preiswerten Hotel »X« kein Zimmer mehr frei, so mußten wir uns im teureren Hotel »Y« einquartieren. Am Abend lernten wir in einer Gaststätte Monteure aus der DDR kennen, die im Hotel »X« wohnten. »Was, kein Zimmer mehr frei? Das kann nicht stimmen.«, wunderten sie sich. Und in der nächsten Nacht waren auch wir im Hotel »X« untergebracht. Als die Monteure von unserer Hochzeitsreise erfuhren, war das ein willkommener Anlaß zum Feiern. In der Gaststätte gab es feinen Slibowitz, den sie nun auch für uns bestellten. Sie spendierten noch eine Runde und noch eine und noch eine ... Armer Kopf und geplagter Magen! Das Wort Slibowitz konnte ich daraufhin monatelang nicht mehr hören und den Schnaps selbst jahrelang nicht mehr trinken.

(Zu jener Zeit hatte ich den Roman »Arc de Triomphe« von Remarque gelesen. Der männliche Protagonist, der aus Deutschland emigrierte Arzt Ravic, trinkt darin alle naselang Calvados. Ich hatte keine Ahnung, was das für ein Gesöff ist und war folglich ungemein neugierig. In der DDR gab es dieses französische – und somit Devisen erfordernde – Getränk nicht, und so fand ich Wege über gewisse Westverbindungen eine 0,35 l-Flasche davon zu beschaffen. Oh, wie war ich enttäuscht! Der Calvados erinnerte mich doch sehr stark an den bulgarischen Slibowitz. Es gab nur einen Unterschied: Bei Slibowitz bilden Pflaumen die Destillationsgrundlage, bei Calvados übernehmen das Äpfel. Der Inhalt meiner kleinen Flasche »verdunstete« nur gaaaanz allmählich.)

Die Rückfahrt von Varna ging zunächst bis Bukarest. Dort hatten wir Anschluß an einen Zug nach Berlin. Leider hatte sich unser Bähnel aus Bulgarien eine Verspätung eingehandelt. Während unser Zug am späten Abend gemächlich in den Bukarester Kopfbahnhof »reinkullerte«, zuckelte fünf Meter entfernt an der anderen Bahnsteigseite der Zug nach Berlin von dannen. Hätte dieser nur 2-3 Minuten gewartet, dann hätten wir umsteigen können. Die Direktverbindung von Bukarest nach Berlin gab es schließlich nur einmal pro Tag. Nun mußten wir uns genervt die Nacht im düsteren Warteraum der Bahnhofshalle um die Ohren schlagen. Die Zeit verging nicht so recht, und so wollten wir einen kleinen Stadtbummel unternehmen. An beiden Bahnhofsausgängen standen bewaffnete Milizionäre, sehr gefährlich anzusehen. Wir hätten an ihnen vorbei ins Freie gehen können, aber ob sie uns wieder Einlaß gewährt hätten, war fraglich. Das war uns dann doch zu heiß. Endlich, am Morgen konnten wir in einen Zug nach Budapest steigen und die gruselige Ceausescu-Metropole verlassen. Zwei Tage Zwischenstation in Budapest sorgten wenigstens für einen erfreulichen Ausklang unserer »großen« Reise. Ungarn war weitaus freundlicher als Rumänien.

Bereits mehrere Wochen vor unserer Eheschließung hatte ich mein kleines möbliertes Zimmerchen in Pankow aufgegeben und war zwei Straßen weiter in ein großes Leerzimmer eingezogen. Für den Vermieter, ein etwa 80-jähriges hageres Männlein mit der stattlichen Größe von 1,55 m, war ich der erste Untermieter in seinem Leben. Seine Erdgeschoßwohnung in einem Haus aus den 1920er Jahren bestand aus drei Zimmern, Küche, einem kleinen Bad und einer Abstellkammer. Das Zimmer neben meinem war auch leer; Herr B. nutzte nur den vorderen Raum zur Straße. Im Hinblick auf meine vorgesehene Heirat wäre die Anmietung des zweiten Zimmers durchaus empfehlenswert gewesen. Nun wollte ich Herrn B. nicht übertölpeln, sondern ihm erst mal 14 Tage Zeit lassen, damit er sich an einen Untermieter in seiner Wohnung gewöhnt. Da hatte ich leider eine Woche zu lange gewartet; der andere freie Raum war nun auch vermietet, an eine jüngere, pummelige Frau.

Mein Zimmer, in das bald darauf auch meine Frau einzog, war relativ groß, aber auch relativ leer, da wir kaum Mobiliar in die Ehe einbrachten. Das Wichtigste war zunächst der Erwerb einer einfachen, aber geräumigen Liege für uns beide – 2,00 m x 1,60 m. In den Möbelgeschäften fanden wir nichts Passendes, so daß wir einen Polsterer mit der Anfertigung beauftragten. So etwa 1.000 Mark wird das kosten, meinte er. Ganz schön teuer, empfanden wir. Als die Liege fertig war, betrug der Endpreis auf der Rechnung glatte 1.000,00 Mark. Na hoppla, so eine runde Summe kann nicht stimmen. Wir wandten uns an die Handwerkskammer und baten um Überprüfung. Schon nach kurzer Zeit wurden uns zirka 150 Mark erstattet. Das war der erste wirtschaftliche Erfolg in unserer Ehe. Auch in der DDR mußte man aufpassen, um nicht über den Tisch gezogen zu werden.

Nach unserer Hochzeit fand meine Frau in Berlin schnell im Forschungsbereich der Charité einen Arbeitsplatz. Auch meine Entwicklung im Reichsbahn-Filmstudio

machte Fortschritte, so daß man mir schon nach gut einem Jahr die Regieaufgaben für einen 20-Minuten-Film mit dem Titel »Sicherheit an Eisenbahnübergängen« übertrug. Der bisherige Kameraassistent sollte nun erstmals die Kameraführung übernehmen. Das war für uns beide als »Neulinge« eine wahnsinnig aufregende Sache. Wir haben vor den Dreharbeiten gegrübelt, diskutiert und »gesponnen«, wie wir das Thema am wirkungsvollsten filmisch umsetzen können. Mit diesem Lehrfilm wollten wir die Zuschauer aufrütteln, damit sie Bahnübergänge ernst nehmen und beispielsweise geschlossene Halbschranken nicht leichtsinnig im Slalomstil umfahren.

Es gab seinerzeit einen verheerenden Unfall am Bahnübergang in Langenweddingen bei Magdeburg. Probleme bei der Schrankenbedienung führten dazu, daß ein voller Minol-Tankwagen mit einem doppelstöckigen Personenzug kollidierte und in Flammen aufging. Das war einer der schlimmsten Bahnunfälle, von denen ich je gehört habe und bei dem eine große Zahl der Reisenden, darunter auch sehr viel Kinder, den Tod fanden. Es war unfafßbar. Um die Zuschauer unseres Films aufschreckend an das Thema zu fesseln, wählten wir diesen Unfall als Filmeinstieg. Dafür hatten wir den gleichen Tankwagentyp besorgt, die gleichen Zuggarnituren gefilmt und winkende Kinder am Bahndamm aufgenommen. Mittels einer dramatischen Schnittfolge konnte die einstige Katastrophe beklemmend nachempfunden werden. Filmschnitt kann schon eine spannende Sache sein. Bei der Abnahme des Films wurde der erregende Beginn jedoch kritisiert, so daß wir letztendlich den Anfang entschärft haben. Insgesamt war damit ein ganz nützlicher Film entstanden. Alljährlich fand innerhalb der Gemeinschaft der europäischen Bahnen jeweils in einem anderen Land ein Filmfestival statt, bei dem unser Reichsbahn-Film »Sicherheit an Eisenbahnübergängen« 1973 in Zagreb mit einem Diplom bedacht wurde. Als parteiloser Regisseur durfte ich natürlich nicht zu dieser

Veranstaltung im westlich angehauchten Jugoslawien fahren. Paris oder andere westeuropäische Städte waren erst recht tabu, und selbst Warschau oder Prag in den sozialistischen Bruderländern konnte ich dienstlich nie aufsuchen. Für derartige Reisen »opferten sich« hilfsbereit die »strammen Genossen«, auch wenn sie mit dem Film nichts oder kaum etwas zu tun hatten. Derartige Beispiele gab es in der DDR tausendfach. Das war gesellschaftlich betrachtet ein Riesenfehler, unter persönlichen Aspekten gesehen war es einfach nur zum Kotzen.

In dieser Zeit, es muß etwa um 1971 gewesen sein, versuchte ich mich auch im Schreiben eines Drehbuchs für einen kompletten Kinofilm. Als Vorlage wählte ich »Das Durchgangszimmer«, eine humorige Erzählung von Renate Holland-Moritz. Ich mühte und plagte mich in meiner Freizeit, erstellte sogar Skizzen und Grundrisse, um meine Vorstellungen über Anordnung und Bewegung der Darsteller und der Kamera zu erklären. Es ging voran, aber ein Unerfahrener benötigt eben mehr Zeit. Als ich nach einigen Monaten ungefähr die Hälfte geschafft hatte, las ich eines Tages in der Zeitung, daß das »Durchgangszimmer« unter dem Titel »Florentiner 73« im Auftrag des DDR-Fernsehens von der Defa verfilmt wird. Ich war wie vom Blitz getroffen. War nun alles umsonst? Um wenigstens eine Beurteilung zu erhalten, schickte ich meine Drehbuchseiten an Frau Holland-Moritz. Erkennt sie eine Spur Talent oder ist alles totaler Unsinn? Die Autorin bedankte sich, bedauerte aber, leider kein Urteil über meine Arbeit abgeben zu können. Sie begründete das folgendermaßen: »Zu meinen Fehlern gehört, daß ich einfach nicht optisch denken kann, demzufolge, was die linke Seite betrifft, immer etwas schwachsinnig reagiere. Ich hoffe allerdings, daß ich das noch lernen werde.« Nanu! Wenn man erfolgreich Erzählungen schreibt und in der satirischen Zeitschrift »Eulenspiegel« als anerkannte Filmkritikerin (teils beliebt,

teils gefürchtet) tätig ist, dann ist es schwer zu begreifen, daß ein solcher Mensch optische Vorstellungsdefizite aufweisen könnte. Na gut, Schwamm drüber!

Ein weiteres Drehbuch für einen abendfüllenden Film (90 Minuten) zu schreiben war mir nach dem Erlebten zu riskant. So habe ich für ein paar Kurzfilme (15-20 Minuten) etwas zu Papier gebracht. An eines der Drehbüchlein erinnere ich mich noch. Es ging um die Erzählung »Jeff Peters als Magnetiseur« von O.Henry. Ich schickte die Sachen zur Defa nach Babelsberg in der Hoffnung, die Meinung und eventuell Ratschläge von erfahrenen Dramaturgen zu erhalten. Doch man ließ mich lediglich wissen, daß für meine Unterlagen keine Verwendung bestehe. Außerdem wirkt in der O.Henry-Geschichte ein Neger mit, und die Defa hat doch keine Neger. Nachträglich vielen Dank für den aufmunternden Hinweis.

Ich war ja nun verheiratet und es galt eine Familie zu gründen, zu der unbedingt Kinder gehören. Zwei sollten es mindestens sein oder drei, aber höchstens vier. Die Gründe für einen mehrfachen Kinderwunsch waren unterschiedlicher Art. Meine Frau hat noch 2 Schwestern; jeweils ein Altersunterschied von vier Jahren liegt zwischen ihnen. Da gab es während einiger Zeitabschnitte durchaus »Interessenkonflikte«. War die Älteste zum Beispiel 18 und konnte schon verheiratet sein, dann hatte die Mittlere mit 14 vielleicht gerade einen Freund, wogegen die Jüngste (meine Frau) mit 10 Jahren möglicherweise noch mit Puppen spielte. Zehn Jahre später gab es diese Abweichungen nicht mehr. 28, 24 oder 20 Jahre alt – da konnten alle verheiratet sein und schon längst eigene Kinder haben. Man hatte also Geschwister, auf die man sich verlassen konnte. Ich dagegen war ein Einzelkind, was mir niemals gefallen hat. Irgend jemanden wünschte ich mir, egal ob Bruder oder Schwester. Mit einem Bruder wäre das »Rumtoben« im familiären Doppelpack geselliger gewesen und bei einer Schwester hätte ich als »der große Bruder« meine

Beschützerfähigkeit schulen können. Trotz *verschiedener Ausgangspositionen* hatten meine Frau und ich das gleiche Ziel vor Augen. So wurde im Juni 1973 unsere Tochter Miriam geboren. Da war die Freude groß, doch danach war uns das »Schicksal« nicht mehr wohlgesinnt. Es blieb nur bei dem einen Kind, und so konnten wir auf eine positive demographische Entwicklung leider nicht einwirken.

Unser Vermieter mußte eines Tages ins Krankenhaus, in welchem er kurz darauf verstarb. Die Untermieterin aus dem Nebenzimmer war ausgezogen, denn sie hatte Nachwuchs bekommen. Und für uns war die Wohnung mit drei Zimmern zu groß. Doch alle, die nun diese Wohnung besichtigten, lehnten ob des dürftigen Gesamtzustandes ab, und die Wohnungen, die uns angeboten wurden, fanden nicht unseren Beifall. So wurde uns schließlich diese große Dreizimmer-Wohnung zugesprochen. Damit kam ein gewaltiges Arbeitspensum auf uns zu, da die Wohnung nach dem Krieg wohl kaum einen Handwerker gesehen hatte. Na gut, wir waren noch einigermaßen jung, da ging das schon. Wenn man zum Beispiel ein Zimmer betrat, dann waren gleich neben der Tür ein Lichtschalter und eine Steckdose, nur auf Putz verlegt und schon sehr wacklig. Und dann – nichts dann, weiter war nichts an Elektrik. Eine einzige Steckdose pro Zimmer! Eben Vorkriegsniveau! Es zog sich über viele, viele Monate hin, bis ich die gesamte Wohnung elektrisch auf Vordermann gebracht hatte. Dabei hatte ich das Glück, daß ein Mitarbeiter unseres Filmstudios gelernter Elektriker war, der mir manches erklärte und wertvolle Tips aus dem Ärmel zog. Somit konnte ich die Alu-Stegleitungen für verschiedene Stromkreise, FI-Schalter, Serien- oder Wechselschaltungen problemlos unter Putz verlegen und anklemmen. Als schwierig erwies sich jedoch die Materialbeschaffung, speziell der Stegleitungen. Am Schiffbauerdamm in der Nähe des Berliner Ensembles hatte ich ein kleines Geschäft ausfindig gemacht, das besser beliefert wurde oder deren Inhaber sich intensiver um

die Wareneingänge kümmerte. Im Schnitt war jeder zweite Besuch dort erfolgreich (für DDR-Verhältnisse ein bemerkenswert gutes Ergebnis), und ich konnte ein ums andere Mal einige Meter 2- oder 3-adrige Stegleitung kaufen. Mit der Zeit wurde ich als Stammkunde erkannt. Eines Tages fragte mich der Inhaber hinter vorgehaltener Hand: »Brauchen Sie eine Ab-Isolierzange?« Bisher hatte ich zum Anklebmen des Drahtes dessen Isolierung vorsichtig mit einem Messer entfernt. Mit viel Gefühl mußte das geschehen, damit das Messer keine Kerbe in den weichen Alu-Draht schnitt, was früher oder später zum Bruch führen konnte. Mit der nun erworbenen Ab-Isolierzange funktionierte das Entfernen der Isolierung sauber und gefahrlos, also perfekt.

Auch bei unserem Bad mußte etwas geschehen; es war einfach zu klein und zu unmodern. Gleich vorn auf der linken Seite stand der Badeofen, an dem sich längs die Badewanne anschloß. Junge Leser werden jetzt vielleicht rätselnd fragen: »Was ist eigentlich ein Badeofen?«

Also, wat is en Badeofen? Da stelle mer uns ganz dumm. Und da sage mer so: En Badeofen, dat is ene große Zigarre, die aufrecht steht. Wat heeßt nun groß? Da sage mer: Etwa 170 Zentimeter hoch und 40 dick. Unten hat de Zigarre en Loch, dat is de Feuerung. Und oben jeht en Rohr eraus, damit de Rauch in de Schornstein jehn kann. Dat erwärmte Wasser zwischendrin kömmt dann aus en Wasserhahn und jeht in de Badewann erein. Und wenn se voll is, kannste baden. (Lehrer Bömmel aus der »Feuerzangenbowle« läßt grüßen.)

Meine Frau legte abends in die Restglut oft ein in Zeitungspapier gewickeltes Brikettstück, dann war auch nach dem Aufstehen das Wasser für die Morgenwäsche schön warm. Am anderen Ende der Badewanne war bereits eine Trennwand, hinter der sich eine von der Küche zugängliche kleine Speisekammer befand. Über dieser

konnte man vom Bad aus mit einer langen Metallstange ein Viertel eines großen Fensters öffnen und schließen; das untere Viertel gehörte zur Speisekammer, die andere Hälfte zur Abstellkammer. Typisch Berliner Altbau. Neben der Badewanne hatte gerade noch ein Toilettenbecken Platz. Wegen der Enge gab es kein Waschbecken; man mußte sich immer über der Badewanne waschen. Damit sollte endlich Schluß sein. Also stemmten wir die Rabitzwand zur Abstellkammer weg, ließen die Badtür zumauern und Gasheizung sowie Gasdurchlauferhitzer installieren. Auch eine Einbauwanne hatten wir glücklicherweise beschaffen können. Das neue Badezimmer war sehr geräumig, selbst ein großes Waschbecken stand jetzt zur Verfügung. Doch der Raum sollte richtig schick werden, mit Fliesen und verchromten Armaturen. Einfache Fußbodenfliesen gab es gelegentlich, aber farbige Wandfliesen waren ein Problem; die gingen West-Valuta einbringend lieber in die BRD.

Die Mangelwirtschaft führte zwischen den suchenden Bürgern in der DDR zu regen Tauschgeschäften von »Engpaßprodukten«. Mein Aufnahmeleiter hatte beispielsweise schon lange vergeblich nach Fußbodenbrettern für seine Datsche gespäht, als wir nach Dreharbeiten gerade dazukamen, wie bei der Baustoffversorgung in Berlin-Adlershof eine größere Ladung gespundeter Fußbodenbretter eintraf. Obwohl ich damals keine Bretter brauchte, griff ich auch zu – man wußte ja nie was kommt. Nach rund drei Jahren, während der die Bretter in unserem langen, an eine Kegelbahn erinnernden Flur gut abgelagert waren, kam die Stunde des »Raritätentauschs«.

Die Künstler der DDR erhielten für devisenträchtige Auslandsauftritte und Verkäufe ihrer Tonträger im Westen nur sehr begrenzt D-Mark, konnten dafür aber über Genex (ein spezielles Handelsunternehmen der DDR, das unter der

Bezeichnung Geschenkdienst GmbH aktiv war) verschiedene Raritäten käuflich erwerben. Fliesen gab es dort jede Menge, aber keine Fußbodenbretter. So tauschte ich mit dem Schlagzeuger von Sänger Frank Schöbel; ich konnte bei den geflammten Fliesen sogar wählen – blau oder rosé? Verchromte Armaturen waren in Berlin wegen der verbreiteten Verwandtschaft und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Menschen in Ost und West dieser Stadt etwas leichter zu bekommen. Man mußte nur in der Zeitung inserieren. Da hatte vielleicht Onkel Kalle aus Zehlendorf bei einem Besuch 3/4 Zoll mitgebracht, aber man brauchte doch nur 1/2 Zoll. Oder auch Tante Erna aus Spandau hatte daran gedacht, nun hatte man die Armaturen doppelt. Billig war die Sache für uns nicht. Ich entsinne mich noch, daß wir für eine verchromte Badewannen-Armatur mit Brause saftige 300 Mark berappen mußten. Das war damals etwa ein Drittel meines monatlichen Bruttoeinkommens. Wahnsinn!

Nach und nach war unsere Wohnung ganz passabel geworden. Dagegen stellte sich die finanzielle Situation nicht berauschend dar, obwohl wir beide in Lohn und Brot standen. Wir waren zwar nie ausgesprochen arm, aber von einer gewissen Wohlhabenheit waren wir meilenweit entfernt. Um unser Budget aufzubessern, hatte meine Frau in den ersten Ehejahren nach Feierabend mühsam auf Transparentpapier mit Tusche und Schriftschablonen technische Zeichnungen angefertigt. Heutzutage gibt es dafür spezielle Rechnerprogramme, die das ruck, zuck erledigen. Während der staatlich angekurbelten Aktivitäten im Wohnungsbau, für deren Umsetzung aus allen Bezirken der DDR Bauarbeiter nach Berlin delegiert wurden, hatten wir für einige Zeit ein möbliertes Zimmer vermietet. Die Vergütung durch die Amtsstuben war nicht schlecht, und die zwei Bauarbeiter nächtigten auch nur Montag bis Donnerstag nach der Arbeit und dem Abendbrot in einer Gasstätte bei uns. Freitags ging es nach der Arbeit gleich nach Hause. Das zusätzliche Geld

konnten wir gut für Anschaffungen oder Urlaubsreisen gebrauchen. Allerdings war das mit Ferienplätzen nicht so einfach. Fast alle Plätze wurden von der Gewerkschaftsorganisation FDGB vergeben, wobei die großen Industriekombinate und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bevorzugt wurden. (Die DDR war ja ein Arbeiter- und Bauernstaat.) Die Arbeitgeber meiner Frau und von mir zählten nicht zu dem erlesenen Kreis. So waren wir schon sehr glücklich, daß wir mal über die Reichsbahn in einem ehemaligen Bahnhofsgebäude in Prerow (Hurra, im Sommer an der Ostsee !!!) unseren Urlaub verbringen durften oder über die Dienststelle meiner Frau einen Platz im Erzgebirge erhielten. Es war alles sehr bescheiden. Urig klingt vielleicht besser? Dennoch war der Urlaub immer ein schönes Erlebnis. Trotz mancher »Ecken und Kanten« lebte man in der DDR unbeschwert. Wir hatten ein gut strukturiertes Gesundheitssystem und ein vorbildliches Bildungswesen, der Arbeitsplatz war sicher, und man mußte keine Angst vor der Zukunft haben. Das ist meine unumstößliche Meinung, die meine Frau ebenso vertritt. Gelegentlich war es jedoch ratsam, sich eine Nische für ein erfüllendes Hobby zu suchen.

Eines Tages bestellte mich mein Chef, der in einem anderen Stadtbezirk residierte, wegen einer belanglosen Sache zu sich. Während ich im Vorzimmer wartete, nahm ich einen Eisenbahnkalender von der Wand und blätterte interessiert darin. Auf der letzten Seite ermunterte der transpress VEB Verlag für Verkehrswesen die Leser, für den nächsten Kalender Bildmaterial einzusenden. »Wäre das was für mich?«, überlegte ich. Letzten Endes lieh ich mir die Pentacon six unseres Studios für ein Wochenende aus, kaufte zwei Negativ- und zwei Umkehrfilme und machte im Elbsandsteingebirge meine ersten Eisenbahnfotos. Die Landschaft dort ist faszinierend, und für Bahnaufnahmen ist der Bereich Rathen – Königstein besonders reizvoll. Das Ergebnis meiner Aufnahmen befriedigte mich nicht. Auf Grund meiner

Unerfahrenheit und Nervosität war es mir nicht gelungen, den richtigen Auslösezeitpunkt zu erwischen. Entweder war der Zug noch zu weit entfernt oder zu dicht vor der Kamera (einmal war die Lokspitze sogar schon aus dem Bild). Beim Filmen läßt man den Zug durchs Bild fahren oder man schwenkt mit, aber beim Fotografieren gibt es nur einen winzigen Augenblick, in welchem für ein gelungenes Foto der Auslöser gedrückt werden muß. Meine unbefriedigende Fotoausbeute schickte ich trotzdem zum transpress Verlag. Man lud mich zu einem Gespräch ein, lobte meinen »vorzüglichen Blick für Bildwirkungen«, bedauerte aber, daß »die technische Ausführung nicht adäquat« ist und gab mir eine Reihe von Hinweisen, bei deren Beachtung meine Fotos künftig besser werden können. Diese befolgend und abgeklärter werdend waren im nächsten Kalender bereits zwei Aufnahmen von mir enthalten. Ein einziges Foto wäre mir zunächst lieber gewesen, denn mein zweites Bild war nach meinem Geschmack das schlechteste des gesamten Kalenders.

Im Laufe der Zeit nahm die Zahl der Veröffentlichungen kontinuierlich zu, nicht nur in Kalendern, sondern auch in Eisenbahn-Jahrbüchern oder in der sehr gefragten Zeitschrift »Modelleisenbahner«. Inzwischen hatte ich auch im vergrößerten Badezimmer einen Teil als Dunkelkammer gestaltet, so daß ich zumindest das Schwarzweiß-Material entwickeln und vergrößern konnte. Sogar ein Auto – anfangs Trabant, dann Wartburg – stand nach ungefähr 12 Jahren Wartezeit von der Anmeldung bis zur Auslieferung jetzt endlich zur Verfügung. Um neue, wenig oder nicht bekannte Fotostandpunkte zu erkunden, begann ich eines Tages mit Wanderungen entlang der Eisenbahnstrecken. Natürlich fängt man klein an und nimmt zunächst Schmalspurbahnen ins Visier – an der Ostsee, in Sachsen und im Harz. Die aufregendste Tour führte mich dabei 1984 sogar auf den sagenumwobenen Brocken. Mitunter gelangten die Wanderberichte (Text und Bild) in geeignete Publikationen; der Harzbericht mit Brocken ist beispielsweise

Bestandteil der Buchreihe transpress Verkehrsgeschichte mit dem Titel »Die Harzquer- und Brockenbahn nebst einem Anhang zur Südharzeisenbahn« (1. Auflage 1986).

Mitte der 90er Jahre geriet das Büchlein »Unterwegs mit der Harzquer- und Brockenbahn«, das 1991 beim Mitteldeutschen Verlag in Halle erschienen war, in meine Hände. Der Autor, Wolfgang Schrader, geht dabei im Kapitel »Zum Brockenplateau – Notizen eines Streckenläufers« (S.29-31) auch auf meine Brockenwanderung aus dem Jahre 1984 ein. Warum, so ging es mir durch den Sinn, mühen sich Fremde und stellen über meine Brockentour Spekulationen an? Wäre es da nicht besser, wenn ich all mein Erinnerungsvermögen aktivieren und dem Leser einige Zusammenhänge, Beobachtungen und Erlebnisse aus erster Hand nachreichen würde, für die zu DDR-Zeiten ein Berichts-Tabu bestand? Meine diesbezüglichen Aufschreibungen bot ich dem Mitteldeutschen Verlag zur Nutzung bei einer Neuauflage an. Doch ich habe nie wieder etwas von diesem Verlag gehört. Um nicht umsonst geschrieben zu haben, biete ich den interessierten Lesern meine Notizen auf den folgenden Seiten zur Information an.

Brockenwanderung 1984

Unzensurierte Betrachtungen

Wie kam es überhaupt zu dieser Brockenwanderung? Einige Wochen vor dem geplanten Wandertermin bei der Harzquerbahn sprach ich beim transpress Verlag vor, um ein Unterstützungsschreiben zum Beantragen des erforderlichen Passierscheins für die Orte Sorge, Elend und Schierke zu erbitten. Da sich diese Urlaubergemeinden mit teilweise mehreren FDGB-Ferienheimen im sogenannten grenznahen Gebiet zur BRD befanden, konnte man dort nur mit einem speziellen Passierschein einreisen. Jeder Antragsteller, der nach den Bewertungskriterien der DDR-Obrigkeit »keinen Dreck am Stecken« hatte, war nicht chancenlos, das Papierchen nach einer Überprüfung zu erhalten. Wer aber z.B. einen Ausreiseantrag aus der DDR gestellt hatte, konnte einen solchen Passierschein für Grenznähe logischerweise vergessen.

Der damalige Cheflektor des transpress Verlages war sofort bereit, mich zu unterstützen. »Aber«, so fragte er mich fast verwundert, »warum wollen Sie nicht gleich den Brocken mit beantragen? Mehr als »Nein« sagen, können »sie« nicht.«

»Ja, hm – aber hat das denn Zweck? Dort ist doch nur Armee – absolutes Sperrgebiet für Privatpersonen.« Außerdem befürchtete ich, daß ich mir mit dieser »Unverfrorenheit« vielleicht sogar die realistische 1. Passierscheinstufe vermasseln könnte.

Schließlich beantragte ich Sorge, Elend, Schierke und den Brocken!

Nach einiger Zeit wurde ich zur Armee-Pressestelle in eine Kaserne zwischen der Berliner Friedrichstraße und dem Bodemuseum bestellt. Ein Oberst empfing mich fast freundschaftlich, übergab mir zwei verschiedenfarbige Zettelchen (ich glaube, sie waren grau und rosa) und sagte mir, daß ich nach der Wanderung Text und Fotos zwecks Überprüfung für ein paar Tage abliefern müsse. Dann wünschte er mir viel Erfolg. Auf der Straße erst sah ich mir die beiden DIN A 6-großen Passierscheine näher an. Der eine galt für Sorge, Elend und Schierke, der andere berechtigte zum Betreten des Brockenplateaus!

»Potz Blitz! – Wie haben Sie das bloß geschafft?«, staunte man bei transpress. Ich wußte es auch nicht. Es war doch nur ein zaghafter Versuch gewesen, der nun plötzlich Erfolg hatte. Vielleicht war der »Entscheider« zufälligerweise Eisenbahnfan? Oder man glaubte, daß die transpress-Edition selbst mit einem zensierten und damit eingeschränkten Bericht über die Brockenstrecke einen größeren Absatz in der damaligen BRD erzielen würde? Und das hieße – zusätzliche Devisen (auch Kleinvieh macht Mist). Möglicherweise hatte sogar ein Mitarbeiter des Devisenbeschaffers Schalck-Golodkowski seine Finger bei der Entscheidung im Spiel.

Anfang Juni '84 war ich dann endlich im Harz. An einem der ersten Tage begab ich mich nach Schierke, um mich bei der am Ende des Ortes befindlichen Kommandantur der Grenztruppen zu melden. Dort war man aus Berlin bestens über mich und mein Vorhaben informiert worden. In diesem Milieu funktionierte die deutsche Exaktheit also tadellos. Meiner Brockenwanderung stand nichts im Wege, selbst die Wahl des Tages war mir freigestellt. Ich mußte lediglich 24 Stunden vorher den genauen Termin

mitteilen, damit zwei Grenzsoldaten für meine Begleitung (und das war zwingend notwendig, wie sich später herausstellte) zur Verfügung stehen konnten.

Wenn man schon mal auf den Brocken durfte, dann sollte es doch wenigstens kein Tag im strömenden Regen sein. Und da das Wetter damals selbst während eines Tages meist recht wechselhaft war, behagte es mir nicht sonderlich, die Entscheidung schon 24 Stunden vorher fällen zu müssen. Etwas genervt beließ ich es schließlich beim langfristig geplanten Wandertag.

Kaum war ich am Bahnhof Schierke aus meinem Pkw gestiegen, um meine Sandaletten gegen festes Schuhwerk auszutauschen, da wurde ich von hinten angesprochen: »Sind Sie Genosse Sprang?« »Ja«, antwortete ich den beiden Grenzsoldaten, die sich mit mir gemeinsam auf den Weg machen sollten.

Obwohl ich zu DDR-Zeiten niemals Mitglied einer Partei war, hatte ich mich an die Anrede »Genosse« allmählich gewöhnt. Als jahrelanger Mitarbeiter im Reichsbahn-Filmstudio, das beim Ministerium für Verkehrswesen angeschlossen war, wurde man von den verschiedensten Fachberatern und von den Leitern der Bahnhöfe, Bahnbetriebswerke und anderer Dienststellen oft so angesprochen. Daß man damit bei mir falsch lag, konnte und wollte ich nicht ständig korrigieren.

Ohne lange Umschweife begannen wir zu Dritt die Tour zum Brocken – im Gänsemarsch auf den Schwellen. Vorn der, sagen wir mal, »Truppführer«, am Ende der zweite Grenzer. Ich also »geschützt« in der Mitte. Der armeerkundige Leser möge es mir nachsehen, daß ich mich mit den Diensträngen bei der Armee nicht auskenne und manche Bezeichnung nicht fachgerecht

wiedergeben kann. Ich war nämlich nicht einen einzigen Tag in den Diensten der Armee.

Meine beiden Begleiter waren ziemlich wortkarg. Ich konnte lediglich herausbekommen, daß sie auch das erste Mal auf den Eisenbahnschwellen zum Brocken laufen.

An einer kleinen Steinbrücke am Eckerloch machte ich dann die ersten Fotoaufnahmen. Ich glaube, es war nur einige 100 Meter weiter, wo wir das Gleis für einen Moment verlassen mußten. Auf einer Länge von ungefähr 10 Metern war das Gleisbett nicht mit Schotter, sondern mit Kies gefüllt. Diese Stelle mußte umgangen werden. Warum?

Es wäre wohl sinnlos gewesen, meine sprachscheuen Begleiter zu fragen – Militärgeheimnis. Also dachte ich mir, daß dort vielleicht Minen vergraben sind. Aber warum tarnte man die Stelle nicht, denn der helle Kies war besonders auffallend? Andererseits fuhren in den Sommermonaten, wenn auch nicht häufig, so doch gelegentlich, Materialzüge zum Brocken. Man hätte die Minen dann jedesmal gefahrvoll ausbuddeln und wieder vergraben müssen. Minen können es also kaum gewesen sein, was aber dann? Ich weiß es bis heute nicht. Sollte ein Leser mich aufklären können, würde mich das nachträglich noch interessieren.

Unser »Truppführer« hatte ein tragbares Telefon bei sich, das während der Wanderung mehrfach zum Einsatz kam. An verschiedenen Stellen befanden sich in der Nähe des Gleises eine Art Steckdosen, die nur dem Eingeweihten bekannt waren. An diese Kontakte wurde das Telefon angeschlossen, und so konnten unser Standort bekanntgegeben werden und An- bzw. Abmeldungen bei irgendwelchen Posten erfolgen.

Es war schätzungsweise noch 1 Kilometer vor dem ehemaligen Bahnhof Goetheweg, da war ein Draht quer über das Gleis gespannt. Wir verließen das Gleis, um neben dem Schotter auf dem tiefer liegenden Randweg gebückt unter dem Draht weiterzugehen. Unmittelbar danach befand sich wieder eine der erwähnten Anschlußmöglichkeiten für das Telefon. Während der »Truppführer« seine Meldung abgab, überlegte ich, was der Draht zu bedeuten hätte. Wahrscheinlich eine Warnanlage, dachte ich. Stößt man gegen den Draht, dann zischt vielleicht eine Leuchtrakete in die Höhe.

Da ich über meiner Schulter einen Beutel mit Wechselobjektiven und Verpflegung trug, hätte ich bei nicht genügend tiefem Bücken leicht an den Draht stoßen können. Nun wollte ich es aber doch genau wissen, und so fragte ich den zweiten Grenzsoldaten: »Was wäre denn gewesen, wenn ich ...?« Mit bewegungsloser Miene entgegnete er kurz und bündig: »Tot!«

Es durchzuckte mich wie vom Blitz getroffen. Fassungslos verfolgten meine Augen den Drahtverlauf. Die Enden waren beiderseits des Gleises an je einem Baumstamm befestigt, doch an dem einem Stamm war noch etwas. Es sah aus wie ein abgesägtes Gewehr – der lange Lauf fehlte. Das also muß wohl eine der berüchtigten Selbstschußanlagen gewesen sein.

Mein Hals war plötzlich furchtbar trocken, und während der folgenden Viertelstunde bekam ich kein Wort heraus. Das hätte ja leicht »ins Auge« gehen können. Nur mit Mühe konnte ich meine Wut zügeln. Warum bloß haben mich die beiden Genossen Soldaten vorher nicht auf mögliche Gefahren hingewiesen? Offenbar waren sie von falschen Voraussetzungen ausgegangen und glaubten, ich kenne mich mit diesen Dingen aus. Vielleicht nahmen sie sogar an, ich sei ein in Berlin tätiger Armeemoffizier, der hier als Eisenbahner

verkleidet das Sicherungssystem auf ungewöhnliche und unauffällige Art überprüfen will. Alles ist denkbar, und Mißtrauen war bei den Grenztruppen weit verbreitet.

Kurz nach dem einstigen Bahnhof Gotheweg führte das Gleis unmittelbar neben dem Grenzzaun entlang. Es waren kaum 5 Meter Entfernung. In diesem Bereich war das Gleis für patrouillierende Armeefahrzeuge mit Betonplatten ausgelegt. Für mich hieß das, hier mußte der Fotoapparat geschlossen bleiben. Ich hatte ja den Passierschein zum Brocken mit der Auflage erhalten, nichts über die Grenzsicherungsanlagen zu schreiben und diese auch nicht zu fotografieren.

Mit ein paar Tricks wäre es schon möglich gewesen, einige verbotene Aufnahmen zu machen. Aber was sollte das? Eine Veröffentlichung war unmöglich. Selbst bei einem geheimen Bildtransfer in die BRD wäre ich als Hauptverdächtiger sofort »in die Mangel« genommen worden. Also hielt ich mich an die Anweisungen. Nach Überprüfung der Druckvorlagen (Text und Bild) gab die Armee später diese ohne jeglichen Kommentar für die Veröffentlichung frei.

Ich hatte übrigens den Eindruck, daß meine Brockenwanderung generalstabsmäßig überwacht wurde. Der begleitende »Truppführer« der Armee mußte ja mehrfach telefonische Meldungen abgeben, und so wußte man stets, wo wir uns gerade aufhielten. Man konnte es beinahe mit einem Zugmeldeverfahren vergleichen. Darüber hinaus fühlte ich mich auch ständig direkt beobachtet. An einer Stelle entdeckte ich tatsächlich per Zufall zwei Soldaten mit Schäferhund. Etwa 10 Meter vom Gleis entfernt hockten sie bewe-

gungslos, wie versteinert, im Unterholz. Kein Gruß, fast gespenstisch – aber echt.

Nachdem wir die knapp 3 Kilometer lange Brockenspirale bewältigt hatten, versperrte uns eine Mauer mit einem riesigen Eisentor den weiteren Weg. Ein »Steckdosentelefonat« bewirkte, daß nach einiger Zeit das Tor quietschend von innen geöffnet wurde. 100-200 Meter weiter sicherte noch ein zweites Tor das Brockenplateau. Dann war die Festung »erstürmt«.

Das einstige Bahnhofsgebäude diente jetzt den Grenztruppen als Dienstgebäude mit Kantine und Unterkünften. Wie viele Grenzer hier untergebracht waren, wurde mir natürlich nicht verraten. Bevor ich das von Nebelschleiern umgebene Gebäude fotografieren durfte, mußten zunächst die Fenster »neutralisiert« werden, d.h. einige neugierige Soldaten hatten sich dort zurückzuziehen.

Nach einer Kaffeepause auf Kosten der Armee ging es wieder bergab. Dabei wurde teilweise der kürzere Weg der Brockenstraße genutzt. Etwa 3 Kilometer vor Schierke verabschiedeten sich meine Begleiter, und ich durfte den Rest des Weges alleine bestreiten. Allerdings fühlte ich mich auch hier nicht gänzlich unbeobachtet.

Fakt war: Ohne Begleitung der beiden Grenzsoldaten wäre selbst mit dem gültigen Passierschein die Brockenwanderung schon nach einigen hundert Metern gestoppt worden. Als militärischer Laie glaube ich behaupten zu können, die deutsch-deutsche Grenze war perfekt gesichert – nach beiden Seiten!



Stück für Stück hatte ich alle Schmalspurbahnen der Deutschen Reichsbahn von Anfang bis Ende zu Fuß kennengelernt, jetzt mußte die große, die »richtige« Eisenbahn ran. Da 1989 die erste deutsche Ferneisenbahn ihr 150. Jubiläum feiern würde und transpress hierzu ein Buch herausgeben wollte, machte ich mich 2 Jahre vorher auf den 120 km langen Schwellenmarsch von Leipzig nach Dresden. Über das dabei entstandene Foto-Wandertagebuch kann sich der geneigte Leser in der Edition »Die Leipzig-Dresdner Eisenbahn« (S.153-226) informieren. Da mir solche Eisenbahnwanderungen liegen und sie durchaus interessant, manchmal sogar spannend sind, überlegte ich damals, welche Touren ich bis zur Jahrhundertwende noch realisieren könnte. Zwei Bedingungen wollte ich dabei erfüllt sehen: Jede neue Tour sollte länger als die vorherige sein, und einen besonderen Anlaß – etwa ein Jubiläum – sollte es unbedingt geben. Für die Planung der folgenden Wanderung hatte ich den Bahnweg von Dresden nach Prag auserkoren. Diese Strecke ist mit 200 Kilometern deutlich länger und wäre für mich erstmals international. Ihre Geschichte hatte die Eisenbahnverbindung zum »Goldenen Prag« als »Sächsisch-Böhmische Eisenbahn« begonnen; komplett auf der gesamten Länge wurde sie am 6. April 1851 eröffnet. Somit hatte ich als Starttermin für diese Wanderung den 6. April 1991 vorgesehen – das 140. Streckenjubiläum.

Um neben dem Arbeitsalltag ausreichend Zeit für die jeweiligen Vorbereitungen, für die Wanderungen selbst sowie für die druckreifen Text- und Fotoauswertungen zu haben, schien mir bei den immer länger werdenden Eisenbahnlinien ein etwa dreijähriger Wanderzyklus angebracht. Welcher Schienenstrang konnte für die Tour im Jahre 1994 in Betracht kommen? Meine Überlegungen lenkten mich zu einer schon

wegen ihrer größeren Ausdehnung in mein Konzept passenden Strecke, die außerdem zwei Jahre später ihr 150. Jubiläum begehen würde – die »Berlin-Hamburger Eisenbahn«. Sie zieht ihre Trasse runde 300 Kilometer durch preußische, mecklenburgische und holsteinische Regionen. Am Berliner Ostbahnhof beginnend müßte ich dreimal deutsch-deutsche Grenzen passieren – besonders sensible Berührungslinien. Auch darin wäre eine Steigerung meines »Eisenbahnwanderns« zu sehen, und ich war überzeugt, daß die DDR-Obrigkeit mein Vorhaben genehmigen würde. Mit einiger Sicherheit konnte man davon ausgehen, daß der transpress Verlag zum Jubiläum am 15. Dezember 1996 ein Sachbuch herausgeben würde, das logischerweise auch im Westen von Interesse wäre. Der Buchverkauf hätte also ein paar der so dringend benötigten Devisen einbringen können. Ja, ich konnte mir diese Wandertour durchaus als Realität vorstellen.

Wohin sollte danach die nächste große Wanderung führen? Ein Gedanke erwachte wieder in mir: eine »Traumstadt«, die es mir schon lange angetan hatte – Paris. Theoretisch kannte ich Paris einigermaßen – nicht nur Glorie, auch ernüchternde Winkel – aber das tatsächliche Erleben, mon ami, das fehlte noch. Doch wie sollte ich jemals dorthin gelangen? Ich hatte keine Verwandten oder Freunde in Frankreich, die mich hätten einladen können. Selbst dann wäre es ungewiß gewesen, ob die Reise genehmigt worden wäre. Wie könnte man es nur schaffen? Vielleicht, so hoffte ich, wäre es zu Fuß möglich – offiziell natürlich. Bei dieser Tour hätte ich auch erstmals eine vierstellige Kilometerzahl bewältigen müssen. Doch was hätte ich als Grund für diese Wanderung angeben können? Die Strecke Berlin – Paris ist nicht als durchgängige Verbindung gebaut worden; sie wuchs allmählich zusammen. Die Kleinstaaterie auf deutschem Territorium machte sich beim Bau besonders nachteilig bemerkbar. So errichteten Mitte des 19. Jahrhunderts die meisten deutschen Staaten

– Königreiche, Fürsten- oder Herzogtümer – mehr oder weniger nach eigenem Ermessen bestimmte Bahnlinien, die mitunter erst nach Jahren Anschluß an fremde Strecken fanden. Ein für die komplette Strecke gültiges Jubiläum war schwerlich auszumachen. Doch ich benötigte einen Anlaß, eine sinnvolle Begründung, sonst bliebe alles von vornherein ein unerfüllbarer Traum.

Ich grübelte und grübelte bis ich mich eines Tages daran erinnerte, daß die internationale Eisenbahnsprache Französisch ist. Und das deshalb, weil in Paris der Internationale Eisenbahnverband gegründet wurde, die UIC (Union Internationale des Chemins de fer). Dieser Verband, dessen Mitglied auch die Deutsche Reichsbahn war, hatte nach wie vor seinen Sitz in Paris. Wäre das vielleicht ein akzeptierbarer Wandergrund? Als ich wenig später das Gründungsjahr der UIC feststellte, machte ich fast einen Freudensprung – 1922 war's. Das paßte sehr gut. So könnte ich 1997 auf ungewöhnlichem Wege dem Generalsekretariat der UIC zum 75. Jubiläum die Glückwünsche der Deutschen Reichsbahn überbringen. Und natürlich einen ausführlichen Bericht verfassen über das Wirken und Schaffen der UIC, über das bisher Erreichte und über die weiteren Pläne, da ein neues Jahrhundert an die Pforte pocht. Versponnene Überlegungen? Ich hielt selbst diese Wahnsinns-Tour für realisierbar, sogar unter den schwierigen Bedingungen im geistig unbeweglichen DDR-Sozialismus.

Ein Erlebnis aus DDR-Zeiten will ich hier noch erwähnen. Im Sommer 1988 konnte meine Tante, die seit Kriegsende im Raum Hamburg wohnt und die ich seit August 1961 nicht mehr besuchen durfte, ihren 65. Geburtstag feiern. Ich hatte den Eindruck, daß Ende der 80er Jahre die Reisebeschränkungen in den Westen ein wenig gelockert wurden, und so beantragte ich aus gegebenem Anlaß eine Besuchsreise zu meiner Tante. Die Genehmigung wurde erteilt; die für DDR-Bürger

wundersame, kaum vorstellbare Westtour konnte stattfinden. Bei der Rückfahrt, die am Morgen etwa 9 Uhr in Hamburg begann, erreichte der »Interzonenzug« (die Bezeichnung war umgangssprachlich noch üblich) gegen Mittag den Bahnhof »Zoologischer Garten« in Westberlin. Obwohl ich seit 1968 in Berlin wohnte, kannte ich den Westteil der Stadt nur vom Fernsehen her, nicht aber persönlich. Für nur wenige Stunden sollte sich das jetzt ändern.

Ich verließ den Zug in unverfrorener Weise und verstaute meinen Koffer in einem Schließfach. Ach du Schreck! Das war ja deutlich teurer als nur ein paar Kilometer weiter östlich. Dann marschierte ich an diesem sonnigen und sehr warmen Juli-Tag los, vorbei an der Siegessäule zum Brandenburger Tor. Das wollte ich endlich mal von der anderen Seite sehen, auch wenn's nur die weniger interessante Rückseite war. Aber einen Blick vom fremdem (freien) Westteil zum heimischen (eingesperrten) Osten werfen, das war schon seltsam. Anschließend sah ich mich ein wenig im Reichstagsgebäude um, und auf dem Rückweg am Rande des Tiergartens entdeckte ich die sogenannten Hütchenspieler. Wenn man ordentlich aufpaßt, kann man leicht gewinnen, dachte ich »blauäugig«. Bloß gut, daß ich kein »Spielgeld« hatte. Der Weg zum Ku'damm zog sich in die Länge, trotzdem noch ein kleiner Bummel auf der bekannten Einkaufsstraße. Von der schwülen Hitze völlig erschöpft suchte ich schließlich einen schattigen Platz in einem Straßencafé. Mein Geld reichte gerade noch für einen frisch gepressten Orangensaft. Punkt 18 Uhr weckte mich das Geläut der nahen Gedächtniskirche aus meinen schlappen Träumen. Ich mußte los; in einer halben Stunde traf erneut ein Zug aus Hamburg ein, mit dem ich jetzt aber in die »Hauptstadt der DDR« fahren mußte. Bemerkt jemand am Grenzkontrollpunkt Friedrichstraße meine Fahrtunterbrechung in Westberlin? Ich war mir nicht sicher, ob ich das gedurft hatte. Aber keiner regte sich auf. Für mich stand fest, beim nächsten runden Geburtstag meiner Tante oder des Onkels wird

eine Besuchsreise beantragt. Dann allerdings zusammen mit meiner Frau. Und eines war auch absolut sicher, wir wären beide zurückgekommen. So dachten viele im Osten – sie wollten einfach nur reisen, verschiedene Sehenswürdigkeiten persönlich kennenlernen und wollten mal gucken, wie die Menschen im Westen leben. Warum hat man das den DDR-Bürgern so schwer gemacht? Natürlich wollten manche auch für immer weg – »da lag der Hase im Pfeffer!«

Ein gutes Jahr später hatte sich das mit dem Antragstellen für eine Reise in den Westen erübrigt. Die Mauer war gefallen.



Leben – warum?

Worin besteht der Sinn des Lebens? Haben Sie, liebe Leser, Ihre Überlegungen hierzu im wesentlichen abgeschlossen, Ihre Gedanken sortiert und das Ergebnis zu Papier gebracht? Ist die Seite 20 in diesem Buch endlich beschrieben? Wie auch immer es aussehen mag, ich will Sie nicht länger »schmoren lassen« und teile Ihnen nun meine Meinung zum Sinn des Lebens mit. Warum also leben wir für einen begrenzten Zeitraum von nur einigen Jahrzehnten? Im Mittelalter sah man den einzigen Sinn des Lebens darin, sich durch gute Führung auf Erden seinen Platz im Paradies zu verdienen. Aber das ist lange her (und auch sehr unsinnig). Konzentrieren wir uns lieber auf die Gegenwart und auf Realitäten. Der Sinn und damit die Aufgabe des Lebens besteht meines Erachtens einzig und allein darin, die Art zu erhalten – für uns bedeutet das, die »Art oder Spezies Mensch« nicht untergehen zu lassen. Mehr nicht, das ist alles! Sind Sie nun enttäuscht ob der Kürze, der Einfachheit, der Nüchternheit? Gewiß gibt es noch einiges mehr darüber zu sagen, was ich Ihnen auch nicht vorenthalten will. Doch alle weiteren Aussagen beziehen sich immer wieder nur auf diese Kernaussage – auf das Erhalten der eigenen Art, also für Nachwuchs zu sorgen. Das gilt sowohl für Menschen als auch für Tiere. Im wohlhabenden Deutschland scheinen derartige Aufgaben jedoch nicht realisierbar zu sein. Hier will man möglichst viel Spaß haben, will lieber auf Ballermann-Niveau saufen und weitere Drogen konsumieren. Auch beim »Basteln an einer Karriereleiter« stören Kinder doch ungemain. Diese verursachen zudem bemerkenswerte Kosten – die Gelder feh-

len dann fürs »Gauditreiben« -, und die mehrjährige Fürsorge und Erziehung ist für die Deutschen auch viel zu anstrengend. O weh, Deutschland!

Was jedoch muß zusätzlich bedacht werden? Erstens muß die Menschheit Kriege und jegliche Form von Scharmützeln vermeiden, weil sonst die »Art Mensch« gefährdet, minimiert oder im ungünstigsten Fall gar ausgelöscht werden könnte. Für derartige gewaltsame Auseinandersetzungen ist allein der Mensch verantwortlich. Das hat nichts mit Naturkatastrophen oder Schicksal zu tun; es ist die Gier nach Macht und Reichtum, die Gewalt und mörderisches Toben auslösen. Zweitens müssen die Menschen ihren Lebensraum schützen, auch für die nachfolgenden Generationen; der Planet Erde muß bewohnbar bleiben. Andernfalls würde die »Spezies Mensch« endgültig aussterben. Aber auch hierbei ist der Mensch selbst das Problem, denn beim unersättlichen Streben nach immer höheren Profiten stören alle Überlegungen, die den Schutz der Umwelt betreffen. So gibt es bestenfalls Alibiversprechen. Von einem vernunftbegabten Wesen kann beim besten Willen keine Rede sein. Das Einzige, worauf man sich beim Menschen verlassen kann, ist dessen grenzenlose Unvernunft. Die wenigen lobenswerten Ausnahmen genügen auf Dauer keineswegs.

Wie sieht man das Ganze möglicherweise in gläubigen Kreisen? Nehmen wir mal an, es gäbe einen Gott – egal welchen Namen die unterschiedlichsten Glaubensrichtungen ihm angedeihen ließen – dann wäre es doch sinnlos, wenn die vom Schöpfer geschaffenen Menschenwesen sich in Kriegen gegenseitig umbringen. Kein Gott kann Kriege mögen, weil seine Schöpfung damit zerstört würde. Den Lebensraum für alle Geschöpfe – Menschen wie Tiere – hat Gott vermeintlich ebenfalls geschaffen, nämlich unsere Erde. Doch was

macht der »ach so kluge« Mensch? Außer grauenvollen Kriegen bis in die heutigen Tage müssen zunehmend Zerstörungen unserer Umwelt zur Kenntnis genommen werden. Und ein Ende dieses Schwachsinnns deutet sich kaum an. Woran könnte das wohl liegen?

Diese Frage kann unter zwei Aspekten betrachtet und beantwortet werden. Entweder ist die »Schöpfung« schlicht und einfach mißlungen. Der »Schöpfer« ist alles andere als ein ehrfurchtsvoll zu bewundernder Gott. Was da von einer höheren, unbekannteren Macht angeblich »geschaffen« worden ist, kann absolut nicht befriedigen – ihr Menschen! Mord und Totschlag, um Macht zu erringen und dem Mammon nachzujagen, dazu eine brutale Verachtung der lebensnotwendigen Umwelt. (Solch ein Ergebnis ist weiß Gott keine göttliche Meisterleistung.) Und nirgendwo ist eine Gottheit zu bemerken, die sich ob solchen abwertenden, himmelschreienden Verhaltens seiner »Kinder« erzürnt und letztendlich korrigierend einschreitet.

Es kann aber auch sein, daß der Mensch sich verselbständigt hat, daß er sich vom »Allmächtigen« nicht lenken und beeinflussen läßt und sein Leben in scheinheiliger Weise selbst bestimmen will. Ein derartiges Gebaren müßte aber eindeutig als Gotteslästerung gebrandmarkt werden. Da kann auch das weitverzweigte Netz oft beeindruckender Sakralbauten nicht als Entschuldigung anerkannt und gnädige Vergebung erwartet werden. Und abermals greift kein göttliches Wesen strafend oder gar züchtigend ein. Selbst der frömmste Gläubige müßte allmählich erkannt haben und eingestehen, daß es keinen Gott gibt – gar nicht geben kann.

Ist es wirklich sinnvoll, die »Spezies Mensch« zu erhalten? Gleichgültig ob man nun gläubig ist oder nicht. Muß man überhaupt Angst haben, daß die

Menschheit ausstirbt? Die Realität bekräftigt derartige Sorgen nicht. Im Gegenteil: Die Weltbevölkerung wächst und wächst. Allein in den 12 Jahren seit 1999 ist sie um 1 Milliarde gewachsen, und 2011 wurde bereits der 7-milliardenste Weltbürger auf den Philippinen geboren (wer das wohl herausgefunden hat?). Wenn das so weitergeht, werden zur Jahrhundertwende 2100 etwa doppelt so viele Menschen den Planeten Erde bevölkern (falls die Erde dann überhaupt noch bewohnbar ist). Deutschland wirkt bei dieser Entwicklung nicht mit, nein, die Deutschen sind ein vermehrungsunwilliges Volk. Das enorme Wachstum findet in den Entwicklungsländern statt, während bei den Industrienationen die Bevölkerung oft sogar abnimmt. Erschreckend ist die Feststellung, daß heutzutage bereits über eine Milliarde Menschen Hunger leiden müssen und sehr viele sogar verhungern, während eine verachtende Minderheit in verschwenderischem Luxus schwelgt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie viele Menschen verträgt unsere Erde überhaupt? Das ist schwer zu beantworten und hängt in Zukunft deutlich stärker vom Konsumverhalten der Überlebenden, vom Ressourcenverbrauch und von den Umweltbedingungen ab. Bei der dem Menschen innewohnenden Unvernunft sind leider höchst kritische Zeiten zu erwarten – möglicherweise sogar das endgültige Aus!

Sei es, wie es wolle, liebe Leser, bleiben Sie friedlich, achten Sie Ihre Mitmenschen und die Umwelt und machen Sie verantwortungsbewußt etwas aus Ihrem Leben! Man hat nur das eine, danach kommt nichts mehr – absolut nichts – auch wenn das manche nicht wahrhaben wollen.



Grenzöffnung

Der 13. August 1961 und der 9. November 1989 sind zwei Daten, die »Geburt und Tod« der Berliner Mauer markieren. Das Ende des teilenden Todesstreifens kündigte sich schon Monate vorher ungewiß an. Die Menschen der DDR gingen auf die Straßen, weil sie es satt hatten, sich vom Parteienapparat des Staates unaufhörlich bevormunden zu lassen. Die meisten Bürger wollten eine Reformierung der DDR, in der ein freier Meinungs Austausch möglich ist. Auch die angeschlagene Wirtschaft bedurfte dringend einer umfassenden Modernisierung, denn die Erneuerung des zum Teil überalterten Maschinenparks und der Infrastruktur war von den DDR-Bonzen Jahr für Jahr hinausgeschoben worden. Von Woche zu Woche nahm nun die Zahl der Demonstranten zu, besonders in Leipzig und Berlin waren ungeahnte Menschenmengen zusammengekommen. Bald ertönte immer lauter werdend der bedrohliche Ruf der Massen: »*Wir sind das Volk!*«. Das war richtig so, denn die Staatsführung der DDR und ihre ausführenden Organe kümmerten sich oftmals nur schwerfällig um die Interessen ihrer Bürger. Die Demonstranten wurden allmählich noch mutiger, weil inzwischen der Freiheitsdrang nicht mehr zu bremsen war. So änderte sich die gerufene Losung in: »*Wir sind ein Volk!*«. Auch gegen diese Aussage war prinzipiell nichts einzuwenden.

Im Oktober 1989 weilte ich für ein paar Urlaubstage im thüringischen Saalfeld, um Eisenbahnfotos in herbstlich gefärbter Landschaft zu machen. Während ich an einem der Abende in der Hotelgaststätte etwas aß, schallten von außen Lautsprecher durch die Fenster. Kurz darauf ging ich ins Freie. Auf

dem Markt hatten sich viele Menschen versammelt, die den Forderungen einiger Redner aufgeregt lauschten. Da kamen auch Reisefreiheit, Grenzöffnung und Wiedervereinigung zur Sprache. Ein lauter, warnender Zwischenruf während dieser Reden ist heute noch in meiner Erinnerung: »Ihr werdet Euch noch wundern!« Das Wundern kam für viele tatsächlich.

Dann fand am Abend des 9. November die legendäre Pressekonferenz in Berlin statt, die vom Fernsehen der DDR original übertragen wurde. Kurz vor 19 Uhr verkündete Politbüro-Mitglied Günter Schabowski, daß die DDR-Regierung (gewissermaßen vom Volk erzwungen) eine neue Reiseregulung für Fahrten in den Westen beschlossen hat. Von jedem Bürger können ohne besonderen Anlaß und ohne Verwandtschaftsverhältnis Ausreisen beantragt werden. Die Anträge werden kurzfristig bearbeitet. Auf die Frage eines Journalisten, ab wann diese Regelung in Kraft trete, reagierte Herr Schabowski ziemlich verunsichert. Er fingerte nervös an einigen Zetteln herum und meinte dann: »*Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.*«

Man hätte nun bereits am Morgen des 10. November einen Antrag bei den bearbeitenden Paß- und Meldestellen abgeben und ein, zwei oder drei Tage später die Reise in den Westen antreten können. Doch Einige hatten Schabowskis Mitteilung wohl falsch verstanden (wieso eigentlich?), marschierten »sofort, unverzüglich« zum Grenzübergang Bornholmer Straße und verzichteten salopp auf eine Antragstellung. Vom Herdentrieb erfaßt folgten zunächst Hunderte, bald darauf Tausende diesem Beispiel. Die Grenzer an der »Bösebrücke« (im Jahre 1948 nach dem 1944 hingerichteten Widerstandskämpfer Wilhelm Böse benannt) waren überrascht und völlig verunsichert. Es gab schließlich keine Dienstanweisung oder irgendeinen Befehl, wie sie

sich in dieser nicht vorhersehbaren Situation verhalten sollten. Ziemlich rat- und hilflos ließen sie die stetig größer werdende und forschend drängende Menschenmenge letzten Endes doch die Grenze passieren.

Es dauerte nicht lange bis alle Grenzübergänge in Berlin sowie entlang der innerdeutschen Grenze geöffnet waren. Eine Wiedervereinigung Deutschlands war plötzlich möglich geworden. Doch wie sollte das zwischen zwei Staaten mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen vollzogen werden? Alle politischen Kräfte waren mehr oder weniger damit überfordert, denn eine ähnliche Situation als Vorbild gab es weltweit nicht. Vor allem die Westpolitiker »als Sieger im Kalten Krieg« entschieden schließlich, daß der bundesdeutsche Kapitalismus, in dem alles gut war, über den Sozialismus der untergehenden DDR, in dem alles schlecht war, »gestülpt« wird, damit die Brüder und Schwestern im Osten endlich auch die Segnungen des Westens genießen können. Bemerkenswert ist eine Aussage von Wolfgang Schäuble, dem Gestalter des Einigungsvertrages, die er in seinem Buch »Der Vertrag« folgendes formulierte: *»Ich musste Herrn de Maizière immer wieder darauf hinweisen, dass es sich um einen Anschluss der DDR und nicht um eine Vereinigung von zwei Staaten handelt.«* Also kein schrittweiser, gleichberechtigter Übergang zu einem vereinigten Deutschland, sondern eher eine überstürzte, nahezu fiebrige Annexion, damit das klar ist! Das war ein entscheidender, skandalöser Fehler, an dem wir heute noch konfus herumdoktern. Die Chance, schnellstmöglich, aber besonnen und beiderseits mit gleichen Rechten ein starkes Gesamtdeutschland zu schaffen, wurde damals leichtfertig und kurzsichtig vertan oder zumindest unnötig viele Jahre lang aufgeschoben.

Die Regierung der Nationalen Verantwortung unter Hans Modrow rief per Verordnung am 1. März 1990 eine »Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums« ins Leben. Herr Modrow schrieb hierzu später: *»Hauptanliegen [...] war es, den schrittweisen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft so zu gestalten, daß die unausbleiblichen tiefgehenden strukturellen Veränderungen in der Volkswirtschaft strikt im Interesse der Allgemeinheit erfolgen.«* Und an anderer Stelle: *»Als wir die Treuhand gründeten, war sie als Instrument zur Wahrung des Volkseigentums gedacht und sollte im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der DDR tätig sein. Nach den Wahlen am 18. März 1990 erhielt sie dann eine Aufgabe, die im Gegensatz zur Absicht des Runden Tisches und meiner Regierung stand.«* Die Nachfolgeregierung de Maizière machte unter Anleitung der bundesdeutschen Regierung aus der Treuhand eine Anstalt, die als scheinbares »Allheilmittel« nur Privatisierungen im Auge hatte. Das Volksvermögen der DDR (also auch meines und das weiterer rund sechzehneinhalb Millionen Bürger) wurde dabei regelrecht verramscht.

Bezüglich der »Abwicklung«, der Liquidation der ehemals volkseigenen Betriebe der DDR, zitiere ich noch einmal Hans Modrow: *»Was hierbei an krimineller Energie, skrupellosem Vorgehen und maßloser Bereicherung auf Kosten der Ostdeutschen und aller bundesdeutschen Steuerzahler öffentlich wird, kann einem aufmerksamen, politisch interessierten Leser schier den Atem verschlagen.«* Ein weiteres Resümee von ihm (in dem auch ein bißchen anerkennend gelobt wird): *»In nur drei Jahren – von 1990 bis 1992 – stürzte das Volumen der Industrieproduktion eines Landes, das 1989 den 16. Platz im Welthandel einnahm und mit 39 Prozent eine höhere Exportquote als die alte BRD hatte, auf weniger als ein Drittel. Auch die Glaspaläste in einigen Großstädten, die Konsumtempel am Rande der Städte, die leuchtenden Fassaden renovierter Häuser, die deutlichen Ver-*

besserungen in der Infrastruktur, in einigen Bereichen des Verkehrs- und Nachrichtenwesens sowie bei Dienstleistungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der DDR nicht nur ein selbständiger Staat, sondern ein sich selbst tragender Industrie- und Wirtschaftsstandort liquidiert wurde.«

Auch die übereilte Währungsunion am 1. Juli 1990 wirkte sich ohne Übergangsregelungen und Schutzmaßnahmen verheerend auf die ostdeutsche Industrieproduktion aus. Mit der blitzartigen Einführung der D-Mark wurde »die Wirtschaft der DDR schlagartig und ungeschützt der Konkurrenz des bundesdeutschen und des Weltmarktes ausgeliefert.«

Ralph Hartmann, in der DDR im Diplomatischen Dienst tätig, nach der Wende für mehrere Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Bundestages, schreibt in seinem Buch »Die Liquidatoren«: *»Die auf den Export orientierte Industrie eines ganzen Landes wurde hingerichtet, im Wortsinne gevierteilt. Für den Erlös eines Exportes von einer DM in das kapitalistische Ausland, zu dem bis dahin auch die BRD gehörte, erhielt sie von einem Tag zum anderen bei gleichbleibenden Kosten nur noch weniger als ein Viertel: statt wie nach dem bisherigen internen Verrechnungskurs 4,40 Mark der DDR – nur noch eine DM.«*

»Das war eine Roßkur, die keine Wirtschaft aushält«, schätzte Karl-Otto Pöhl, ehemaliger Bundesbankpräsident, 1993 ein.

Wer machte nun seine windigen Geschäfte »im wilden Osten«, im entstandenen Eldorado für Händler, Spekulanten und Betrüger? Ralph Hartmann bringt es im o.g. Buch auf den Punkt: *»(Da waren) die Autohändler, die die Halben ihrer Gebrauchtwagen abbauen konnten, die Versicherungsanstalten, die innerhalb eines Jahres in Ostdeutschland fünf Millionen Verträge abschlossen, die Wirtschaftsberater, die für Schulbuchwissen und Gemeinplätze dicke Honorare und*

staatliche Zuschüsse einstrichen, die Handelskonzerne, die im Handstreich den staatlichen Einzelhandel übernahmen und die DDR-Produkte aus den Geschäften kehrten, die Anlagefirmen, die einzigartige Gewinne versprachen und den ostdeutschen Brüdern und Schwestern die letzten Spargroschen aus der Tasche zogen, die Immobilienmakler, die ein wahres Goldgräberfieber gepackt hatte.« (Hervorhebungen B.S.)

Und wie war das mit der Treuhandanstalt (THA), in der die umtriebigen »Aufbauhelfer Ost« allein die Interessen der Konzerne und Banken verfolgten und das Volksvermögen der DDR an westliche Unternehmen nahezu verschenkten. Dazu gab es noch Anschubfinanzierungen, sogenannte Sanierungshilfen, die logischerweise aus dem Steuertopf aller Bundesbürger entnommen wurden. Ich biete Ihnen, liebe Leser, zu Ihrem Verständnis hierzu zwei Beispiele von vielen an – von sehr vielen. Die Stickstoffwerke Piesteritz wurden von der VIAG-Tochter SKW Trostberg AG für die sagenhafte Summe von 1 DM erworben. Zusätzlich kassierte der Konzern 953 Millionen DM der angesprochenen Sanierungshilfen, also Steuergelder. Für Carl Zeiss Jena wurden sogar 3,6 Milliarden DM als Anschubfinanzierung gezahlt, was den neuen Chef, Lothar Späth, nicht hinderte, trotzdem fast 30.000 Menschen »abzuwickeln«. Schon die Formulierung »abwickeln« ist menschenverachtend. Wenn ich an die Verantwortlichen der Treuhandanstalt denke, allen voran an Frau Breuel, dann schwillt mir der Kamm und die Fäuste ballen sich. Wenn das nicht extrem kriminell war, ja schon an Verrat am Volk grenzte, dann bin ich wohl im falschen Film.

Da es mir als normalem Durchschnittsbürger kaum möglich ist »staatliche Zahlen« exakt zu recherchieren, verlasse ich mich auf die Angaben von

Ralph Hartmann, der als Mitarbeiter des Deutschen Bundestages leichter Zugang zu Sachverhalten bei der Treuhandanstalt fand. Er gibt somit bekannt: *»Den »treuen Händen« waren anvertraut: 8.500 Kombinate und Betriebe, 20.000 große und kleine Einzelhandelsgeschäfte, 7.500 Betriebe der Gastronomie, 900 Buchläden, 1.854 Apotheken, 3,68 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen und 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien. Die »Treuhand« wären durchaus in der Lage gewesen, mit diesem riesigen volkswirtschaftlichen Vermögen sorgsam umzugehen, auch in der Marktwirtschaft wertvolle ökonomische Substanz zu erhalten und einen die Konkurrenz belebenden, vom Grundgesetz gestatteten und in der Bundesrepublik noch immer bestehenden Eigentumspluralismus durch eine Stärkung des Bundes-, Landes- und kommunalen Eigentums zu fördern.«*

Doch was hatte die Institution mit dem rechtschaffenen Namen Treuhandanstalt am Ende ihrer Tage erreicht? Noch einmal Ralph Hartmann: *»Berücksichtigt man, daß die Aufwendungen der Treuhand 332.000 Millionen DM betragen, dann schloß sie mit einem Defizit von 256.000 Millionen DM ab. Wahrlich ein einmaliges Verkaufsergebnis eines Treuhänders, das dem Treugeber, der ostdeutschen Bevölkerung und dem Steuerzahler in Ost und West, zudem als großartiger Erfolg präsentiert wurde!*

Im Untersuchungsausschuß kamen nicht wenige Ursachen dieses »großartigen Verkaufserfolges« der Privatisierer zur Sprache: oberflächliche Wertermittlung, fehlende Dokumentationen, Verzicht auf »echte Bieterkonkurrenz«, mangelhafte Prüfung der Bonität der Erwerber, generelle Nichtbeachtung des an sich schon lückenhaften THA-Regelwerkes. Das Verkaufsmanagement war zum Gotterbarmen.«

Sie werden sich vielleicht fragen, liebe Leser, warum werden von mir nur Zitate ehemaliger DDR-Bürger herangezogen? Nun, das ist reiner Zufall. Ich werde auch gleich einen westlichen Ausgleich anbieten, indem ich mich flugs dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen zuwende. Am 14.09.2010 strahlte das ZDF eine Sendung aus, die den Titel »Beutezug Ost« trug. Die wesentlichen Aussagen dieses Berichts gebe ich Ihnen hiermit bekannt:

Bei der sogenannten Abwicklung der DDR haben viele Wessis das Geschäft ihres Lebens gemacht. Die Treuhandanstalt unter Rohwedder (nach dessen Erschießung unter Frau Breuel) hatte auf dieses größte Betrugsspektakel in Deutschland wesentlichen Einfluß. Statt eine Transformation zu betreiben wurde schamlos vernichtet, um Konkurrenten auszuschalten. So wurde beispielsweise das DKK Scharfenstein im Erzgebirge dicht gemacht, obwohl deren Kühlschränke schon zu DDR-Zeiten im Westen verkauft wurden. Bei DKK wurde nach der Wende weltweit der erste FCKW-freie Ökokühlschrank gebaut. Die Westwirtschaft behauptete, für diese Kühlschränke würden angeblich gefährliche, brennbare Materialien verwendet. Also wurde das Werk geschlossen. Danach wurden diese Kühlschränke mit den gleichen Materialien im Westen produziert. So wie Scharfenstein erging es hunderten von Firmen. Sie wurden trotz guter Produkte abgewickelt. (Auch der DDR-Schiffbau beispielsweise war wettbewerbsfähig.) Die Wessis waren im Osten höchstens an Zweigstellen, an verlängerten Werkbänken des Westens interessiert. Heute sind deshalb die Ostländer keine selbsttragende Gesellschaft mehr; die DDR aber konnte sich noch selbst versorgen. Statt den Substanzwert der Ostfirmen zu berücksichtigen galt für die Treuhand nur der Ertragswert. Da wurde tiefgerechnet, daß sich die Balken bogen. Die Treuhand war auch gar nicht in der Lage alles zu überprüfen. Außerdem forderte der politische Druck unduldsam – privatisieren, abwickeln, und das schnell, schnell. So wurden auch überlebensfähige DDR-Betriebe

leichtfertig und verantwortungslos verhökert. Die Treuhand hatte freie Hand, niemand hat ihr in die Suppe gespuckt. Nach 4 Jahren beendete die Treuhand 1994 ihr schändliches Treiben und hinterließ einen großen Schuldenberg.

Wer meiner Berichterstattung nicht traut, der begeben sich zum Mainzer Fernseharchiv und sehe sich dort die erwähnte Sendung selbst verwundert an oder nutze hierfür ganz einfach das Internet.

Sie wundern sich vielleicht, liebe Leser, daß ich Internetz schreibe und nicht Internet – so wie Sie es gewöhnt sind. Doch bedenken Sie, wenn der Zusatz »Inter« nicht vorhanden ist, dann spricht kein Deutscher vom Net, sondern vom Netz. Also warum nicht auch Internetz? Man kann im Netz übrigens einkaufen, doch hierbei bevorzugen die Deutschen die Formulierung »Online shoppen«. Ist das nicht seltsam?



Letztmalig ein bißchen ich!

Von gesamtdeutscher Politik bis Redaktionsschluß 2017

Das »Aufbrechen« der Mauer am späten Abend des 9. November 1989 hatten meine Frau und ich gar nicht mitbekommen. Erst am nächsten Morgen informierte uns eine Freundin meiner Frau telefonisch über das unvorstellbare Ereignis, und so marschierten wir zu dritt wenig später als Pankower ziemlich ungläubig über die Bösebrücke, um Westberliner Boden zu betreten. Wie im Rausch liefen wir an diesem kühlen, grauen Novembermorgen bis zur Osloer Straße. Dort stiegen wir in die U-Bahn und fuhren kostenlos ins Zentrum des Westens. »Träumen wir auch nicht?“, so ging es uns immer wieder durch den Kopf. Wir brauchten schon einige Tage, um die neue Situation zu begreifen. Während der folgenden Wochen begaben wir uns mehrmals in den Westteil der Stadt, denn es gab ja so wahnsinnig viel Neues zu erkunden. An den Ost-West-Übergängen standen für ungewisse Zeit noch die DDR-Grenzer. Man zückte den Personalausweis und bekam einen Stempel hineingedrückt. Doch das war nebensächlich und störte nicht einmal. Egal, man konnte jederzeit passieren.

Am 18. März 1990 fand die Volkskammerwahl statt, die erste freie Wahl in der noch DDR. Die überwiegende Zahl der Wähler entschied sich für die CDU, gefolgt von der SPD, also für Parteien mit starken Westpartnern, und somit war klar, daß eine Wiedervereinigung erwartet wurde und die Ostdeutschen mit der D-Mark endlich »richtiges Geld« in den Händen halten wollten. Damals stürzte in kurzer Zeit unendlich viel Unbekanntes vor allem auf die Menschen im Osten ein. Ein Vierteljahrhundert später habe ich große Mühe, den zeitlichen Ablauf meiner persönlichen Eindrücke und Handlungen problemlos zu rekapitulieren. Wie war das denn noch? Und vor allem – wie ging es jeweils weiter?

Auch bei der Deutschen Bundesbahn (DB) gab es – ähnlich wie bei unserer Reichsbahn – eine Filmstelle. Diese hatte ich zweimal in Mainz aufgesucht, weil ich glaubte, daß beide Studios zusammengelegt und dann von uns wenigstens zwei oder drei Mitarbeiter übernommen würden. Der Leiter empfing mich freundlich und zeigte mir alle Räumlichkeiten sowie die technische Ausstattung. Sogar eine einfache Übernachtung war für mich besorgt worden, und auch zum Essen lud er mich großzügig ein. Doch eine Übernahme wurde nicht in Aussicht gestellt. Die Bundesbahner bangten selbst um ihre Arbeitsplätze.

Dann war ich auch bei der DB-Zentrale in Frankfurt am Main. Der Kaderleiter, ach, der hieß ja hier Personalleiter, erklärte mir unverblümt, daß für Neueinstellungen bei der Bundesbahn die »Schallmauer« bei einem Alter von 40 Jahren liegt. Na prima, da war ich schon um einiges darüber.

In den letzten Jahren vor dem Mauerfall hatte unser Reichsbahn-Studio einige Filme für einen Eisenbahn-Verlag in Baden-Württemberg produziert. Die Reichsbahn bekam dafür ein paar Devisen (ein »großzügiger« Spottpreis), das eigentliche Geschäft machte der Westverlag mit der erlaubten Video-Vermarktung der von uns hergestellten Filme. Auch dort erkundigte ich mich eines Tages persönlich nach der Möglichkeit einer Anstellung. Und dann geschah das Unglaubliche. Der Chef erzählte von den Dreharbeiten zum letzten Film, bei dem ich selbst nicht mitgewirkt hatte. Er nörgelte an der Arbeitsmoral meiner Kollegen herum und behauptete: »Nachdem die Einfahrt eines Zuges in den Bahnhof X aufgenommen war, sah der Aufnahmeleiter auf die Uhr und verkündete: »Feierabend!«. Die benötigte Ausfahrt einer gleichen Zugarnitur konnte erst am nächsten Tag gefilmt werden, doch die paßte mit dem Wetter des Vortages nicht zusammen.« Was für eine unverschämte Lüge. Ich habe etwas Ähnliches in zwanzig Jahren bei unserem Filmstudio niemals

erlebt. So verhält man sich in der Filmbranche schon wegen des Szenen-Anschlusses überhaupt nicht. Mir blieb einfach die Spucke weg, und ich ärgere mich heute noch schwarz, daß ich diesem selbstgefälligen, infamen Lügner nicht »die Fresse poliert« habe. Verdient hätte er's. Meine harschen Worte bitte ich zu entschuldigen, liebe Leser, aber bei solch Unverschämtheit »geht einem einfach der Hut hoch.«

Während dieser turbulenten, mitunter sogar ungeordneten Monate, mußte man aktiv werden. Da wir beim Reichsbahn-Filmstudio nicht nur ausgesprochene Lehrfilme gedreht hatten, sondern auch solche, die allgemeines Eisenbahninteresse befriedigten, hielt ich einen auf die Beine zu stellenden Videovertrieb unseres Studios für eine gute Idee. Zwei meiner Kollegen wollten sich daran beteiligen, doch die Hauptarbeit und sogar die Vorfinanzierung mußte ich übernehmen. So wurden für unser erstes Video drei 35 mm-Filme in den Westberliner Geyer-Werken auf Video überspielt. Es ging um die Leipzig-Dresdner Eisenbahn. Der eine Film berichtete über die Geschichte der Strecke von den Anfängen bis zur Gegenwart. (Bei den Dreharbeiten 1988 war meine Ortskenntnis infolge der 1987er Foto-Wanderung sehr nützlich.) Im zweiten Film wurde der Nachbau der SAXONIA, der ersten deutschen Lokomotive, dokumentiert. (Die ADLER, die 1835 bei der Eröffnung der nur 6 km langen Ludwigsbahn von Nürnberg nach Fürth einen Zug führte, kam aus England.) Der dritte Film schließlich zeigte die faszinierende Fahrzeugparade in Riesa anlässlich des 150. Jubiläums der ersten deutschen Ferneisenbahn. (Das war das aufwendigste Eisenbahnspektakel, das es jemals in Deutschland gab.) Die graphische Gestaltung für Werbezettel und Kassettenhüllen übernahmen die uns bekannten Kollegen vom Defa-Dokfilmstudio. Für den Druck hatte ich eine Berliner Firma ausfindig gemacht; für die Massenkopierung der Videos war damals das Angebot der SVK Video-Kopierwerk GmbH in Essen am günstigsten. Zwar waren damit zwei lange Fahrten nach NRW mit meinem Privat-

Pkw, einem Wartburg-Tourist, erforderlich, aber alles ging schnell über die Bühne, so daß wir unmittelbar nach der Währungsunion bereits auf dem Markt waren. Für die Werbung waren meine guten Kontakte zum transpress Verlag von Vorteil. Darüber hinaus hatte ich in Westberlin den Cheflektor der »Eisenbahn-Illustrierten« persönlich kennengelernt. In dieser Zeitschrift wie auch im transpress »Modelleisenbahner« wurden folglich Werbeanzeigen für unser erstes Video – gewissermaßen als Starthilfe – kostenlos veröffentlicht. Die Bestellungen ließen nicht lange auf sich warten. Es lief erstaunlich gut, so daß die Verantwortlichen bei der Deutschen Reichsbahn bald hätten erkennen müssen, daß ein noch umfangreicherer Videovertrieb gewinnbringend für die Reichsbahn sein könnte.

Der 3. Oktober 1990 war ein wichtiger Tag für das deutsche Volk, denn ab diesem Zeitpunkt war Deutschland offiziell wieder ein Land. Wie würde sich jetzt beruflich alles weiterentwickeln? Es dauerte nicht lange bis der erste Tiefschlag traf. Allen Mitarbeitern unseres Filmstudios wurde mitgeteilt, daß für sie ab 1. November 1990 vorerst keine Beschäftigung möglich ist und Kurzarbeit mit Null Stunden täglich festgelegt wird. Nur ein paar Wochen später kam sogar der Niederschlag.

»Vom 01.01.1991 an ruht Ihr Arbeitsverhältnis und damit u.a. Ihre Arbeitspflicht [...] Während des Ruhens Ihres Arbeitsverhältnisses haben Sie einen Anspruch auf ein monatliches Wartegeld in Höhe von 70 v.H. des durchschnittlichen monatlichen Arbeitsentgelts der letzten sechs Monate. [...] Werden Sie nicht innerhalb von 6 Monaten, d.h. bis zum 30.06.1991 [...] weiterverwendet, endet Ihr Arbeitsverhältnis mit Ablauf dieser Frist.«

Das nennt man dann »Abwicklung« wegen fehlender »Weiterverwendbarkeit«. Nach rund drei Jahrzehnten Reichsbahnzugehörigkeit erhielt ich kein Dankeschön oder gar eine Abfindung, nein, das einzige, was man für mich übrig hatte, war ein

Fußtritt. So ist das eben in einem sogenannten Rechtsstaat. Bis zum heutigen Tage habe ich diese Art von Menschenverachtung nicht geschluckt.

In der Zwischenzeit hatte man in den Chefetagen der Deutschen Reichsbahn von unseren Geschäften mit den Videokassetten Kenntnis erhalten. Die Abteilung DR-Commerz forderte uns schriftlich auf, die Produktion und den Vertrieb von Videokassetten sofort einzustellen. Andernfalls wurden rechtliche Schritte angedroht. Damit hatte sich wieder eine Hoffnung in Luft aufgelöst. Trotz der nahezu verzweifelten Situation startete ich am 6. April 1991 – wie schon vor Jahren geplant – meine Eisenbahnwanderung von Dresden nach Prag. Im mittleren Teil der Strecke, in Ústi nad Labem (Außig an der Elbe), hatte ich über den Modelleisenbahn-Verband Kontakt zu einem Tschechen gefunden, der mir preisgünstig Übernachtung gewährte und mit dem ich mich in meiner Muttersprache unterhalten konnte. Die ersten beiden Nächte verbrachte ich bei meinen Eltern in Radeberg, die beiden letzten in einem kleinen Hotel vor den Toren Prags. Als ich wieder in Berlin eintraf wurde mir vorgeworfen, daß ich meine Wanderung nicht in Reichsbahn-Uniform hätte unternehmen dürfen. Was denn, wollte man mir jetzt auch noch den DR-Dienstrang nehmen? Nachdem ich der Forderung, schnellstens die Schlüssel zu den Räumen unseres Filmstudios abzugeben, nachgekommen war, wurde ich mir meiner brenzligen Lage deutlich bewußt. Mit dem 1. Juli näherte sich der beängstigende Abgrund der unbekanntenen Arbeitslosigkeit unaufhörlich. Allmählich schmeckte die Zukunft nach Angst und möglicherweise auch nach Armut. Bei solchen Gefühlen war ich nicht imstande ausführlich über meine Pragwanderung zu schreiben. Nach ein paar aufmunternden Worten der transpress-Redaktion hatte ich später für den »Modelleisenbahner«, Heft 6/93, wenigstens einen Kurzbericht verfaßt.

Im letzten Moment konnte ich doch noch der drohenden Arbeitslosigkeit von der Schippe springen. Es klappte auf den Tag genau, denn am 1. Juli 1991 begann eine Umschulungs-Maßnahme zum »Referenten für Freizeit und Tourismusmanagement«, an der ich teilnehmen durfte. Dem 1-jährigen Unterrichtsteil folgten 3 Monate Praktikum. »Das ist das Richtige«, dachte ich, denn die Grenzen waren offen und die Menschen konnten jetzt reisen wohin sie wollten beziehungsweise wofür das Geld reichte. Das mußte doch den Tourismus ankurbeln. Der Unterricht in Gebäuden des Pionierparks »Ernst Thälmann« in Berlin-Wuhlheide (jetzt Freizeit- und Erholungszentrum = FEZ) war nicht schlecht, teilweise sogar sehr gut, doch mitunter hatte man auch das Gefühl, daß man »ausgehört« wurde. Wenn eine »Dozentin« aus dem Westen die umschulenden Ostbürger unterschiedlichste Ausflugstouren in den neuen Bundesländern zu Papier bringen läßt, dann erhält sie aus erster Hand kenntnisreiche Informationen, die damals so zuverlässig und detailliert in keinem Reiseführer zu finden waren. Für das Praktikum hatte ich – als Eisenbahner fast logisch – BahnTours, den Reise- und Wagenparkanbieter der Deutschen Reichsbahn, auserkoren. Das touristische Angebot war dort sehr abwechslungsreich. Man konnte Tages- oder Mehrtagesfahrten buchen oder Konferenzfahrten, Werbe- und Studienreisen, Präsentationsfahrten und anderes. Je nach variabler Personen- zahl und Anlaß standen Sitzwagen 1. Klasse, Liegewagen, Schlafwagen (Komfort- oder Standardklasse), Speise- und Küchenwagen, Sanitärwagen (Dusche/WC), Salonwagen (Luxusklasse), Konferenzwagen (auch als Kinowagen) und Tanzwagen zur Verfügung. Die Wagen konnten in Sonderzügen oder als Einzelwagen auch in planmäßigen Reisezügen eingesetzt werden. Gemäß den Wünschen verschiedener Veranstalter von Bahnreisen wurden Wagengruppen zusammengestellt und vermietet. Einst gehörten diese Fahrzeuge zum Regierungszug der DDR beziehungsweise zum Staatszug der Nationalen Volksarmee. Die Angebote waren nicht

ausgesprochen preiswert, zumal der Wagenpark nicht unbedingt den Vorstellungen modernsten Komforts entsprach, andererseits aber auch noch nicht als nostalgisch – wie etwa der legendäre Orient-Express – eingestuft werden konnte. Trotzdem hatte Ameropa, der Reiseveranstalter der Deutschen Bundesbahn, versucht, das komplette Produkt an sich zu ziehen. Der Versuch des Konkurrenten wurde jedoch abgewehrt. Als sich BahnTours auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin mit einem eigenen Stand werbend präsentierte, paßte das Ameropa nicht, und es hagelte scharfe Kritik.

Meine vage Hoffnung nach dem Praktikum in der sympathischen kleinen Truppe (es waren 6 oder 7 Personen) angestellt verbleiben zu können, erfüllte sich leider nicht. Ich hatte Verständnis dafür, zumal nur wenige Monate später von BahnTours nichts mehr zu hören war. Ameropa hatte letzten Endes doch gesiegt und das engagierte Kollektiv einfach »weggepustet«. 1993 wurde der Begriff BahnTours bei der Reichsbahn endgültig verboten. Von einem fairen Wettbewerb habe ich andere Vorstellungen. (Seit 1994 ist Ameropa 100%-ige Tochter der Deutschen Bahn AG.)

Da nach der Privatisierung der zusammengeführten DB und DR die Deutsche Bahn AG kein Interesse am Wagenpark von BahnTours hatte, sind die Waggons inzwischen über das ganze Land unkontrolliert verstreut – teilweise museal oder für touristisches Übernachten genutzt, teilweise vor sich hin rostend.

Im Herbst 1992 hatte sie mich doch erwischt – die elende Arbeitslosigkeit. Also suchte ich nach meiner erfolgreichen Umschulung eine feste Anstellung im touristischen Bereich. Zunächst im näheren Umfeld Berlins, dann auch in Rostock, Leipzig oder Dresden in den neuen Ländern und schließlich auch in der Westrepublik, so in Hamburg, Hannover, Köln, Stuttgart und München. Meist erhielt ich auf meine Bewerbung keine Antwort und wenn doch, dann war es eine

Absage. Ein plausibler Grund dafür wurde nie genannt, aber mir wurde langsam klar, es war mein Alter, denn ich war schon über 50 Jahre alt (wenn auch nur knapp darüber), und da war man für viele Unternehmen bereits »scheintot.« Was für ein Schwachsinn!

Wie sollte es nun weitergehen? Bis zur Rente waren noch ungefähr 14 Jahre zu überbrücken. So wagte ich es, meinen vor einem Vierteljahrhundert »an den Nagel gehängten« Beruf (Dipl.-Ing. für Eisenbahnbau) zu aktivieren. Und tatsächlich, ich hatte Erfolg damit und konnte nach fünf Monaten Arbeitslosigkeit eine Tätigkeit als Bauüberwacher bei der Deutschen Eisenbahn-Consulting GmbH (kurz DE-Consult, was Beratung bedeuten sollte) aufnehmen. Das war natürlich ein »Sprung ins kalte Wasser«, denn nach 25 Jahren persönlicher Pause im Eisenbahnbau war mindestens die Hälfte des Wissens flötengegangen, und der Rest stimmte in vielen Fällen auch nicht mehr. Ich entsinne mich zum Beispiel an eine Information aus den ersten Tagen. »Wir arbeiten hier nach VOB«, wurde mir erklärt. Ich nickte »Alles klar« und fragte mich klammheimlich: »Wovon redet der eigentlich?« Natürlich habe ich bald herausbekommen, daß VOB das Kürzel für »Verdingungsordnung für Bauleistungen« ist (2002 umbenannt in Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen). Trotzdem habe ich manch schlafgestörte Nacht überstehen müssen, und auf dem Weg zur Arbeit krampfte der Magen, zitterten die Knie und die Hände wurden feucht. »Wie übersteh ich bloß den heutigen Tag ohne einen groben Fehler zu begehen?« Mit der Zeit wurde ich jedoch sicherer und das Bangen ließ nach – auf den verschiedensten Baustellen in Berlin und im näheren Umland. Trotzdem war es insgesamt eine beängstigende Phase.

Während dieser Zeit – es war im Mai 1994 – hatte ich meine geplante Eisenbahnwanderung von Berlin nach Hamburg in Angriff genommen. Für die

rund 300 Kilometer lange Strecke waren drei Wochen vorgesehen, inklusive vier verteilter Reservetage zum Fotografieren. Damit stand mir das bisher umfangreichste Vorhaben dieser Art bevor, was mich veranlaßte, erstmals auf Sponsorsuche zu gehen. Den größten Erfolg bescherte mir dabei die Dethleffs GmbH in Isny (Allgäu), die mir für die gesamte Tour einen Motorcaravan zur Verfügung stellte. So konnte meine Wanderung rationeller gestaltet werden, weil die täglichen, mitunter längeren Fahrten von und zu Hotel- oder Privatunterkünften nicht mehr nötig waren. Steuerung und Wartung des Alkoven-Wohnmobils übernahm meine Frau, so daß die Tour zu einem eindrucksvollen Familienereignis wurde. Das Buch »Die Berlin-Hamburger Eisenbahn« erschien rechtzeitig zum 150. Jubiläum dieser Strecke. Neben dem Autorennamen Kutschik, der über die Geschichte, die Hochbauten und die Entwicklung des Fahrzeugparks berichtete, stand auch mein Name als schreibender und fotografierender Wandergeselle.

Zurück zu meinem Arbeitgeber DE-Consult, der meine Tippeltour nach Hamburg ebenfalls gefördert hatte. Im Herbst 1996 wurde ich bei der Sanierung der Berliner Stadtbahn eingesetzt. Unser Arbeitsbereich reichte vom Ostbahnhof über Bahnhof Friedrichstraße bis kurz vor den damals noch zu errichtenden Hauptbahnhof. Für diesen Abschnitt gaben die Planer einer seinerzeit wenig bekannten Oberbauart den Vorzug. Normalerweise liegen die das Gleis tragenden Schwellen in einem Schotterbett, hier wurde aber die sogenannte Feste Fahrbahn eingebaut, das heißt, die Schwellen wurden millimetergenau fest in Beton eingebettet. Viel Neues war dabei zu berücksichtigen, aber alle Beteiligten bekamen die Sache schnell in den Griff. Dann kam der 30. September 1997. Ein mittlerer Vorgesetzter fragte mich am Vormittag geheimnisvoll: »Haben Sie einen guten Arzt?«, ich nickte verduzt, »Dann gehen Sie sofort hin und lassen sich krankschreiben!« Warum denn das? Durch das Geäst des »Buschfunks« geisterte das Gespenst von Entlassungen. Der

Erhalt eines Kündigungsschreibens mußte noch heute zum Quartalsende quittiert werden, weil andernfalls erst Ende Dezember eine Kündigung möglich gewesen wäre. Damit hätte man drei Monate gewonnen. Wie das alles zusammenhing, war mir allerdings ziemlich schleierhaft. Am Nachmittag klingelte zu Hause das Telefon. Ein Kollege, mit dem ich vor geraumer Zeit zusammen gearbeitet und den ich während seines Urlaubs vertreten hatte (er leitete damals eine Büz = Bauüberwachungszentrale), fragte: »Ich weiß, Du bist krank. Kann ich trotzdem zu Dir kommen? Es ist wichtig.« Was sollte ich da machen? Eine »Rettung« war nicht mehr möglich. So übergab er mir zwei Stunden später (sich dabei sichtlich unwohl fühlend) im Auftrag der Unternehmensführung das »aufgrund betriebsbedingter Personalabbaumaßnahmen« erforderliche Kündigungsschreiben. Damit war ich ab Januar 1998 das zweite Mal ohne Arbeit.

Diverse Bewerbungen – nun in der Baubranche – blieben leider erfolglos. Deshalb nutzte ich eine 1-jährige Fortbildungs-Maßnahme nach deren Abschluß man sich »Assistent für Bauleitung« nennen durfte. Das hierbei Erlernte in den Unterrichtsfächern wie Kosten- und Leistungsrechnen im Bauwesen sowie EDV-Ausbildung, Arbeitssicherheit und baurechtliche Grundlagen konnte bei der weiteren Arbeitssuche durchaus von Vorteil sein. Außerdem »hangelte« ich mich mit dieser Maßnahme ein Jahr näher zur Rente hin. Nach etwa der Hälfte der Weiterbildungszeit erhielt ich einen Telefonanruf von einer Firma, bei der ich mich schon vor mehreren Monaten beworben hatte. Man fragte mich, ob ich für eine Woche als Bauüberwacher auf einer Bahn-Baustelle bei Hannover aushelfen könne. Natürlich könne ich, wenn das Arbeitsamt zustimmt, denn die besuchte Fortbildungs-Maßnahme wurde von dort finanziert. Zum Glück hatte das Arbeitsamt keine Einwände. Da diese »Testwoche« erfolgreich verlief, durfte ich zum Jahresbeginn 1999 bei diesem Unternehmen die Arbeit aufnehmen. Mein

Brötchengeber war jetzt die Gesellschaft für Bauüberwachung und -logistik mbH (kurz gbl) mit Sitz in Bremen.

Zwei pfiffige Männer aus Niedersachsen hatten sich gewundert, daß die inzwischen privatisierte Deutsche Eisenbahn (DB + DR = DB AG) Mitarbeiter entließ, um Kosten zu sparen und damit die Gewinne zu steigern. Diese gekündigten Menschen konnten meist eine hervorragende Ausbildung und mehrjährige Berufserfahrung vorweisen. Solch ein Potential kann man doch nicht einfach zum hilflosen Arbeitsamt schicken. So gründeten die beiden Haudegen Anfang 1998 das Unternehmen gbl, um mehrere von der DB AG beauftragte Baufirmen hinsichtlich Qualität, Sicherheit, Zeitplan und Kosten im Interesse der Bahn zu überwachen. Als ich bei gbl anfang hatte ich die Personalnummer 11. Nach der ersten Zusammenkunft zum Jahreswechsel waren wir schon dreißig. Von Monat zu Monat wuchs das Unternehmen, doch mit 120 Mitarbeitern sollte die Obergrenze erreicht sein. Ich habe in meinen bisherigen Aufschreibungen gelegentlich westdeutsche Arroganz kritisiert, aber es gibt eben nicht nur »schwarz«, sondern auch »weiß«. Die Firma gbl gehört zu den positiven Beispielen. Selbst als eine kleine Flaute zu überstehen war und mehrere Mitarbeiter für zwei Monate Null-Stunden-Kurzarbeit hinnehmen mußten, wurde ordentlich und pünktlich Gehalt gezahlt. Der menschliche Zusammenhalt bei gbl wird auch dadurch bestätigt, daß sogar »betriebseigene« Rentner stets zu den jährlichen Betriebsfeiern eingeladen werden. So war ich schon mehrfach bei derartigen Jahresveranstaltungen im Raum Bremen, leider eine etwas aufwendige Fahrerei für mich.

Die Baustellen, die gbl betreute, waren über das ganze Land verteilt, so daß ich mich ständig mit neuen Örtlichkeiten, anderen Mitarbeitern, verschiedenen Baufirmen

und wechselnden Unterkünften vertraut machen mußte. Anfangs wurde ich im Raum Hildesheim eingesetzt, später in der Nähe von Göttingen oder in Bremen und in Köln. Da waren mit dem VW-Dienstwagen beachtliche Entfernungen zu bewältigen. Wenn bei einer zweigleisigen Strecke zwischen den Bahnhöfen A und B ein Gleis erneuert wird, muß rund um die Uhr gearbeitet werden, damit der Zugbetrieb möglichst nur kurze Zeit beeinträchtigt wird. Wochenendarbeit ist dann Normalität, und auch die von mir ungeliebten Nachtschichten mußte ich öfter überstehen. Im Jahre 2002 wurde ich nach Berlin umgesetzt, so daß die langen Dienstfahrten für mich entfielen. Vor allem beim Umbau des unscheinbaren S-Bahnhofs Papestraße war ich zunächst tätig. Inzwischen ist hier längst der quirlige Bahnknoten Südkreuz entstanden.

Nach etwa 1 1/2 Jahren war mein Einsatz im Norden Berlins erforderlich. Das Büro in Pankow befand sich nur 200 Meter von der Stelle entfernt, wo meine Frau und ich über 3 Jahrzehnte gewohnt hatten. Es war schon als kurios zu bezeichnen: Als Pankower kurzte ich durch halb Deutschland zu den Baustellen, jetzt arbeitete ich in Pankow, doch wir waren inzwischen weggezogen. Wie war es dazu gekommen? Als mir im Herbst 1997 von DE-Consult gekündigt wurde, war das mit der Zahlung einer Abfindung verbunden. Damit hatte ich nicht im Traum gerechnet. Mit einem Schlag besaß ich so viel Geld, wie noch nie in meinem Leben. Die Bewertung »viel Geld« muß allerdings relativ betrachtet werden. Was für mich viel ist, das verdienen nicht wenige Menschen in einem halben Jahr, manche sogar noch schneller, wobei der Begriff »verdienen« dann oft fragwürdig ist. Wie konnten wir unser Geld nun am sinnvollsten anlegen? Nach intensiven Überlegungen, ausgiebigen Besichtigungsfahrten und unter der Zuhilfenahme von Angespartem kauften wir rund 50 Kilometer nordöstlich von Berlin ein unbebautes, verwildertes Baugrundstück neben einem Waldgebiet. Dort stellten wir bald ein kleines

Holzhäuschen – eine Laube – auf, um die Natur genießend an Sommerwochenenden auch übernachten zu können. Nach und nach drängte sich eine Frage an die geistige Oberfläche »Wie wär's, wenn wir ein richtiges Haus bauen (lassen) würden?«. Wieder wurde gedacht und geplant, erwogen und berechnet, bis wir nach der Kreditklärung tatsächlich einen seriösen Bauträger mit zuverlässigen und erfahrenen Handwerkern beauftragten. Der »erste Spatenstich« fand Mitte April 2002 statt, und schon am 1. November desselben Jahres konnten wir unser neues Heim beziehen. Was für ein Gefühl! Ich muß gestehen, daß meine Frau und ich zu DDR-Zeiten niemals auch nur im Entferntesten an einen Hausbau gedacht haben. Abgesehen vom fehlenden Geld war uns die verzweifelte, mühsame und oft erfolglose Jagd nach den benötigten Baumaterialien ein Greuel. Nein, das mußten wir uns nicht antun. Jetzt war alles viel einfacher, man mußte nur aufpassen, daß man keinem großspurigen und geldgierigen Ganoven aufsaß.

Zum Jahreswechsel 2003/2004 kürzte die Bundesregierung ihre finanziellen Zuwendungen für den Bahnbau. Die DB AG mußte daraufhin Prioritäten setzen und verschiedene Bauvorhaben zurückstellen. So wurde auch meine Weiterarbeit in Pankow abgebrochen. Eine gewisse Unsicherheit machte sich in verschiedenen Bereichen breit, und meine Firma gbl sah sich veranlaßt, meinen Arbeitsvertrag »aus betriebsbedingten Gründen« zu kündigen. Allzu tragisch habe ich das in der damaligen Situation nicht gesehen, denn ich hatte jetzt nur noch 30 Monate bis zur Rente zu überstehen. Für mich also kein Riesenproblem, weil zu jener Zeit 32 Monate lang das normale Arbeitslosengeld ALG I gezahlt wurde, bevor man in den Sozialhilfestatus gemäß Hartz IV hinabrutschte. Ich »faule Sau« habe mich dann mit meinen 63 Jahren auch nicht mehr um eine Vollzeitarbeit bemüht. Es war ja schon höchst erstaunlich gewesen, daß ich vorher mit 59 Jahren überhaupt noch eine richtige Beschäftigung gefunden hatte. Als bemerkenswert oder eher als peinlich

muß ich das Arbeitsamt hierbei erwähnen. Während der gesamten Nachwendezeit, in der ich dreimal arbeitssuchend war, habe ich von dort nicht ein einziges Arbeitsangebot erhalten – ich wiederhole: nicht ein einziges. So kurz vor der Rente war ich nun mit einer Nebenbeschäftigung zufrieden, die ich nach einiger Zeit bei einem Berliner Elektromeister gefunden hatte. An zwei Tagen pro Woche half ich dort im Büro aus, um mein Arbeitslosengeld nach Abzug der Fahrkosten mit den damals erlaubten 165 Euro im Monat ein wenig aufzubessern.

Im September 2006 kam endlich der Tag, an dem ich 65-jährig ins Rentenleben eintrat. Als Ende des Monats die erste Rente mein Konto bereicherte, war ich doch etwas »geknickt«, denn der überwiesene Betrag lag unterhalb von 1.000 Euro. Aber es gab ja Menschen, die noch weniger zur Verfügung hatten. Großartiges Jammern wäre somit fehl am Platze gewesen, zumal meine Frau das Glück hatte, auch nach dem Mauerfall bis zu ihrem Rentenbeginn im Jahre 2010 ununterbrochen einer Vollbeschäftigung in der Charité nachgehen zu dürfen. Ein Fakt ärgerte mich dennoch: Als Kunde der Berliner Sparkasse wurden für die Führung meines Girokontos jeden Monat fünf Euro abgezogen. Die Kontoführung für meine Frau bei der Berliner Volksbank war kostenlos. Allerdings mußten dort monatlich wenigstens 1.000 Euro auf das Konto überwiesen werden. Da konnte ich leider nicht mithalten. Eines Tages las ich in einer Zeitschrift, daß bei der Rentenberechnung für Eisenbahner und Postler etwas nicht richtig berücksichtigt worden ist. Obwohl mir nicht klar war, welche Panne genau vorgeworfen wurde, kopierte ich diese Seite und schickte sie an meine Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See mit der Bitte, meinen Rentenbescheid unter Berücksichtigung aller in der beiliegenden Kopie erwähnten Hinweise zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Und jetzt kommt das Verrückte. Nach über einem halben Jahr erhielt ich endlich eine Antwort mit folgender Aussage:

»Eine Entgeltbescheinigung liegt von Ihnen noch nicht vor. Wir bitten Sie [...] einen entsprechenden Antrag auf die Erstellung einer Entgeltbescheinigung [...] bei dem für Sie zuständigen Personalarchiv zu stellen.«

Da war ich aber baff. Wie hatte man denn bisher meine Rente berechnet, wenn keine Verdienstunterlagen vorlagen? Etwa nach dem Motto: Ach, das ist ja nur ein Ossi. Da rechnen wir einfach Pi mal Daumen. Der soll froh sein, wenn er überhaupt Rente bekommt. – Ungeheuerlich! Nach einer Odyssee von weiteren Monaten war schließlich eine Amtsstube gefunden worden, die mir eine Entgeltbescheinigung zuschickte. Meine Rente wurde daraufhin neu (oder erstmalig?) berechnet, und siehe da, ich erhielt nun ungefähr 250 Euro mehr. Jetzt konnte auch ich mein Konto der Berliner Volksbank anvertrauen.

Meine Nebenbeschäftigung bei dem Elektromeister war nach fast drei Jahren leider geplatzt. Auf Grund rückläufiger Beauftragung mußte mein Chef sogar einen seiner Elektromonteur entlassen, da war ich als Hilfskraft natürlich erst recht dran. Um als Rentner noch etwas Nützliches zu machen und gleichzeitig unsere Finanzlage aufzubessern übernahm ich im Sommer 2008 bei einer Kundendienstfirma auf 400-Euro-Basis die Beförderung von behinderten Menschen. Das war nicht ganz einfach. Teilweise waren es körperlich, teilweise geistig Behinderte, mitunter traf auch beides gleichzeitig zu. Bis zu 8 Personen konnte ich in dem Renault Trafic mitnehmen, nachdem ich – von Arbeitsmedizinern intensiv überprüft – den Führerschein zur Fahrgastbeförderung erworben hatte. Schon nach wenigen Fahrten erschrak ich. Als ich vor einer roten Ampel wartete, begann der Renault plötzlich zu zittern. Was war los? Einer meiner Fahrgäste wurde von einem epileptischen Anfall durchgeschüttelt. Nach einer Minute war der Spuk vorbei, und man konnte sich mit dem jungen Mann wieder ganz normal unterhalten. Wie schon gesagt, es war nicht ganz

einfach, aber nach und nach kam ich mit den unterschiedlichsten Situationen ganz gut zurecht. Was mir nicht sonderlich gefiel, war die Arbeitszeit. Früh gegen halb sieben begann mit drei Sammelfahrten das Abholen von zu Hause oder von betreuten Wohnstätten. Etwa um 9 Uhr war ich zum zweiten Frühstück wieder zu Hause. Am Nachmittag begannen um 14 Uhr die Fahrten in umgekehrter Richtung. In der freien Zwischenzeit konnte ich keine großartigen Dinge unternehmen. Selbst nach Berlin zu fahren lohnte sich nur bedingt. Ich konnte zwar zielgerichtet etwas erledigen, aber dann hieß es, schnell wieder zurück, denn meine Fahrgäste erwarteten mich in Kürze. Und der Fahrplan mußte unbedingt eingehalten werden. Auf Grund der zeitlichen Einschränkung entschloß ich mich nach zwei Jahren meine Behindertentransporte zu beenden (auf die monetären Betrügereien des Arbeitgebers, die ich dem Finanzamt fast bettelnd mitteilen durfte, obwohl man sich nicht wirklich dafür interessierte, – nachdem ich das Zimmer verlassen hatte, flogen die Notizen garantiert in den Papierkorb – will ich hier nicht näher eingehen).

Nachträglich fallen mir zwei Tatsachen ein, über die ich der Vollständigkeit halber jetzt noch kurz berichten sollte. Meine vorgesehene Eisenbahnwanderung von Berlin nach Paris (der aus Altersgründen abschließende Höhepunkt dieser Art) hat leider nicht in Erfüllung gehen sollen. Die rund 1150 Kilometer lange Tour hätte nach meinem Zeitplan über 2 Monate gedauert und etwa 25.000 D-Mark an Kosten verursacht. Nach den ausgezeichneten Erfahrungen mit einem Motorcaravan bei der Hamburg-Wanderung konnte ich mir das Erreichen des Zieles Paris nur mit solch einem rollenden Hotel vorstellen. Bei Dethleffs war inzwischen aber ein anderer Mitarbeiter für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit zuständig, der bedauerlicherweise die positive Wirkung eines Sponsorings im konkreten Fall nicht erkannt hatte. Und auch bei konkurrierenden Produzenten derartiger Fahrzeuge in Deutschland hatte ich kein Glück. Wenn wenigstens der Motorcaravan zur

Verfügung gestellt worden wäre (das wäre bei einer Anmietung der teuerste Posten gewesen), dann hätte mein Vorhaben irgendwie noch geschultert werden können. Es wurde aber nichts. So begab ich mich während meines Urlaubs 1997 mit dem Pkw auf Reisen und fuhr die gesamte Strecke ab, sämtliche Bahnhöfe und Haltepunkte sowie fast alle Kreuzungen mit Straßen – als Brückenüberführung oder niveaugleich mit Schranken – wurden angefahren und bei interessantem Aussehen auch fotografiert (gewissermaßen eine vorauseilende Fotosammlung für den erhofften Fall, daß die Wanderung in ein, zwei Jahren doch noch möglich würde). Im Ruhrgebiet stieß meine Frau dazu, so daß wir nun gemeinsam Essen und Düsseldorf, Köln und Aachen, Lüttich, Brüssel und Waterloo, Saint Quentin und Paris kennenlernen konnten und Unterkünfte suchen mußten. Zur Vorbereitung für meine Wunschwanderung hatte ich als ziemlich untalentierte »Sprachenstudent« sogar zwei Semester lang Französisch mühsam an der Volkshochschule gelernt. Als wir eines Tages an einem kleinen französischen Bahnhof nachmittags auf einen Zug zum Fotografieren warteten, kam der Chef der Bahnanlage, um uns behilflich zu sein. Von unserem Vorhaben war er begeistert (wir Männer waren schließlich Eisenbahn-Kollegen), doch eine seiner Erklärungen über den Zugmangel (von wegen Bauarbeiten) habe ich mißverstanden. Am nächsten Tag hörten wir einige Kilometer weiter bereits am Morgen das gleiche Wort »grève«, und nachdem wir endlich im Wörterbuch nachgesehen hatten, wußten wir, die französischen Eisenbahner streikten mal wieder für eine Erhöhung ihrer Löhne. Im Laufe des Tages haben wir dann auf einem größeren Bahnhof mit 10, 12 oder gar 15 Gleisen (es könnte St. Quentin gewesen sein) ein für uns ungewöhnliches Foto machen können. Von einer Straßenbrücke war der gesamte Bahnhof zu überblicken – keine einzige Lok, kein Waggon und kein Mensch waren zu sehen – das wirkte am hellichten Tage geradezu gespenstisch.

Paris – dahin waren wir schon wenige Monate nach dem DM-Erhalt ungeduldig mit einem Berliner Busunternehmen gefahren. Das war zwar preiswert oder besser gesagt billig. Und was billig bedeutet merkten wir, als wir uns vom Hotel zum Stadtzentrum begaben und nach einer halben Stunde Fußmarsch erst das Ortseingangsschild »Paris« wahrnehmen durften. Zum Glück war bald eine Metro-Station erreicht. Jetzt, einige Jahre später, hatten wir Paris persönlich »im Griff«. In einer der zwölf sich strahlenförmig vom Place Charles de Gaulle in alle Himmelsrichtungen ausbreitenden Avenuen konnten wir uns für drei Nächte in einem Hotel einquartieren. Das war finanziell zwar schon an der Grenze unserer Möglichkeiten, aber wenn schon Paris, dann sollte es einigermaßen zünftig sein. Beim Beugen aus dem Fenster unseres Hotelzimmers konnten wir ungefähr 200 Meter weiter den beeindruckenden »Arc de Triomphe« bewundern. Der letzte Abend in Paris war wie ein Rausch. Auf dem Mittelstreifen zwischen den Fahrbahnen der Avenue des Champs-Élysées hatte ich am späten Abend – natürlich mit Stativ – den angestrahlten Arc de Triomphe begeistert mehrfach fotografiert. An diesem lauen Frühlingsabend fanden wir wenige Schritte weiter noch ein Plätzchen im Freien vor einem Restaurant, wo wir entspannt eine Flasche Wein tranken – im faszinierenden Blickfeld der Nacht der berühmte Triumphbogen. Ja, Paris hat schon was! Schwer zu beschreiben, man sollte es erleben.

Die zweite Tatsache: Seit unserer Heirat waren schon ein paar Jährchen vergangen, ehe wir uns einen Fernseher geleistet haben. Infolge der verhältnismäßig hohen Preise bei technischen Geräten und unserer Finanzklammheit war es nur ein kleiner Schwarz-Weißer. Doch selbst damit konnten wir – in Berlin problemlos – das Westfernsehen verfolgen. So war mir durch politische Sendungen ziemlich schnell klargeworden: »Wenn ich im Westen leben würde, dann wäre bei Wahlen die SPD mein Favorit.« Nach dem Mauerfall gab es die SPD nun auch in den neuen

Bundesländern, der ich bei der ersten gemeinsamen Wahl in Deutschland optimistisch meine Stimme gab. Im Frühjahr 1991 ging ich noch einen Schritt weiter und wurde erstmals in meinem Leben Mitglied einer Partei – und zwar (hätten Sie's erraten?) der SPD. Meine unregelmäßige Arbeitszeit, dazu auch oft außerhalb Berlins, gaben mir nur selten die Möglichkeit, an den Versammlungen der Ortsgruppe Pankow-Süd teilzunehmen. Weil ich nur vereinzelt dort war, fiel es mir auch schwer, die Namen der Genossen zu behalten. Um größere Peinlichkeit zu verhindern, machte ich mir einen Spickzettel etwa folgenden Inhalts: Der große Blonde mit dem Backenbart, das ist der Hans, und der Pfeife rauchende mit der dunklen Brille, das ist Erwin und so weiter. Ende 1998 oder Anfang 1999 waren in Berlin Wahlen für die Neuordnung der Stadtbezirke. Schon Monate vorher mußte ich feststellen, wie sich die etwas »höheren« Mitglieder um bestimmte Listenplätze für die Wahl balgten. Die Probleme der Wähler waren zweitrangig, wichtig war dagegen ein möglichst vorderer Listenplatz, damit man nach der Wahl eine größere Chance hatte, einen Posten im Rathaus des Stadtbezirks zu ergattern. Es zählte eindeutig nur das eigene Interesse, die persönliche Karriere. Ich empfand das zum Kotzen und bin deshalb (und aus weiteren kritikwürdigen Gründen) Ende 1998 aus der SPD ausgetreten. Da es in den anderen Parteien sehr ähnlich zugeht, gilt für mich seitdem die Devise: Einmal Partei, nie wieder Partei. So bleibt das bis an mein Lebensende!

Zurück zur Gegenwart. Was sollte ich nun als Rentner ohne Nebenbeschäftigung machen? Da ich gerne plane (das hat nichts mit der erlebten Planwirtschaft der DDR zu tun), mußte ich zunächst »entscheiden«, wie lange ich noch unter normalen Bedingungen leben könnte. Ich hielt es für realistisch, durchaus 80 Jahre alt werden zu können. Damit standen mir noch ungefähr 10 Jahre bevor. Natürlich sind hierbei Verplanungen durchaus möglich, aber selbst eine solche »Panne« wäre

mir lieber, als stumpfsinnig wie ein dröger Mensch auf das definitive Ende zu warten. So fällte ich unter anderem die Entscheidung ein Buch zu schreiben – mit dem Sie sich, liebe Leser, nun freiwillig herumschlagen. Danke!



Deutschland und Europa

Am 9. November 1989 brach die trennende Mauer in Deutschland auf, und am 3. Oktober 1990 war die Herstellung der Einheit vertraglich vollzogen. (Der 3. Oktober wird seitdem als Nationalfeiertag mit dem Namen »Tag der deutschen Einheit« begangen.) Ich wiederhole erstaunt: Vertraglich vollzogen! In den Köpfen der Deutschen ist die Wiedervereinigung jedoch bis heute nur schleppend vorangekommen. Dafür gibt es mehrere kritikwürdige Gründe. Selbst in höchsten Regierungskreisen scheute man sich von Anfang an, den Begriff »Vereinigung« bei der zu schaffenden deutschen Einheit zu verwenden. Innenminister Wolfgang Schäuble, der Gestalter des Einigungsvertrages (später Bundesfinanzminister, heute Bundestagspräsident), lehnte – wie schon weiter vorn im Text erwähnt – eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten rigoros ab und war lediglich an einem Anschluß(!) der DDR interessiert. So muß der aufgeschlossene Bürger nach über einem Vierteljahrhundert verstimmt zur Kenntnis nehmen: Wir sind zwar »geeint«, aber noch lange nicht eins. Einheitliches Denken und Handeln sind nur selten zu vermelden.

Die innerdeutschen Grenzanlagen sind abgebaut und endgültig verschwunden. Das ist richtig und gut. Doch das Ost-West-Gefälle führt leider immer wieder zu einer »Zweistaatlichkeit«, denn allzu oft wird zwischen West und Ost unterschieden. So gibt es im Westen mehr ordentliche Tarifverträge, im Osten dafür mehr atypisch Beschäftigte (Teilzeit, Leiharbeit, befristete Verträge). Man fragt sich verwundert, warum sind die Hartz IV-Bezüge im Westteil größer, und warum ist der Rentenwert im Ostteil geringer? Auch bei den

Löhnen und Gehältern und bei anerkannten Freibeträgen sind in den alten und neuen Ländern deutliche Differenzen zu erkennen. Immer wieder heißt es: West hier, Ost da. Ich befürchte, die Vollendung der deutschen Einheit wird sich in die Länge ziehen – ein weiteres Vierteljahrhundert muß unter diesen Bedingungen wohl eingeplant werden. Eine durchdachte und gerechte Politik im Interesse aller Durchschnittsbürger kann ich leider nicht erkennen.

Während wir uns wohl noch längere Zeit mit der deutschen Vereinigung herumplagen müssen, wird gleichzeitig an einem Zusammenschluß der europäischen Staaten gearbeitet. Im 20. Jahrhundert hat unser Kontinent besonders durch zwei Weltkriege unsägliche Leiden und schwere Rückschläge ertragen müssen. Die eigentliche Schuld haben aber nicht die Völker zu vertreten, sondern die damals regierenden Politiker, deren hirnlose Machtgier und unterschiedlichste Interessen zur Volksverhetzung und Schaffung von Feindbildern führte. Seit Mitte 1945 blieb Europa zwar von kriegerischen Auseinandersetzungen weitgehend verschont (leider tobten in den 1990er Jahren unnötig die »Jugoslawienkriege«), doch es bestanden jahrzehntelang erhebliche Spannungen zwischen West- und Osteuropa, der »Kalte Krieg« beherrschte das politische Geschehen. Nach dem Fall der innerdeutschen Mauer und dem Abbruch des »Eisernen Vorhangs« zu Osteuropa konnten die europäischen Staaten endlich enger zusammenrücken. In einem vereinten Europa wird man sich nicht mehr bekriegen, es kommt höchstens zu Wort-Gefechten. Das sollte genügen.

Als Anfang der 1990er Jahre immer öfter und nachdrücklicher die Rede von einem vereinten Europa zu vernehmen war, hatte mich diese Vision schnell

begeistert. Ja, ich begrüßte diese Bewegung voller Optimismus. Ich fragte mich auch, wie sollen die vielen, meist kleinen europäischen Staaten auf Dauer im internationalen Wettstreit mithalten können? Innerhalb eines vereinten starken Europas wäre es möglich, auf jeden Fall deutlich einfacher. Selbst wenn der Weg zur endgültigen, diverse Ministerien und Ressorts umfassenden Vereinigung Europas nicht einfach sein wird und viele Jahre, sicher sogar Jahrzehnte beansprucht, so ist das Erreichen des Zieles doch eine wesentliche Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa und für die Stärkung der Wirtschaftskraft gegenüber anderen Großmächten und Kontinenten. Alle europäischen Politiker müssen dabei allerdings zum einen großes Engagement für die Interessen ihrer Bürger und zum anderen ein hohes Maß diplomatischen Fingerspitzengeföhls für die Gesamtheit Europas an den Tag legen. Aber können sie das?

Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts hatte sich also die unverhoffte Chance ergeben, ein vereintes Europa zu schaffen – eine Chance, welche die meisten europäischen Politiker erkannt hatten und die ohne Zögern genutzt werden sollte, wobei die einstige Losung der Französischen Revolution meines Erachtens unbedingt zur Maxime erhoben werden müßte:

»Liberté, Égalité, Fraternité«

»Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«

Bereits 1957 hatten sechs Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg) mit der Gründung der Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein vereintes Europa gestartet.

Im Laufe der Jahrzehnte stieg die Zahl der Mitgliedsländer bis heute auf 28 Staaten.

Auch Namensänderungen gab es – aus der EWG wurde 1993 die Europäische Gemeinschaft (EG) und 2009 wurde die Europäische Union (EU) Rechtsnachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft.

Die Tabelle auf der folgenden Seite vermittelt einen Überblick zur Entwicklung zu einem vereinten Europa.

Mitglieds-jahr	Land in EWG, EG bzw. EU	Länder gesamt	Union	Einwohner in Millionen*	Einführung des Euro	Entscheidung für Austritt
1957	Deutschland			80,8	01.01.02	
1957	Frankreich			65,9	01.01.02	
1957	Italien			60,8	01.01.02	
1957	Belgien			11,2	01.01.02	
1957	Niederlande			16,8	01.01.02	
1957	Luxemburg			0,6	01.01.02	
		6		236,1		
1973	Irland			4,6	01.01.02	
1973	<i>Dänemark</i>			5,6	-	
1973	<i>Großbritannien</i>			64,3	-	2016
		9		310,6		
1981	Griechenland			11	01.01.02	
		10		321,6		
1986	Spanien			46,5	01.01.02	
1986	Portugal		EWG	10,4	01.01.02	
		12	--1993--	378,5		
1995	Österreich		EG	8,5	01.01.02	
1995	Finnland			5,5	01.01.02	
1995	<i>Schweden</i>			9,6	-	
		15		402,1		
2004	Estland			1,3	01.01.11	
2004	Lettland			2	01.01.14	
2004	Litauen			2,9	01.01.15	
2004	Polen			38,5	-	
2004	Tschechei			10,5	-	
2004	Slowakei			5,4	01.01.09	
2004	Ungarn			9,9	-	
2004	Slowenien			2,1	01.01.07	
2004	Malta			0,4	01.01.08	
2004	Zypern			0,9	01.01.08	
		25		476		
2007	Bulgarien			7,3	-	
2007	Rumänien			19,9	-	
		27		503,2		
Der Vertrag von Lissabon beendete am 1.Dezember 2009 die Existenz der EG. Rechtsnachfolgerin wurde die Europäische Union (EU).						
2013	Kroatien			4,3	-	
		28		507,5		

*) laut Wikipedia, Stand Januar 2014

Es muß etwa Mitte der neunziger Jahre gewesen sein, da entwickelte sich nach und nach – also ganz allmählich – eine Idee in meinem Hirn. Wenn Europa erfolgreich zusammenwachsen soll, dann müssen sich alle Menschen dieses Kontinents gegenseitig umfassend kennenlernen. Nur wenn die Geschichte, die Kultur, die Sprache, die Religion, die Geographie und alle anderen Besonderheiten der einzelnen Länder möglichst gut bekannt sind, kann eine europäische Vereinigung optimal vorankommen. Wie wäre eine solche Wissensvermittlung am sinn- und wirkungsvollsten wohl möglich? Eine Fernseh-Unterhaltungsschau schien mir ein geeigneter Weg zu sein. Relativ schnell hatte ich mich bei meiner Ideenumsetzung für einen Titel zu dieser Sonnabend-Sendung entschieden: »Guten Abend, Nachbarn« empfand ich als sehr passend.

Dann überlegte ich, wer eine solch wichtige Sendung (selbstverständlich bei der ARD) moderieren könnte. Wen würden Sie, liebe Leser, vorschlagen? Lesen Sie jetzt nicht weiter, machen Sie einfach mal die Augen zu und versuchen Sie, eine Entscheidung zu fällen.

Ich habe auch gegrübelt und kam zu dem Ergebnis – ein Mann, der Fernseherfahrung besitzt, der ein umfangreiches Wissen vorweisen kann, der Seriosität ausstrahlt und dennoch den Schalk im Nacken nicht verbirgt und somit Lockerheit und Humor einbringt. Ja, dieser Mann wäre für mich die Nummer 1 gewesen. Jetzt wollen Sie sicher einem konkreten Namen von mir hören, den ich Ihnen auch nicht länger vorenthalten will. Ich meine kurz und bündig Günther Jauch. Er gehörte damals schon zum Kreis der bekannten »Fernsehleute«, doch sein Bekanntheitsgrad ist mit der Sendung »Wer wird Millionär« besonders stark gestiegen. Als ich ihn für »Guten Abend,

Nachbarn« auserkoren hatte, gab es das erwähnte Wissens-Gewinn-Spiel noch nicht. »Wer wird Millionär« wurde in Deutschland, natürlich mit Günther Jauch, erstmals am 3. September 1999 bei RTL ausgestrahlt.

Jauch war für meine Begriffe schon eine ideale Besetzung für die Europa-Moderation. Aber ich ging noch einen Schritt weiter und wollte zusätzlich eine Frau »ins Spiel bringen«. Dabei spielte das Streben nach gesunder Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau eine nicht unbedeutende Rolle. Und da in Europa (natürlich auch weltweit) Menschen beiderlei Geschlechts leben, kann ein »gemischtes Moderatorenpaar« die unterschiedlichen Denk- und Verhaltensweisen der Geschlechter souveräner und nachvollziehbarer vermitteln. Wer könnte nun die Partnerin bei der Moderation mit Günther Jauch sein? Absolut wichtig war für mich ein Auftritt auf Augenhöhe. Das weibliche Pendant sollte um Himmels willen nicht so eine Art Buchstabenfee, Nummerngirl oder ähnliches sein, wie etwa Michelle Hunziker bei Gottschalks (später auch bei Lanz') »Wetten, daß ...«. Zu guter Letzt hatte ich mich für eine sehr kluge und charmante »Fernsehfrau« entschieden, die darüber hinaus über eine besondere Fähigkeit verfügt. Sie beherrscht mehrere Sprachen, ein Fakt, der bei einer europäischen Unterhaltungssendung alles andere als überflüssig oder gar als störend empfunden werden kann. Und nun verraten ich Ihnen meine Wahl: Désirée Nosbusch sollte es sein; meinen Sie nicht auch, liebe Leser? Soweit meine Überlegungen zur Moderation der tollen Fernsehschau. (Der Show-Begriff allein macht's auch nicht besser.)

Während ich dabei war, weitere Überlegungen anzustellen, zum Beispiel zu der Frage nach welchem Prinzip die Auswahl der einzelnen Länder bei den verschiedenen Sendungen erfolgen sollte oder wie der Rateteil (europäisches

Wissen vermittelnd und Gewinne verteilend) und der Unterhaltungsteil (ohne amerikanischen Einfluß) gestaltet werden müßten, war eines »unschuldigen Tages« die Luft raus.

Ich wunderte mich ein ums andere Mal über die Entwicklung in Europa. Statt einer angestrebten und begrüßenswerten Vereinigung war eine seltsame Zerstückelung unseres Kontinents zu beobachten. Das jugoslawische Staatenbündnis zerfiel, Tschechen und Slowaken trennten sich, und Rußland verlor seine »verbündeten« Sowjetrepubliken. So die bittere Wahrheit. Doch auch an anderen Stellen in Europa rumort es, indem sich verschiedene Landesteile um ihre Eigenständigkeit bemühen – beispielsweise die Katalanen in Spanien, die Schotten in Großbritannien, die Flamen in Belgien oder die Korsen in Frankreich. Mit Großbritannien hat sich ein wichtiges Mitgliedsland der EU bei einem Referendum sogar für einen Austritt aus der Europäischen Union entschieden. Hat Europa überhaupt eine Chance, sich dauerhaft zu einem starken Bündnis zusammenzufinden?

Selbst in Deutschland kann man sich nicht sicher sein, daß alle Bundesländer an einem Strang für Europa ziehen. Ich denke da an Bayern, das kein »normales« Bundesland ist, sondern etwas Besonderes, nämlich ein Freistaat. Während sich in 15 Bundesländern unter anderem die CDU um die politischen Geschicke kümmert, ist dafür im Bayernland jetzt schon abgrenzend die »schwesterliche« CSU zuständig. Und ihr Chef, Herr Seehofer (bzw. Söder), ist augenscheinlich oft anderer Meinung als Frau Merkel mit der CDU.

Ich weiß, es gibt noch zwei weitere Bundesländer, die mit der Bezeichnung »Freistaat« aus der Reihe tanzen. Doch bezüglich Eigenständigkeit werden

sich die Sachsen und Thüringer garantiert noch etwas zurückhalten, denn 40 Jahre »DDR-Gehorsam« können nicht holterdiepolter vergessen werden.

Apropos Bayern und DDR – und das verruchte Geld. Hierzu gab es einen ungewöhnlichen Vorfall. Es war Anfang der 1980er Jahre, als sich Kürzungen bei den sowjetischen Rohstofflieferungen behindernd auf die Wirtschaft der DDR auswirkten, die ohnehin schon durch wachsende Westverschuldung belastet war. In dieser kritischen Lage sprang Westdeutschland in die Bresche. Die DDR erhielt 1983 einen Kredit in Höhe von einer Milliarde DM, ein zweiter Milliardenkredit folgte ein Jahr später. Dieses Finanzgeschäft sicherte die Bundesregierung mit einer Bundesbürgschaft ab. Die DDR dankte es, indem daraufhin der innerdeutsche Reiseverkehr erleichtert und mit dem Abbau von Selbstschußanlagen an der deutsch-deutschen Grenze begonnen wurde.

Das Ungewöhnliche bei dieser Abmachung bestand darin, daß alles vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß eingefädelt worden war. Ausgerechnet CSU-Chef Strauß, ein bekennender »Kalter Krieger«, half dem verhaßten SED-Staat, was ihn selbst politisch stark beschädigte. Weiter will ich mich dazu nicht äußern. Doch eines scheint bis heute unbestritten: Diese Finanzspritze rettete damals die DDR vor einer Pleite.

Ein kleiner Zahlenvergleich sei im folgenden erlaubt. Die DDR erhielt also zwei Kredite in Höhe von insgesamt zwei Milliarden DM. Umgerechnet bedeutete das **etwa eine (1) Milliarde Euro für 17 Millionen Bürger**. Und was geschieht seit Jahren mit Griechenland? Für **knapp 11 Millionen Einwohner wurden 200 Milliarden Euro** und mehr (wer kennt die exakte Zahl?) für eine wirtschaftliche Rettung Griechenlands von den EU-Ländern zur Verfügung

gestellt. Das ist schon ein sagenhafter Unterschied, meinen Sie nicht auch, liebe Leser? Nur die griechische Wirtschaft und das Finanzwesen dort konnten trotz der riesigen Geldmengen nicht gerettet werden. Ein Faß ohne Boden! Wer also war einst beziehungsweise wer ist jetzt schlechter dran?

Ebenso kraß war die Situation in Zypern. Zur Rettung dieses Inselstaates sollten Anfang 2013 **rund 17,5 Milliarden Euro (im April war sogar von 23 Milliarden die Rede) für 0,8 Millionen Zyperer** (Zyprioten ist veraltet) benötigt werden. In der gleichen Relation Geld / Einwohner hätte das für die DDR seinerzeit rund 370 Milliarden Euro bedeutet. Doch es genügte damals schon eine (1) »lumpige« Milliarde, um dort die sofortige Pleite zu verhindern. Tatsächlich wurden für Zypern »nur« 10 Milliarden von der EU freigegeben (den Rest mußte Zypern selbst aufbringen). Das entspräche für die einstige DDR immerhin noch über 210 Milliarden Euro. Denken Sie mal darüber nach, liebe Leser. Ich muß wohl nichts mehr sagen?

Die Griechen wollten bei der Einführung des Euro unbedingt dabei sein. Wahrscheinlich erhofften sie sich eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, wenn sie mit anderen starken Ländern gemeinsam im »Europaboot« sitzen. Eine durchaus verständliche Überlegung. Da viele Griechen mit den lateinischen Buchstaben angeblich nichts anfangen können, wünschte die griechische Regierung auf den Euro-Geldscheinen auch eine griechische Bezeichnung. Dieser Wunsch wurde erfüllt, und so steht unter dem Währungsbegriff **EURO** sogar das griechische Wort **ΕΥΡΩ**. Das haben Sie noch gar nicht bemerkt, liebe Leser? Dann schauen Sie sich doch Ihre Euro-Scheine mal genauer an. Muß ja kein 500er sein, wer hat den schon. Er ist so eine Art »V-Schein«: Man weiß, daß es ihn gibt, aber kaum jemand hat ihn je gesehen.

(Seit Einführung des neuen, nun von Mario Draghi signierten 5-Euro-Scheines am 2. Mai 2013 ist – wie später auch bei den anderen Scheinen – zusätzlich eine kyrillische Version vorhanden: **EBPO**. Die Gestaltung der Euro-Scheine orientiert sich nämlich nicht daran, wer schon Mitglied der Euro-Zone ist, sondern lediglich daran, wer Mitglied der EU ist. Ein wenig seltsam erscheint mir dieses Vorseilen schon.)

Daß Griechenland sofort den Euro bekam (das gilt noch für ein paar andere Staaten), war nach meinem Empfinden nicht die beste Entscheidung. Ich bin wahrlich kein Fachmann in Finanz- und Wirtschaftsfragen, da kenne ich mich zu wenig aus. Ja, es geht mir so, wie den meisten europäischen Ministern in diesen Fachbereichen. Nur ein Unterschied besteht: Ich gebe mein mangelndes Wissen wenigstens ehrlich zu.

Wie müßte es mit Griechenland weitergehen? Ich hege große Sympathie für die griechischen Menschen, doch es muß eine Menge in ihrem Land geändert werden. Es ist schon sehr beklemmend, wenn reiche Griechen ihre Millionen lieber ins Ausland transferieren, statt ihrem Heimatland finanziell unter die Arme zu greifen. Wo ist hier noch eine patriotische Verantwortung zu entdecken?

Natürlich war Griechenland bei der Einführung des Euro noch längst nicht reif, um mit den wirtschaftlich starken Ländern – allen voran Deutschland und Frankreich – Schritt halten zu können. Schon bei der Aufnahme in die EWG wurde von griechischer Seite »gemogelt«. Und die Zahlen hinsichtlich der Konvergenzkriterien für den »Euro-Zuschlag« (Inflationsrate, Staatsschulden, jährliches Haushaltsdefizit, Wechselkursstabilität, langfristige Zinssätze) waren ganz einfach geschönt und von Brüssel mangelhaft kontrol-

liert worden. Unterschiedliche Volkswirtschaften können aber nicht europäisiert werden, wenn sie nicht wettbewerbsfähig sind. Die Währung muß der Leistungsfähigkeit eines Landes entsprechen. In Griechenland ist das nicht der Fall, doch die gemeinsame Währung kettet die Griechen gnadenlos an die anderen Euro-Staaten. Nun hängt der griechische Waggon am Ende des europäischen Zuges, der für diesen letzten Wagen viel zu schnell fährt. So schlingert er in fürchterlicher Weise und droht aus den Schienen zu springen. Ich halte es für sinnvoll, wenn sich Griechenland vorübergehend vom Euro verabschiedet und die Drachme wieder als nationale Währung einführt. Dann könnte man der internationalen Situation anpaßt die eigene Währung abwerten, um die Preise zu senken und die Exporte zu erleichtern. Der griechische Eisenbahnwaggon würde zeitweilig in einen langsamer fahrenden Zug eingereiht. So könnte man die Wirtschaft überlegt und systematisch allmählich wieder in Schwung bringen. Korruptes Verhalten bei Regierung, Unternehmen und Banken muß allerdings konsequent und bedingungslos bekämpft werden. Nach einigen Jahren der Erholung und Stärkung könnte Griechenland dann wieder in den Euro-Zug aufgenommen werden. Was ich sehr begrüßen würde.

Die Europäer müssen sich nicht unbedingt lieben, aber respektieren sollten sie sich schon. Wirtschaftliche Zusammenarbeit funktioniert auch nur, wenn überall Regeln eingehalten werden, beispielsweise gleiche Löhne, gleiches Renteneintrittsalter, gleiche Steuern, vergleichbare Rechtsgrundlagen und so weiter. Mit den verruchten »Steueroasen« werden die Gelder gegenseitig nur egoistisch weggeschnappt.

In diesem Zusammenhang fällt mir der Finanzexperte Dirk Müller ein, der in den Medien gern als Mister DAX (warum nicht Herr DAX? – er ist schließlich Deutscher) »herumgereicht« wird. Und dieser Mann erklärte im Fernsehen einst sinngemäß folgendes: Beim Bau des europäischen Hauses hätte die Einführung des Euro der Schlußstein sein müssen. Ja, das erscheint mir sehr logisch. Erst nach einer erfolgreich abgeschlossenen politischen Union wäre der Start zu einer Währungsunion sinnvoll gewesen. (Ähnlich überhastet war in den aus der DDR entstandenen neuen Bundesländern die D-Mark eingeführt worden, was der Wirtschaft dort den endgültigen Todesstoß versetzte.) Ein bißchen überlegen muß man schon, um diese Aussagen zu verstehen. Aber wenn es mir als normalem Durchschnittsbürger mit anerkennenswerter Mühe gelingt, warum schaffen es die Politiker nicht? Diese unterliegen offenbar dem merkwürdigen Zwang, möglichst schnell Zuwachsraten vermelden zu können. So wurden in einem trügerischen Temporausch im Jahre 2007 mit Bulgarien und Rumänien zwei weitere Länder in die europäische Gemeinschaft aufgenommen, nur um die gesamte Einwohnerzahl von fast 500.000 in der EG zu erreichen. Dieser Schritt erfolgte nach meinem Empfinden mindestens 20 Jahre zu früh. Mindestens!

Was haben wir nun davon? Aus diesen überproportional armen Ländern im Südosten Europas strömen die Menschen nach Mittel- und Westeuropa, um ein besseres Leben zu finden. Allein nach Berlin sind in den letzten Jahren etwa 12.000 Bulgaren und Rumänen, meist Sinti und Roma, gezogen.

(Sinti, Einzahl = der Sinto, sind eine Teilgruppe der europäischen Roma, Einzahl = der Rom.)

Mit solchen »Völkerwanderungen« ist das Armutsproblem allerdings nicht zu lösen. Das muß im Heimatland, also an der Wurzel allen Übels, geschehen. Wenn wirklich ein vereintes Europa angestrebt wird, dann müssen alle EU-Staaten ihren Möglichkeiten entsprechend den ärmeren und schwächeren Mitgliedsländern helfen. Das kann natürlich in manchen Fällen mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Geduld ist also gefragt. Außerdem muß der dann ausgelöste Geldfluß exakt kontrolliert werden, damit nichts in falsche Kanäle gerät. Ja, ich halte Kontrollen für extrem wichtig! Nicht nur hierbei.



Trotz allem Für und Wider und trotz der langjährigen Finanzkrise sind weitere Länder an einer Aufnahme in die Europäische Union interessiert, zum Beispiel Kroatien und die Türkei. Bei den Kroaten erkannte ich keine schwerwiegenden Probleme, die gegen einen Beitritt sprechen würden. Allerdings müssen die Wirtschaftskraft erhöht und die Arbeitslosigkeit reduziert werden. (Am 1. Juli 2013 wurde Kroatien tatsächlich Mitglied der EU.) Aber bei den Türken wehre ich mich gegen einen Beitritt! Auch die meisten EU-Regierungen haben starke Bedenken, weil die Türkei beispielsweise das EU-Mitgliedsland Zypern nicht anerkennt, weil der türkische Ministerpräsident Erdoğan (seit der Wahl im August 2014 Präsident des Landes) in der Türkei die Wiedereinführung der Todesstrafe in Erwägung zieht und weil die Kurden, eine ethnische Minderheit, wenngleich islamisch orientiert, im unterentwickelten Südosten der Türkei nicht gleichberechtigt behandelt werden (immerhin etwa 20% der Bevölkerung). Seit Jahrzehnten ist der Kurdenkonflikt,

der schon Zehntausende Menschenleben forderte, ungelöst. Außerdem lehnt Erdoğan die völlige Gleichberechtigung von Mann und Frau ab, weil eine komplette Gleichstellung der Geschlechter »gegen die Natur« sei.

Ich habe an sich nichts gegen die türkischen Menschen vorzubringen, aber ich bin gegen eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union. Warum? Zunächst sind es geographische Gründe. Die Türkei erstreckt sich überwiegend auf der kleinasiatischen Halbinsel und verbindet das Morgenland (Orient) mit dem Abendland (Okzident). Die Meerengen der Dardanellen und des Bosphorus, dazwischen das Marmarameer, trennen den europäischen Teil der Türkei (der gerade mal 3 Prozent ausmacht) vom asiatischen Teil Anatóliens mit 97 Prozent. Und die bevölkerungsreichste türkische Stadt Istanbul (in der Antike ein Handelszentrum unter dem Namen Byzanz, später im oströmischen Reich Konstantinopel genannt) liegt genau auf der hier unumstrittenen Grenze zwischen beiden Kontinenten. Es fällt mir somit schwer, das gesamte türkische Territorium Europa zuzuordnen. Vielleicht sollte man aber die geographischen Belange nicht allzu pedantisch sehen. Weshalb sonst dürfen israelische Musiker beim europäischen Liederwettbewerb (Eurovision Song Contest) mitwirken, obwohl sich Israel eindeutig nicht in Europa befindet? Andererseits gehört Zypern geographisch zu Asien und ist trotzdem EU-Mitglied. Was die kontinentalen Grenzen betrifft, ist durchaus Verunsicherung zu erkennen. In der ADAC-Buchreihe der Kontinente ist die Türkei im Band Europa zu finden und – große Verblüffung – auch Zypern. Doch die nach Sizilien und Sardinien drittgrößte Insel im Mittelmeer ist geteilt, der Norden ist türkisch, der Süden griechisch. Und Griechenland ist nun mal Europa. Was für eine Verwirrung!?

Der »Rat der Weisen zur Zukunft Europas«, der im Jahre 2007 von Frau Merkel und Monsieur Sarkozy eingesetzt wurde, kam bei seiner Definition der Grenzen Europas zu dem Schluß, daß nicht Geographie und nicht Religion diese Grenzen bestimmen, sondern seine Werte. Sehr weise scheint mir diese Aussage nicht zu sein. Bei der Geographie könnte ich ja noch »ein Auge zu drücken«, aber nicht bei der Religion. Und mit dem Begriff »Werte« kann ich nicht viel anfangen; das ist ein »Gummiwort«, das nach Belieben so oder so ausgelegt werden kann.

Zur Religion: Die Bevölkerung der Türkei bekennt sich überwiegend zum islamischen Glauben. Dabei ist die Scharia das »religiöse Gesetz des Islam, das kultische Pflichten verzeichnet sowie ethische Normen und Rechtsgrundsätze für alle Lebensbereiche aufstellt«. Der Koran ist das heilige Buch (die »türkische Bibel«), das die Gesamtheit der Offenbarungen Gottes an den arabischen Propheten Mohammed enthält.

Die Religion des Islam wird häufig mißbraucht, um Männern die Vorherrschaft zu garantieren. So kann ein Mann ganz offiziell zum Beispiel drei oder vier Frauen heiraten. »Meine Religion verbietet das nicht«, sagt der Moslem selbstbewußt. Frauen werden als minderwertige Wesen betrachtet, die unterdrückt werden und dem Manne zu dienen haben. Sie werden vergewaltigt, zwangsverheiratet, dürfen sich nicht westlich kleiden und dürfen auch nicht am Schwimm- oder Turnunterricht teilnehmen. Sogar sogenannte Ehrenmorde sind keine Seltenheit.

Gegenüber der internationalen Menschheit sind die Moslems zuweilen großzügig und erlauben, daß man auch Christ oder Jude sein kann, nur gottlos

darf man nicht sein. Was soll ich jetzt bloß machen? Ich bin Atheist! Und dann esse ich obendrein noch Schweinefleisch. Hilfe!

Eine besonders bedrohliche Gruppierung des Islam sind die Salafisten. Die salafistische Ideologie radikalisiert in gefährlicher Weise. Dort hört man unter anderem: »Der Islam ist die Wahrheit. Wer den Islam ablehnt, kommt in die Hölle.« Was soll diese bestenfalls kleine Kinder einschüchternde Aussage? Ich glaube mich entsinnen zu können, daß es der Philosoph Richard David Precht war, der in einer Fernsehsendung äußerte: Die Seele ist eine religiöse Wahnvorstellung (von wegen eines Lebens nach dem Tode), und das Höllenfeuer ist universeller Unsinn. Dieser Feststellung kann ich zustimmen, erst recht heute, in einer »aufgeklärten« Welt. Anders war das noch im Mittelalter, da wurde als Bestrafung unablässig die Angst vor der Hölle geschürt. Und auch die Größe der Sakralbauten, egal welcher Religion, sollte beeindrucken und demütigen. Waren hierbei Furcht oder Ehrfurcht das Ziel? Egal, Hauptsache die »Schäfchen« waren gefügig und den religiösen Herrschern ergeben.

In Deutschland leben über 4 Millionen Muslime, die meisten davon kamen aus der Türkei. Das veranlaßte offenbar den geschafsten Bundespräsidenten Wulff einst zu verkünden: »*Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland wie das christliche Menschenbild.*« Das ist kompletter Unsinn, Herr Wulff. Wenn ein deutscher Politiker derartige Behauptungen aufstellt und damit islamische Grundsätze gutheißt, dann verstößt er gegen unser Grundgesetz (Art.1-3) und macht sich des Meineides schuldig, und das auch noch mit religiöser Beteuerung (Art.56). Zu unser aller Glück sind Sie inzwischen von der offiziellen Politbühne verbannt.

Zu Muslimen, die sich nachweislich integriert haben, die friedfertig sind und die deutsche Sprache erlernen, die sich zu traditionellen Normen bei uns und zur deutschen Gesetzmäßigkeit bekennen, kann man durchaus feststellen, sie gehören mittlerweile auch zu Deutschland. Eine solche Äußerung kann aber nicht generell für den Islam gelten. Leider kann man nicht erkennen, ob ein nach Deutschland kommender Muslim oder eine Muslime integrationsbereit ist oder vorrangig einem religiösen Radikalismus frönt. Damit wird eine sinnvolle Integration erschwert; häufig ist sie gar nicht möglich. Mir ist das alles nicht ganz geheuer, und Skepsis erfüllt besorgt meine Gedanken, wenn Muslime ungebremst unser Land bevölkern. So wäre meines Erachtens bei einer Aufnahme der Türkei in die EU relativ schnell eine Islamisierung Deutschlands (letzten Endes ganz Europas) zu befürchten. Der türkische Ministerpräsident Erdoğan kritisierte 50 Jahre nach dem Vertragsabschluß über die Anwerbung von Arbeitskräften die Bundesrepublik Deutschland dafür, daß Fehler bei der Integration gemacht worden seien. Er forderte, daß die in Deutschland aufwachsenden Türken zuerst »ihre« Sprache (also türkisch) lernen müßten. Und wenn Türken nach Deutschland wollen und dafür Deutschkenntnisse verlangt werden, dann sei das eine Mißachtung der Menschenwürde. Deshalb will er für seine in Deutschland lebenden Bürger die doppelte Staatsbürgerschaft erzwingen. Außerdem gäbe Deutschland der Türkei zu wenig Unterstützung für einen EU-Beitritt. Auch im Herbst 2012 bei der Einweihung der pompösen türkischen Botschaft im Berliner Bezirk Tiergarten beschwor er abermals den EU-Beitritt. Um Himmels willen! Das fehlte noch, die Türkei in der EU. Wie würden uns damit »eine Laus in den Pelz setzen«, die wir auf friedlichem Wege nie mehr los würden. Solch riskante Manöver sollte man unbedingt vermeiden. Dagegen ist eine »privile-

gierte Partnerschaft« mit der Türkei durchaus vorstellbar und akzeptabel. Warum nicht? Eine EU-Mitgliedschaft ist allerdings nach dem Verfassungsreferendum am 16. April 2017 kaum noch vorstellbar und muß sogar abgelehnt werden.

Bei den muslimischen Frauen stören mich zudem Kopftuch und Burka (Ganzkörperschleier). Sie sagen dann beispielsweise: »Der Islam bestimmt mein Leben. Ich trage den Schleier freiwillig, ich trage ihn für Gott.« Das darf mitunter bezweifelt werden. Zum Kopftuch vertritt Alice Schwarzer, bekannte Publizistin und Frauenrechtlerin, die Ansicht, daß es kein religiöses, sondern ein politisches Symbol sei. Konkret bezeichnet sie das Kopftuch als die »Flagge der islamistischen Kreuzzügler«, ja sogar der »Faschisten des 21. Jahrhunderts«. Das islamische Kopftuch stigmatisiert die Frauen, und die Feministin nannte es einen »Skandal, daß schon kleine Mädchen auf diese Art und Weise sexualisiert werden.« Zu Deutschland paßt das tatsächlich nicht, denn Deutschland ist ein christlich geprägtes Land. Wenn sich türkische Frauen bei uns mit Kopftuch durch das öffentliche Leben bewegen, dann beweist das eindeutig die Unwilligkeit zur Integration und wirkt auf mich damit regelrecht provokant. Die Begründung für das Tragen eines Kopftuches will sich mir auch nicht erschließen, wenn es heißt, die islamischen Kopftücher sollen das Haar der Frau als »sündig« verdecken. Da tickt bei den türkischen Männern etwas nicht richtig. Entschuldigung, in der Türkei könnt ihr denken und handeln wie ihr es für erstrebenswert haltet, aber nicht hier – in Deutschland. Bei uns versucht man, Frauen als gleichberechtigte Menschen zu betrachten und zu behandeln. In Art.3 GG ist dies sogar verfassungsmäßig festgelegt, doch die Umsetzung ist – das muß eingestanden werden – bis-

lang leider nicht zufriedenstellend (etwa gleicher Lohn für gleiche Arbeit oder bei der Besetzung von Führungspositionen).

Ich habe überlegt, wenn ich ein »weiß-blauer« Bayer wäre, dann wären in den Sommermonaten die Krachledernen für mich von größter Bedeutung. Die gehören in diesem Landesteil als Brauchtum und aus Tradition einfach dazu. Würde ich jedoch einen Urlaub in der Türkei verbringen, müssten die kurzen Lederhosen selbstverständlich zu Hause bleiben, weil so eine Bekleidung in der Türkei nicht gern gesehen wird. Ich akzeptierte das, obwohl ich vielleicht nur zwei Wochen dort wäre. Die Türken wollen viele Jahre bei uns bleiben, oft sogar bis ans Lebensende. Aber sie wollen sich zu einem Großteil (es gibt erfreuliche Ausnahmen) nicht an deutschen »Regeln« mit sachlichen, weltoffenen Verhaltensweisen orientieren. Wenn die Frauen unbedingt ein Kopftuch in der Öffentlichkeit tragen wollen oder dazu gezwungen werden, dann müssen sie in ihr Heimatland zurück. Dort hat niemand etwas dagegen. Deutschland ist zwar ein Karnevalsland, aber der Verkleidungsspaß ist zeitlich begrenzt und währt kein komplettes Jahr. Das müssen auch die Türken begreifen.

Besonders kraß ist die Verkleidung islamischer Frauen mit Burka oder Niqab, also die vollständige Verschleierung des Körpers. Das ist ein erschreckendes Symbol der Unterdrückung der Frauen, denn man nimmt ihnen damit öffentlich das Gesicht. Beide Kleidungsstücke, Kopftuch wie Burka, folgen einem Menschenbild, nach dem Frauen unrein und dem Mann nachgeordnet sind. Der Schleier hat den Sinn, die durch das bloße »Frau sein« verlorene Würde wiederzuerlangen. Was für ein Schwachsinn, was für eine männliche Arroganz! Und das religiös gestützt, weil Allah das angeblich so will. Der franzö-

sische Präsident Nicolas Sarkozy verkündete während seiner Amtszeit 2009 zum Thema Burka sehr nachdrücklich: »*Es ist unerträglich, daß in unserem Land Frauen in einem Gefängnis aus Stoff leben, ohne eigene Identität und ohne sozialen Kontakt. Das paßt nicht zu Frankreichs Bild von der Würde der Frau.*« Im Jahre 2011 trat konsequenterweise ein Gesetz in Kraft, welches landesweit das Tragen von Burkas verbietet. Der belgische Staat hat sich diesem Schritt angeschlossen. Wann endlich wagt die deutsche Regierung solch eine sinnvolle und überfällige Entscheidung? Verbot von Burka und ebenso Kopftuch in der Öffentlichkeit.

Ich habe sogar schon davon gehört, daß in Deutschland lebende Türken ihren Frauen verbieten, die deutsche Sprache zu lernen. Ja, wozu brauchen sie diese auch, wenn zum Einkaufen in der gleichen Straße türkische Lebensmittel-, Gemüse- und Getränkehändler ihre Waren feilbieten und wenn türkischsprachige Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender informieren und unterhalten. Auch türkische Ärzte und Dienstleister sind ausreichend vorhanden. Da muß man doch nicht Deutsch lernen. Solche isolierten türkischen »Ghetto-Siedlungen« als Parallelgesellschaft sind in den meisten deutschen Großstädten anzutreffen. Wenn dort Menschen Sozialhilfe oder irgendwann Rente beantragen wollen, dann kommt ein Türke mit deutschen Sprachkenntnissen helfend zu den Behörden mit, um die Gelder dafür von deutschen Steuerzahlern abzusahnen. Das kann ich beim besten Willen nicht gutheißen. Solch integrationsunwillige Menschen sind ganz klar ein Fremdkörper, fast schon so eine Art Blutsauger im deutschen Sozialwesen.

Wer bereits mehrere Jahre in Deutschland lebt und kein Wort Deutsch sprechen kann oder nur höchst stümperhaft radebrecht (Was du gucken?), der

hat nichts in unserem Land zu suchen. Wenn man in Deutschland bleiben will, dann muß man die deutsche Sprache lernen. Sonst wird das nichts. (Allerdings sollten die Deutschen selbst ihre Muttersprache achten und vor überflüssigen Anglizismen schützen.) Und dann sollten die Türken (und andere Ausländer), wenn sie denn für immer in Deutschland bleiben wollen, die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen – absolut freiwillig natürlich. Dann sind sie zwar keine Türken mehr (die türkischen Wurzeln wird jedoch niemand kappen), aber irgendwann muß man sich entscheiden. Was soll überhaupt eine doppelte Staatsbürgerschaft? »Sie ist ein bedauernswertes Zeichen von Schizophrenie. Entscheidungsunfähig taumeln diese Menschen zwischen zwei Staatsbürgerschaften unwürdig hin und her oder greifen sich vorteilsorientiert jeweils nur die für sie lohnenden Dinge heraus.« Das lehne ich energisch ab! Außerdem ist jede doppelte Staatsbürgerschaft ein erhebliches Integrationshindernis.

Noch einmal zum Thema Kopftuch/Burka: Vielleicht ist meine ablehnende Haltung zum Kopftuch zu brüsk und intolerant, und ich sollte es im privaten Bereich, also auch auf der Straße, gelten lassen (in öffentlichen Diensten natürlich nicht – z.B. bei Lehrerin, Ärztin, Rechtsanwältin, Bankkauffrau, Eisenbahnerin, Polizistin etc.). Dennoch finde ich nicht erleichtert meinen Frieden. Es stört mich doch ungemein, wenn ich schon auf hundert Meter Entfernung Frauen mit Kopftuch erkennen kann, die zwar in Deutschland leben wollen, allerdings nach ihren Vorstellungen, nach ihrer Religion, ihren Gesetzen und Regeln – selbst dann, wenn vieles davon nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar ist. Wahrscheinlich muß ich mir die problembehaftete »Kopftuchgeschichte« noch einmal in aller Ruhe durch den Kopf gehen lassen.

Bei Burka oder Niqab ist die Antwort für mich jedoch eindeutig: ein klares Nein! Jede Sekunde, die für Diskussionen über Pro und Kontra der Burka in Deutschland genutzt wird, ist vergeudete Zeit. Wenn eine Person in Burka/Niqab gehüllt eine Bank oder ein Juweliergeschäft betritt, müßten alle Angestellten dort unverzüglich bereitliegende Maschinenpistolen in Anschlag bringen, denn wer weiß ... Eine bessere Tarnung für Raubüberfälle ist kaum vorstellbar, erst recht, wenn solche »Sehschlitzkleidung« in unserem Straßenbild als normal eingestuft würde und sich Straftäter damit unauffällig bewegen könnten. Nein, ich lehne die Vollverschleierung in unserem Land ohne weitere Debatten kategorisch ab. Daran gibt es nichts zu rütteln.

Den Anhängern des Islam darf ich zusammenfassend mitteilen, daß ich all die kritischen Bemerkungen äußern darf, denn in Deutschland gilt die Meinungsfreiheit (Art.5 GG).

Als ich eines Tages Rentner war, konnte ich im Fernsehen bei ARD/ZDF öfter das »Morgenmagazin« verfolgen (nicht unbedingt schon ab 5:30 Uhr, eher ab 7 oder 8 Uhr). Anfangs war ich doch einigermaßen verwundert, daß die Moderatoren Dunja Hayali und Cherno Jobatey oder Till Nassif hießen. Die Nachrichten sprachen Mitri Sirin, Jessica Zahedi oder Pinar Tanrikolu und den Wetterbericht präsentierten Tarik El-Kabbani oder Özden Terli. Zuweilen gab es auch eine Außenreporterin namens Shakuntala Banerjee oder Goli-neh Atai (je nach Dienstplan waren und sind natürlich auch deutsche Namen zu vernehmen). Insgesamt war das schon etwas ungewöhnlich. Aber was wäre ernsthaft dagegen einzuwenden? Diese (Fernseh)-Menschen sind zweifellos integriert und sprechen nicht nur Deutsch schlechthin, sondern das sogar ausgezeichnet. Sie sind eindeutig deutsche Bürger mit ausländischen

Wurzeln. Wo ist hier ein Problem zu erkennen? Für mich gibt es keines. Man muß sich nur an die fremdländischen Namen gewöhnen. Mit englischen Namen hat's ja auch geklappt. Man muß nur wollen.

Wie geht es nun mit Europa weiter? Schwer zu sagen; ich weiß es schon gar nicht. Die sogenannte Schuldenkrise verunsichert bereits seit einigen Jahren die Finanzmärkte. Treffender müßte es heißen: Die Vermögenden wurden nervös. Auf der einen Seite gibt es gigantischen Reichtum, auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit oder Niedriglöhner und daraus folgend zunehmende Altersarmut. Und die Klagen der Arm-Reich-Schere spreizen sich immer mehr. Keiner greift gerecht korrigierend ein. Das kostet den Staat enorm viel Geld. Man muß auch unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß die entstandenen Vermögen die »Gegenbuchung der Schulden« sind. Damit nicht nur der kleine Steuerzahler haftet, müssen die Reichen stärker besteuert werden. Da führt kein Weg vorbei. Doch die Politiker scheinen sich nicht zu trauen. Die CDU will es nicht oder darf es nicht wollen, und die SPD kann sich als »Partner« in einer großen Koalition nicht durchsetzen. Im Grundgesetz, Artikel 14, Absatz 2, heißt es: *»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«* Also, ihr Reichen, brems endlich die ungezügelte Geldgier und übernehmt verstärkt soziale Verantwortung. Transferiert eure Millionen nicht verräterisch in sogenannte Steueroasen!

Hat Europa dann doch eine Chance? Vielländerstaaten sind gescheitert, wie die Sowjetunion oder Jugoslawien. Und Europa? Wer kann das überzeugend beantworten?

Im September 2014 stellte der neue EU-Präsident Jean-Claude Juncker die von ihm geformte Führungsriege vor. Das Ergebnis war schon verwunder-

lich, denn Deutschland wurde bei der Besetzung fast übersehen. Unter den sieben Vizepräsidenten sucht man vergeblich nach einem Deutschen, und auch kein Kerndossier wurde uns zugeteilt. Der einstige Energiekommissar Oettinger aus dem Schwabenland wurde nur noch als Kommissar für Digitalwirtschaft eingeteilt. So nachlässig wie in Brüssel mit dem Vertrauen auf deutsche Verantwortung umgegangen wird, so abwertend wird auch die deutsche Sprache behandelt. Englisch und Französisch werden gepflegt, Deutsch dagegen wird weitestgehend ignoriert. Und das lassen sich deutsche Politiker gewissenlos gefallen. Ja, sie machen sogar eifrig mit und sprechen in Brüssel fast nur Englisch. (Wer sich selbst nicht achtet, kann auch keine Achtung von anderen erwarten.) Obwohl Deutschland das (noch) bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Land in der EU ist, wird die Muttersprache ihrer Bewohner mißachtet. Zahlen dürfen wir natürlich am meisten, aber sonst – bloß nicht aufmucken. Wer weiß, wie lange die deutschen »Politik-Mäuschen« in Brüssel überhaupt noch piepsen dürfen. So kann das mit einem vereinten Europa bestimmt nichts werden. Nein, nein, nein – so wird das mit Europa nichts und so lehne ich es generell ab! Ohne deutsche Sprache konnte alles logischerweise nur ein mißlungener Versuch sein.



Auch noch irdische Götter?

Jetzt bitte festschnallen! Ich erlaube mir im folgenden Text, ohne Wenn und Aber, einige kritische Äußerungen über die USA darzulegen. Alle kritiklosen Verehrer und Gönner US-amerikanischen Handelns müssen tapfer sein. Vielleicht gelingt es aber, sie zum Überdenken der Geschichtsfakten zu bewegen und somit wenigstens ein kritisches Grummeln hervorzurufen. Um möglichen Mißverständnissen gleich am Anfang entgegenzuwirken erkläre ich, daß sich alle offerierten Kritikpunkte nicht auf die amerikanische Bevölkerung beziehen, sondern auf die jeweiligen Staatsführungen. Es sind immer wieder die herrschenden Schichten – also die profitgierige Wirtschaft und die in deren Auftrag willfährigen Politiker – die das Volk beeinflussen, mit Feindbildern überschütten und für ihr Machtstreben sogar in gräßliche Kriege treiben. Differenzieren Sie bei dem gerafften Geschichtsexkurs also möglichst klar zwischen den Befehlen der Herrscher und den erzwungenen Opfern der Völker.

Am 8. Mai 1945 war Deutschland als Initiator des Zweiten Weltkrieges von den Truppen der Alliierten derart in die Enge getrieben worden, daß endlich eine bedingungslose Kapitulation erfolgte. Das grauenhafte Drama war damit zumindest in Europa endgültig beendet. Nur die japanischen Verbündeten waren nicht sofort zur Aufgabe bereit. So entschlossen sich die »US Army Air Forces« zu zwei verheerenden Atombombenabwürfen auf Japan – und das ohne zwingende militärische Notwendigkeit. Erstmals in der Geschichte der Menschheit wurden so Atombomben in einem Krieg eingesetzt. Die USA wollten damit deutlich kundtun, über welche grausamen Waffen sie verfü-

gen, die sie auch zum Einsatz bringen, wenn sie es für notwendig erachten. Zeitweilige Überlegungen, die abwurfbereiten Bomben nur als »Warnschuß« über unbesiedeltem Gebiet zu zünden, wurden fallengelassen. Die mörderischen Bomben, die Präsident Truman im August 1945 über Hiroshima (6.8.) und Nagasaki (9.8.) mit kalter Unschuld detonieren ließ, waren eine tragische Demonstration der amerikanischen Herrschaft über die Welt. Am 9. August war eigentlich Kokura, eine Stadt mit viel mehr Rüstungsindustrie als Nagasaki, als Ziel auserkoren. Da Kokura an diesem Tag jedoch unter einer dichten Wolkendecke lag und bei drei Anflügen die Sicht stark behindert war, wurde das Ausweichziel Nagasaki angefliegen. Wichtig war den Militärs vor allem, daß die Bomben im echten Einsatz getestet werden konnten. In Hiroshima verloren durch die Explosion über 140.000 Menschen ihr Leben, in Nagasaki waren schätzungsweise über 70.000 Tote zu beklagen. Darüber hinaus kamen in beiden Regionen über die Jahrzehnte viele tausend Menschen durch Verbrennungen und Verstrahlungen ums Leben.

Bis heute hat keine Regierung der USA um eine offizielle Entschuldigung gegenüber den zivilen Opfern und ihren Angehörigen gebeten. Die Amerikaner behaupten sich selbst lobend, daß die Atombomben die Kapitulation Japans herbeigeführt hätten und damit vielen US-Soldaten und auch Japanern das Leben gerettet wurde, da sie sonst im Endkampf um Japan gestorben wären. Präsident George Bush senior sprach 1991 sogar davon, die Atombomben hätten »Millionen von Leben gerettet«. Höre ich da Zynismus heraus? Seit 1945 ist es weltweit stark umstritten, ob die Abwürfe der Atombomben ethisch, politisch und völkerrechtlich zu verantworten waren. Außer den USA hat kein Land der Welt jemals Atombomben über dicht besiedelten Städten gezündet. Friedliebende Amerikaner? Bei welchem Land ist der Be-

sitz von Atombomben am gefährlichsten? Die Geschichte hat diese Frage be-
dauerlicherweise längst eindeutig beantwortet.

Ein weiteres Ereignis im Machtkampf – der Koreakrieg. Bereits 1910 hatte Japan die koreanische Halbinsel annektiert. Nach der Kapitulation Japans am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Korea von den alliierten Siegermächten in zwei Hälften geteilt. Als Grenze legten sie den 38. Breitengrad fest. Den Norden besetzten sowjetische Truppen, den Süden amerikanische Einheiten. Ähnlich wie in Deutschland wurde im Laufe der Zeit diese Teilung verfestigt. Sie begann mit der Gründung der westlich orientierten Republik Korea im Süden. Erst später folgte die Gründung der unter chinesischer und sowjetischer Obhut stehenden Demokratischen Volksrepublik Korea im Nordteil der Halbinsel (auch die Reihenfolge wie in Deutschland).

Mit dem Überfall Nordkoreas auf Südkorea begann am 25. Juni 1950 der Ko-
reakrieg. Die Kämpfe wogten hin und her. Beide Armeeverbände eroberten
wechselseitig beinahe die gesamte koreanische Halbinsel. Bei Kriegsende war
jedoch die gleiche territoriale Aufteilung wie am Beginn zu verzeichnen. Auf
beiden Seiten wurde verbissen gewütet, selbst von Massenhinrichtungen
wird berichtet. Die Südkoreaner führten, unter amerikanischem Ober-
kommando stehend, einen rücksichtslosen Kampf gegen alles, was in irgend-
einer Form mit Kommunismus in Verbindung gebracht werden konnte. Die
US Air Force beteiligte sich schon bald mit Flächenbombardements, wobei
auch mit Napalm gefüllte Brandbomben zum Einsatz kamen. Bei den Kriegs-
handlungen wurde fast die gesamte Industrie des Landes zerstört, und die
Zivilbevölkerung erlitt große Verluste; bis zu 3 Millionen Menschenleben wa-
ren zu beklagen. Unter den Soldaten, überwiegend Koreaner und Chinesen,

waren fast eine Million den Kämpfen zum Opfer gefallen. Der Krieg endete am 27. Juli 1953 mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens. Ein Friedensvertrag wurde bis heute nicht abgeschlossen. Noch schlimmer: Der seit 1953 bestehende Waffenstillstand wurde von nordkoreanischer Seite mit Wirkung zum 11. März 2013 gekündigt. Ein verwirrter Diktator droht nun mit dem Abfeuern atomarer Raketen gegen Südkorea und die USA. Verdammst noch mal! Warum kann man nicht in Frieden und Eintracht miteinander leben?

Auch beim Vietnamkrieg mischten die Vereinigten Staaten Amerikas tatkräftig mit. Für sie gab es immer die gleiche primitive »Milchmädchenrechnung«: Alle gesellschaftlichen Vorstellungen und Bestrebungen, die von denen der USA abwichen, wurden – ziemlich geistlos – als »kommunistisch« eingestuft und mußten unbedingt bekämpft werden. Somit war ein Eingreifen in den ab 1957 tobenden Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südvietnam angeblich »erforderlich«. Während Nordvietnam sich an der Sowjetunion und an China orientierte, unterstützten die USA zunächst mit Militärberatern das anti-kommunistische Regime in Südvietnam. Im Frühjahr 1965 griff die US-Armee dann direkt in den Vietnamkrieg ein. Obwohl einige Militärs davor warnten, sich in Asien auf einen Bodenkrieg einzulassen, ignorierte das die US-Regierung, und so kam es zu ausgedehnten Bodenkämpfen in den vietnamesischen Buschwäldern. Bei den Flächenbombardierungen wurde, wie schon in Korea, Napalm eingesetzt, um verächtlich die Wirkung auf Menschen, Tiere und Pflanzen zu testen. Damit aus der Luft gezielter Schäden zugefügt werden konnten, mußten die Sichtbedingungen verbessert werden; deshalb wurde das Entlaubungsmittel »Agent Orange« großflächig versprüht. Hierbei handelt es sich um ein starkes Gift, das krebserregend wirkt

und das Erbgut schädigt. Selbst Jahrzehnte später wurden dadurch in Vietnam mißgebildete Kinder geboren, ebenso von Vätern in den USA, die als amerikanische Soldaten mit »Agent Orange« in Kontakt gekommen waren. Die Amerikaner hatten letzten Endes in Vietnam ihr Ziel nicht erreicht und konnten den »Feind« nicht zu Boden zwingen. Der unsinnige Krieg forderte auf vietnamesischer Seite etwa 3 Millionen Todesopfer, davon waren 2 Millionen Zivilpersonen. Weitere 2 Millionen wurden verstümmelt und zusätzliche 2 Millionen waren den giftigen Chemikalien ausgesetzt worden. Von den US-Soldaten fanden etwa 58.000 den Tod. Das Friedensabkommen von Paris am 27.01.1973 führte lediglich zum Abzug der gedemütigten amerikanischen Truppen aus Südvietnam. Der Bürgerkrieg indes ging weiter und endete erst 1975 mit der Einnahme der Hauptstadt Saigon durch nordvietnamesische Truppen. Damit war die Wiedervereinigung des Landes möglich geworden. Seit 1976 heißt Saigon nun Ho-Chi-Minh-Stadt.

Von den Kriegswirren in Vietnam hat sich ein Foto in mein Hirn gebrannt. Da wird ein gefangengenommener US-Soldat, ein 2 Meter-Hüne, von einer zierlichen Vietnamesin, kaum 1 Meter 60 groß und mit einer Kalaschnikow in den Armen, abgeführt. Wegen seiner Symbolik wurde dieses Foto in der DDR gerne spöttisch herumgereicht.

Der Vietnamkrieg brachte besonders deutlich zum Ausdruck, wie unterschiedlich die Auffassungen zum Krieg bei der herrschenden Staatsführung und dem Volk waren. Unter der Bevölkerung der USA gab es erheblichen Widerstand gegen diesen Krieg, es entstand eine große Antikriegs-Bewegung. Die Menschen protestierten empört, weil der Krieg sinnlos war und

weil viele Söhne aus amerikanischen Familien dabei unnötig ihr junges Leben verloren.

Am 11. September 2001 rasten zwei Flugzeuge in die Türme des World Trade Centers in New York. Etwa 3.000 Menschen fanden bei diesem Terroranschlag den Tod. Doch war es wirklich ein Angriff von Terroristen oder vielleicht eher eine Verschwörung? Wieso hat die mächtigste Luftwaffe der Welt nicht verhindern können, daß harmlose Passagierflugzeuge zu einer Waffe werden? In den USA selbst gibt es Bedenken, und man vernimmt vielerorts die Meinung, daß nicht nur die Flugzeuge an der Katastrophe schuld sind, sondern zusätzlich mehrere Bomben im Innern gezündet worden seien. Der Einsturz der Türme sah aus wie eine kontrollierte Sprengung, ist zu hören. Noch fragwürdiger scheint die Situation am Pentagon gewesen zu sein. Von mehreren Stellen in den USA wird angezweifelt, ob sich tatsächlich ein terroristischer Flugzeug in den Gebäudekomplex des Pentagon stürzte, denn eine logische Fluglinie ist selbst für unabhängige amerikanische Spezialisten nicht zu erkennen. Auch Flugzeugtrümmer wurden seltsamerweise nicht gefunden.

Daß es von der Katastrophe in New York so unendlich viele Fotos und Filmaufnahmen gibt, ist sicher dem tiefblauen Himmel und dem strahlenden Sonnenschein an diesem Tage geschuldet. Doch eine der Filmaufnahmen verwunderte mich ungemein wegen ihrer ungewöhnlichen Kombination von Kamerastandpunkt und Ereignis. Da ist ein Mann im Vordergrund zu sehen, wobei die Kamera extrem tief positioniert ist (sogenannte Froschperspektive). Auf Grund dieses Kamerastandpunktes ist der obere Teil eines der WTC-Türme deutlich zu erkennen, und dann, Welch Erstaunen, rast ein Flugzeug

genau in den sichtbaren Abschnitt des Turmes. In diesem Moment zuckt der Mann zusammen und schaut entsetzt nach oben. Ich halte eine solche Konstellation nur für denkbar, wenn man darüber informiert ist, was in Kürze geschehen wird. Auch ist nach meinem Geschmack diese Szene schlecht umgesetzt worden; man hört förmlich das Kommando für den Mann: »Jetzt erschrecken!« Ohne Wissen des bevorstehenden Ereignisses ist solch eine Kamerasituation nicht vorstellbar. Ich kann das einigermaßen beurteilen, denn ich war fast zwei Jahrzehnte als Regie-Kameramann tätig. Und hier das Wort »Zufall« ins Gespräch zu bringen, halte ich für äußerst fragwürdig. Natürlich kann ich nicht behaupten oder gar beweisen, daß diese Filmaufnahme gestellt ist, aber ich hege durchaus Zweifel an der Echtheit. Und solche Skepsis darf ich einem Rechtsstaat mit freiheitlicher Gesinnung durchaus ungeniert äußern.

Absolut echt hingegen war beispielsweise die geglückte Notlandung eines Airbus A 320 am 15. Januar 2009 auf dem Hudson River in New York. Dutzende von Kanadagänsen waren in beide Triebwerke geraten, woraufhin diese Feuer fingen. Von der unerwarteten Notwasserung gibt es kaum Filmaufnahmen. Ist das nicht merkwürdig? Mir ist nur ein Bildbericht im Fernsehen bekannt, allerdings in derart schlechter Bildqualität, so daß auf das kaum erkennbare Flugzeug mit einem roten Linienkreis hingewiesen werden mußte. Das rettende Landemanöver auf dem Fluß überlebten übrigens alle 155 Insassen des Flugzeuges. Eine Klasseleistung des US-Piloten. Gratulation, Flugkapitän Sullenberger.

Die Wahrheit über den 11.9.2001 müssen die Amerikaner schon eigenständig herausfinden, da sollten wir uns ungefragt nicht einmischen. War die herr-

schende Kaste in den USA im Vorfeld von der Terroraktion informiert? War es gar ein Auftragswerk? Das wäre schauderhaft, aber in den USA ist so manches möglich, wenn es um den geopolitischen Einfluß, den Zugriff auf Rohstoffe und die Weltherrschaft geht. So stand schon länger ein Krieg gegen den Irak auf der »Wunschliste« der Amerikaner. Wirtschaftliche Interessen, speziell im Zusammenhang mit Erdöl, sollten hier befriedigt werden. Man benötigte jetzt nur noch eine Begründung für einen militärischen Angriff.

Für den Anschlag auf das World Trade Center wurde die islamistische Terrororganisation al-Qaida verantwortlich gemacht. Die USA reagierten danach sehr schnell mit der Invasion in Afghanistan. Ziel des im Herbst 2001 begonnenen Afghanistan-Krieges war es, die al-Qaida zu zerschlagen, deren Anführer Osama bin Laden zu töten und das mit ihm verbündete Regime der Taliban zu entmachten.

Auch den Irakkrieg im Jahre 2003 begründeten die USA unter anderem mit den Anschlägen auf die beiden New Yorker Türme. Der irakische Diktator Saddam Hussein arbeitete angeblich mit der al-Qaida zusammen. Außerdem habe er Massenvernichtungswaffen, die er gegen die USA einsetzen wolle. Die US-Kriegsbegründungen wurden von vielen Ländern – darunter Deutschland, Frankreich, Rußland und China – abgelehnt, und der UN-Sicherheitsrat verweigerte den USA im Februar 2003 die Legitimation zum Irakkrieg. Trotzdem begannen die amerikanischen Truppen im März 2003 ihre Kampfhandlungen um Bagdad, alles ohne UN-Mandat! (Wie kann man vor solchen US-Regierungen überhaupt eine Spur von Achtung haben? Es sei denn, man ist unterwürfiger Deutscher.) Der Irakkrieg führte schließlich zum Sturz Saddam Husseins. Erschreckend zudem die traurige Bilanz: Etwa

170.000 Iraker kamen bei den Bombardements der Amis und dem folgenden Bürgerkrieg ums Leben; die meisten waren Zivilisten. Und nahezu 5.000 US-Soldaten verloren bei den Kämpfen ihr Leben, viele kamen traumatisiert in ihre Heimat zurück. Übrigens wurde von den angeblichen Massenvernichtungsmitteln im Irak nichts gefunden – weder chemische noch biologische oder nukleare Waffen. Auch dieser Krieg war absolut sinnlos und menschenverachtend. Den USA ging es einzig und allein darum, ihre Macht im Mittleren Osten und mit Afghanistan in Zentralasien auszudehnen und ihre weltweite Führungsrolle zu stärken. Abscheulich!

Eine weitere Kritik drängt sich in meine Zeilen, deshalb ein paar Bemerkungen zum umstrittenen Gefangenenlager in Guantánamo. Im Süden der Guantánamo-Bucht auf Kuba befindet sich ein Stützpunkt der US-Navy. Die kubanische Regierung betrachtet den diesbezüglichen Pachtvertrag von 1903, der 1934 (!) unbefristet verlängert wurde, als nicht mehr gültig. Doch die Amis pfeifen drauf, es interessiert sie einen »feuchten Dreck«. So bleibt das Gebiet der Bucht, das ein 28 Kilometer langer Grenzzaun mit 44 Wachtürmen und einem Minenfeld umschließt, ungeschoren und rotzfrech in amerikanischer Hand. (Die innerdeutsche Grenze war länger, und statt eines Zaunes gab es zum Großteil eine Mauer. Aber sonst war es sehr ähnlich.) 2002 wurde der Stützpunkt um ein Internierungslager erweitert. Zunächst kamen Kosovo-Flüchtlinge hierher. Dann wurde es ein Lager für Gefangene aus dem Afghanistan-Krieg, mutmaßliche Mitglieder aus den Reihen der al-Qaida und der Taliban. Die Haftbedingungen, Verhörmethoden, Mißhandlungen bis zu Folterungen verstoßen gegen Menschenrechte und die Genfer Konventionen. International hagelt es deshalb scharfe Kritik. Die Schließung des Lagers wird nachdrücklich gefordert. Und obwohl Barak Obama das ver-

sprochen hatte, geschah nichts. Selbst ein gutwilliger US-Präsident wirkte im Geflecht der korrupten Finanzwirtschaft nur wie ein hilfloses, kaum beachtetes »Mauerblümchen«.

Wer die Berichte über die brutalen Guantánamo-Methoden für unglaubwürdig hält, erkundige sich bei einigen hundert deutschen Bürgern, die sich in Bayern bei Trainingsprogrammen der US-Army mehrfach als Statisten zur Verfügung gestellt hatten. Die Arbeitsbedingungen bei diesen Einsätzen waren verachtend katastrophal, und viele Teilnehmer fühlten sich an Zeiten der Leibeigenschaft oder gar der Sklaverei erinnert. Das alles geschah unter »befreundeten« Nato²-Bündnispartnern. Da kann man sich leicht vorstellen, wie grausam die USA mit als staatsfeindlich eingestuften Häftlingen in Guantánamo umgehen. (Einzelheiten hierzu vermittelte unter anderem die ARD-Sendung »ttt – titel thesen temperamente« vom 18. Januar 2015.)

Noch ein kritischer Einwurf: Besonders seit der weltweiten Finanzkrise, die 2007 in den USA begann und bald auch Europa erfaßte, wird fast täglich von Bewertungsagenturen berichtet, welche die Zahlungs- und Kreditwürdigkeit von Unternehmen und sogar von kompletten Staaten einschätzen. Weltweit soll es etwa 150 solcher Agenturen geben, doch es werden stets nur die Bewertungen der drei größten publiziert, die sich – nanu? – alle in den USA befinden. Die Rating-Agenturen »Standard & Poor's«, »Moody's« und »Fitch-Ratings« bewerten mehr als 90 % des Weltmarktes; sie sind private, gewinnorientierte Unternehmen (»Lizenz zum Geldscheffeln«), die großen Einfluß auf den gesamten Geldmarkt haben. Die Bewertungen werden oft

2 Bastian Sick: „Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod“ Folge 3, S. 71: »Die Firma KPMG zum Beispiel wird auch innerhalb eines Fließtextes in Großbuchstaben geschrieben, da man jeden Buchstaben gesondert spricht. Die Organisationen Nato, Uno, Esa und Unicef hingegen werden wie normale Wörter geschrieben, also lediglich mit großem Anfangsbuchstaben, da sie auch wie normale Wörter gesprochen werden.

von den Auftraggebern bezahlt (z.B. von zu bewertenden Banken), was logischerweise zu Interessenkonflikten und Fehltritten führt. So wurde noch wenige Tage vor der Pleite der US-Investmentbank »Lehman Brothers« die gute »A«-Bewertung für Lehman bestätigt. (Bei der folgenden Insolvenz soll von den »Lehmann Brüdern« ein Schuldenberg von über 200 Milliarden US-Dollar hinterlassen worden sein.) So umstritten wie die Agenturen und ihre Bewertungen sind, so mächtig und selbstherrlich sind sie auch. Die amerikanischen Agenturen sind die wichtigsten Waffen der USA im außermilitärischen Bereich. Hier werden Bewertungen im Interesse der US-Politik vorgenommen, also derart, wie es für sie am günstigsten ist. (Fitch-Ratings hat von den drei großen Agenturen die »geringste« Bedeutung, hat aber einen französischen Großaktionär und somit ein wenig europäischen Bezug). Warum eigentlich gibt es nicht nur eine große Agentur in den USA, dafür aber noch eine wichtige in Asien und eine bedeutende in Europa? Dann bewerteten ausschließlich diese drei Agenturen alle Unternehmen und Staaten, was in der Summe zu einem relativ unabhängigen, sachlich richtigen Ergebnis führen könnte. Die Amis wollen das natürlich nicht, denn es würde ihre Weltherrschaft beschneiden, und die anderen trauen sich noch nicht, denn sie sind an amerikanische Bevormundung gewöhnt und scheuen sich vor eigenverantwortlichen Entscheidungen. Das kann sich aber ändern, das muß sich ändern!

Als im Sommer 2013 der Internet-Spezialist Edward Snowden darüber informierte, daß vom amerikanischen Geheimdienst NSA weltweit Menschen abgehört und beobachtet werden, war die Aufregung gewaltig. Eine ungeheure Unverschämtheit! Angeblich sollen diese Lauschangriffe der »Terrorabwehr« dienen, doch warum schnüffelt man dann auch bei der EU und

weiteren Nato-Verbündeten, von denen keine terroristische Angriffe zu befürchten sind? »Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht!« erklärte Kanzlerin Merkel unverblümt. Es handelt sich hierbei eindeutig um Wirtschaftsspionage unter »Freunden«. Also, Ihr Deutschen, schützt Eure deutschlandinternen Daten besser, indem vermehrt die Muttersprache genutzt wird und nicht das Englische.

So weit in aller Kürze ein paar Fakten, die das interessengeleitete Streben der USA nach Weltherrschaft belegen, wobei ihnen jeder erfolgversprechende Weg – sei er noch so menschenverachtend – recht ist.

Die amerikanischen Wirtschafts- und Finanzoligarchen verkünden unisono mit den amtierenden Politikern selbstsicher und die Überheblichkeit nicht verbergend: »Die USA verändern den Lauf der Geschichte.« Von wegen! Diesem Irrtum erlagen schon viele andere Herrscher. Die angestrebte Herrschaft über die Welt wird auch den Amis nicht gelingen. Schon jetzt sind Gegenbewegungen zu erkennen, die das gleiche Ziel anstreben. Da muß zum einen der chinesische Staat beachtet werden, der mit über 1,3 Milliarden Bürgern fast 5 mal mehr Menschen aufs »Schlachtfeld« führt, als die USA an Bewohnern gegenbieten können. (So werden die Amerikaner niemals auf die Nato verzichten, weil sie die Menschen der Mitgliedsländer für ihre ureigenste Verstärkung brauchen.) Damit wäre in ungewisser Zeit möglicherweise das Mandarin-Chinesische als dominierendes Kommunikationsmittel zu erwarten. Wenn die chinesische Oberschicht (Geld und Macht) gegenwärtig noch die englische Sprache wählt, dann hat das einzig und allein den Zweck, möglichst schnell viel an technischem Wissen aus der westlichen Welt zu erfahren und gewinnbringend in die eigene Wirtschaft aufzunehmen. Selbst deutsche

Konstrukteure erklären englisch sprechend den Chinesen uneingeschränkt alle Finessen, die diese für den Bau wettbewerbsfähiger Automobile benötigen. (So stellen deutsche Ingenieure in verruchter Weise nur an ihr eigenes Bankkonto denkend den deutschen Autofirmen bei angestrebten Geschäftsabschlüssen bald einen kompetenten Konkurrenten gegenüber. Und die Deutsche Bahn überlegt bereits ernsthaft, erforderliche neue Züge künftig in China zu kaufen, weil im eigenen Land deutsche Tugenden mißachtet und technisches Wissen leichtfertig und gedankenlos nach Fernost verhökert wurden.) Sind alle Informationen »herausgequetscht«, dann drehen die Chinesen der englischen Sprache eine Nase und marschieren kühn zum chinesischen Herrscherthron über die Welt. Oder auch nicht?

Außer China müssen die vielen Länder, die der teilweise fanatischen Religion des Islam frönen, berücksichtigt werden. Der Islam ist nach dem Christentum (ca. 2,2 Milliarden Anhänger) die zweitgrößte Weltreligion mit geschätzten 1,5 Milliarden Gläubigen. Fast jeder 4. Mensch ist ein Muslim. Islamische oder muslimische Staaten gibt es im Nahen Osten, in Zentral- und Südostasien, in Nordafrika und vor allem in Indonesien. Muslimisch geprägte Länder in Europa sind Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Kosovo und Mazedonien. Die Türkei gehört nach meinem Verständnis zum asiatischen Kontinent. Doch eines kann kaum übersehen werden. Dem Wunsche Allahs folgend streben auch viele der islamischen Religionsanhänger mittels geschürter Islamisierung gottgefällig nach Weltherrschaft.

Sie werden hegemoniale Bestrebungen niemals eingestehen, aber eines Tages könnte es – oh, Schreck! – so weit sein.

Welche Volks- bzw. Religionsgruppen (Chinesen oder Islamisten) sich durchsetzen werden, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt vermutlich niemand voraussehen. Es geht immer nur um die Befriedigung der eigenen Interessen.

Eine Befürchtung kann leider nicht ausgeschlossen werden; es wird zu Machtkämpfen kommen, und diese könnten dramatische Ausmaße annehmen.

Für Kämpfe in militärischer Form werden stets Waffen benötigt, möglichst moderne. Da könnten die Waffenexporteure grandiose Geschäfte abwickeln, allen voran mal wieder die USA, die mit 30% der Exportmenge weltweit der größte Waffenexporteur sind. Auf Platz zwei rangiert Rußland mit 27%. Bereits an dritter Stelle folgt Deutschland, allerdings mit einem schon deutlich geringeren Prozentsatz von »nur« 7%. Frankreich ist mit einer Exportquote von 6% auf Platz vier dabei. Die Waffenexporte Chinas sind in den letzten Jahren explosionsartig auf 5% gestiegen, so daß auf der Weltrangliste der 5. Platz, den bislang Großbritannien innehatte, erreicht worden ist (Stand 2013). Es wird garantiert nicht mehr lange dauern, und China belegt mit einer zweistelligen Prozentzahl Platz drei. Die meisten Waffen werden übrigens von asiatischen Ländern importiert. Viele dieser Waffen – alles »Mordwerkzeuge« – können unkontrolliert in falsche Hände geraten. Auch internationale Waffenabkommen zur Regelung des weltweiten Waffenhandels werden »schwarze Kanäle« nicht ausschließen können. Blauäugiges Ordnungshoffen wäre fatal; die Gefahr bleibt immer bestehen.

Sollte Deutschland überhaupt Waffen exportieren? Man könnte nun zu Recht behaupten, daß bei einem Verzicht auf Waffenexporte zum einen Arbeitsplätze in Deutschland verlorengelassen, zum anderen würde es bedeuten,

daß andere Länder dann noch mehr mit Waffenlieferungen verdienen könnten. Wenn wir nicht exportieren, dann machen es andere. Das stimmt leider. Aber müssen deutsche Unternehmen ausgerechnet mit Kriegsmaterial Gewinne erzielen und auf diesem Wege dazu beitragen, daß weltweit Menschen in tobenden Machtkämpfen zu Tode kommen?

Waffen dienen auf allen Seiten stets nur dem Töten und der Zerstörung; lediglich die Begründungen und Zielsetzungen unterscheiden sich. Es gibt sicher eine ganze Menge friedlicher Produkte, mit denen wir ohne Scham Anerkennung finden und saubere, gewinnbringende Geschäfte machen können.

Mitte April 2014 titelten die deutschen Medien proamerikanisch lobhudelnd: »Viele Länder steigern ihre Rüstungsausgaben – nur USA rüsten ab« oder »Weltweite Militärausgaben steigen – nur US-Amerika rüstet ab«. Vorbildliche Amerikaner könnte man meinen. Wenn man sich aber die Höhe der Rüstungsausgaben 2015 der wichtigsten Staaten ansieht, dann ist man schon verwundert.

Nach einer aktuellen Studie des Stockholmer Friedens-Forschungsinstituts (SIPRI) sieht es folgendermaßen aus:		
1	USA	596,0 Milliarden US-Dollar
2	China	215,0 Milliarden US-Dollar
3	Saudi-Arabien	87,2 Milliarden US-Dollar
4	Russland	66,4 Milliarden US-Dollar
5	Großbritannien	55,5 Milliarden US-Dollar
6	Indien	51,3 Milliarden US-Dollar
7	Frankreich	50,9 Milliarden US-Dollar
8	Japan	40,9 Milliarden US-Dollar
9	Deutschland	39,4 Milliarden US-Dollar
10	Südkorea	36,4 Milliarden US-Dollar

Da wird es wohl höchste Zeit, daß die USA ihre weltweit größten Militärausgaben (fast neunmal so viel wie Rußland!) reduzieren und damit wenigstens ein bißchen (6,9 Prozent gegenüber 2013, da waren es 640 Mrd. Dollar) abrüsten. (Seit Trumps »Erscheinen« wird der US-Wehretat allerdings wieder massiv aufgestockt.) Es sei mir erlaubt auch daran zu erinnern, daß die deutschen Ausgaben für Waffen und Streitkräfte nahezu die gleiche Geldmenge ausmachen wie die Zinszahlungen für unseren angehäuften Schuldenberg oder – noch bedenklicher – das ist mehr als doppelt soviel wie für Bildung und Forschung in Deutschland ausgegeben werden. Ein Hinweis zum Überlegen. – Außerdem: Man sollte sogar jedwede Waffenexporte – erst recht in Konfliktgebiete – generell verbieten, denn sie ermöglichen und realisieren fatalerweise immer wieder die in aller Welt geächteten Massenmorde.

Ich kann mich noch entsinnen, daß während meiner Kindheit nach dem 2. Weltkrieg häufig Aussagen von Erwachsenen zu hören waren wie »Ich nehme nie wieder eine Waffe in die Hand.« Die Deutschen hatten vom Krieg einfach die Schnauze voll. Für immer? Leider nicht, denn schon bald wurde aufgerüstet, und 1956 führte die Bundesrepublik Deutschland die Allgemeine Wehrpflicht ein. In der DDR erfolgte darauf reagierend im gleichen Jahr die Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA), die damals aber noch eine Freiwilligenarmee war. Erst nach dem Mauerbau wurde ein halbes Jahr später 1962 die Wehrpflicht in der DDR eingeführt. Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Konflikts hatte sich die Bedrohungslage innerhalb Europas entspannt. Viele Staaten verzichteten daraufhin auf die Wehrpflicht. Auch Deutschland entschloß sich zu diesem Schritt und hat die Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ausgesetzt, so daß sich jetzt nur noch Freiwillige zum Militärdienst verpflichten.

Seit 1991 ist die Bundeswehr bei verschiedenen Auslandseinsätzen beteiligt. So müssen inzwischen auch die Freiwilligen ihr Leben im Ausland riskieren. Muß das wirklich sein? Im Dezember 2002 versuchte der damalige deutsche Verteidigungsminister Peter Struck den Afghanistan-Einsatz mit folgender Aussage zu rechtfertigen: »*Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindu-kusch verteidigt.*« (Das entspricht schon sehr angepaßt amerikanischen Denk- und Verhaltensweisen.) Ich bin überzeugt, daß außer mir sehr viele Menschen eine andere Auffassung vertreten.

Einen Zwischenfall muß ich hier noch erwähnen. Es war in der ARD-Sendung »Günther Jauch« vom 10.06.2012, da ließ sich bezüglich des Verzichts auf die deutsche Wehrpflicht ein Professor namens Michael Wolffsohn von

der Universität der Bundeswehr in München zu der Äußerung hinreißen: »Freiwillig gehen nur die Leute zur Armee, die Geld brauchen. Das sind meist Menschen aus der Unterschicht, also Ostdeutsche vornehmlich.« Das empörte selbst den bei dieser Sendung ebenfalls anwesenden Verteidigungsminister Thomas de Maizière, der diese Aussage zu Recht als »unerhört« bezeichnete. Ja, das mit der deutschen Wiedervereinigung in den Köpfen, das dauert wohl noch seine Zeit.

Auf unserem Planeten Erde scheint man merkwürdigerweise nicht auf Militäreinsätze verzichten zu wollen. Die Menschheitsgeschichte ist übervoll bestückt mit Hetzkampagnen, Machtkämpfen, Kriegen, Zerstörungen und dem Töten der eigenen Art. Ich befürchte, daran wird sich auch in der Zukunft nichts ändern, denn mit dem Wort Vernunft kann oder will die Menschheit nichts anfangen. Nein, der Mensch ist kein vernunftbegabtes Wesen!



Deutschland unter die Lupe genommen

Manchmal bemerke ich im Halbschlaf der Nacht, daß ich zu jeweils unterschiedlichen Themen Sätze formuliere und daran verschönernd herumbastle, und ich nehme mir dösend vor, diese am kommenden Tag unbedingt aufzuschreiben. Doch am ausgeschlafenen Morgen sind sie längst wieder verflogen; sie sind einfach weg. An derartiges Erleben erinnerte ich mich mehrfach voller Verdruß. Schade, daß meine »mühevollen Textentwicklungen« in der Nacht somit überflüssig waren. Dem gelegentlichen Bedauern zu entgehen, raffte ich mich in letzter Zeit nächtens auf, um den Text meines Hirns auf bereitliegendem Papier rettend festzuhalten. Vielleicht ist einiges davon später verwertbar.

Was ist nur mit Deutschland los? Ein wirtschaftlich erfolgreiches Land, das viele Jahre sogar Exportweltmeister war (inzwischen von China überholt, aber immer noch ganz vorn mit dabei), ist über beide Ohren verschuldet. Die deutschen Politiker haben im Laufe mehrerer Jahrzehnte einen Schuldenberg von über zwei Billionen Euro angehäuft; eine Riesensumme, die sich kaum jemand richtig vorstellen kann. Würde ich die Zahl mit allen Nullen komplett auf eine einzige Zeile schreiben wollen, dann müßte dieses Buch im Querformat gedruckt werden. Das Bedrohliche hierbei besteht darin, daß sich Deutschland gegenüber den Gläubigern auf dem Kapitalmarkt in ein Abhängigkeitsverhältnis manövriert hat (Freiheit futsch?) und dafür auch noch bemerkenswerte Schuldzinsen zahlen muß. Im Haushalt der Bundesrepublik rangiert der Zinsbetrag mit rund 33 Milliarden Euro bereits an zweiter Stelle aller Ausgaben (genauso viel wie für Verteidigung). Gewaltige 33 Milliarden

Euro Zinsen (!), und das in einer Niedrigzinsperiode. Die Zinssumme wird sogar steigen, denn die Neuverschuldung geht – wenn auch leicht gebremst – weiter. So ist die Bundesregierung stolz, daß die Neuverschuldung für 2013 auf ungefähr 17 Mrd. Euro (nachverhandelt auf 25 Mrd.) gesenkt werden konnte. Im Jahre 2014 sollen die Schulden nur noch um 6,5 Milliarden Euro wachsen, und in den darauffolgenden Jahren will man auf Neuverschuldung ganz verzichten.

Das Fernseh-Magazin »Funk Uhr« startete im Spätsommer 2009 (Heft 38) euphorisch die »größte Schuldenberatung Deutschlands«. Dabei beantwortete »Deutschlands renommiertester Schuldenberater Peter Zwegat« die wichtigsten Fragen, zum Beispiel: »Wie lassen sich Schulden vermeiden?« Antwort: »Die Grundregel lautet schlicht: weniger Geld ausgeben als man einnimmt.« (Mit solchen expertenweisen Aussagen kann ich mithalten, wenn ich erkenntnisreich behaupte: Man muß atmen, also Luft holen, sonst erstickt man. Damit wäre eindeutig der Beweis erbracht, daß ich das Zeug zum Gesundheitsminister hätte.)

Ich habe des Zieles wegen, etwas haben zu wollen, in meinem Leben zweimal Schulden machen müssen. Das erste Mal war's in der DDR; dort mußte man sich anmelden, um nach einer endlosen Wartezeit von 10, 12 oder gar 14 Jahren ein Auto kaufen zu dürfen. Eines Tages löste auch meine Anmeldung eine Kaufmöglichkeit aus. Doch das Geld in unserer Familie reichte noch nicht für ein Auto. Nun konnte man die Anmeldung ein Jahr zurückstellen, doch dann galt rigoros: entweder kaufen oder neu anmelden und wieder viele Jahre warten. Nach dem Rückstelljahr haben wir uns in dieser prekären Situation bei einem Freund die noch fehlenden 5.000 Mark geliehen. Wie es

sich gehört wurde selbst unter Freunden ein schriftlicher Vertrag mit 3-prozentiger Verzinsung aufgestellt. (Ich kann mich nicht entsinnen, daß es in der DDR für den Normalbürger jemals einen anderen Spar-Zinssatz als 3,0 % gab.) Für die Rückzahlung der 5.000 Mark benötigten wir tatsächlich die im Vertrag festgelegten zwei Jahre. Während dieser Zahlzeit mußte unser Urlaub natürlich um einiges zurückhaltender ausfallen.

Die zweite Verschuldung begann im Jahre 2002 mit einem Hausbau. Ohne jegliches Darlehen von einer Bank werden die meisten Bauherren ihren Wunsch nicht erfüllen können. Hier sind Schulden fast als normal einzustufen. 20-30 Prozent Eigenkapital sind allerdings zu empfehlen, sonst könnte der »Häuslebau« eine bedrückende Last werden.

Es gibt somit Schulden, die schwer zu umgehen sind, doch es gibt auch Schulden, die man vermeiden kann. Man muß dann nur Geduld haben. Außerdem macht es glücklicher, darauf zu warten, daß sich endlich ein großer Wunsch erfüllt, als sich immer alles sofort zu holen. Warum erklärt an den Schulen niemand den Kindern und Jugendlichen den Umgang mit Geld? Warum wird nicht vermittelt, daß es sinnvoller wäre, geduldig auf ein Ziel hin zu sparen und zusätzlich Sparzinsen zu erzielen (auch wenn diese gegenwärtig dürftig sind, doch das wird sich ändern), statt begierig die neuesten Produkte kurzfristig zu erwerben und bei fehlendem Geld dafür hohe Kreditzinsen zu zahlen? (Einen Kredit für den Neukauf könnte man jedoch billigen, wenn beispielsweise der Kühlschrank ausgerechnet im Sommerhalbjahr »sein Leben aushaucht«.) Die Konsumwelt und den Unterschied zwischen Spar- und Kreditzinsen müßten unsere Schüler doch verstehen. Das ist schließlich leichter zu begreifen als vielleicht die Logik der Mengenlehre. Ein

Rechenbeispiel: In einem Raum befinden sich 3 Personen. Wenn nun 5 Personen diesen Raum verlassen, müssen 2 wieder hineingehen, damit der Raum leer ist. Alles klar?

Den deutschen Bürgern muß man selbst die einfachsten Dinge unentwegt erklären, immer von der großen Hoffnung begleitet, daß sie die gegebenen Hinweise vielleicht irgendwann kapieren.

Sicherheitshalber gibt es zur Unterstützung der hilflosen »Würmchen« für allen möglichen Kram nun jeweils einen »Coach«: Single-, Alltags-, Benimm-, Beziehungs-, Aufräum-, Organisations-, Bewerbungs-, Job-, Flirt-, Sport-, Anti-Stress-Coach und weitere Helfer fürs Leben. Oha! Es ist kaum zu glauben.

Mangelndes Begreifen ist selbstredend auch bei deutschen Politikern anzutreffen. Wie sonst ließe sich der über Jahrzehnte aufgetürmte, bombastische Schuldenberg begründen? Hat man keinen Durchblick, weil man Ausgaben und Einnahmen nicht übersichtlich gegenübergestellt hat? Warum hat man jahrelang über seine Verhältnisse gelebt?

Warum beispielsweise mußte die Avus, die traditionsreiche Berliner Stadtautobahn, von unzähligen Peitschenleuchten komplett beleuchtet werden, nur um zu zeigen, daß es in Westberlin heller ist als im Osten? Nach dem Mauerfall wurden viele der Avus-Leuchten für immer ausgeschaltet und abgebaut; jetzt mußte man niemanden mehr »blenden«. Im Westen Berlins geht auch alles schneller vor sich, wollte man verkünden, und so gab es auf der Autobahn zwischen Wannsee und Charlottenburg kein Tempolimit. Das war später – ohne Mauer – nicht mehr der Fall.

Die über einen langen Zeitraum verantwortungslos herbeigeführte Verschuldung der Bundesrepublik ist für die Zukunft dieses Landes höchst gefährlich. Wer soll die Schulden jemals zurückzahlen? Wann soll das geschehen?

Warum denken Politiker nur von einer Wahl bis zur nächsten? Übrig bleibt lediglich das verächtliche (heimliche !!!) Denken jedes Einzelnen: »Nach mir die Sintflut!«

Der Bund der Steuerzahler Deutschland e.V. hat bei dem Schuldenstand vom 30. September 2012 folgendes errechnet: Wenn ab sofort keine Schulden mehr aufgenommen würden und die öffentliche Hand jeden Monat eine Milliarde Euro an Schulden tilgen würde, dann wäre der Schuldenberg erst im Jahre 2184 vollständig abgebaut. Das sind doch rosige Aussichten, jedoch werden Sie, liebe Leser, die Schuldenfreiheit fröhlich feiernd leider nicht miterleben können. So alt wird nämlich keine Sau. Sie müssen sich deswegen aber nicht grämen, denn das alles ist nur graue Theorie. Es ist ziemlich sicher, so schnell kümmert sich keiner um den Abbau des Schuldenberges.

Der »gemeine Deutsche« hat sich beim Einkaufen mittlerweile zum Sparfuchs entwickelt. Die Jagd nach Schnäppchen hat Hochkonjunktur, denn die Werbefatzkes (diese Mischpoke!) behaupten unentwegt, daß Geiz geil sei. Deshalb muß heutzutage alles möglichst billig sein. Billig, billig, billig! Es gab Zeiten, da erklärte der Durchschnittsbürger, er habe nicht genügend Geld, um billig einzukaufen. Denn wer billig kauft, kauft zweimal (oder noch häufiger), weil die Billigprodukte ihren Geist viel schneller aufgeben. So war das mal. Inzwischen haben wir uns leider zu einer Wegwerfgesellschaft entwickelt. Das entspricht den Wunschvorstellungen der Produzenten, und die Käufer erdulden es gehorsam. Die Produkte sollen gar nicht lange funktionieren (höchstens bis zum Ende der Garantiezeit), damit möglichst schnell erneut gekauft wird. Was für ein Unsinn? Viele Hersteller gestalten ihre Produkte – vor allem im technischen Bereich – bewußt kurzlebig. So

wird beispielsweise an empfindlichen Stellen billiges oder gar ungeeignetes Material verarbeitet. Auf Grund der eingebauten Mängel mit ihren Sollbruchstellen gehen viele Geräte auffallend schnell kaputt. Das nennt man in Fachkreisen dann »geplante Obsoleszenz«. Die dann fälligen Reparaturen sind natürlich unerwünscht, oft sind sie dem Kunden gar nicht möglich. Falls es überhaupt Ersatzteile gibt, dann sind diese überteuert, denn man mußte ja dafür Lagerkapazitäten schaffen und vorhalten. Der Kunde soll gleich ein neues Gerät kaufen, mit neuen Funktionen. Und neuen Schwachstellen. Daß auf diese Weise viele materielle Ressourcen regelrecht verschleudert werden und daß die Müllhalden unaufhaltsam wachsen, all das interessiert die geldgierigen Unternehmer »nicht die Bohne«. Sie wollen in unserer heißgelaufenen Welt einzig und allein nur mehr verkaufen, mehr Gewinne machen, immer mehr... Und das Volk fällt selig darauf herein und erliegt dem furiosen Kaufrausch, erst recht, wenn man das Ganze auch noch »Shoppen« nennt. Auf die verruchte Ausbeutung in Billiglohnländern will ich hier nicht näher eingehen.

Der Deutschfranzose Stéphane Hessel erklärt hierzu in seiner Streitschrift »Empört euch!« (»Indignez-vous!«): *»Das im Westen herrschende materialistische Maximierungsdenken hat die Welt in eine Krise gestürzt, aus der wir uns befreien müssen. Wir müssen radikal mit dem Rausch des »Immer noch mehr« brechen, in dem die Finanzwelt, aber auch Wissenschaft und Technik die Flucht nach vorn angetreten haben. Es ist höchste Zeit, daß Ethik, Gerechtigkeit, nachhaltiges Gleichgewicht unsere Anliegen werden. Denn uns drohen schwerste Gefahren, die dem Abenteuer Mensch auf einem für uns unbewohnbar werdenden Planeten ein Ende setzen könnten.«*

Da von Monsieur Hessel vielleicht manche Leser noch nichts gehört haben, lasse ich zusätzlich mit dem Schauspieler und Unterhalter Joachim Fuchsberger einen in Deutschland sehr bekannten Menschen zu Wort kommen. Dieser appellierte einst nachdrücklich: *»Die Menschen werden wieder lernen müssen, daß man mit weniger glücklicher ist als mit permanentem Mehr, Mehr, Mehr.«*

Warum erkennen die Menschen keine Grenzen? Warum sind sie so unersättlich? Jeder Baum wächst – das ist natürlich. Aber er »weiß« auch, wann es mit dem Wachsen reicht, wann es beendet werden muß, damit selbst die entfernten Zweige noch mit Nährstoffen aus dem Boden versorgt werden können und damit er dem Toben jeglicher Stürme standfest trotzen kann. Nanu! Sind Bäume klüger als Menschen?

Warum scheint sich niemand mehr für die ehemals gepriesene deutsche Wertarbeit zu interessieren? Warum ist man nicht mehr stolz auf »Made in Germany«? Qualität hat natürlich ihren Preis, dafür halten die Produkte länger, weisen keine technischen Mängel auf und verzichten auf die Verwendung giftiger Farben und Weichmacher. Darauf sollte man sich konzentrieren, weil so auch Arbeitsplätze im eigenen Land gesichert werden können.

Bei militärischen Erzeugnissen ist die deutsche Wertarbeit nach wie vor weltweit gefragt. So wird in den Rüstungsunternehmen Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann oder Heckler & Koch allergrößter Wert auf Qualitätsarbeit gelegt. Kriege scheint es immerfort zu geben, da wäre es doch bedauerlich, wenn Mängel an den mordenden Waffen deren Absatz reduzieren und damit die erstrebten Gewinne schmälern würden. Also wird für unsinnige Kriege DEUTSCHE WERTARBEIT mit Eindringlichkeit und besonderem Stolz groß geschrieben. (Das Sturmgewehr G 36 lassen wir hier mal außen vor.) Warum

geht das nicht erst recht und konsequent auch bei »friedlichen« Alltagsprodukten für die Bevölkerung?

Was versteht man eigentlich unter Wertarbeit? Diese Frage könnte an Hand vieler Beispiele beantwortet werden. Ich biete Ihnen, liebe Leser, jedoch nur ein einziges Beispiel hierfür an. Es geht um die deutsche Wertarbeit der Münchener Firma Arnold & Richter, da wo über viele Jahrzehnte (seit 1917) weltweit qualitativ führende Filmkameras mit dem Namen ARRI hergestellt wurden, um erfolgreich die Filmbranche zu dominieren (heute werden nur noch digitale Kameras hergestellt). Ich wähle diesen Fakt zur Erklärung deshalb, weil so eine legendäre Arriflex 35mm-Kamera mit Revolverkopf für drei Objektive rund zwanzig Jahre in der DDR das wichtigste Arbeitsmittel (oder Handwerkszeug) für mich war und weil mich die perfekte Realisation der präzisen Mechanik immer stark beeindruckt hat. Wenn Sie meine diesbezüglichen Ausführungen nicht interessieren sollten, dann überspringen Sie einfach den nächsten Absatz – den in kursiver Schrift.

Ich darf Ihnen, liebe Leser, nun zu erklären versuchen, wie die Arbeitsweise einer rein mechanischen Filmkamera – wie der Arriflex – funktioniert. Halten Sie einfach mal die rechte Hand in bequemem Abstand vor Ihr Gesicht, aber so, daß Sie nicht die Handfläche sehen, sondern der Daumen vor den Fingern zu Ihnen zeigt. Stellen Sie sich vor, das wäre der Filmstreifen, der Schritt für Schritt (also Bild für Bild) von oben nach unten bewegt wird. Ein bißchen Phantasie müssen Sie dafür schon aufbringen. Unmittelbar links neben Ihrer Hand, sozusagen neben dem »Film«, dreht sich eine Flügelblende, meist als 180°- 200°-Hellsektor gestaltet. Wenn der Flügel der umlaufenden Blende den Film nicht abdeckt, kann das von links auftreffende Licht der unterschiedlichen Aufnahmeobjekte den Film belichten. Das

ist aber stets nur ein einziges Bild, dann verdeckt der Flügelsektor den Film, so daß dieser nicht belichtet werden kann. In diesem Moment faßt ein Greifer (rechts neben Ihrer Hand) in die Filmperforation und zieht den Filmstreifen exakt ein Bild nach unten. (Exakt! Ja es muß sehr genau zugehen, damit der »Bildstand« nicht verrutscht, das heißt, die vollkommene Deckung aufeinanderfolgender Einzelbilder ist zu garantieren, sonst würden bei der Filmvorführung die Bilder zittern.) Danach gibt die Flügelblende dem Lichteinfall sofort wieder »freie Fahrt« für die nächste Bildbelichtung, dann verdeckt der Flügel den Film wieder, und der Greifer bewegt den Film erneut ein Bild weiter. Und so weiter und so fort. Doch jetzt stellen Sie sich vor, liebe Leser, all das, was ich Ihnen umständlich zu erläutern versucht habe, geschieht wahnsinnig schnell, im Normalfall 24 mal pro Sekunde. Die Wiedergabe der aufgenommenen Bilder (nach Entwickeln und Kopieren) übernimmt der Filmprojektor mit der gleichen Geschwindigkeit. Wenn nun das variierbare Aufnahmetempo bei der Kamera erhöht wird (beispielsweise auf 48 Bilder pro Sekunde), dann benötigt der Projektor schon zwei Sekunden, um die eine »Kamerasekunde« wiederzugeben. Das nennt man dann (leichte) Zeitlupe, denn das Tempo der Bewegungen wurde nur halbiert. Falls scheinbar kluge Menschen glauben, wenn sie den englischen Begriff »slow motion« verwenden, dann würde die Zeitlupe gedehnter oder extremer auf den Zuschauer wirken, dann ist das ein fataler Irrtum. Um besonders langsame (Super)-Zeitlupen zu erzeugen, werden ohnehin spezielle Zeitlupenkameras eingesetzt. Die Bezeichnung »Zeitlupe« ist jedoch immer korrekt und bleibt im deutschen Sprachraum in allen Fällen bestehen. Das Gegenteil von der Zeitlupe nennt man Zeitraffer. Hierbei läuft die Kamera langsamer; sie nimmt also weniger Bilder auf, als der Projektor in der gleichen Zeiteinheit wiedergibt. Konnten Sie mir gedanklich folgen? Oder waren meine Erklärungen zu verworren? Dann

bitte ich um Entschuldigung. Daß für den Bau einer solchen Präzisions-Kamera Wertarbeit gefragt ist, dürfte trotzdem wohl für jeden plausibel sein.)

Soweit zum Thema Wertarbeit. Die Deutschen wollen aber auch Produkte aus ihrem Umfeld, aus ihrer Heimat kaufen, um hier ansässige Unternehmen zu unterstützen und um überflüssige, umweltbelastende Transporte zu vermeiden. Diesen Wunsch haben inzwischen auch Produzenten und Händler erkannt, was auf verachtende Weise dazu führt, daß die Käuferschaft belogen und betrogen wird. In der Sendung »Umschau« des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) wurden am 09.03.2010 mehrere Betrugsbeispiele erwähnt. Die »einfühlsame« Werbung »Produkte aus der Region« ist oft (oder meist) Etikettenschwindel. »Unser Köthener Bier« oder das Bier mit dem Namen »Sachsenkrone« werden in Hessen gebraut. Man glaubt mit den Kauf Arbeitsplätze in der eigenen Region zu sichern, aber das ist ein »typischer Fall von denkste«. Die Werbung »Genuß aus der Heimat« ist eine infame Lüge. Der »Meisterschinken« wird mit einem Bild der Semperoper verziert, so daß man vermutet, das Produkt komme aus Dresden. Doch das kleine und versteckt angezeigte Kürzel »SH« beweist, der Schinken kommt aus Schleswig-Holstein. Die »Sachsenmilch« wird in »BY«, also in Bayern produziert und abgefüllt. Der Warnemünder Rollmops kommt aus »LT« = Litauen und der Rügener Bismarckhering kommt aus »PL«, also aus Polen. Das ist komplette Irreführung des Kunden, es ist sogar regelrechter Betrug. Wem kann man heutzutage eigentlich noch trauen? Und wozu brauchen wir Politiker, wenn diese nicht eingreifen?

Nicht nur bei Lebensmitteln sind solche Betrügereien zu finden. Die Kamera »Praktika« mit dem bekannten Dresdner Logo hat eine weite Reise hinter sich – 8.772 km aus China !!!

Jetzt reicht's aber! Mir wird sonst schlecht.



Wozu Kinder?

Bei Statista – dem Statistik-Portal im Internet sind die Gesamtbevölkerung Europas im Jahre 2015 und die Prognose für das Jahr 2050 aufgeführt.

In der folgenden Übersicht können Sie, liebe Leser, die zu erwartende Entwicklung in den 12 größten Staaten der europäischen Union nachempfinden.

Welch Entsetzen! Was wird nur aus Deutschland ???

Land	Bevölkerungszahl in Millionen		
	2015	Prognose 2050	Änderung
Deutschland	81,2	74,7	-6,5
Frankreich	66,4	74,3	7,9
Großbritannien	64,8	77,2	12,4
Italien	60,8	67,1	6,3
Spanien	46,4	45,5	-0,9
Polen	38,0	34,8	-3,2
Rumänien	19,9	18,0	-1,9
Niederlande	16,9	17,4	0,5
Belgien	11,3	14,8	3,5
Griechenland	10,8	9,1	-1,7
Tschechei	10,5	11,1	0,6
Portugal	10,4	8,9	-1,5

Die Bevölkerungszahl in Deutschland nimmt rapide ab, während in den meisten anderen Ländern – vor allem in Großbritannien, Frankreich und Italien – die Zahl der Einwohner steigt. In welchem Umfang den statistischen Angaben (Vermutungen) Glauben geschenkt werden kann, ist natürlich fraglich, aber eine Tendenz ist allemal zu erkennen. (»Traue keiner Statistik, die Du nicht selber gefälscht hast.«) Glaubt nun Frau Merkel (»Wir schaffen das!«), daß unser Bevölkerungsschwund durch Zuwanderung von Immi-

granten abgebremst wird? Das wäre – so meine unumstößliche Meinung – keine Lösung!

Sind die Deutschen ein vermehrungsunwilliges Volk? Im Schnitt werden gegenwärtig in Deutschland nur etwa 1,3 Kinder pro Frau geboren. Um wenigstens den aktuellen Bevölkerungsstand zu halten müßten allerdings 2,1 Kinder von jeder deutschen Frau zur Welt gebracht werden. Verkümmert bei deutschen Frauen die Fertilität, also die Fruchtbarkeit? Das halte ich für absurd. Was ist demnach tatsächlich der Grund für die geringe Geburtenrate?

Auf diese Frage wird gern die familienunfreundliche, ja sogar familienfeindliche Gestaltung der deutschen Politik ins Feld geführt. Da ist durchaus was dran. Die zunehmende Verunsicherung für das bevorstehende Leben erschwert jegliche Familienplanung. Arbeitsverträge (falls man überhaupt Arbeit hat) werden meist nur noch befristet abgeschlossen – ein halbes Jahr, ein oder höchstens zwei Jahre. Dagegen nimmt die Zahl der mindervergüteten Leih- und Zeitarbeitsplätze frappierend zu, weil die Unternehmen damit ein fast rechtsfreies Mittel in der Hand haben, um in ausbeuterischer Manier ihre Gewinne zu maximieren. Laut Gesetz sollen Leiharbeiter nur vorübergehend in sogenannten Spitzenzeiten oder zur Überbrückung von Urlaub und Krankheit eingestellt werden, doch wie lange währt dieses »vorübergehend«? Da sind Mißbräuche an der Tagesordnung. Andererseits können Leih- oder Zeitarbeitsplätze jederzeit aufgehoben werden. Wer weiß denn unter solchen Bedingungen, ob er nach sechs Monaten noch seine Miete zahlen oder einen Kredit tilgen kann. Die Angst vor einer Entlassung macht gefügig, und so wird auch für weniger Lohn gearbeitet. Das drängende Ziel der Kostenersparnis für die Unternehmen hat zur Folge, daß immer mehr

Stammkräfte durch Leiharbeiter (Menschen zweiter Klasse) ersetzt werden. Marschieren wir auf den Tagelöhner zu? Selbst mit den sogenannten Werkverträgen wird oft Schindluder getrieben. Eine vernünftige Lebensplanung ist unter solchen Umständen kaum noch möglich; die Zahl der Eheschließungen sinkt, und es werden weniger Kinder geboren. Mit der überfälligen Korrektur des Arbeitsmarktes müssen die Politiker unverzüglich und konsequent beginnen. Aufwachen – sonst kracht's bald!

»Die Zukunft ist auch nicht mehr das, was sie früher mal war«, stellte schon vor Jahrzehnten der eigenwillige Humorist Karl Valentin fest. Trösten kann das nicht, es empört eher.

Der Duden erklärt: *»Familie [ist eine] aus einem Elternpaar und mindestens einem Kind bestehende Gemeinschaft.«* Und auch: *»Die Familie ist die Institution, mit der unsere Gesellschaft ihre Reproduktion sichert.«*

Ja, Familie ist wichtig, denn sie ist die kleinste natürliche Gemeinschaft, die gerade in turbulenten Zeiten ein fester Anker ist und bei aller Unsicherheit für Geborgenheit sorgt. Da paßt es absolut nicht in unsere Gesellschaft, wenn die Scheidungsraten steigen, es immer mehr Einzel-Haushalte gibt und die Geburtenraten sinken. Der Staat – also die gewählten Politiker gleich welcher Couleur – müßte deshalb dringend Rahmenbedingungen schaffen, die geeignet sind, Zukunftsängste weitgehend abzubauen und Familienplanungen mit mehreren Kindern zu fördern. Ein besonderer Schwerpunkt muß darauf gelegt werden, Arbeitslosigkeit, Leih- oder gar Schwarzarbeit rigoros zu reduzieren. Aber wo findet man derartige Politiker? Die reden doch nur! Oberflächliche Schönrederei und krampfhaftes Schönlächeln als wahlwerbende Selbstdarstellung – das bringt auf Dauer gar nichts.

In Deutschland gibt es rund 3 Millionen Arbeitslose (fast 1 Million Leiharbeiter nicht mitgerechnet), die bei durchdachter Politik zu einem Großteil durchaus »in Lohn und Brot« gebracht werden könnten. In vielen Bereichen fehlen Arbeitskräfte, z.B. Erzieher und Betreuer in Kinderkrippen und Kindergärten, Lehrer (speziell im Grund- und Mittelschuldienst), Mitarbeiter im Gesundheitswesen und im Pflegedienst (besonders wegen der älter werdenden Gesellschaft), Polizei- und Zollbeamte, Beamte bei Gerichten und Finanzämtern (z.B. Steuerfahnder), Kontrolleure für diverse Problemgruppen (denn wie sagte schon Lenin: »Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!«). Wir brauchen also mehr Kontrolleure, jedoch keine Controller, Ihr anglierten Dösköpfe. Allerdings müssen die Kontrollen unangemeldet sein, sonst hat das alles keinen Sinn. Vermutlich werden noch eine Reihe weiterer personell unterbesetzter Branchen und Sparten dazukommen, an die ich noch gar nicht gedacht habe. Also gäbe es für das Heer der Arbeitslosen in vielen Fällen durchaus hoffnungsvolle Perspektiven. Die Menschen müßten nur ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend aus- und weitergebildet werden. Das kostet zunächst etwas mehr als das Arbeitslosengeld und macht mehr Mühe als nur ALG zu entrichten, doch es zahlt sich relativ schnell aus. Abgesehen davon, daß arbeitende Menschen einen geregelten, sinnvollen Tagesablauf haben und mit ihrem Verdienst über familiäre Planungssicherheit verfügen, werden von ihnen dann vorbildlich Steuern und vorsorglich Renten- und Pflegebeiträge gezahlt. Darüber hinaus werden neben der Erziehung und Bildung auch die Betreuung und Pflege der Menschen spürbar verbessert, wird die Sicherheit im Alltag erhöht und werden die Bearbeitungszeiten in den Ämtern deutlich verkürzt.

Was sagen die Politiker dazu? Eine lobende Aussage zur deutschen Politik kann ich auf diesem Sektor nicht anbieten. In den meisten der oben aufgeführten Berufsgruppen fehlen bereits jetzt Mitarbeiter, aber statt die hindern- den Lücken mit geeigneten Menschen zu füllen wird kurzfristig weiterhin Personal abgebaut. Das zeugt vom Unvermögen der Entscheider. Soll das verantwortungsvolle Politik sein?

Auch in privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen, wie der Deutschen Bahn AG (deren Eigentümer jedoch zu 100 Prozent der Bund ist), wird im In- teresse der Gewinnmaximierung wie besessen unablässig Personal reduziert – bis eines Tages alles zusammenbricht, weil es nicht die geringsten Reserven gibt. Seid ihr denn noch zu retten?

Ab 1. August 2013 besteht für Kinder nach dem 1. Lebensjahr ein Rechtsan- spruch auf einen Krippenplatz. So das vollmundige Versprechen der Politik. Doch vor allem in den alten Bundesländern konnten trotz rückläufiger Ge- burtenentwicklung – was schon lange vorher zu erkennen war – nicht genü- gend Krippenplätze zur Verfügung gestellt werden. Im Osten war das Ange- bot traditionell besser. Warum wohl? In der DDR waren Kinder willkommen und wurden gefördert. So hieß beispielsweise die Antibabypille des Westens (Verhinderung einer Schwangerschaft und damit gegen das Kinderkriegen) in der DDR Kinderwunschpille, weil damit das Kinderkriegen nicht unter- bunden werden sollte, sondern lediglich der Zeitpunkt beeinflußt werden konnte. Das waren die gesellschaftlichen Nuancen bei der Bezeichnung der Pille.

Heutzutage wird – von US-Firmen wie Apple oder Facebook abgeguckt – dafür geworben, daß sich Frauen Eizellen entnehmen lassen, die für eine spätere

Schwangerschaft in flüssigem Stickstoff eingefroren werden. Das nennt man in den USA und nachäffend natürlich auch bei uns »Social Freezing«. Auf diese Weise fallen die weiblichen Mitarbeiter durch Kinderkriegen in jüngeren Jahren nicht für längere Zeit aus dem Arbeitsprozeß heraus. Die Unternehmen können so Frauen ungestört »ausbeuten« (oder diese arbeiten kontinuierlich an ihrer Karriere), bis mit zunehmendem Alter ihre Leistungsfähigkeit abnimmt und sie nicht mehr zu 100 Prozent zu gebrauchen sind. Mit 40 oder 45 Jahren (oder gar noch später) können sie dann ihr Eizellendepot aus dem »Eiskeller« (minus 196°C) holen und sich jetzt um den vorher hinderlichen Kinderkram kümmern. Während der Arbeit in jungen Jahren sind Babywünsche für die Arbeitgeber ein Störfaktor. Ethisch ist eine derartige Denk- und Verhaltensweise ausgesprochen fragwürdig und für mein Verständnis sogar menschenverachtend.

Das ganze Prozedere – mehrere Behandlungszyklen unter Vollnarkose zum Absaugen von empfohlenen 30 Eizellen, das Einfrieren und jahrelanges Lagern der entnommenen Geburtsgrundlage usw. – ist zum einen nicht ungefährlich (wie jeder narkotische Eingriff) und kostet zum anderen einige tausend Euro (kann also nur von finanziell Bessergestellten genutzt werden). Und am Ende ist nach einer Befruchtung unklar, ob der Aufwand genützt hat, denn nur rund die Hälfte solch späterer Schwangerschaftsversuche ist erfolgreich. Dann muß man zudem die Kinder (meist wird es ohnehin nur ein einziges Kind sein) bedauern, denn ihnen wurde eine Mutter vorenthalten; dafür haben sie jetzt eine zweite, nicht ganz so alte Großmutter. Mit »Social Freezing« würden in Deutschland sicher die Geburtenraten weiter sinken und somit das eigene Abschaffen forciert voranschreiten. Gegenwärtig sprechen sich etwa 80% der deutschen Bevölkerung gegen das Einfrieren von Eizellen aus. Besonders die von US-Konzernen betriebene und finanziell sehr verlockende Unterstützung beim Verschieben eines

Kinderwunsches wird kritisiert. Beachtung finden sollte unbedingt der Grundsatz: Arbeitgeber dürfen sich nicht in die Familienplanung einmischen und zu einem jahrelangen Verschieben einer Schwangerschaft nötigen. Ist es denn tatsächlich so, daß eine 45- oder 50-jährige Mutter Beruf und Familie besser im Griff hat als eine Mutter mit 25 oder 30 Jahren? Stören Kinder wirklich ungemein dabei, intakte Familie und berufliche Anerkennung zu verbinden? Was könnte Frau von der Leyen dazu sagen, die sieben (!) Kindern das Leben geschenkt und trotzdem den Sprung ins Bundesministerium geschafft hat? Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob heute politisches Emporkommen uneingeschränkt als Karriere wahrgenommen werden kann.

Da die Bereitstellung der versprochenen Kinderkrippen im Jahre 2013 nicht erfüllt werden konnte, wurde als Ersatz (oder Notlösung) die Zahlung eines Betreuungsgeldes angeboten. Wenn Eltern keinen Krippenplatz beanspruchen und selbst erziehen oder eine nicht vom Staat finanziell unterstützte Tagesmutter engagieren, erhalten sie die monatliche »Herdprämie« von 100 € pro Kind, ab August 2014 dann 150 €. Natürlich gab und gibt es zu den beiden Varianten unterschiedliche Meinungen. Man kann fast von einem »Betreuungskrieg« sprechen.

Die Gegner der Kinderkrippe behaupten doch allen Ernstes, die Erziehung zu Hause sei besser, weil den Kindern sonst Liebe und emotionale Sicherheit bis zu 3 Jahren (Beginn der Kindergartenzeit) verloren geht. Das ist jedoch Unsinn, denn bei einem Krippenbesuch haben die Eltern nach dem Abholen ihrer Kinder durchaus noch Zeit für elterliche Obhut. Und die Wochenenden sind ohnehin in Familie. Der Kontakt geht also niemals verloren. Auch die abwertende Bezeichnung »Gruppenverwahrung« für Kinderkrippen kann

ich nicht billigen. Die Einzelerziehung zu Hause, von der Eltern unterschiedliche, oft sogar widersprüchliche Vorstellungen haben, ist nicht unproblematisch, denn sie hemmt die soziale Entwicklung und kann bei einer späteren Eingliederung ins Berufsleben hinderlich sein. Dort wird gemeinschaftliches Arbeiten und kollektives Denken erwartet und gefordert. Nennen Sie mir nur ein Unternehmen, daß nicht ausdrücklich »teamfähige« Mitarbeiter sucht, sondern egoistische Einzelgänger bevorzugt.

Beim Besuch einer Krippe vom 1. bis 3. Geburtstag erfahren die Kinder schnell soziale Kontakte mit anderen Kindern; sie werden zudem schneller selbständig. Mögliche Verzögerungen bei der Entwicklung der Kinder können in der Krippe besser aufgeholt werden, denn sie spielen und lernen gemeinsam. Natürlich ist es sehr wichtig, daß es genügend Erzieher gibt, die optimal ausgebildet sind oder sich weiterbilden können. In den Kitas werden vor allem sprachliche und musische Bildung vermittelt. Für die Kinder der in Deutschland lebenden Ausländer ist das nahezu von existentieller Bedeutung, denn in der Gemeinschaft wird die Integration wirkungsvoll gefördert. Es ist leider keine Seltenheit, daß Kinder (meist von Immigranten, Ein- oder Zuwanderern – ganz wie Sie wollen, aber niemals von Migranten, denn diese Bezeichnung wäre falsch) im 1. Schuljahr fast kein Deutsch können. Damit ist der Anschluß für immer verloren; schon ab Schulbeginn haben sich so alle Chancen für eine ordentliche Berufsausbildung »in Luft aufgelöst«. Von Chancengleichheit kann keine Rede mehr sein. Selbst bei deutschen Kindern sind häufig sprachliche Defizite zu erkennen, die mit ein paar überflüssigen Anglizismen nicht ausgebügelt werden können.

Das Betreuungsgeld ist ein peinlicher Kuhhandel, um den Kita-Mangel zu vertuschen. Dabei muß zusätzlich die ungerechte Verteilung kritisiert werden. Während bei Hartz IV-Empfängern das Betreuungsgeld verrechnet, also als Einkommen gezählt wird, so daß die Hartz-Bezüge entsprechend geringer ausfallen, bekommen es bessergestellte Frauen ohne finanzielle Sorgen regelrecht hinterhergeworfen. Es kann nur eine Forderung geben: Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung für alle! Dafür haben sich unsere Politiker gefälligst einzusetzen. Verstanden?

Sollten Kinderlose mehr Steuern zahlen? Ich meine: Ja natürlich, sofern nicht medizinische Gründe ein Kinderkriegen unmöglich machen oder gesundheitliche Gefährdungen zu befürchten sind. Wer sich der Verantwortung entzieht, für einen Menschen zu sorgen und ihn für das Leben vorzubereiten (Sinn des Lebens, Sie erinnern sich?), dafür lieber an seiner Karriere und dem daraus folgenden »Geldsegen« bastelt, der sollte unbedingt spürbar zur Kasse gebeten werden. Denn wer Kinder hat, zahlt mächtig drauf, erst für die Erziehung, dann für die Ausbildung. Und am Ende erhalten ein Elternteil oder Alleinerziehende (das sind meist Frauen) dafür weniger Rente. Es muß ein gerechter Ausgleich geschaffen werden, weil Kinder Ausgaben verursachen – für Kleidung, Spielwaren, Kitas, Schulbesuche, Vereine.... Im Fernsehen konnte ich vernehmen, daß im Durchschnitt für ein Kind pro Monat 584 Euro benötigt werden. Wer hat sich das nur ausgedacht? Na egal, auf jeden Fall sind Kinder teuer. Und der Staat kassiert durch die Mehrwertsteuer einen Großteil bei den Ausgaben für Kinder mit (für Babynahrung, Babywindeln und Medikamente z.B. zahlt man 19% MwSt, für Hundefutter, Rennpferde und Brennholz nur 7% MwSt – das ist doch regelrecht bekloppt!).

Eine Zwangsabgabe für Kinderlose muß selbstverständlich eingeführt werden, denn die heutigen Kinder arbeiten später auch für die Rente dieser Kinderlosen. Anderenfalls würde bei der demographischen Entwicklung unser Rentensystem in absehbarer Zeit zusammenbrechen.

Ein weiteres Problem in Deutschland – die Hebammen. Noch gibt es knapp 16.000 von ihnen, wobei etwa die Hälfte freischaffend tätig ist. Doch von diesen selbständigen Hebammen bieten nur noch rund 2200 auch Geburtshilfe an. Trotz niedriger Honorare steigen die Prämien für die Berufshaftpflicht ins Unermeßliche. Seit 2002 haben sie sich mehr als verzehnfacht, das bedeutet, viele der freiberuflichen Geburtshelferinnen werden aus finanziellen Gründen aufgeben müssen. Und in immer mehr Kliniken schließen aus Kostengründen die Geburtsstationen. Da paßt es doch ausgezeichnet, wenn weniger Geburten zu vermelden sind, gelle? Zornempört konstatiere ich, was seid ihr nur für unfähige und ignorante Politiker!

So stieg die Jahresprämie der Berufshaftpflicht für freiberufliche Hebammen uferlos an (die skandalösen Zahlen konnte ich der Zeitschrift FUNK UHR, 2014, Heft 16, entnehmen):

<i>Jahr</i>	<i>Jahresprämie</i>
1981	31 €
1992	179 €
1997	350 €
2000	404 €
2002	453 €
2004	1.352 €
2007	1.587 €
2009	2.370 €
2010	3.689 €
2012	4.242 €
2014	5.091 €
2015	droht das endgültige Aus für die außerklinische Geburtshilfe

Ab 1. Juli 2017 mußten für 12 Monate bereits 7.639 € gezahlt werden.

Deutschland ist das kinderärmste Land in Europa. Kinder zu bekommen bedeutet in unserem wohlhabenden Land für manche gar ein unkalkulierbares Armutsrisiko. Kaum zu glauben! Vielen jungen Paaren scheint in unserem Staat außerdem der Mut zu fehlen, Verantwortung für die Erziehung eines Kindes zu übernehmen, dabei seinen eigenen Lebensrhythmus der neuen Situation langfristig anzupassen und dafür schließlich auch noch weniger Geld zu haben.

Es mutet schon seltsam an, wenn man feststellt, daß das Wachstum der Bevölkerung besonders in den Entwicklungsländern voranschreitet, also dort, wo es den Menschen extrem schlecht geht, wo täglich ums Überleben gekämpft wird und wo für uns selbstverständliche Dinge (wie sauberes Trink-

wasser oder Elektrizität) zum kaum erreichbaren Luxus gehören. Die Deutschen müssen mehr Verantwortung für die Zukunft ihres Landes übernehmen. Da führt kein Weg vorbei. Nur »Spaßgesellschaft« – das geht nicht, das ist zu dürftig!

In unserem Land gibt es über eine Million alleinerziehende Mütter, die oft von ihren Ex-Partnern kein Unterhaltsgeld erhalten. Teilweise können diese nicht zahlen, teilweise aber wollen sie es auch nicht. Sie entziehen sich rotzfrech ihrer Verantwortung. Damit muß endlich Schluß sein, sonst verkommt Deutschland zu einem lieblich seichten Firlefanzstaat, in dem »Zucht und Ordnung« unter die Räder gekommen sind. Die SPD hat deshalb vorgeschlagen, als Druckmittel für säumige Väter ein Fahrverbot zu verhängen. Wer fahren kann, der sollte auch zahlen können, denn Kinder sind wichtiger als Autos. Bis jetzt nur ein Vorschlag, der in anderen Ländern übrigens längst Realität ist.

Politiker der oberen Ebene haben bei ihrem Amtsantritt einen Eid geleistet: »Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen [...] werde.« Sollte das ernst gemeint sein, müßten an erster Stelle Familienplanung unterstützt und Kinderwünsche gefördert werden. Dann folgt das Sorgen ums Gesundheitswesen, um die Bildung, das Schaffen und Sichern von Arbeitsplätzen usw. usf. Fakt ist: Ohne ausreichend Nachkommen schafft sich Deutschland langsam ab. Wer da glaubt, daß allein Zuwanderer und deren Kinder unser Problem lösen können und müßten, der irrt beträchtlich. Außerdem erschweren große sprachliche, kulturelle und vor allem religiöse Unterschiede eine erfolgreiche Integration.

Besonders seit Mitte 2015 strömen Flüchtlinge aus Asien (besonders aus Nahost) und Afrika nach Europa – natürlich auch nach Deutschland. Die Fluchtgründe sind einerseits in unsinnigen Kriegen zu finden, andererseits treiben Armut, Hungersnöte und Verzweiflung die Menschen zu uns. Denn die Staaten Europas (vor allem Westeuropas) haben über Jahrzehnte bis zum heutigen Tag auf Kosten vieler außereuropäischer Länder gelebt, wodurch sich deren Armut stetig vergrößert hat. Nun ist die Verwunderung groß und es besteht die Gefahr, daß die weitere Entwicklung zu einer Spaltung der Gesellschaft führt.

Die um ihre Vereinigung bemühten Europäer müßten sich endlich einig sein und gemeinsamen Schrittes aktiv werden. Das bedeutet uneingeschränkt: Die wohlhabenden Länder in Europa, aber auch in anderen Teilen der Welt, müssen den Menschen in den armen Ländern dauerhaft und nachhaltig helfen. Nur dann werden die Flüchtlingsströme versiegen und die Menschen bleiben in ihrer Heimat, um dort endlich ein menschenwürdiges Leben zu erreichen. Gerechtigkeit und Frieden könnten sich dann allmählich auf unserem Globus ausbreiten. Allmählich, aber immerhin!



Lernen, lernen und nochmals lernen ...

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein föderaler Staat, also ein Bundesstaat. Schon 1949 hatte sich der Parlamentarische Rat in Bonn für das föderative Staatsprinzip entschieden, weil es zusätzlich zur klassischen Gewaltenteilung in Legislative (gesetzgebende Gewalt), Exekutive (vollziehende Gewalt) und Judikative (richterliche Gewalt) – also eine horizontale Gewaltenteilung – eine weitere Aufteilung staatlicher Macht zwischen Bund und Ländern, die sogenannte vertikale Gewaltenteilung, ermöglicht. Man glaubte, mit dieser doppelten Gewaltenteilung einem Machtmißbrauch wirksamer vorbeugen zu können. In Art.20 Abs.1 GG wird die Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich als demokratischer und sozialer Bundesstaat konstituiert. Eine Änderung des Grundgesetzes hinsichtlich des Föderalismus ist dabei eindeutig untersagt worden. Diese Unabänderlichkeit erklärt Art.79 Abs.3 GG (sogenannte Ewigkeitsklausel):

»Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.«

Da haben wir jetzt unveränderbar 16 Bundesländer mit 16 kostspieligen Regierungen, das heißt, Ministerpräsidenten mit diversen Ministern und einem Heer weiterer Mitarbeiter (bei den »Stadtstaaten« spricht man vom Regierenden bzw. Ersten Bürgermeister, der die unterschiedlichsten Senatoren führen soll). Also 16 aufwendige Landesregierungen mit allem Drum und Dran. Wir haben's ja!

Darüber hinaus hat jedes Bundesland eine eigene Landesvertretung in Berlin, um beim Bund landesspezifische politische Interessen möglichst durchsetzen zu können. Ich habe mir all diese Vertretungen mal von außen angesehen – in den Stadtbezirken Mitte und Tiergarten. Teilweise wurden historisch wertvolle Gebäude »besetzt« (beispielsweise von Bayern und Sachsen), doch überwiegend hatte man sich für Neubauten entschieden. In einem Straßenzug, der den Namen »In den Ministergärten« trägt, haben sich mehrere Vertretungen geräumig angesiedelt. Unter anderem ist hier das Saarland, das nur rund 1 Million Bürger vertritt, zu finden. Bei der Gebäudegröße des kleinen Ländchens muß sich die indische Botschaft, die für über 1 Milliarde Menschen zuständig ist (tausendmal mehr als das Saarland), sehr mühen, um mithalten zu können. Auch die imposante Residenz von Baden-Württemberg in der Tiergartenstraße läßt manche ausländische Botschaft erblassen. Bemerkenswert ist ebenso der pompöse Glaspalast der Vertretung Nordrhein-Westfalens in der Hiroshimastraße. Kein Wunder, daß die Staatsschulden unaufhörlich wachsen. (Dennoch ein kleines Lob: Die Landesvertretung von Berlin hat kein eigenes Gebäude; sie hat sich kostengünstig im Roten Rathaus mit einquartiert.)

Die Vertretungen beim Bund sind ein Spezifikum des deutschen Föderalismus. Mittlerweile unterhalten alle deutschen Bundesländer sogar Landesvertretungen in Brüssel, dem Hauptsitz der EU. Ich halte nicht viel – eigentlich gar nichts – von den föderalen Strukturen in Deutschland. Sie verursachen nur unnötig hohe Kosten und erinnern mich an die Zeiten der deutschen Kleinstaaterie, die wir schon überwunden geglaubt hatten.

Es besteht jedoch die Möglichkeit einer Neugliederung der Länder selbst. Per Volksabstimmung könnten Ländergrenzen verändert und Länder zusammengeführt werden. Doch der gescheiterte Versuch einer durchaus sinnvollen Fusion von Berlin und Brandenburg zeigt deutlich, wie stark Gewohnheit und Beharrungsvermögen wirken können. So wird zuweilen argumentiert. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Entscheidend für den mißlungenen Fusionsversuch waren monetäre Gründe. Berlin war erheblich stärker verschuldet als Brandenburg. Und einen Teil dieses Berliner Schuldenbergs wollten die Brandenburger bei einer politischen Verschmelzung nicht zusätzlich aufgebürdet bekommen. Dennoch halte ich eine baldige Reduzierung unserer 16 »Länderchen« durch Fusion auf zunächst wenigstens 12 Bundesländer für dringend erforderlich. Welche Länder sollten nun zusammengeführt werden? Da sind zunächst die drei »Stadtstaaten«, die von den sie umgebenden Bundesländern aufgenommen werden sollten. Also Berlin fusioniert mit Brandenburg, Hamburg geht künftig gemeinsam mit Schleswig-Holstein auf das politische Parkett und Bremen verbündet sich mit Niedersachsen. Wer ist nun der vierte Fusionskandidat? Na klar, das Saarland. Aus Rheinland-Pfalz wird dann Rheinland-Pfalz-Saar (RPS). Das alles funktioniert natürlich nur, wenn der Bund gerechte Rahmenbedingungen schafft und Schulddifferenzen zwischen den fusionierenden Regierungen ausgleicht. Es wäre meines Erachtens ein wichtiger Schritt, wenn wir statt der 16 »Bundesländer« nur noch 12 hätten (12 – die Zahl der Vollkommenheit). Das würde Verwaltungsakte reduzieren und letztendlich Geld sparen. Das durch die Fusionen überflüssig gewordene Personal sollte sinnvoll in anderen wichtigen Positionen eingesetzt werden. Und solch vakante Stellen gibt es

zuhauf. Soll ich Ihnen beim Suchen helfen, Frau Merkel, Herr Gabriel oder sonst wer?

Selbstverständlich kann ich mir gut vorstellen, daß die infolge einer Fusion nicht mehr benötigten »Landesfürsten« oder »Stadthalter« an der bestehenden Situation festhalten wollen; trotz ihrer Überflüssigkeit wollen sie ihre Posten nicht freigeben. Für sie zählt nur das persönliche Machtgefühl, der Herrscherrausch. Deshalb klammern sie sich inbrünstig an ihre föderalen Stühle. Gesamtdeutsches Denken ist ihnen fremd; es interessiert sie nicht im geringsten. Solches Gedankengut muß einfach weggespült werden. Es geht – und nur das zählt – um das Wohl des deutschen Volkes, nicht ausschließlich um das der deutschen Politiker. So könnte ich mir letzten Endes in Deutschland sogar einen föderativen Viererstaat vorstellen – mit Nordland, Ostland, Südland und Westland. Aber das ist bei der Schwerfälligkeit deutscher Politik kaum umsetzbar. Dann schon lieber gleich ein zentralistisch regierter Staat, wie in Frankreich, in Spanien und vielen anderen Ländern in Europa und weltweit.

Warum ist Deutschland nur so föderalistisch rückständig? Warum wird das Grundgesetz fast als unantastbares Heiligtum angesehen? Es ist doch nicht vom Himmel gefallen, sondern wurde von Menschen gestaltet. Die Wahl des föderativen Staatsprinzips war kurz nach dem Krieg vermutlich eine kluge Entscheidung. Doch die Zeiten ändern sich; inzwischen ist über ein halbes Jahrhundert vergangen. Da darf man diese Regierungsform, die diverse Nachteile in sich birgt, durchaus in Frage stellen.

Anfang Januar 2017 forderte Bundesinnenminister Thomas de Maizière eine Neuordnung der deutschen Sicherheitsarchitektur. Der Bund muß mehr

Kompetenzen zu Lasten der Länder erhalten. Statt der Landeskriminalämter sind das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei zu stärken. Außerdem sollten die Landesämter für Verfassungsschutz zugunsten einer Bundesverwaltung abgeschafft werden. – Da scheint endlich jemand aufgewacht zu sein. Doch die Betroffenen wehren sich und denken nur ans eigene Wohl.

Besonders deutlich sind diese Nachteile in unserem Bildungswesen zu erkennen. So wurde beispielsweise festgelegt, daß Schule Ländersache ist. (Auch für den Hochwasserschutz sind allein die jeweiligen Länder zuständig, weil ja flutende Wassermassen stets an der Landesgrenze halt machen würden. Oder doch nicht?) Der Föderalismus sorgt dafür, daß unser Schulsystem nicht etwa durch das Grundgesetz geregelt wird, sondern durch die Kultusministerien der Bundesländer. Wenn immer mehr Kompetenzen auf Länderebene verlagert werden, kann der Bund keine Einheit und Gleichheit im Bildungswesen garantieren. Und jedes einzelne Bundesland ist davon überzeugt, das beste Bildungswesen anzubieten. Doch 16 beste Schulsysteme mit unterschiedlichen Formen, Inhalten und Zielen – das gibt es einfach nicht. Jedes Bundesland legt eigenständig mit seiner Schulverwaltung die Personal- und Lehrpläne fest und experimentiert mit eigenen Schulreformen und Abschlußprüfungen. Teilweise werden vom Schulbeginn an Noten für die Schüler vergeben, teilweise gibt es bis zur 3. Klasse (und sogar später) aber nur Beurteilungszeugnisse. Bei solchen Zeugnissen besteht allerdings die Gefahr, daß statt einer nachvollziehbaren, ehrlichen Bewertung eher eine »Geheim-sprache« zum Tragen kommt, so wie es bei Beurteilungen gekündigter Mitarbeiter in Unternehmen oder bei der Beschreibung von Ferienhotels üblich ist. Grundsätzlich bevorzuge ich eine Benotung der schulischen Leistungen, weil Noten Ansporn sein können und die erbrachte Leistung Anerkennung findet,

obwohl auch hierbei Mißbrauch betrieben werden kann und wird. Die Noten im Abgangszeugnis werden in mehreren Ländern pauschal oft um durchschnittlich 2 Werte angehoben (aus 4 wird 2), um die Statistik zu schönen. Für den Kultusminister des Saarlandes (B'90/Grüne) ist das kein Problem, so war es von ihm 2012 im Fernsehen zu vernehmen, die Vergleichbarkeit sei nach seinem Empfinden nicht gefährdet. Wie soll das nur möglich sein, frage ich?

Es gibt auch Meinungen, man solle das Sitzenbleiben abschaffen (in den privaten Waldorfschulen hat man auf das Sitzenbleiben bereits verzichtet). Ich vertrete dazu eine andere Auffassung. Sitzenbleiben ist für bestimmte Schüler sogar wichtig, weil sie bisher überfordert waren und einfach Zeit zum Reifen brauchen oder weil sie die Schule absolut nicht ernst genommen haben. Noch nie etwas von »Spätzündern« gehört? Beim Sitzenbleiben, also dem Wiederholen eines Schuljahres, können nun die schlechten Fächer verbessert werden, und die bereits guten Fächer werden gefestigt. Sitzenbleiben ist keine Schande. Es gibt genügend Beispiele von Sitzenbleibern, die später im Berufsleben äußerst erfolgreich waren und sind. Ich kann mir auch nicht vorstellen, wie das funktionieren soll, wenn schwächelnde Schüler ohne Pause gnadenlos in die nächsthöhere Klasse geschleppt werden. Da sind doch Streß, Depressionen und Schlimmeres programmiert und beängstigend vorherzusehen.

Natürlich kann und sollte das Sitzenbleiben reduziert werden. Diese Zielsetzung erfordert jedoch geeignete, gut ausgebildete und motivierte Lehrer, welche die unterschiedlich begabten Schüler in einer Klasse einfühlsam fördern können. Dafür müssen außerdem flächendeckend Ganztagschulen zur

Verfügung stehen. Ohne föderales Kleinstaatendenken wäre selbst die Lehrerausbildung leichter, und es könnten für alle Länder einheitliche Bildungsstandards überlegt eingeführt werden. Noch klappt es mit dem Lehrernachwuchs absolut nicht zufriedenstellend. Vor allem Grund- und Mittelschullehrer gibt es zu wenig (schlechteres Ansehen und geringerer Verdienst), dafür entscheiden sich die meisten für die Ausbildung zum Gymnasiallehrer. Hier müßten meines Erachtens staatliche Rahmenbedingungen steuernd eingreifen. Wir brauchen insgesamt erheblich mehr Lehrer, und diese müssen angemessen, also besser bezahlt werden, denn sie sind enorm wichtig für die Zukunft Deutschlands.

Weitere Kritikpunkte im deutschen Bildungswesen sind das dreigeteilte Schulsystem und die frühzeitige Selektion der Schüler. In den meisten Bundesländern wird bereits nach der 4. Klasse (in wenigen nach der 6. Klasse) festgelegt, wie der weitere Schulbesuch aussehen soll – Realschule oder Gymnasium.

Zum deutschen Schulsystem lasse ich den Journalisten und Autoren vieler Bücher, Thomas Wiczorek, zu Wort kommen. In der Lektüre »Die verblödete Republik« äußert er sich hierzu:

»Unser weltweit fast einmaliges dreigliedriges Schulsystem ist ein wohlbehütetes Erbe der Ständegesellschaft früherer Jahrhunderte. Noch bis 1964 hießen die drei Schultypen völlig korrekt Volksschule (für das Volk), Mittelschule (für die Mittelschicht) und Oberschule (für die Oberschicht).

Die Umbenennung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium war nur alter Wein in neuen Schläuchen: Noch immer verewigt das Schulsystem die bestehende Ungleichheit der Gesellschaft. Viel früher als in fast allen anderen Ländern werden

bei uns schon die Zehnjährigen selektiert. Selbst der OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland forderte im April 2008, man solle mit dieser frühen Aufteilung endlich aufhören und die Haupt- und Realschulen zu einer Schulform zusammenlegen. Momentan nämlich entscheiden logischerweise die Eltern und nicht die Begabung. Im Klartext: De facto werden die Menschenrechte der Kinder zurückgestellt gegenüber dem Privateigentum der Eltern – am Kind.«

In Deutschland ist leider der Status des Elternhauses wichtiger als Intelligenz und Begabung der Schüler. Das wirkt sich fatal auf die Chancengleichheit bei der Bildung aus. So haben Akademikersprößlinge bei gleicher Leistung eine weitaus größere Chance eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, als Kinder von Facharbeitern. Auf diese Weise werden häufig hochbegabte, aber sozial schwächere Kinder von den Lehrern benachteiligt. Bei Immigrantenkindern fällt der Nachteil noch drastischer aus. Hans-Werner Sinn, ein Professor für Volkswirtschaft, hat erkannt: *»Auf den deutschen Gymnasien finden sich viele, die dort eigentlich nicht hingehören, und unter den Handwerkern und Arbeitern gibt es viele, die das Zeug zum Akademiker gehabt hätten, hätte man sie rechtzeitig gefördert.«* Können wir uns diese unbedarfte Vorgehensweise eigentlich leisten? Ich behaupte: Eindeutig nein!

Während meiner Schulzeit in der DDR ging es insgesamt sozial gerechter und übersichtlicher zu, obwohl ich einfügen muß, daß Arbeiter- und Bauernkindern nach Jahrzehnten der Benachteiligung nun bevorzugt größere Chancen gewährt wurden. Dagegen wurden nun aber zum Beispiel Pfarrerskinder behindert und schikaniert. Alle Schüler besuchten bis zum Ende der 8. Klasse gemeinsam die Grundschule (also nicht nur 4 oder bestenfalls 6 Jahre gemeinschaftliches Lernen). Nach diesen 8 Jahren ergaben sich für die weitere

Bildung drei Möglichkeiten. Ein Teil der Schüler verließ die Schule, die einen, um kurzfristig ins einfache Arbeitsleben einzusteigen, die anderen, um eine Lehre zu beginnen, zum Beispiel für einen Handwerks- oder kaufmännischen Beruf. Einige verblieben noch auf der Schule, denn sie wollten nach insgesamt 10 Jahren (Mittelschule) zusätzlich die »mittlere Reife« erlangen. Die dritte Gruppe wechselte für 4 Jahre zur Erweiterten Oberschule (EOS), wo das Abitur den Abschluß bildete.

Für das Schulsystem der DDR interessierten sich mehrere Länder (die BRD natürlich nicht!). Vor allem die Finnen waren begeistert und orientierten sich stark an diesem Bildungsschema. Und trotzdem ist Finnland bei den Pisa-Studien immer auf vorderen Plätzen zu finden. Na so was!

Als der Thüringer Ulf Merbold wenige Monate vor dem Mauerbau nach West-Berlin ging, hielten überhebliche Bildungsträger sein DDR-Abitur für unzureichend, um ein Studium aufnehmen zu können. Erst nachdem er ein Jahr lang die dortige Falkschule besucht hatte, durfte er endlich sein Physikstudium beginnen. Am 28. November 1983 hob er als Astronaut an Bord der Raumfähre »Columbia« vom Kennedy Space Center ab und war damit der erste Ausländer, der mit einem amerikanischen Space Shuttle ins All flog. Erster Deutscher im Kosmos war allerdings der Vogtländer Sigmund Jähn. Mit dem Raumschiff Sojus 31 flog DDR-Kosmonaut Jähn bereits fünf Jahre früher am 26. August 1978 in den Weltraum zur Orbitalstation Saljut 6. Die Schulen der DDR waren wohl doch nicht die schlechtesten? Und das, obwohl sich alle Schulen in öffentlicher Trägerschaft befanden, also vom Steuerzahler finanziert wurden. Privatschulen für »Besserverdienende« gab es nicht.

Heute sieht das in Gesamtdeutschland anders aus. Etwa 8 Prozent der Deutschen lernen an privaten Schulen, deren Zahl ungebremst wächst. Zum einen handelt es sich dabei um konfessionelle Schulen, in denen nach den Vorgaben der Kirche unterrichtet wird. (Was soll der Quatsch?) Bezahlt wird diese unsinnige Parallelentwicklung meist komplett vom Staat, auch mit den Steuern der Ungläubigen. Ich bin für eine strikte Trennung von Staat und Kirche. Obwohl ich nicht gläubig bin, gestatte ich den Kirchen durchaus ihre Existenz – nur in die Bildungsverantwortung des Staates haben sie sich nicht einzumischen. Auch hat ein umfangreicher Religionsunterricht (erst recht Islamkunde) an den öffentlichen Lehrstätten nichts zu suchen. Art.7 Abs.3 GG »Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen [...] ordentliches Lehrfach.« muß ersatzlos gestrichen werden. Das Unterrichtsfach Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde (LER) ist nach meinen Vorstellungen völlig ausreichend. Wenn die Kirchen unbedingt ihre Glaubensmär intensiver verbreiten wollen, dann müssen sie das schon selbst organisieren und finanzieren. Diese Freiheit sei ihnen gewährt.

Ein weiterer Teil der Privatschulen sind Schulen mit besonderer pädagogischer Prägung, wie Waldorfschulen, Montessori-Schulen oder die Odenwaldschule, die durch den Mißbrauch an Kindern in die Schlagzeilen geriet. Ein neuer Typus sind die Phorms-Schulen, die auf bilingualen Unterricht in den Sprachen Englisch und Deutsch setzen. (Noch ist dort die deutsche Sprache dabei, wie lange aber? Um möglichst schnell amerikanisch zu werden, bieten bereits private, bilinguale Kindertagesstätten mit dem Namen »Little Giants – Kleine Riesen« ihre Dienste an.) Darüber hinaus gibt es eine Unmenge weiterer privater Bildungseinrichtungen mit Gewinnbestrebungen für die jeweili-

ge Trägerschaft, auf die ich hier wegen der Vielfalt und somit der Gefahr einer Konfusion nicht eingehen will.

Ich halte nichts von der Einführung oder gar der Verbreitung privater Schulen. Absolut nichts! Und schon höre ich die Rufe empörter Leser: »Hallo, kennen Sie denn nicht den Artikel 7, Absatz 4 des Grundgesetzes?« »Doch, kenne ich«, antworte ich beschwichtigend. Dort steht als erster Satz: »*Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet.*« Im folgenden Text ist aber auch vermerkt, daß »*eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert*«*[werden darf].*«

In einer Gesellschaft, die sich durch ein materielles und statusmäßiges Abgrenzungssyndrom auszeichnet, ist die Errichtung von Privatschulen höchst fragwürdig. In Deutschland entwickelt sich damit immer stärker ein Zweiklassensystem. Das muß unterbunden werden, weil sonst innerhalb der Arm-Reich-Schere unerträgliche Spannungen, ja sogar höchst instabile politische Verhältnisse entstehen, die schneller als man glaubt zu revolutionären Bewegungen oder gar zu einem Bürgerkrieg führen könnten.

Unter der Überschrift »Die Flucht der Elite« war vor geraumer Zeit im »Spiegel« zu lesen: »*Sie schicken ihre Kinder in teure Privatschulen, verbarrikadieren sich in streng bewachten Vierteln und verlassen das Sozialsystem. Die deutschen Eliten fangen an, sich aus der Solidargemeinschaft zu verabschieden. Eine Regierungsstudie belegt: Die Spaltung der Gesellschaft wächst, die Politik ist hilflos.*«

Schon die Bezeichnung Kindergarten, die selbst im englischsprachigen Raum bekannt ist und gelegentlich auch verwendet wird, gilt in diesen sogenannten Elite-Kreisen als unangemessen. Man bezeichnet so eine Einrichtung

lieber als »Early Learning Center«. Tatsächlich! So bekloppt sind die versnobten Deutschen. Besonders stolz sind diese Eltern, wenn sich die Kinderchen beim Abholen aus der Krippe endlich mit den Worten »See you tomorrow« verabschieden.

Über die amerikanisierte Schicht der Wohlhabenden äußert sich Thomas Wieczorek folgendermaßen: *»Unsere »Elite« ist eine asoziale, relativ abgeschottete Erbdynastie, ergänzt um einige halb- und eingebildete Emporkömmlinge, während die wirklichen Leistungsträger in Wirtschaft und Wissenschaft im gesellschaftlichen Mittelfeld rangieren.«* Wie immer und überall gibt es auch hier Ausnahmen, es gilt also nicht generell. Aber als typisch kann es schon bezeichnet werden. Schlimm genug!

Das deutsche Schulsystem ist aus den Fugen geraten; Chaos wohin man blickt. Staatliche Schulen mit 16 verschiedenen Lehrplänen, Schulbüchern und Abschlußprüfungen, dazu diverse Privatschulen mit unterschiedlichsten Inhalten und Zielsetzungen. Sieht da überhaupt noch jemand durch? Wie krumm eine Gurke sein darf, war für mehrere Jahre europaweit geregelt, aber wie unsere Kinder gebildet werden, da ist nicht mal deutschlandweit eine Regelung zu erkennen. Das Problem besteht eindeutig darin, daß wir bei einheitlichen Regeln dann die 16 einzelnen Kultusministerien nicht mehr in dieser Größe bräuchten. Doch welcher Politiker schafft sich gerne selbst ab? (Kein Idealismus, keine Visionen, nur primitiver und egoistischer Selbsterhaltungstrieb – wie bei unseren Vorfahren, den Affen. Tolle Entwicklung also.)

Es ist keine Seltenheit, daß Menschen aus beruflichen Gründen ihren Wohnsitz ändern und in ein anderes Bundesland ziehen müssen (fast 800.000 sol-

len es pro Jahr sein). Da im Bildungswesen die Einheit und Gleichheit zwischen den einzelnen Bundesländern nicht gewährleistet ist, sind solche Umzüge mit schulpflichtigen Kindern höchst problematisch. Wie wird in dem neu bezogenen Bundesland unterrichtet, wie sind die Lehrpläne? Muß eventuell ein Jahr nachgeholt werden oder ist Nachhilfeunterricht empfehlenswert? Kein Wunder, daß Kinder zunehmend unter Schulstreß leiden und dabei Kopfschmerzen und seelische Störungen weit verbreitet sind. Vieles ist undurchsichtig und unkontrolliert, und so verlieren selbst Eltern in diesem Durcheinander oft die Übersicht. Deshalb wurde eine Beratungsbranche für Schulwechsel gebildet, die den absurden Namen »Education Guide« trägt. Geht's noch blöder? Ohne Zwang wird von Psychopathen unentwegt eine hirnlose Selbstverstümmelung der deutschen Sprache praktiziert.

Was soll eigentlich der sogenannte Girls' Day, der nach amerikanischen Vorbild zur Vorbereitung junger Menschen auf das Arbeitsleben in Deutschland eingeführt wurde? (Inzwischen gibt es auch einen Boys' Day.) Den Bezug zur Arbeitswelt konnten in der DDR die Schüler schon vor mehr als 50 Jahren kennenlernen. Die Fächer hießen für Mädchen und Jungen gleichermaßen »Unterrichtstag in der Produktion« (UTP) und »Einführung in die sozialistische Produktion« (ESP). (Das Wort »sozialistisch« mußte nicht unbedingt sein.) Warum glauben die Westdeutschen unbeirrbar, sie könnten nur von den Amis etwas lernen?

Unser Schulsystem leidet unter einem verheerenden Mangel – dem Fehlen gleicher Bildungschancen. Entscheidend für den Bildungsweg ist in unserem Land die soziale Herkunft der Schüler, nicht Begabung und Talent. Das ist ein Riesenfehler!

In der DDR wurden bei der Bildung Arbeiter- und Bauernkinder bevorteilt. Damals wie jetzt also wurden und werden unnötig gleiche Fehler begangen, nur die »Plus-Minus-Pole« unterscheiden sich.

Selbst bei erforderlichlichem Nachhilfeunterricht kann von Chancengleichheit keine Rede sein. Dieser wird nicht schulnah angeboten, sondern von privaten Institutionen wie den sogenannten Studienkreisen, die mit der Nachhilfe prächtig verdienen. Die horrenden Gebühren können sich allerdings nur die Wohlhabenderen leisten. Deshalb muß Bildung allein der verlässlichen öffentlichen Hand anvertraut werden. Privates Gewinnstreben in diesem Bereich ist im Interesse unserer Jugend konsequent abzuschmettern.

Die Zukunft eines Landes hängt stark vom Bildungswesen ab, doch unser Bildungssystem ist un kreativ. Die Schüler müssen nur für die Prüfung lernen, dann ist fast alles wieder vergessen. Überdies müßte es doch in einem der reichsten Länder der Welt möglich sein, allen Schülern ein warmes Mittagessen anzubieten sowie den Schulbuchkauf und die Teilnahme an Klassenfahrten zu garantieren. Damit die sozialen Differenzen unter den Schülern nicht schutzlos offenkundig werden und zu Ausgrenzungen führen, hatte irgend jemand mal vorgeschlagen, allen Schülern Chipkarten auszuhändigen. Diese Karten sollten dann regelmäßig von Sozialstellen aufgeladen werden; bei Kindern von Reichen haben das deren Eltern zu übernehmen. Ich begrüße einen solchen Vorschlag nachdrücklich. Auch das Tragen einheitlicher Schulkleidung halte ich förderlich für ein gleichberechtigtes Miteinander. Keiner kann dann mehr spötteln: »Ätsch, ich kann mir Markenklamotten leisten, und du arme Sau muß mit billigem Plunder rumlaufen.« Das Schulklima würde damit verbessert, die Zeit der

Diskriminierungen wäre ausgestanden. Kein Schüler (auch hier meine ich natürlich beide Geschlechter) würde mehr als Hartz IV-Kind stigmatisiert.

Zuweilen hört man die Meinung, daß Privatschulen besser wären als öffentliche Schulen. Was sind die Gründe für eine solche Behauptung? Dann wird oft erwidert, daß die staatlichen Schulen schlechter ausgestattet seien, die Klassen dort zu groß sind und die Lehrkräfte überfordert, wenig engagiert und häufig schlecht ausgebildet seien. Wo derartige Kritikpunkte zutreffen, muß zügig an deren Beseitigung gearbeitet werden, damit der Bildungsauftrag wirkungsvoller umgesetzt werden kann. Die gesamte Unterrichtskultur muß ebenso verbessert werden. Da ist der deutsche Staat gefordert, also ran an die Arbeit. Aber es gibt noch weitere Gründe, weshalb Eltern Privatschulen bevorzugen, zum Beispiel, mein Kind soll in einem besseren sozialen Milieu aufwachsen. Privatschüler haben zudem größere Chancen im Berufsleben. Man will sich also abschotten, weil man sich für etwas Besseres hält. Diese Einstellung paßt zwar zu einer Ellbogengesellschaft, nicht aber zu einem Sozialstaat, den Deutschland vorzugeben versucht. Wie ich schon weiter vorn geäußert habe – Sie erinnern sich, liebe Leser? – ich lehne Privatschulen kategorisch ab.

Zusammenfassend fordere ich: Entscheidend für die Bildung müssen eindeutig Begabung und Talent sein, die soziale Herkunft ist dabei absolut unwichtig. Derartige Einschätzungen sind jedoch nur von staatlichen Einrichtungen ohne finanzielle Abhängigkeit objektiv möglich. (Privatschulen sind bestechlich. Gibt keiner zu, ist aber so, basta.)

Noch ein paar Worte zu unserer Lehrerschaft und ihrer verantwortungsvollen und nervenaufreibenden Tätigkeit. Früher gehörten Lehrer speziell in den

kleinen Städten oder Gemeinden zum Kreis der Honoratioren, also zu Bürgern, die ein besonderes Ansehen genossen. Heute gehen in vielen Bundesländern sogar die Kultusministerien mit ihren angestellten Lehrern würdelos um. Kürzlich erfuhr ich im Fernsehen, daß Lehrer während der Sommerferien gekündigt wurden, weil die Landesregierungen Geld sparen wollten. Warum sparen die Politiker nicht bei sich selbst oder bei überflüssigen Renommievorhaben? Da die gekündigten Lehrer keine einjährige Arbeit am Stück nachweisen können, erhalten sie kein Arbeitslosengeld I, sondern werden für mehrere Wochen zu gedemütigten Hartz IV-Empfängern. Der Artikel 1 des Grundgesetzes (Schutz der Menschenwürde) wird nach meinem Verständnis auf diese Weise von ministerialen Staatsdienern mit Füßen getreten. Das ist einfach skandalös! Pfui Teufel! Politiker machen gleichfalls Sommerferien, werden aber nicht entlassen, sondern erhalten durchgehend die vollen Bezüge. Versteht sich ja von selbst! Allerdings bin ich auch der Auffassung, daß Lehrer nicht unbedingt verbeamtet werden müssen (die hochgepriesenen Privatschulen kommen auch ohne Beamte aus). Wenn zuverlässige, pflichtgetreue Arbeit – im Interesse des Staates – nur von Beamten erwartet werden könnte, dann müßten alle Ärzte ebenfalls schnellstens verbeamtet werden. Schließlich ist der Staat an gesunden Menschen interessiert und nicht an erhöhten Krankenständen. Gesundheitswesen hat den gleichen Stellenwert wie Bildung.

Ein klasse Übergang zum nächsten Thema Gesundheit. Finden Sie nicht auch, liebe Leser?



Gute Besserung

Das Gesundheitswesen in Deutschland ist eigentlich nicht schlecht. Eigentlich! Diese Aussage beinhaltet Lob und Einschränkung gleichermaßen und kann somit nicht befriedigen. Das gilt für verflossene Jahre, da es zwei deutsche Staaten gab, es trifft aber leider auch für das aktuelle Geschehen zu.

Vor geraumer Zeit berichteten die Medien darüber, daß in den 1980er Jahren an DDR-Bürgern geheime Medikamententests durchgeführt wurden – mit fatalen Nebenwirkungen für die Patienten. In der ostblöckisch isolierten Finanzsituation verkaufte die DDR die Gesundheit der eigenen Bürger devisenträchtig für 3.800 DM je Proband. Das nannte man in diesen gefühllosen Kreisen »immaterielle Exporte«. Einen derartig verächtlichen Umgang mit hilfsbedürftigen Menschen muß man unerbittlich als große Sauerei verurteilen.

Die Tests an den ahnungslosen DDR-Bürgern erfolgten für westdeutsche (z.B. Hoechst AG) oder schweizerische Pharma-Unternehmen. Diese gewinnorientierten Firmen hatten damit im Vergleich zu den sonst üblichen Kosten etwa 20-30 Prozent gespart. Heute läßt es sich leicht auf die DDR schimpfen (sie existiert nicht mehr), aber der Westen hat mitgemacht, hat den verachtenden Umgang mit Menschen eigentlich erst ermöglicht. Für beide Seiten – Ost wie West – war das ein lukratives Geschäft auf dem Rücken nichtsahnender DDR-Bürger. Wessen Schuld ist größer einzuschätzen bei den abscheulichen Versuchen mit Medikamenten? Ich will mich hier nicht auf das glatte Eis der Haarspalterei begeben. Für mich steht allerdings eindeutig fest: Alle – ja alle

– damals Beteiligten haben ausreichend Veranlassung sich wenigstens in Grund und Boden zu schämen.

Geld, Geld, Geld – immer wieder geht es nur ums Geld. Auch unser Gesundheitswesen leidet unter der zunehmenden Ökonomisierung. Daraus leitet sich die erschreckende Erkenntnis ab: Das Patientenwohl steht nicht immer an erster Stelle, so, wie es eigentlich sein sollte. Wie lange noch von rühmlichen Ausnahmen berichtet werden kann, ist schwer vorherzusagen. Obwohl ich keine medizinische Ausbildung genossen habe und gelegentlich bloß durchschnittlicher Patient bin, erlaube ich mir, wahllos und keck einige Fakten unseres Gesundheitssystems in Frage und damit zur Diskussion zu stellen.

Zunächst mißfällt mir das ganze Versicherungsprinzip für Krankheitsfälle. Abgesehen von der verhöhnenden Zweiklassengliederung mit gesetzlich und privat Versicherten stört mich die enorm große Zahl der Kassen und Anbieter. Für die 90 Prozent der in Deutschland gesetzlich Versicherten gab es vor einigen Jahren noch mehrere hundert Krankenkassen. Durch Auflösung, Übernahme oder Fusion wurde die Menge inzwischen zwar reduziert, dennoch ist die verbliebene Vielfalt unnötig. Grob betrachtet werben heutzutage (Ende 2016) etwa 120 gesetzliche und ungefähr 40 private Krankenversicherer um Patienten. Das bedeutet aber auch, daß es für beide Gruppen insgesamt rund 160 Firmensitze gibt, die repräsentativ sein wollen und oft sogar pompös ausgestattet sind, und ebenso 160 teure Vorstände, deren Vorsitzende teilweise bis zu 270.000 Euro/Jahr »verdienen«. Außerdem sind die Kassen untereinander Konkurrenten, die in den Medien gegenseitig Mitglieder abzuwerben versuchen, wofür also weitere Gelder ausgegeben werden. Bei man-

cher Krankenkasse ist sogar eine ganz üble Masche gängig, indem kostenintensive Patienten, sogenannte Hochnutzer (also Alte, Kranke, Geringverdiener, Arbeitslose), gedrängt werden, in eine andere Kasse zu wechseln. Ich bin aus Gründen der sinnvollen Kosteneinsparung und der fürsorglichen Gerechtigkeit für eine einzige staatliche Kranken- oder Gesundheitskasse – ganz wie Sie wollen, liebe Leser.

Zur Zeit sind beispielsweise für Kassen- und Privatpatienten unterschiedliche Wartezeiten bei Arzt- und Krankenhausterminen die Regel. Das gibt offiziell natürlich niemand zu, es wird gar bestritten, doch diverse Tests, über die in den Medien ausführlich berichtet wurde, beweisen eindeutig den Tatbestand differenzierter Wertschätzung. Auch sind bestimmte medizinische Leistungen für Kassenpatienten tabu. Die Ärzte dürfen nicht alles verschreiben, sonst werden sie von den Kassen in Haftung genommen. Schließlich steht dem Arzt für die gesetzlich Versicherten nur ein beschränktes Budget zur Verfügung, bei dessen Überschreitung er Regreßforderungen riskiert. Es geht in erster Linie nicht mehr um medizinische Notwendigkeit, sondern um finanzielle Belange. (Die Kostenkontrolle im Auftrag der Krankenkassen übernimmt der »Medizinische Dienst«.) Medizin ist zu großen Teilen zum würdelosen Konkurrenzgeschäft geworden. Was ist wichtiger, die Gesundheit der Patienten oder der Profit des Krankenhauses? Manche Ärzte können nur überleben, wenn sie auch Privatpatienten haben, denn bei diesen kann ein Arzt bei gleicher Leistung 2-3 mal mehr abrechnen (und somit verdienen) als bei Kassenpatienten. (Warum wohl ist am Starnberger See in Bayern die größte Arztdichte innerhalb Deutschlands zu verzeichnen?)

Der bis September 2013 amtierende Bundesgesundheitsminister Bahr (FDP) war gegen eine einzige Kasse. Seiner Meinung nach fehle dann die Konkurrenz. Wäre der Patient mit seiner Kasse nicht zufrieden, hätte er keine Auswahl, um in eine andere wechseln zu können. Schlichten Menschen fallen stets nur die Begriffe Privatisierung und Wettbewerb ein. Doch das ist in ihrer primitiven Einfältigkeit ein peinlicher Fehler, zumal im entstandenen »Raubtierkapitalismus« faire Wettbewerbe gar nicht mehr existieren. Diese haben heutzutage fast ausschließlich ruinösen Charakter. Es geht nur ums schnelle Geld, bei dessen Jagdgetöse die Stärkeren gnadenlos die Schwächeren platt machen. Wo bleibt die Würde des Menschen?

Bis vor einigen Jahren war die Zahl der Bettenbelegungen im Krankenhaus ausschlaggebend für die Vergütung durch die Krankenkasse (Tagespauschalen, Abrechnung nach Liegezeit). Bei den seit 2003 geltenden Fallpauschalen ist jeder Patient ein Fall, und mit jedem neuen Fall erzielt man im Eilzugtempo, selbst bei ungenügender Zuwendung gegenüber den Patienten, zusätzliche Einnahmen. Aus diesem Grunde werden oft die Aufenthaltszeiten im Krankenhaus stark gekürzt, so daß es menschenverachtend sogar zu den »englischen« (blutigen) Entlassungen kommt. Das alles wird von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung nicht in Frage gestellt. Oh, oh!

Es gibt auch Krankenhäuser, die Ärzten »Fangprämien« zahlen, wenn diese Patienten an sie überweisen, denn mit OPs verdienen die Kliniken am meisten. Profit zählt oft deutlich mehr als ärztliche Fürsorge. Deshalb wird in Deutschland ohne reifliche Erwägung zu schnell operiert. So kommt es zu unnötigen Eingriffen, und der Mißbrauch des Arzt-Patienten-Verhältnisses verringert das Vertrauen. Die Ärzte sollten sich auf ihren hippokratischen

Eid besinnen und sich nicht von ökonomischen Zwängen leiten lassen. So kann es jedenfalls nicht weitergehen – mit Zeitdruck und geringerer Verweildauer im der Genesung dienenden Krankenbett. Das Fallpauschalsystem muß reformiert werden, denn die Kriterien der Marktwirtschaft greifen im Gesundheitswesen absolut nicht, ebenso wenig wie bei Bildung, Umwelt, Wasserversorgung, ...

Ganz klar ist zu erkennen, daß die Leistungen falsch vergütet werden. Der Einsatz von Skalpell und Technik wird großzügig honoriert, für Zuwendungen und Beratung des Patienten dagegen erhält man sehr wenig; in diesem Behandlungssektor ist Knauserei angesagt. Und ein weiteres Mal vermissen ich bedauernd die Menschenwürde!

In Deutschland gibt es beispielsweise fünfmal so viele Bandscheiben-OPs wie in Frankreich. Viele Chefs von Krankenhäusern geben Zielvorgaben aus, also wieviel OPs im Jahr gemacht werden sollen. Der Arzt selbst kann kaum noch entscheiden. Werden die Vorgaben erreicht oder überschritten, gibt es eine extra Vergütung (Bonuszahlung) – z.B. für 50 Kniegelenke im Jahr gibt es 10.000 Euro. Wenn dann im Dezember erst 47 erreicht sind, dürfte klar sein, daß mit aller Macht die 50. OP durchgesetzt wird, auch wenn sie völlig unsinnig wäre. Derartige Zielvereinbarungen müssen unterbleiben – denn jede OP beinhaltet ein Risiko. Deshalb sollte nur operiert werden, wenn es aus medizinischer Sicht keine sinnvolle Alternative gibt. Hierbei muß dann aber sehr überlegt und fachlich akkurat bewertet werden.

Noch drängen viele Ärzte zu einer OP, obwohl diese nicht erforderlich ist; sie bringt aber – wie schon erwähnt – dem Arzt und der Klinik den angestrebten finanziellen Gewinn. Die OP-Begründung weicht häufig von der Diagnose

ab; mit falschen Befunden wird systematisch betrogen. Es geht also nicht um die beste, um die geeignetste Versorgung der Patienten. Das jedoch verstößt gegen die Berufsordnung, gegen den Ärztekodex und gegen Ethos. Eine Verbesserung der Situation wird leider durch ein großes Kontrolldefizit blockiert. Das muß sich ändern; es sind mehr unabhängige und qualifizierte Kontrollen durchzuführen. (Damit können außerdem auch Arbeitsplätze geschaffen werden.)

Krankenhäusern ist eine sinnvolle Spezialisierung zu empfehlen, denn nicht jede Klinik muß und sollte alles können. Ein Beispiel: Das Überleben von Frühgeborenen (den Frühchen) hängt von der Erfahrung des Krankenhauses ab. Die Klinik sollte ausreichend groß sein, die entsprechenden Ausrüstungen besitzen und mindestens 30 Frühchen pro Jahr betreuen. Unerfahrene Kliniken bergen Risiken fürs Überleben. Trotzdem kämpfen auch kleine Kliniken um Frühchen, denn diese Betreuung wird erheblich besser bezahlt, ist also für Krankenhäuser ein lukratives Geschäft. Für die Gesellschaft ist das nicht hinnehmbar, wenn somit unnötig Säuglinge sterben. Geschäfte mit der Gesundheit oder gar mit dem Leben, und das schon ab der Geburt! – Pfui Teufel!

Gleichfalls im Interesse des Gewinns wird sträflich an Pflege- und Reinigungspersonal gespart, das die Aufgaben so nicht mehr ausreichend erfüllen kann. Für das Reinigen eines Krankenzimmers stehen meist nur 5 Minuten (!) zur Verfügung, das reicht niemals. Isolierzimmer sind besonders problematisch. Hierfür müßte speziell geschultes Personal eingesetzt werden. Doch die Verantwortung wird externen Billigfirmen übertragen, die hierfür gar keine fachgerechte Ausbildung nachweisen müssen. Eigenes Personal kommt

höchst selten zum Einsatz. Sogar die Charité hat die Reinigungsaufgaben an eine Tochterfirma ausgelagert.

So nimmt die Gefahr durch Krankenhauskeime drastisch zu. MRSA ist der »Klassiker« der multiresistenten Keime. Die mörderischen Bakterien verursachen Infektionen, wodurch mehr Menschen sterben als im Straßenverkehr. Es liegen nur oberflächliche Antibiotika-Verordnungen vor – das ergibt unter Umständen eine zu lange Verordnungsdauer, das Festlegen zu großer Mengen oder gar falscher Wirkstoffe. Die vorhandenen Richtlinien werden in Deutschland nur ungenügend umgesetzt und – abermals wegen Personal-mangels – nicht ausreichend kontrolliert.

MRSA-Keime führen zunehmend in Krankenhäusern zu gefährlichen Infektionen, die Entzündungen hervorrufen und oft sogar zum Tode führen. Mangelnde Hygiene und unterlassene Eingangsuntersuchungen sind die wesentlichen Gründe für diesen Skandal. Es geht nur ums Geld, überall wird gespart. Wie nachteilig sich das auf die Patienten auswirkt, das interessiert die Krankenhausbetreiber nur in geringem Umfang. Eine häufig vorgebrachte Ausrede: Es liegen keine rechtsverbindlichen Aussagen vor.

Anders in den Niederlanden. Dort werden grundsätzlich Eingangsuntersuchungen mittels Abstrich durchgeführt. Die Patienten kommen in Quarantäne bis das Ergebnis nach 1 bis 2 Stunden vorliegt. Mikrobiologen legen in den Niederlanden fest, welches Antibiotikum gegeben werden muß. (In Deutschland macht das z.B. der Chirurg, also kein Spezialist). Somit gibt es in »Holland« auch kaum Probleme mit MRSA-Keimen.

Ein paar Bemerkungen zu den Individuellen Gesundheits-Leistungen, den sogenannten IGeL-Angeboten, seien mir hier gestattet. Viele Ärzte bieten ih-

ren Patienten diese Leistungen an, zum Beispiel den PSA-Test (Früherkennung Prostatakrebs) oder die Augeninnendruck-Messung zur Glaukom-Vorsorge (grüner Star), die jeweils etwa 20 bis 50 Euro kosten. Diese Leistungen sind nicht erforderlich; sie werden deshalb auch nicht von den Kassen bezahlt, sondern vom Patienten finanziert. Für den Arzt bedeutet es aber zusätzliche Einnahmen. Der renommierte Pharmazeut Prof. Gerd Glaeske meint: »Das IGeL-Geschäft ist reine Geldschneiderei. Alles medizinisch Notwendige ist über die Kassen abgedeckt.«

Die Ärzteschaft ist allerdings oft anderer Auffassung. Ich selbst habe von Fachärzten Handzettel mit folgender Aussage erhalten:

»Die gesetzliche Früherkennungsuntersuchung umfasst leider nicht alle diagnostischen Verfahren, die heute zur rechtzeitigen Diagnostik gefährlicher Erkrankungen möglich sind. [...] Frühzeitig erkannt sind fast alle Tumorerkrankungen heilbar, das sollten Sie sich wert sein! Die Kosten zusätzlicher Leistungen werden nicht von den gesetzlichen Krankenkassen erstattet und sind daher Selbstzahlerleistungen.«

Und dann werden auf einem Faltblatt und im persönlichen Gespräch verschiedene Zusatzleistungen angeboten. Ja was denn nun? Es kann doch nur eine Meinung richtig sein. Bei der bestehenden Widersprüchlichkeit ist eine eindeutige Aufklärung und unabhängige Entscheidung durch das Gesundheitsministerium dringend geboten. Man kann doch die Patienten nicht ratlos und verunsichert im Regen stehen lassen. Analog der Rechtsprechung mit dem Grundsatz »in dubio pro reo« sollte im Gesundheitswesen die gleiche Festlegung gelten: »Im Zweifel für den Patienten«. In diesen Fällen müssen die Kassen selbstverständlich die Kosten übernehmen.

Vorsorgeuntersuchungen sind wichtig, aber es gibt auch solche, bei denen der Wert umstritten, überflüssig oder gar gefährlich ist. Das trifft z.B. für den PSA-Test bei Männern zu oder bei Frauen die Ultraschall-Untersuchung der Eierstöcke. Sich daraus angeblich als notwendig erweisende OPs sind unnötig, so die Meinung gestandener Mediziner. Es gibt über 350 dieser »Individuellen Gesundheits-Leistungen«, über deren Wert und Sinn sehr unterschiedliche Meinungen vertreten werden. Eine Messung des Augeninnendrucks jedoch kann durchaus sinnvoll sein (Augenärzte verkünden dies immer wieder), nur wenn der Betroffene, ohne untersucht worden zu sein, gleich zur Messung und damit zur Kasse gebeten wird, ist das fragwürdig. Der Arzt muß außerdem vorab persönlich über Zweck, Preis und mögliche Risiken der Behandlung aufklären.

Auch neue Medikamente sind mit Vorsicht zu genießen. Oft haben sie keinen Mehrwert für die Gesundheit – wohl aber für die Pharmafirmen. Die neuen Medikamente sind teurer als die älteren Pendanten, und viele Mediziner sitzen dem Mißverständnis auf, Neues sei grundsätzlich besser.

Es gibt noch weitere Beispiele, die belegen, daß im Gesundheitswesen (gerade hier ist Menschenwürde besonders zu achten) immer mehr der schnöde Mammon regiert.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen des Bundes und der Länder üben eine ärztliche Selbstkontrolle aus. Bei der Arbeit der KV handelt es sich um gemeinnützige Tätigkeiten, die von den Geldern der Versicherten vergütet werden. Deshalb sollten sich die Ärztefunktionäre bei ihrer Entlohnung schon etwas zurückhalten. Bedauerlicherweise dominiert oft eine Selbstbedienungsmentalität. So werden beispielsweise Übergangsgelder gezahlt für den Fall,

daß der Vorstand nicht wiedergewählt wird. Das allein schon ist für mich nicht einsichtig und als höchst bedenklich einzuschätzen. In Berlin hatten sich 2011 die drei Vorstandsmitglieder jeweils 183.000 Euro Übergangsgeld ausgezahlt. Da die Übergangsgelder nicht gerechtfertigt waren (sie blieben ja im Amt und arbeiteten nicht wieder in einer Arztpraxis), bezeichneten sie diese plötzlich als Sonderzahlung. Wofür aber das? – fragt man sich erstaunt. Schließlich wurde vor Gericht diese Sonderzahlung untersagt. Was machten daraufhin »die dreisten Drei«? Sie erhöhten ihr ohnehin hohes Jahreseinkommen um 30.500 Euro. Was für ein Zufall. Auf sechs Amtsjahre hochgerechnet ergibt das genau jene ominösen 183.000 Euro. Diese Raffgier muß man stoppen, und die untragbaren Funktionäre ohne jegliches Unrechtsbewußtsein müssen aus dem Amt gejagt werden. Wo kommen wir denn sonst hin? Und wozu brauchen wir überhaupt kassenärztliche Vereinigungen? Das ist doch nur aufgeblähter Ballast, der unnötig kostet. Was meinen Sie, liebe Leser?

Auch bei den Ärzten ist korruptes Verhalten anzutreffen, wenn Pharmavertreter für ihre Medikamente oder Indikationen werben. Die Pharmaindustrie fordert u.a. Ärzte auf, ihre eigenen Medikamente zu verschreiben und den Behandlungsverlauf zu dokumentieren. Solche Studien sind aber nicht erforderlich, denn sie mußten ja schon vor der Einführung des Medikaments durchgeführt werden. Auch Fortbildungen werden von der Pharmaindustrie bezahlt, damit eigene Produkte angewendet werden. Die Zahl der Korruptionen soll jedoch gering sein, so berichteten die Medien, »nur« jeder 5. Arzt ist dazu bereit. Leider gibt es immer wieder »schwarze Schafe«, darüber können selbst weiße Kittel nicht hinwegtäuschen. Dennoch müssen die Bestechungen in den Arztpraxen stärker verfolgt und bestraft werden. Grober Mißbrauch ist mit hohen Geldstrafen zu ahnden, sogar der Entzug der Approbation

könnte in Frage kommen. Es geht schließlich um die Gesundheit der Patienten. Wo ist das Ehrgefühl mancher Ärzte?

Perfide »Geschäftsmodelle«, bei denen der Arzt nur an sein eigenes Wohl denkt, »beleben« zunehmend den Markt der Medizin. So gibt es beispielsweise immer mehr Orthopäden, die zielgerichtet zur Weiterversorgung (Krankengymnastik, Massagen) konkret an bestimmte Physiotherapeuten vermitteln. Diese haben gleich nebenan oder nur um die Ecke ihre Praxis. Der weiterempfehlende Orthopäde oder eines seiner Familienmitglieder sind natürlich Mitgesellschafter dieser Einrichtung und verdienen durch die gezielte Weiterleitung kräftig mit. In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Reeder-Gruppe genannt und kritisiert, die bundesweit bereits über 170 Physiotherapiezentren betreibt.

Ein weiterer Diskussionspunkt im Gesundheitswesen betrifft das Impfen. Die Kinderkrankheiten wie Masern, Mumps (auch Ziegenpeter genannt), Röteln und Windpocken (Varizellen) sind extrem ansteckend (Tröpfcheninfektion) und für Erwachsene besonders gefährlich. Deshalb ist Impfen bereits im Kindesalter ratsam; diese Grundimmunisierung sollte jeder erhalten. Doch auch im Erwachsenenalter muß der Impfschutz durch Auffrischungen garantiert bleiben. Für die genannten Krankheiten steht ein 4fach-Impfstoff zur Verfügung. Und noch ein weiteres Kombiprodukt, ein 6fach-Impfstoff, der zusätzlich vor Diphtherie und Tetanus schützt, ist im Angebot. (Natürlich sind auch andere Kombinationen frei verfügbar.) Es ist allerdings fraglich, ob eine Kombi-Impfung mit mehreren Wirkstoffen sinnvoll ist, denn gerade bei den kleinen Menschenwesen werden damit zuviel Erreger auf einmal zur Immunisierung in einen gesunden Körper gespritzt. Als medizinischer Laie frage

ich mich: Sind vielleicht kleinere Kombinationen (2- oder 3fach) günstiger, auch wenn dann in erforderlichen Abständen öfter gepikst werden müßte?

Impfung ist in Deutschland freiwillig, doch allein überzeugende Argumente für das Impfen nützen nicht immer; ein brodelndes Risiko ist stets latent. Ich entsinne mich noch (es liegt schon mindestens 30 Jahre zurück) an den aufmunternden, immer wieder publizierten Aufruf in den Westmedien: »Kinderlähmung ist grausam, Schluckimpfung ist süß!« Also ihr Eltern, kommt doch bitte mit euern Kindern zur Schluckimpfung. Davon ist lange nichts mehr zu hören. Heute gilt die Kinderlähmung in Deutschland offiziell als besiegt. Glück gehabt?

In der DDR gab es sogar eine Meldepflicht für den hochansteckenden Keuchhusten. Diese Pflicht zur sinnvollen Überwachung war nach dem Mauerfall lange Zeit nur in den neuen Bundesländern anzutreffen. In den alten Ländern piff man leichtsinnigerweise darauf. Ein neues Gesetz vom 29. März 2013 schreibt nun endlich die bundesweite Meldepflicht vor – für Keuchhusten, Mumps, Röteln und Windpocken.

Von Medizinern wird das schützende Impfen dringend empfohlen, und bei einer Umfrage begrüßten über zwei Drittel der Deutschen die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht. Vor der Impfung ist natürlich eine gründliche Untersuchung des Patienten – ob klein, ob groß – erforderlich, um das Impfrisiko so gering wie möglich zu halten. Bei einer bestehenden Erkrankung (z.B. Bronchitis) muß das Impfen selbstverständlich verschoben werden.

Hier noch ein Beispiel dafür, daß eine Impfpflicht sinnvoll ist und viel Leid ersparen kann. Die Masern sind eine Infektionskrankheit mit hohem Fieber

und rotem Hautausschlag. Nur scheinbar ist es eine harmlose Erkrankung von Kindern. Andere Menschen (also auch Erwachsene!) können schnell angesteckt werden. Ohne Impfung können selbst nach vielen Jahren irreparable Schäden im Gehirn auftreten -Hirn(haut)entzündungen-, wodurch der Patient zum dauernden Pflegefall werden kann. Eine Impfpflicht ist deshalb unbedingt empfehlenswert. In Skandinavien beispielsweise gibt es keine Masern mehr, dort wird konsequent geimpft. Auch in der DDR waren die Masern infolge der Impfpflicht besiegt worden; im grenzenlosen Deutschland gibt es solch eine Pflicht nicht mehr (von wegen der Freiheit). Man hofft auf die Vernunft und Einsicht der Eltern, doch einige bevorzugen zuweilen sogenannte Masernpartys, wo sich die Kinder untereinander anstecken sollen, damit danach Antikörper gebildet werden können. Solch gedankenloses Verhalten kommt einer unwürdigen, körperlichen Verletzung gleich. Es kann doch nicht sein, daß bei uns im Jahre 2017 noch Menschen an Masern sterben. Nach der Geburtsurkunde sollte der übersichtlich geführte Impfausweis das wichtigste Dokument jedes neuen Erdenbürgers sein. (Durch umfassende Impfkationen in den vergangenen 22 Jahren sind in Nord- und Südamerika sowie in der Karibik die Masern ausgerottet. Bei uns sind leider nur zwei Drittel der Kinder gegen Masern geimpft.)

Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) überprüft alle neuen Medikamente. Dabei wird kritisch, gut und unabhängig gearbeitet, denn es geht schließlich um die Sicherheit der Patienten. Trotzdem mußte der renommierte Institutsleiter Prof. Peter Sawicki gehen. Er leitete das Institut von 2004 bis 2010 und legte stets großen Wert auf Unabhängigkeit bei der Nutzenbewertung der Herstellerstudien. Sind die neuen Medikamente und Verfahren wirklich besser oder nur teurer? Der

Pharmaindustrie gefiel das natürlich nicht. Sie will lieber mit nutzlosen Arzneimitteln Milliarden Gewinne machen, und das zu Lasten der Patienten und der Kassen. So wurde Prof. Sawicki ein Opfer der Pharmalobby und der mit ihr kugelnden Politiker. Der gepriesene Fortschritt bei neuen Medikamenten ist oft nur Bluff, dafür sind die Pharmakosten enorm gestiegen. Die Preise legen die Konzerne alleine fest, denn der Arzneimittelmarkt ist bei uns nicht geregelt. Da dürfte eine Neuordnung überfällig sein. Auch der Markt für Medizinprodukte ist für die Hersteller äußerst lukrativ. Wenn schadhafte Produkte implantiert werden, dann bedeutet das eine leichtfertige Gefährdung der Patienten. Doch eine staatliche Zulassungspflicht für Medizinprodukte wird von den verantwortlichen, jedoch gleichgültigen Politikern nicht in Erwägung gezogen. (Ersatzteile fürs Auto werden exakter geprüft.)

Höchst verwunderlich sind auch die Re-Importe bei Medikamenten. Ein Beispiel: Wenn ein Medikament in Deutschland 40 € kostet, das gleiche Produkt in Portugal für 25 € zu haben ist, dann kaufen Re-Importeure in Deutschland (es gibt über 30 davon, z.B. die Kohlpharma GmbH in Merzig) dieses Medikament beim portugiesischen Großhandel, packen um, etikettieren neu und vertreiben es in Deutschland für 35 €. Es ist dann billiger als das deutsche Original (40 €), aber teurer als in Portugal (25 €). Die Differenz von 10 € gehen in Ausgaben für das Umpacken und für Gewinn! Derartiges Gebaren erinnert mich doch sehr an die lächerliche Schildbürgerei.

Bei rezeptfreien, apothekenpflichtigen Medikamenten (auch bei außerhalb von Apotheken frei verkäuflichen Arzneimitteln) haben wir zudem ein Problem, denn der Profit für die Firmen, die sich im Verband der forschenden Pharma-Unternehmen zusammengeschlossen haben, ist wichtiger als der Pa-

tientenschutz. Die Deutschen beharren auf der zugesicherten Freiheit (Artikel 2 GG); folglich dürfen auch Arzneimittel (rezept)frei verkauft werden. Doch wenn der Schutz der Patienten mißachtet wird, dann widerspricht das dem Absatz 2 dieses Artikels: »Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.« So gibt es viele Dinge im gesellschaftlichen Leben, die miteinander korrespondieren, aber auch konfrontieren können. Um dennoch einen sorgsameren Umgang mit den Patienten zu gewährleisten, muß wenigstens die Beratung durch die Apotheken verbessert werden. Es ist geradezu unverantwortlich, wenn z.B. Schmerzmittel in großen Mengen an einzelne Kunden verkauft werden, obwohl diese Medikamente nur einige Tage eingenommen werden sollen. Auch der übermäßige Gebrauch von Vitaminpräparaten kann gefährlich sein. Die Sorge um den Menschen sollte gerade für Apotheker wichtiger sein als die Profitgier. Ich befürchte jedoch, ich spreche gegen eine Wand. Keiner hört zu, niemand macht sich Gedanken darüber. Geld, Geld, Geld – was sonst?

Für eine der nächsten Gesundheitsreformen hatten CDU/CSU bereits 2004 überlegt, eine Gesundheitsprämie einzuführen, das heißt, von jedem den gleichen Krankenkassenbeitrag zu erheben (»Kopfpauschale«). Mit diesem Konzept sollte der Arbeitgeberanteil an der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gesenkt werden. (Die CSU ist von diesem Plan schon vor einiger Zeit abgerückt.) Dann müßte jeder Erwachsene monatlich 150 Euro zahlen (es könnte auch mehr werden), damit alle Kosten gedeckt sind. Diese Vorstellungen beweisen abermals, daß bestimmte Politiker die Wohlhabenden schonen, ja sogar bevorzugen, dafür kräftig bei den Ärmern zulangend. Die folgenden Zahlen belegen dies eindeutig.

Vom Bruttolohn bzw. von der Bruttorente der gesetzlich Versicherten werden gegenwärtig (Stand 2014) $7,3\% + 0,9\% = 8,2\%$ für die Krankenkassen einbehalten.

Beispiel für verschieden hohe Einkommen bei der möglichen Einführung der Kopfpauschale:

Brutto	bisher	ergibt	künftig	Ziel
1.200,00 €	8,20%	98,40 €	51,60 € Erhöhung	für 150,- €
4.000,00 €	8,20%	328,00 €	-	-
Höchstsatz aber		296,00 €	146,00 € Minderung	für 150,- €

Dieses »Kopfgeld« in Höhe von 150 Euro sollten alle von der Putzfrau bis zum Chef einheitlich zahlen. Die Ärmeren würden also rigoros zur Kasse gebeten, die Reicheren dagegen erneut begünstigt. Das ist völlig unsolidarisch und nicht akzeptabel. Es wäre, gelinde gesagt, skandalös! Behauptet wird von der Politik meist das Gegenteil, nur weil man den Ärmeren gelegentlich ein paar Krumen hinwirft. Bei den Koalitionsverhandlungen im November 2013 haben sich CDU und SPD endlich geeinigt, eine derartige Kopfpauschale nicht einzuführen.

Die SPD (sowie Grüne und Linke) hält aber weiterhin eine Bürgerversicherung für erstrebenswert, bei der das duale System zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung abgeschafft wird und alle Bürger einen bestimmten Prozentsatz aus der Summe aller Einkünfte bis zur Beitragsbemessungsgrenze in die gesetzliche Versicherung einzahlen. Dagegen sträubt sich natürlich der Verband der Privaten Krankenversicherungen. Von liberaler Seite wird kritisiert, daß mit der Bürgerversicherung der Wettbewerb weg-

fällt und die Qualität der Gesundheitsversorgung verschlechtert würde. Eine Entscheidung oder gar Einigung läßt auf sich warten. Meine Sympathie gilt eindeutig der sozial ausgleichenden Bürgerversicherung. Schon lange wird gestritten, was denn besser sei, wobei immer nur die eigenen Interessen berücksichtigt werden. Auf jeden Fall sollte am Ende eine sinnvolle, gerechte und qualitativ vorbildliche Lösung zur Verfügung stehen. Gebt euch Mühe, ihr Politiker – egal welcher Partei!

Wie eingangs bereits erwähnt, ist das Gesundheitswesen in Deutschland eigentlich nicht schlecht. Doch es gibt ein beachtliches Verbesserungspotential. Noch trage ich einen Organspendeausweis bei mir, mit dem *»ich gestatte, dass nach der ärztlichen Feststellung meines Todes (wobei ich auf 100%iger Eindeutigkeit bestehe) meinem Körper Organe und Gewebe entnommen werden.«* (Falls noch Teile meines erkaltenden Körpers qualvoll lebenden Menschen Linderung oder gar Gesundung ermöglichen, was sollte ich dagegen haben?) Wenn ich jedoch weiter erkennen muß, wie Geld das Gesundheitswesen dominiert, wie oft Fehleinschätzungen bei der Diagnose Hirntod auftreten und auf welcher verächtliche Weise Geschäfte mit Organen abgewickelt werden, dann ist zu befürchten, daß ich eines Tages meinen Organspendeausweis vernichte.

Es gäbe noch erstaunlich viele Kritikpunkte, auf die hier hingewiesen werden müßte, wie

- der untragbare Mangel an Fachärzten für Notfallmedizin,
- die Unsinnigkeit der invasiven Eingriffe mit Botox,
- fragwürdige Medikamente, etwa Sonosan gegen Tinnitus oder Lariam gegen Malaria,

- die Gefahren der E-Zigarette,
- unsichere Sammelspenden und verseuchte Mischpräparate bei Bluttransfusionen,
- das Praktizieren mit gefälschten Approbationen,
- der Pfusch bei der Implantation von Hüftgelenken,
- die Fragwürdigkeit und Risiken mit Nahrungsergänzungsmitteln
- das Fehlen von Palliativmedizinern und vieles mehr.

Ich halte mich ab jetzt diskret zurück und überlasse damit das weitere Diskussionsfeld den erfahrenen Berufsmedizinern.

Zum Abschluß dieses Kapitels wende ich mich ziemlich besorgt noch einem speziellen Fall in Berlin zu.

Wer kennt sie nicht, die Charité – Deutschlands berühmtestes Krankenhaus, das bereits 1710 gegründet worden war (nur zwei Jahre vor der Geburt des späteren Preußenkönigs Friedrich II., reiner Zufall). Dieses einzigartige Klinikum als versorgendes Krankenhaus wie auch als medizinische Forschungseinrichtung hat weltweite Bedeutung erlangt. Doch nun sieht es trübe aus mit der Charité, denn nach dem Mauerfall haben großmäulige Wessis »das Ruder übernommen« und ordentlich »aufgeräumt«. Viele hervorragende Ärzte und Wissenschaftler wurden entlassen, weil man ihnen Verbindungen zum ehemaligen Staatssicherheitsdienst der DDR vorwarf. Diese Kontakte waren aber erforderlich, um beispielsweise über die Devisenbeschaffung im Schalck-Golodkowski-Imperium an wichtige Apparaturen aus dem westlichen Ausland zu gelangen. Die neuen Herren in der Charité, die übrigens absolut nichts für den Mauerfall getan hatten, fühlten

sich als Sieger der neueren deutschen Geschichte. Und selbstgefällige »Sieger« können es sich leisten, bestens ausgebildetes und erfahrenes Spitzenpersonal der »Unterlegenen« rotzfrech rauszuschmeißen. Seltsam ist nur, daß diese bösen unduldsamen DDR-Mediziner in den USA mit Kußhand aufgenommen wurden. Damit alle Wessis das begreifen, wiederhole ich gern: In den USA hieß man Mediziner und Wissenschaftler aus der DDR herzlich willkommen. Dort weiß man eben Leistung zu schätzen. Was dachte man daraufhin wohl – falls man überhaupt dachte – in der Chefetage der annektierten Charité? Na ja, halb so schlimm. An der Charité haften schließlich 40 Jahre DDR, da muß man jetzt nicht mehr überall nur die besten Ärzte einsetzen. So ähnlich könnte es gewesen sein, so könnte die Dummheit der neuen Klinikumsspitze verstanden werden, die, oh Schreck, für beachtliche dreizehntausend Mitarbeiter an vier Standorten »verantwortlich« ist, dazu kommen 7.000 Studenten, 3.200 Klinikbetten, 16 Sonderforschungsbereiche und vier Graduiertenkollegs.

Dann rückte der 300. Jahrestag der Charité-Gründung näher. Aus diesem Anlaß hatte das Uniklinikum mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Karl Max Einhäuptl aus Bayern Großartiges vor. Doch die klammen Kassen sorgten für eine Notbremsung. Über den weiteren Verlauf berichtete Redakteur Winfried Köppelle im Laborjournal, Heft 6/2012, dem Service-Magazin für Medizin und Biowissenschaften:

»Nun sollte wenigstens eine imposante Denkschrift her, doch wer sollte die schreiben? Wie geschaffen für derlei Aufgaben wäre das Charité-eigene Institut für Medizingeschichte gewesen – doch dieses hatte man seit Jahren verkommen lassen. Und die anderen Instituts-Direktoren hatten nun gar keine Lust, neben der

Chefarztvisite auch noch ehrenamtliche Schreiberdienste zu erledigen. Auch dem letzten verbliebenen Prestigeprojekt drohte das Aus. Der damalige Charité-Oberarzt und Nebenberufsliterat Jakob Hein wusste Rat: Sein Schriftstellerkumpel Hennig würde es billig erledigen.

Billig? Einhäuptl und seine Vorstandskollegen wurden hellhörig. In letzter Minute engagierten sie den gelernten Schriftsetzer, medizinhistorisch jedoch komplett ahnungslosen Hennig. Wofür ausgebildete Medizinhistoriker wenigstens zwei Jahre und 100.000 Euro Kosten veranschlagen, das wollte [...] Hennig binnen weniger Monate zum Dumpingpreis von 18.300 Euro erledigen.

Kaum war das zusammengeschusterte Opus mit dem schönen Titel »300 Jahre Charité – im Spiegel ihrer Institute« gedruckt und zu einem Verkaufspreis von 59,95 Euro bei den Buchhändlern gelistet, da stellte sich heraus: Alles nur gespiegelt, äh, geklaut! Nun ja, nicht alles, aber eben doch weite Teile dieser Chronik, auf deren Titel stolz die Charité-Honoratioren Karl Einhäuptl und Detlev Ganten sowie Jacob Hein als Herausgeber prangen. Im Innenteil werden sie gar als Autoren genannt.

[...]Unwahrscheinlich, dass das Herausgeber-Trio Einhäuptl/Ganten/Hein das Auftragswerk vor Drucklegung mal in der Hand gehalten hat. Oder gar las, was man angeblich geschrieben hat. Jedenfalls fiel den preisbewußten Herren gar nicht auf, dass Vorwort und Danksagung durchweg im Singularis Majestatis verfasst sind (»ich« statt »wir«) – darunter aber drei Herausgeber als Verfasser stehen.

Vor dem Hintergrund einer anderen, etwas später hochkochenden Plagiatsaffäre um einen fränkischen Lügenbaron waren die Charité-Oberen bis auf die Knochen blamiert.«

Genug des Charité-Theaters. Das Druckwerk wurde schließlich eingestampft, und von Hennig wurde Schadenersatz gefordert. Da der seine Unschuld am Textklau beteuerte – in Deutschland hat man grundsätzlich niemals schuld – hatten Promi-Anwälte für einen längeren Zeitraum Gelegenheit viel Geld zu verdienen. Herr Köppelle berichtet an anderer Stelle weiter:

»Fürwahr, Karl Max Einhüptl, der Neurologe an der Klinikumsspitze, hat eine Menge Ärger am Hals. Gerade deshalb sollte er vielleicht die Zahl seiner TV-Auftritte reduzieren und besser auf den Baustellen der Charité vorbeischauen. Denn davon gibt es eine ganze Menge.

Zum Beispiel das neue Gebäude der Vorklinik. Mit den Unsummen, die dieses völlig aus dem Ruder gelaufene Projekt zusätzlich kosten wird, könnte man in den kommenden Jahren Dutzende von Jubiläumsfeiern und Hunderte von Festschriften finanzieren. Dies liegt vor allem daran, dass man den ursprünglichen Plan – bestehende Altbauten kostengünstig umzubauen – verwarf. Stattdessen beschloß man, an einer Stelle zu bauen, wo das Gelände (wie oft in Berlin) versumpft ist. Statt ursprünglich geplanter 25 Millionen Euro wird die neue Vorklinik mindestens 86 (manche befürchten gar 100) Millionen Euro kosten.

Auch das in den letzten Jahren umgebaute Medizinstudium bereitet Ärger: Dank »modularem Aufbau« werden neuerdings mehr Räume und Personal benötigt – stattdessen werden fleißig Stellen abgebaut. Speziell die Biochemie, die Anatomie und die Physiologie hätten darunter gelitten, wird in Charité-Kreisen geklagt. Man rechnet mit schlechter ausgebildeten Medizinerinnen.

Desweiteren sorgten Ende 2011 Meldungen für Kopfschütteln, das weltberühmte, seit 1899 bestehende Medizinhistorische Museum der Charité werde aus Kostengründen geschlossen. Der Vorstand dementierte, wies aber darauf hin, dass

die Eintrittsgelder den Unterhalt des Museums nicht decken könnten. Doch trifft dies wohl für jedes beliebige Museum in Deutschland zu.

Dass der Bauzustand der Charité-Gebäude teils gut, hauptsächlich aber katastrophal ist – geschenkt. Es regnet durchs Dach, während die uralten Heizungen fröhlich knattern und die 30 Jahre alten Fenster quietschen.«

So ist das heutzutage bei der Charité, dem berühmten Klinikum von internationalem Rang. Man muß befürchten, daß mit den gegenwärtigen medizinischen »Kapazitäten« an der Spitze in spätestens zwanzig Jahren die Charité »kaputtgespielt« worden ist. Ist es nur Unvermögen der Verantwortlichen oder geplante Vernichtung einer einzigartigen Einrichtung? Mit ihrer Geschichte können die Deutschen einfach nicht umgehen. Meine Frau, die über 40 Jahre ununterbrochen im Forschungsbereich der Charité tätig war, kann über die Entwicklung während der letzten Jahre nur verständnislos den Kopf schütteln. Und ohnmächtige Wut erfüllt Geist und Körper! Schade um die Charité, schade um den Ruf der deutschen Medizin! Es ist einfach nur zum Kotzen!



Im Jahre 2001 übernahm Klaus Wowereit das Amt des Regierenden Bürgermeisters in Berlin. Es dauerte nicht lange bis er sich offenbarte und bekannte: »Ich bin schwul – und das ist auch gut so!« Nein, Herr Wowereit, da muß ich Sie korrigieren. Homosexualität ist eine Krankheit, und die ist niemals gut, auch wenn sie im Gegensatz zu aggressiven oder gar tödlichen Krankheiten relativ harmlos scheint. Man kann auch die Meinung vertreten, es handele sich eher um eine Anomalie, wie zum Beispiel Fehlsichtigkeit oder Trisomie – irgend-

was ist also fehlgesteuert. Bei Homosexuellen ist der Hormonhaushalt, das Zusammenwirken aller Hormone im Körper, gestört. Wie meist bei allen Krankheiten oder Anomalien können die Betroffenen allerdings nichts dafür. Sofern Medizin, Psychologie und andere Disziplinen in der Lage sind diesen Menschen souverän und nachhaltig zu helfen, sollte der Defekt, die Störung der Natur schnellstmöglich behoben werden. Doch hier gibt es wohl noch viel Unklarheit, eine Menge »weißer Flecken«. Deshalb wird sich in den nächsten Jahrzehnten vermutlich kaum etwas ändern. Trotzdem sollte gelten: Homosexualität kann niemand verbieten, und ein unter Strafe stellen wäre sogar höchst töricht. Es ist bedauerlich, daß diese Menschen den Sinn des Lebens (Erhaltung der eigenen Art) nicht erfüllen können. Die gottesfürchtigen Kirchendiener frage ich beiläufig: »Sind Homos 'Montagsmenschen', hat der Schöpfer gefuscht?« Da Gott angeblich unfehlbar ist und dennoch solch mißglückte Geschöpfe auf unserem Planeten leben, ist dessen Existenz auch in diesem Punkt eindringlich in Frage gestellt.

Man muß Homosexuelle – ob schwul (Männer) oder lesbisch (Frauen) – in unsere Gesellschaft integrieren; es ist allerdings überflüssig, daß solche Menschen ihre Anomalie übertrieben und kokettierend in aller Öffentlichkeit hochhalten, wie es der langjährige Bürgermeister der deutschen Hauptstadt für angemessen hielt. Auch sollte diesen Menschen kein zusätzlicher »Karnevalstag« bzw. schillernd bunter Straßenumzug gewährt werden (damit werden die Heterosexuellen feiermäßig benachteiligt), der jährlich – nach amerikanischen Vorbild – als Christopher Street Day (CSD) bejubelt wird (in Österreich heißt dieser tosende, karnevalistisch anmutende Demonstrationmarsch Regenbogenparade). Die Karnevalsumzüge in Köln, Mainz, Düsseldorf, Wa-

sungen, Köthen, Radeburg und in vielen anderen Orten sind geschlechtsneutral; jeder kann teilnehmen und feiern. Das sollte eigentlich genügen.

Zum Thema Homo-Ehe habe ich eine abschlägige Meinung. Eine Eheschließung ist einzig zwischen Mann und Frau möglich, denn nur hierbei wird die Grundlage für die traditionelle Familienplanung mit Kindern geschaffen. Dieser besondere Rang der Ehe gilt schon seit Jahrhunderten. Bei gleichgeschlechtlichen Partnern kann deshalb nur von einer Paarbildung gesprochen werden. Dagegen wäre nach meiner Meinung nichts einzuwenden.

Allerdings ist bei einer solchen Partnerschaft das Ehegattensplitting (der Name spricht schon dagegen), also die gleichmäßige Aufteilung der zu versteuernden Einnahmen, nicht anwendbar, wobei durchaus Überlegungen angestellt werden müssten, ob denn diese Finanzaktionen selbst bei Ehepaaren heutzutage überhaupt noch zu vertreten sind. Sie begünstigen meist nur die Besserverdienenden, besonders wenn »er« sehr viel verdient und »sie« nur als Heimchen am Herd ihre Pflichten erfüllt oder wenn »sie« mit großem Aufwand lediglich ihr Äußeres und Kontakte zu angesehenen Kreisen pflegt. Sollten jedoch Kinder erzogen und betreut werden, dann müsste der Freibetrag für die Berechnung der Einkommensteuer beim arbeitenden Elternteil verdoppelt werden.

Aber nur dann – bei Kindererziehung.



Bei der letzten Volksbefragung, dem Zensus 2011, konnte man beim Familienstand wählen zwischen:

Nr.	Familienstand
1	Ledig
2	Verheiratet
3	Geschieden
4	Verwitwet
5	Eingetragene Lebenspartnerschaft (gleichgeschlechtlich) – entspricht 2. Verheiratet
6	Eingetragene Lebenspartnerschaft (gleichgeschlechtlich) aufgehoben – entspricht 3. Geschieden
7	Eingetragener Lebenspartner / eingetragene Lebenspartnerin (gleichgeschlechtlich) verstorben – entspricht 4. Verwitwet
Es wurde also klar differenziert. Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften sind nun mal nicht das Gleiche!	

Ich gestehe durchaus mit bedrückter Miene, daß ich mich mit dem Tatbestand Homosexualität schwertue. Wenn sich in meinem Blickfeld beispielsweise zwei Männer innig küssen, dann bin ich ziemlich fassungslos, und mir wird regelrecht übel. Da spielt nach meinem Empfinden die Natur verrückt, denn all das widerspricht dem Sinn des Lebens.

Das Ehegattensplitting darf nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom Juni 2013 (eine sehr fragwürdige Entscheidung) nun auch für eingetragene Lebenspartnerschaften angewendet werden. Das Erbschaftsrecht war bereits vorher wie bei Ehepaaren geregelt. Bei Adoptionen ist die Sachlage aber problematisch. »Homo-Ehen« sind davon ausgeschlossen, weil das adoptierte Kind stets nur ein Geschlecht kennenlernt, und das kann auf Dauer das Kindeswohl beeinträchtigen. Das Kind könnte – je nach Paarbildung – eine zu starke männliche oder weibliche Prägung erfahren. Außerdem gibt es mehr adoptivwillige Eltern (Vater und Mutter) als Kinder dafür

zur Verfügung stehen. Die klassische Ehe ist ausschließlich heterosexuellen Paaren vorbehalten. Der Staat sollte auch nur fördern, was der Zukunft des Landes dient. Dazu gehören nun mal Kinder. Ich wiederhole: Traditionelle Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften unterscheiden sich ohne Zweifel eindeutig. Eine komplette Gleichstellung – wie sie von der Bundesregierung 2017 beschlossen wurde – kann ich nicht akzeptieren. Nun, liebe Leser, können Sie diskutieren – auch über meine erkennbare Verunsicherung. Trotz voneinander abweichender Meinungen und Auffassungen, trotz mancher Einwände und Wünsche sollte in einem Punkt Einigkeit herrschen: Homosexualität muß akzeptiert werden. Man kann doch Fakten nicht einfach ignorieren, ebenso nicht anomales Verhalten. Wenn auch ohne Adoptivrecht sollte jeder so leben können wie er will. Ich erinnere an den Preußenkönig Friedrich II., auch Friedrich der Große oder der »Alte Fritz« genannt, der großzügig und tolerant erklärte: »Jeder soll nach seiner Façon selig werden.« Er vertrat übrigens auch konsequent die Meinung: »Die erste Bürgerpflicht ist, seinem Vaterlande zu dienen.« Eine solche Auffassung sollten sich deutsche Politiker auch heutzutage unbedingt »hinter die Ohren schreiben«.



Im Namen des Volkes

Von allen möglichen Stellen wird immer wieder stolz verkündet: Deutschland ist ein Rechtsstaat. Das mag stimmen, denn wir haben bergeweise Verordnungen und Gesetzbücher, und Rechtsanwälte gibt es wie Sand am Meer. Gerichte stehen ebenfalls großzügig zur Verfügung. Einschränkend ist leider festzustellen, daß diese meist unterbesetzt sind und deshalb ihren Aufgaben nur schleppend nachkommen können. Überall fehlen Staatsanwälte und Richter, auch beim Personal in den Geschäftsstellen klaffen gewaltige Lücken. Die Zahl der unbearbeiteten Bewährungsfälle häuft sich an.

Die Bürger in Deutschland scheinen gerne ihr Recht einklagen zu wollen, doch was da so vor dem »Kadi« landet, ist teilweise lächerlich und könnte bei gutem Willen beider Parteien ohne gerichtlichen Aufwand gelöst werden. Hier wird eindeutig übertrieben. Die wirklich wichtigen Verfahren und Urteile kommen dadurch oft erst nach einem Jahr oder noch später zur Sprache. Besonders Jugendliche wissen dann kaum noch, was ihnen eigentlich vorgeworfen wird, oder sie haben schon längst die nächste Straftat begangen. So ist eine rechtsprechende Erziehung kaum möglich. Es ist auch keine Seltenheit, daß man mitunter das Gefühl hat, von unseren Gerichten werden die Täter mehr geschützt als die Opfer. Wenn Sie hierzu mehr wissen wollen, liebe Leser, dann wird der gemeinnützige Verein »Weißer Ring«, dessen ehrenamtliche Helfer sich für den Opferschutz einsetzen, mit vielen konkreten Beispielen aufwarten können.

Werden Häftlinge nach »Absitzen« ihrer Strafe entlassen, dann wird ihnen bei der nötigen Eingliederung von staatlicher Seite geholfen. Das ist in Ord-

nung. Wer aber unschuldig im Gefängnis war, muß alleine sehen, wie er fertig wird – im Extremfall ohne Wohnung, ohne Arbeit, als Hartz IV-Empfänger. Für jeden unberechtigten Gefängnistag erhält er lediglich 25 Euro Haftentschädigung. So wenig gibt es in keinem anderen europäischen Land. Der Durchschnitt liegt dort bei etwa 200 Euro; am meisten zahlt übrigens Frankreich mit 1.000 Euro. Wäre es nun zynisch, wenn ich munter parlierte, gelobt sei unser Rechtsstaat!?

Ich befürchte, daß parallel zur weiteren Spreizung der Arm-Reich-Schere die kriminelle Hemmschwelle sinkt und damit die Zahl sowie die Schwere der Straftaten erheblich ansteigen werden. Als Ursache für die steigende Gewaltbereitschaft nannte Konrad Freiberg, bis 2010 Bundesvorsitzender der Polizeigewerkschaft (GdP), »gescheiterte Integration, vernachlässigte Erziehung und berufliche Perspektivlosigkeit.« Der erfolgversprechendste Weg dieser Entwicklung zu begegnen besteht für mich darin, zum einen Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten und mit einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn auszustatten, zum anderen die (Super)-Reichen mit zusätzlichen Steuerabgaben am Herstellen eines menschenwürdigen Lebens in den prekären Situationen zu beteiligen. Kurz und bündig heißt das: angemessene Umverteilung von oben nach unten (Art.14, Abs.2 GG: »Eigentum verpflichtet!« Sie erinnern sich, liebe Leser?). Diese Auffassung wird von mehreren Politikerkreisen ebenfalls vertreten, doch es wird bloß geredet; nichts oder eindeutig zu wenig geschieht tatsächlich. Daran wird sich künftig leider kaum etwas ändern, weil viele Politiker Angst zu haben scheinen, auch ein kleines bißchen für den gerechten Ausgleich abgeben zu müssen. Für diese ist es schon ein ziemlich hartes Brot mit beispielsweise nur 9.300 Euro im Monat ihr Leben bestreiten zu müssen. (So eine Summe steht mir nicht ein-

mal in einem halben Jahr zur Verfügung, aber ich bin ja auch nur ein einfacher Rentner!)

Das größte Problem in Deutschland besteht darin, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Und so gibt es meines Erachtens auch zwei verschiedene Motivationen zur Kriminalität. Die Reichen sind von einer zur Sucht ausgearteten Geldgier befallen, und diese »befiehlt«, alle Schritte zu nutzen, die das eigene Vermögen mehren (Steuerbetrug durch Geldanlage im Ausland und andere Manipulationen, Ausbeutung durch Unterbezahlung oder gar Schwarzarbeit und eine Reihe weiterer Tricks). Die kriminell Veranlagten unter den Armen und Benachteiligten, die keine Perspektive haben, holen sich dann gewaltsam bei Diebstählen, Raub, Überfällen und neuerdings auch beim gefährlichen Sprengen von Fahrkarten- und Geldautomaten die fehlenden Finanzen oder Waren. Beide Beweggründe können nicht geduldet werden; die Taten sind zu verfolgen und die Täter sind hart zu bestrafen. Bei einer Verengung der Arm-Reich-Schere und der damit verbundenen Schaffung eines menschenwürdigen Lebens auch im unteren Bereich würden die gesellschaftlichen Spannungen und damit die Bereitschaft zu kriminellen Handlungen meiner Meinung nach reduziert. Bin ich etwa zu blauäugig?

Wie kann man darüber hinaus der zunehmenden Kriminalität entgegenwirken? Da gibt es nur eins: Die Strafen müssen konsequenter und härter ausfallen. (Für den Strafvollzug sind die Länder zuständig. Der Bund ist nur bei der Gesetzgebung tätig. Wieder der unsinnige Föderalismus.)

In Deutschland können Jugendliche erst bestraft werden, wenn sie das 14. Lebensjahr vollendet haben, denn erst dann gelten sie nach § 19 StGB als straf-

mündig. Nur wer als strafmündig eingestuft wird, ist nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung reif genug, das Unrecht der Straftat einzusehen und die Verantwortung dafür zu übernehmen – so die Auffassung unserer Justiz. Wenn also z.B. ein Zwölfjähriger eine Straftat begangen hat, dann hat er zwar eindeutig bewiesen, daß er straffähig ist, doch er wird nicht bestraft, weil er noch nicht als strafmündig bzw. schuldfähig gilt. Ich meine: Wer Straftaten begeht ist damit straffähig, und wer straffähig ist, muß auch strafmündig sein und zur Rechenschaft gezogen werden. Alles andere ähnelt einer »Kuscheljustiz«. Die Strafgesetze müssen den gesellschaftlichen Veränderungen angepaßt werden, denn die Jugendkriminalität beginnt immer früher – genauso wie das Reifealter. Davor sollte man nicht die Augen verschließen. Wer imstande ist, Verbrechen zu begehen, der soll sich nicht hinter dem Schutzschild der altersbedingten Unmündigkeit verstecken können. Also muß die Strafmündigkeit für »kindliche« Täter (die von ihnen Zusammengeschlagene und dann hilflos am Boden Liegende unwürdig und verachtend noch mit Füßen treten) herabgesetzt werden. So gilt die Strafmündigkeit beispielsweise in der Schweiz oder in England bereits ab dem 10. Lebensjahr, in Frankreich und in den Niederlanden ab einem Alter von 12 Jahren. Wie schon erwähnt ist es dabei allerdings wichtig, daß zwischen Tat und Bestrafung nicht mehrere Monate verstrichen sind, sonst wird der Zusammenhang von den Tätern kaum noch erkannt.

Das Jugendstrafrecht wird normalerweise bis zum 18. Geburtstag angewandt. Mit 18 darf man dann Auto fahren, wählen und heiraten, darf Spielhallen aufsuchen, Alkohol trinken und so weiter. (Wenn bei einer Straftat Alkohol im Spiel war, führt das zu einer Schuldminderung und somit zu geringerer Strafe. Spornt das nicht zum Saufen an?) Im Alter von 18 bis 21

wird der Beschuldigte als »Heranwachsender« eingestuft. In dieser Altersgruppe muß der Reifegrad des mutmaßlichen Täters geprüft werden (sittliche und geistige Entwicklung), um zu entscheiden, ob er seine Straftat umfassend beurteilen und somit das Unrecht einsehen kann und ob schon Erwachsenen- oder noch Jugendstrafrecht angewendet werden sollte. (Warum aber wird der Entwicklungszustand bei Schülern außer acht gelassen, warum sollen diese bei Reifedefiziten nicht mehr sitzenbleiben dürfen und werden gnadenlos in die nächsthöhere Schulklasse geschleppt?) Auch viele Richter sind der Meinung, daß der Gesetzgeber das Jugendstrafrecht reformieren muß. Es gibt zu viel Gruppengewalt und Wiederholungstäter.

Besonders das Erwachsenenstrafrecht muß geändert werden, indem man es gewissermaßen »auf den Kopf stellt« – so meine Vorstellung. Das bedeutet, statt der bisher üblichen Höchststrafen sollten künftig für die unterschiedlichsten Delikte Mindeststrafen im Strafgesetzbuch verankert werden – mit der Festlegung des Prinzips »der nach oben offenen Richterskala«. Das Strafmaß kann entsprechend der zunehmenden Kriminalität also gesteigert werden, sogar bis zum Todesurteil. Ja, ich halte die Todesstrafe in extrem verabscheuungswürdigen Fällen für angemessen. Wenn beispielsweise ein Täter ein Kind sexuell mißbraucht und anschließend – um die Tat zu vertuschen – sein gequältes Opfer grausam umbringt und vielleicht noch zerstückelt, dann kann das für ihn bei einer Festnahme nur den Tod bedeuten. Wer sich so skrupellos verhält kann nicht mehr als Mensch bezeichnet werden. Das ist eine Bestie! Und dafür hat das Grundgesetz keinen Schutz vorgesehen. Richtig so!

Ich weiß, daß es zur Todesstrafe sehr unterschiedliche Meinungen gibt, aber was soll man mit derartig bestialischen Wesen anfangen? Komme mir keiner mit Gott, der den Menschen angeblich erschaffen hat. Behaupte niemand, daß es somit unrechtmäßig sei, einem Menschen (es handelt sich hier aber um eine Bestie!) das Leben zu nehmen. Setzt euch lieber mit Nachdruck dafür ein, daß es keine Kriege gibt, in denen hundert-, tausend-, ja millionenfach sinnlos gemordet wurde und wird. Und ein Ende dieses Mordens an Unschuldigen ist nicht abzusehen. Auch an die Hunderttausende, die jährlich auf der Welt jämmerlich verhungern, muß gedacht werden. Leider reicht die praktizierte Hilfsbereitschaft bei weitem nicht aus. Sind Sorgen um eine einzelne Bestie dann noch gerechtfertigt?

Im Fernsehen wurde darüber berichtet, daß sich die Richter in Deutschland zunehmend scheuen, Entscheidungen zu fällen, obwohl das ihre, wenn auch unbequeme Aufgabe ist. So wird die Verantwortung gerne an Gutachter geschoben, selbst an unqualifizierte ohne jegliche Sachkunde, nach dem Motto: Lieber »Sachverständiger«, unterbreite mir bitte mal Entscheidungsvorschläge. Was dabei herauskommt ist oft hanebüchen. Wenn einem Vater das Sorgerecht für seine Kinder verweigert wird, weil ein überforderter Gutachter behauptet, er sei nicht erziehungsfähig (bei »Neubundesbürgern« wird das gern mit der diktatorischen DDR-Vergangenheit begründet), dann spätestens muß man am »Rechtsstaat« zweifeln. Dennoch sollten die Richter gerechterweise in allen 16 Bundesländern die gleiche Vergütung erhalten. Eine bundeseinheitliche Richterbesoldung ist überfällig.

Als ich vor mehreren Jahren erstmals von einer Straftat erfuhr, für die der Täter rechtskräftig zu lebenslanger Haft mit anschließender Sicherungsverwah-

rung verurteilt wurde, fragte ich mich: »Was soll denn das?« Lebenslange Haft heißt doch bis zum Tode, was sonst? Und dann soll sein Leichnam zur Sicherungsverwahrung gelangen? So ein Unsinn! Doch dann fand ich die Erklärung. In Deutschland dauert die lebenslange Strafe effektiv »nur« 15 Jahre – danach können Verurteilte auf Bewährung entlassen werden, wenn sie keine unzumutbare Gefahr darstellen. Aber warum sagt man das nicht klar und unmißverständlich? Warum dieser verlogene Eiertanz? Lebenslang oder 15 Jahre, das ist ein Widerspruch, ein himmelweiter Unterschied. Sieht die deutsche Justiz eigentlich noch durch?

Was ich ebenfalls nicht gutheißen kann ist das mögliche Hinterlegen einer Kaution. Da wird einfach eine größere Geldsumme als Bürgschaft bzw. Sicherheitsleistung hinterlegt, und der Untersuchungsgefangene ist bis zur Gerichtsverhandlung bzw. bis zum Urteilsspruch auf freiem Fuß. Das funktioniert logischerweise nur bei wohlhabenden (mutmaßlichen) Straftätern. Das einfache Volk hat meist nicht die erforderlichen Gelder und ist wieder mal Neese!

Ein noch ungerechterer Umgang ist mit Multi-Millionären zu deren Vorteil zu beobachten. Ein Beispiel: Im Sommer 2013 erhob die Staatsanwaltschaft vor dem Münchner Landgericht Anklage gegen Formel-1-Boss Ecclestone wegen Bestechung und Anstiftung zur Untreue in einem besonders schweren Fall. Ein Jahr später wurde das Verfahren gegen Zahlung einer Geldauflage eingestellt, da der Milliardär Ecclestone bereit war, die geforderten 100 Millionen US-Dollar kurzfristig zu überweisen. Wer das nötige »Kleingeld« hat, muß nicht ins Gefängnis und kann sich in unserem hochgepriesenen »Rechtsstaat« ganz einfach freikaufen. (Ecclestone gilt so nicht einmal als vorbe-

strafft.) Vor Gott und vor Gericht sind wir alle gleich. Denkste! Vielleicht wird Justitia, die römische Göttin der Gerechtigkeit, statt mit Augenbinde, Richtschwert und Waage künftig lieber gleich mit freiem Blick empfangsbereiter Augen und mit aufgehaltener Hand für diverse Schmier- und Bestechungsgelder bereitstehen.

Eine letzte Frage zum Thema Rechtsstaat. Warum dürfen bei Gerichtsverhandlungen keine Kameras anwesend sein und das Geschehen dokumentieren? In anderen Ländern ist das erlaubt. Der Bürger hat dort das Recht, die Urteilsfindung im Fernsehen zu verfolgen. Es wird schließlich immer »Im Namen des Volkes« entschieden. Transparenz sollte daher auch bei uns groß geschrieben werden. Also ...

In Ihrem Interesse, liebe Leser, hoffe ich, daß Sie mit Gerichten noch nichts oder nur sehr wenig zu tun hatten. Selbst in einem »Rechtsstaat« ist das nicht erstrebenswert. Mit den im nachfolgenden Text angesprochenen Überlegungen kennen Sie sich jedoch bestens aus – es geht dabei immerhin um der Deutschen liebstes Kind, das Auto.



Straße kontra Schiene

Zum Thema Auto hat fast jeder Deutsche eine Meinung. Schließlich besitzen die meisten einen Führerschein und sind davon überzeugt, die besten Autofahrer der Welt zu sein – im Land, in dem das Auto erfunden wurde. Jawohl, hier wurde das Auto erfunden. Das müssen auch die Amerikaner zur Kenntnis nehmen und anerkennen!

Nun, liebe Leser, werde ich Ihnen zwei Vorschläge unterbreiten, die Sie und vielleicht sogar viele der deutschen Autofahrer »auf die Palme bringen« werden. Ich schlage vor, für das Autofahren die 0,0‰ (Promille)-Alkoholgrenze einzuführen. In Deutschland und den meisten europäischen Ländern gilt zwar noch die 0,5‰-Grenze, doch einige Staaten haben 0,0‰ fürs Autofahren bereits festgelegt (Albanien, Estland, Rumänien, Rußland, Slowakei, Tschechei, Ukraine, Ungarn und Weißrußland). Bei uns gibt es auch eine 0,0‰-Grenze, das ist aber eine Sonderregelung, und die gilt nur für Fahrer von Gefahrguttransporten, Linienbussen und Taxis sowie für Fahranfänger in der zweijährigen Probezeit und Personen bis 21 Jahre. Doch was sollen all die Ausnahmen und Sonderregeln? Generell sollten für alle Kraftfahrer (eigentlich auch für alle Radfahrer) 0,0‰ gelten.

Wenn Sie nun glauben, liebe Leser, ich sei ein vernunftbewußter Antialkoholiker, dann wäre das zwar nett von Ihnen gemeint, aber es stimmt nicht. Ich trinke gern, manchmal sogar etwas mehr. Jedoch hat sich dabei eine Regel entwickelt, die ihren Ursprung während meiner Jugend nach einem Sieg unserer Handballmannschaft hat, wo der vormittägige Sonntagserfolg einmal mit viel, sehr viel Bier begossen wurde (hinterhältige Bierstiefel!). Der Rest

dieses Tages war für mich arg verschwommen und irgendwie nicht mehr schöpferisch. Seitdem halte ich nichts von sogenannten Frühschoppen und nehme im Normalfall frühestens ab 18 Uhr alkoholische Getränke zu mir. (Sollte dann unwiderruflich eine Autofahrt erforderlich sein, ist meine Frau mit 0,0 ‰ als Chauffeur zur Stelle.)

In diesem Zusammenhang fällt mir eine Episode aus den 1990er Jahren ein. Meine Frau, meine Tochter und ich verbrachten einige Tage Urlaub in Thüringen. Nach dem Mittagessen in einer Gaststätte gerieten wir in eine allgemeine Fahrzeugkontrolle. Als die Überprüfung beendet war, fragte mich der Polizist, ob ich mit einem Alkoholtest einverstanden wäre. »Ja, warum nicht.« Kaum hatte er nach dem Pusten das Ergebnis in der Anzeige gesehen, riß er verblüfft Mund und Augen auf, drehte das Meßgerät in meine Richtung und röchelte beinahe fassungslos: »Null Komma Null.« Für mich am frühen Nachmittag ganz normal. Aber es gibt ja Menschen, die behaupten, zur »Esskultur« gehöre mittags auch ein Bier oder ein Glas Wein. Damit beginnt sich allerdings ein Risiko einzuschleichen, denn vielleicht werden es ja zwei Glas oder auch drei. Sollten dann noch eingenommene Medikamente im Spiel sein, könnte es je nach Alter, Gewicht und allgemeiner Verfassung gefährlich werden. Autofahren und Alkohol – das paßt nun mal nicht zusammen. Natürlich sollte man auch weitere Drogen aller Art beim Autofahren unbedingt meiden. Also 0,0 – einverstanden?

Mein zweiter Vorschlag beinhaltet das Festlegen einer Höchstgeschwindigkeit auf deutschen Autobahnen. 130 km/h halte ich für angemessen, denn nur in einem anderen Land Europas darf man schneller fahren, und zwar in Polen, da sind noch 140 km/h zugelassen. (Seit 2012 sind 140 km/h teilweise

auch in Bulgarien erlaubt, allerdings nur entsprechend der örtlichen Beschilderung.) Doch selbst bei den von den Deutschen so angehimmelten US-Amis darf auf deren Highways nur mit 65 mph = 105 km/h oder 70 mph = 113 km/h oder 75 mph = 121 km/h »gebummelt« werden. (Die unterschiedlichen Werte rühren daher, weil jeder Bundesstaat die Höchstgeschwindigkeit eigenständig festlegt.) Außerhalb Europas gibt es eine Handvoll Länder ohne Tempolimit, z.B. Afghanistan und Nordkorea. Doch warum will sich Deutschland ausgerechnet mit Nordkorea auf eine Stufe stellen?

Ähnliche Geschwindigkeiten wie in den USA waren auch in der DDR üblich. Dort wurde das jedoch als Raserei verurteilt, denn offiziell waren auf Autobahnen nur 100 km/h erlaubt. Mit dem Trabi konnten unter allerbesten Bedingungen (bergab und Rückenwind) höchstens 110 km/h erreicht werden, und der Wartburg stieß in solch einer Situation bei 125-130 km/h an seine Grenzen. Später, nach dem Mauerfall, hatte ich von Berlin nach Bremen oder Köln regelmäßig längere Strecken zu bewältigen, und das verführte mich dazu, mit dem dienstlichen VW Golf schneller zu fahren. Geschwindigkeiten so um 160-170 km/h zeigte der Tacho öfter an, allerdings nur dann, wenn es verkehrs- und witterungsbedingt möglich und sinnvoll war. Als Rentner (ohne Zeitdruck und mit überschaubarer Tankgeldmenge) habe ich mich mehr auf das sprit- und somit kostensparende Fahren eingestellt. Die heutigen Autos zeigen fast alle unter anderem den aktuellen und den durchschnittlichen Benzinverbrauch an. Da macht es mir regelrecht Spaß, in allen Situationen mit einer vorausschauenden Fahrweise den Durchschnittsverbrauch zu drücken. Auf kurvenreichen Abschnitten wundere ich mich immer wieder darüber, wie häufig der vor mir Fahrende bremst. Ich kann darauf meist verzichten, denn ich nehme rechtzeitig den Fuß vom Gaspedal. Der

»Andere« bremst, gibt Gas, bremst, gibt Gas – ohne Sinn und Verstand erscheint mir das. Und trotzdem ist er in der Summe nicht schneller als ich, hat aber einen höheren Benzinverbrauch. Ich begreife auch nicht, weshalb Autofahrer an geschlossenen Bahnschranken oder an länger bei »Rot« verharrenden Baustellenampeln den Motor nicht abstellen. Spritkosten und Umweltbelastung interessieren einfach nicht. Auch scheinen viele Autos – sogar luxuriöse Prestigekarossen – keine Handbremse zu haben, so daß selbst bei minutenlangem Halt der Fuß verkrampft aufs Bremspedal gedrückt werden muß. Besonders im Dunkeln stören damit die blendenden Stopplichter unnötig den Hintermann. Auf Blinkmuffel will ich hier gar nicht näher eingehen. Ich frage mich nur, warum wird das Blinken und vor allem der richtige Zeitpunkt dafür beim Fahrschulunterricht nicht verständlich erklärt? Kennen sich die Fahrlehrer nicht aus? Müssen diese keine Ausbildung nachweisen?

Wie eingangs von mir vorgeschlagen fahre ich jetzt auf Autobahnen – sofern es erlaubt ist – ungefähr mit Tempo 130. Das empfinde ich als eine respektable Reisegeschwindigkeit, und ich behaupte, wenn alle so fahren würden (müßten), dann würde der Verkehr flüssiger fließen, es gäbe weniger Unfälle, und CO₂-Emissionen sowie Lärm würden reduziert. Noch aber kommen immer wieder Raser angeflitzt, die einen mit nervöser Lichthupe am liebsten von der Piste schießen würden. Ich habe durchaus Verständnis für schnelles Fahren, aber die Raserei müßte man im öffentlichen Verkehrsraum untersagen, damit andere Verkehrsteilnehmer nicht unnötig gefährdet werden. Für diejenigen, die gelegentlich den Temporausgang spüren wollen, sollte man vielleicht zu bestimmten Zeiten Rennstrecken (Nürburgring, Lausitzring, Hockenheim u.a.) absperren. Dort könnte man sogar richtige Rennwagen zur Verfügung stellen, auch Notärzte und Rettungsfahrzeuge wären sofort zur

Stelle, wenn die zu erwartenden Überschätzungen böse Folgen nach sich ziehen. Für alle anfallenden Kosten müßten natürlich die »Rennfahrer« eintreten; möglicherweise denken sich die Versicherungen dann spezielle Tarife hierfür aus.

Bei einem staatlich festgelegten Tempolimit von 130 km/h würden mit großer Wahrscheinlichkeit die Autohersteller und deren Lobby aufmucken und Ärger bereiten. Doch wozu eigentlich wollen diese unbedingt PS(KW)-starke Kraftfahrzeuge produzieren und anbieten, die 200 km/h und mehr fahren können, wenn nur 130 km/h maximal erlaubt wären? Wie in fast allen anderen Ländern. Außerdem – das würde ich dringend fordern – müßte jedes Fahrzeug dann bei Tempo 150 absolut seine Leistungsgrenze erreicht haben; es dürfte auf gar keinen Fall schneller fahren können, weil andernfalls ein Tempolimit von all den Unbelehrbaren mißachtet werden könnte. Die Autokonzerne würden empört aufschreien und von Freiheitsbeschränkung und staatlicher Reglementierung sprechen. Einen wirklich vernünftigen und nachvollziehbaren Grund für ihren Widerstand könnten sie jedoch nicht anführen – denn es gibt keinen. (Zum Thema Freiheit an anderer Stelle mehr.)

Mal angenommen, die Politik will, kann oder darf die Automobilbauer in ihrer Produktpalette nicht einschränken, und Autos mit unbegrenzter Geschwindigkeit werden nach wie vor verkauft (Man ist ja miteinander »verbandelt« und kann gar nicht frei entscheiden, denn die Automobilindustrie ist der wichtigste Wirtschaftszweig in Deutschland, und so ist die Autolobby meist mächtiger als die Politik.), dann muß bei Mißachtung der Geschwindigkeitsgrenzen letztendlich der Autofahrer bestraft werden. (Auf Einsicht und Disziplin zu vertrauen wäre weltfremd.) Bis Tempo 150 müssen es Geld-

strafen sein, aber saftige, die wirklich wehtun. Darüber – beispielsweise 160, 170 oder gar noch mehr – gibt es nur eins: Das Auto ist futsch – für immer. Es geht in Staatsbesitz über und wird im Interesse aller Steuerzahler vermarktet. Nun könnte es sein, daß der »Nobelschlitten« eines Millionärs auf diese Weise »unter die Räder« gerät und er sein eigenes Auto erneut, nun vom Staat, erwirbt – egal wie teuer es ist, er kann sich's ja leisten. Damit das Ganze nicht zum »Sandkastenspielchen« ausartet, wird bei einer Überschreitung der 150 km/h-Obergrenze natürlich auch der Führerschein für ein komplettes Jahr eingezogen. Spätestens dann denken vielleicht auch Millionäre über das Tempolimit nach (die jüngeren wenigstens, die älteren lassen sich dann großmütig und nonchalant chauffieren). Sind meine Vorschläge zu hart? Ich glaube nicht.

Ebenso muß die Nutzung jeglicher Multi-Media-Systeme während der Fahrt konsequent untersagt werden, denn Ablenkung und Unaufmerksamkeit haben damit »Hochkonjunktur«. Wie sonst ließe es sich erklären, daß z.B. Lkws auf Autobahnen immer wieder ungebremst in Stauenden donnern? Mit verheerenden Folgen! An Übermüdung allein liegt das nicht.

Es ist Ihnen sicher aufgefallen, liebe Leser, daß mich ungestümes Rasen (aber auch trantütige Bummelei) im öffentlichen Verkehrsraum ziemlich aufregen. 130 km/h sollten durchaus genügen. Fahren Sie doch selbst mal über eine längere Strecke auf der Autobahn 130 (mehrere machen das grundsätzlich schon), dann werden Sie feststellen, es ist keine Hektik, aber auch keine Trödelei – es ist angenehmes Reisen. (Ein Tempo von 120 km/h, das gelegentlich als Obergrenze gefordert wird, halte ich doch für etwas zu mickrig.) Nun, liebe Leser, diskutieren Sie freimütig. Ich kann mir vorstellen, daß es heiß

hergehen wird. Erst recht, wenn man dabei berücksichtigt, daß das Nachrichtenmagazin Focus die seltsame, sehr primitive Meinung vertritt, ein Tempolimit führe »*ins Abseits sozialistischer Gleichmacherei ... der Unfreiheit, Intoleranz und des zu Tode regulierten Individuums.*« Da bin ich aber platt! Haben denn die anderen europäischen Staaten und selbst die USA, bei all denen es ein Tempolimit gibt, den Sozialismus eingeführt? Wohl kaum! Also, dummes Focus-Geschwätz.

Die mit Nachdruck von den Herren Seehofer und Dobrindt (beide CSU) geforderte Pkw-Maut für Ausländer wäre meines Erachtens durchaus angebracht. Wir müssen doch auch in mehreren europäischen Ländern Maut oder Vignette bezahlen. Als ich von Südtirol auf der Brenner-Autobahn nach Deutschland die Alpenrepublik Österreich durchquerte (Hinfahrt nach Verona war mit Autozug. Diese Kundenfreundlichkeit gab es 2011 noch.), mußte ich ein »Pickerl« kaufen und von innen an die Windschutzscheibe kleben, obwohl der Transit an dieser Landesstelle locker, also sogar mit Kaffeepause, in nur zwei (!) Stunden zu schaffen ist. Diese 10-Tages-Vignette kostete damals im Jahre 2011 trotz nur zwei Stunden Nutzung beachtliche 7,90 Euro. (2017 waren es bereits 8,90 Euro.) Kleine Zwischenfrage: Warum eigentlich gibt es keine preiswertere Durchfahrts- oder 1-Tages-Vignette?

Es ist immer wieder zu hören, daß eine Pkw-Maut nur für Ausländer nach europäischem Recht nicht erlaubt sei. Da frag ich mich natürlich, wieso mischen sich die Brüsseler Bürokraten unverblümt in deutsches Rechtswesen ein? Wenn wir in Deutschland eine nur bei Ausländern erhobene Maut für angeraten halten, dann machen wir das so – und fertig.

Sollten auch Inländer »mauten« müssen, dann sollten diese damit keine zusätzliche Belastung aufgebürdet bekommen. Als Ausgleich müsste die Kfz-Steuer angemessen reduziert werden. Bei der verbliebenen Kfz-Steuer sollte aber noch stärker differenziert werden, ob ein Fahrzeug umweltfreundlich oder ein Spritfresser ist. Eine Vignette, die zwar kostengünstiger wäre und schneller eingeführt werden könnte als ein satellitengestütztes System, scheint nicht empfehlenswert, weil damit Viel- oder Wenigfahrer nicht unterschiedlich bewertet werden. Ob Vignette oder manuelle Einbuchung, ob nur Ausländer oder alle – darüber wird wohl noch heftig zu streiten sein. Ich kann, darf und möchte hier nichts entscheiden.

Im Jahre 2014 gab der amtierende Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt seine Pläne bezüglich einer Ausweitung der Maut bekannt, in denen vorgesehen ist, beim Pkw nur ausländische Autofahrer ab 1. Januar 2016 zur Kasse zu bitten. Wie wird Brüssel reagieren? Tatsächlich gab es Einwände, Proteste und Widerstände. In einem zweiten Anlauf hat das Bundeskabinett im Januar 2017 schließlich eine überarbeitete Pkw-Maut beschlossen. Endgültig entschieden ist damit allerdings noch nichts. Inzwischen muß nach zäher Regierungsbildung der neue Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (wieder CSU) die Probleme lösen. Ob es besser wird?

Beim Straßenverkehr ärgert es mich außerdem ungemein, wenn ich in Berlin große allradbetriebene Pkws mit dem Kennzeichen M oder K sehe – oder in Hamburg welche mit dem Kennzeichen B oder S – , die ausschließlich per Autobahn ihren Weg zurückgelegt haben. Kaum einer von denen ist in der Forst- oder Landwirtschaft tätig, wo solche geländetauglichen Fahrzeuge für jedermann einsichtig erforderlich sind. Hier wird nur ein umweltverachten-

des Denken an den Tag gelegt nach dem Motto: Wer hat, der hat. Da werden auch mit einem 300 PS-Geländewagen, einem sogenannten SUV (Sport Utility Vehicle), schnell mal beim Bäcker um die Ecke Ökobrötchen gekauft. Das versteht man in solchen Kreisen dann unter Umweltbewußtsein. Igittigitt!



Mir wurde schon vor Jahrzehnten plausibel beigebracht, daß die Eisenbahn das sicherste und umweltfreundlichste Verkehrsmittel ist. Deshalb hieß es immer: Mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene. Zwar werden solche Feststellungen und nachdrücklichen Wünsche heute gelegentlich noch verkündet, wie die Aussage des von Bündnis 90/Die Grünen während der 17. Wahlperiode bis September 2013 geführten Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: »Unsere Zukunft hängt wesentlich davon ab, ob und wie wir Transport und Mobilität nachhaltig sichern – klimafreundlich, umwelt- und sozialverträglich.« Wichtig war für diese Verkehrspolitiker hierbei unter anderem »*das Bemühen, Verkehr wo möglich von der Straße auf die Schiene zu verlagern*«. Schöne Worte, doch wo bleiben die Taten? Die vernünftige Erkenntnis wird in der Realität blindlings und überheblich mißachtet.

Ich habe über viele Jahre im Berliner Stadtbezirk Pankow gewohnt, wo unter anderem ein großer Rangierbahnhof zur traditionellen Regelung des Güterverkehrs zur Verfügung stand. Nach dem Mauerfall dauerte es nicht lange bis auf diesen Gleisen das Arbeitstreiben verstummte. Und zu Beginn des neuen Jahrhunderts waren auch bald die Gleisanlagen komplett abgebaut und alle Gebäude abgerissen. Gütertransporte auf der Schiene oder gar die »rollende Landstraße« – das heißt, Lkws werden für längere Strecken hucke-

pack auf Eisenbahnwaggons transportiert – daran bestand kein Interesse, obwohl dieser Umschlagbahnhof ein idealer Standort dafür gewesen wäre. Die »privatisierte« Bahn, die zu 100 Prozent im Besitz des Bundes ist, hat dieses Territorium gewissenlos verkauft, war lediglich am Kasse machen interessiert; dann mußten sich die neuen Besitzer um alles Weitere kümmern. So sollte auf dem 33 Hektar großen Gelände ein vitales »Stadt-Quartier« mit Einkaufszentrum, einer Schule und (nachäffend) mit einer Parkanlage nach Vorbild des Central Parks in New York entstehen. Doch seit Jahren geschieht nichts, die Natur kann sich nun auf der geschaffenen Brache ungestört entfalten. Und die Lastzüge verstopfen und demolieren indessen weiterhin hemmungslos unsere Straßen und Autobahnen. Was für Schwachköpfe haben sich hier nur in unser Eisenbahnwesen hineingezwängt? Ich befürchte, es sind skrupellose Karrieristen ohne den blassesten Schimmer einer Ahnung. Aber mit guten Verbindungen zu anderen geistigen Tieffliegern an machtausübenden Schalthebeln. Krähen unter Krähen (KuK).

Beim Gütertransport wird kurzsichtig auf Lastkraftwagen gesetzt; Lkws transportieren in Deutschland rund 83 Prozent aller Güter. Und man kann gar nicht genug davon bekommen, wobei die Transportkolosse immer größer werden sollen. Bisher sind bei uns Lastzüge mit einem Maximalgewicht von 40 Tonnen erlaubt. Das können 16,50-Meter-Sattelzüge sein oder Gliederzüge (Lkw mit Anhänger), deren größte Länge 18,75 Meter beträgt. Inzwischen sind von der Speditionslobby 25,25 Meter lange Züge ins Gespräch gebracht worden. Um mit nur einem Fahrer gierig mehr transportieren zu können (und damit die Gewinne zu steigern), wünscht man solche Riesen-Lastzüge, die entweder als volumenorientierte 48-Tonnen- oder als gewichtsorientierte

60-Tonnen-Variante geplant sind. Was für ein Unsinn, und das aus diversen Gründen.

Jedes Mehr an Länge bedeutet beim Lkw ein Minus an Übersichtlichkeit, Beweglichkeit und Sicherheit. Die Überholvorgänge schnellerer Fahrzeuge dauern länger und erhöhen damit das Unfallrisiko. Für kritische Punkte wie Ortsdurchfahrten, Kreuzungen und Bahnübergänge sind die Riesen-Brummis kaum noch geeignet. Damit Kreuzungen sicherer werden, haben die Kommunen häufig viel Geld in Kreisverkehre gesteckt, die von den überlangen Lkws meist nicht mehr zu beherrschen sind. Man wird erleben, daß sich künftig noch mehr Lastwagen in Ortskernen verkeilen als bisher. Bereits jetzt ist Deutschlands Straßennetz vielerorts hoffnungslos überlastet. Man kann eindeutig konstatieren: Insgesamt stellen die gewaltigeren Lastzüge eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit auf den Straßen dar. »Mögliche wirtschaftliche Vorteile dürfen nicht mit Sicherheitseinbußen erkaufte werden«, warnte der ADAC schon vor geraumer Zeit. Mit gigantischen Lang-Lkws unterwegs zu sein, das geht bestenfalls in den endlosen Weiten Rußlands, der USA, Chinas oder Australiens. Zu Deutschland und den meisten europäischen Ländern paßt das nicht.

Und eine weitere Warnung muß ausgesprochen werden: Die vergrößerten Lasten bei Lkws mit einem Gesamtgewicht bis 60 Tonnen werden unsere Autobahnen und Straßen verstärkt ramponieren, von den Brücken ganz zu schweigen. Diese sind zu einem Großteil jetzt schon marode. Mindestens 25 Prozent der Brückenflächen müssen saniert oder ersetzt werden. Das ist den Spediteuren allerdings schnuppe, denn Straßen- und Brückenschäden beseitigt der Staat mit Steuergeldern, auch mit den Ihren, liebe Leser.

Deshalb müßte deutlich mehr Fracht auf Schiene und Schiff gebracht werden. Und die Lkws? Im Kombi-Verkehr auf der Schiene, Huckepack auf Waggons – da gehören sie im Fernverkehr vermehrt hin. Passiert ist leider so gut wie nichts! Ich korrigiere beschämt: Absolut nichts! (Warum eigentlich wollen wir bezüglich des Eisenbahnwesens nichts von der Schweiz lernen?)

Nein, der Wahnsinn scheint überhaupt kein Ende nehmen zu wollen. Anfang 2013 wurde der Fernbus-Markt liberalisiert. Ab 1. Januar dürfen im Langstreckenverkehr nun Autobusse planmäßig auf Tour gehen und der Eisenbahn Konkurrenz machen. Was für ein peinlicher, gedankenloser Unsinn! Ein seit 1934 bestehendes Bahnmonopol wurde damit gekippt. Dieses verhinderte eine Konkurrenz durch Buslinien überall dort, wo bereits Züge unterwegs waren. Jetzt jedoch kann der Wettbewerbskampf ungebremst toben. Trotzdem sind die Busunternehmer einer kleinen Einschränkung unterworfen: Haltestellen müssen mehr als 50 Kilometer oder mindestens eine Stunde voneinander entfernt sein. So soll der regionale Busverkehr, der vor allem kleinere Städte mit Dörfern auf dem Lande verbindet, weiterhin geschützt bleiben. Auch der Schutz des von den Ländern bezuschußten regionalen Zugverkehrs (Schiennenpersonennahverkehr) bleibt damit bestehen. Es geht also nur um den Fernverkehr. Doch das ist kritikwürdig genug.

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) geht davon aus, daß neue Buslinien die Zahl der Pkw-Fahrten reduzieren werden. Mehr Verkehr auf den Autobahnen sei nicht zu befürchten. Da wette ich glatt dagegen, denn in die Busse werden kaum Pkw-Nutzer umsteigen; das werden zu weit über 90 Prozent einstige Bahnfahrer sein. »Der Fernbus könnte Deutschlands so-

zialstes Verkehrsmittel werden«, vermutet überschwenglich VDA-Präsident Matthias Wissmann, ehemaliger Bundesverkehrsminister. (Da kann man nur fassungslos den Kopf schütteln.) Und der bis Ende 2013 amtierende Verkehrsminister, Peter Ramsauer, meinte, wer dann Bus fährt, schont nicht nur den Geldbeutel, sondern auch die Umwelt. Bereits bei durchschnittlicher Auslastung würden Kraftstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß pro Fahrgast im Vergleich zum Pkw deutlich sinken. Das ist eindeutig Schönrechnerei, zumal die meisten »Umsteiger« – wie von mir prophezeit – von der Bahn kommen werden, dem umweltfreundlichsten Verkehrsmittel!

Mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene, so wurde zu recht immer wieder argumentiert und geworben. Doch nun macht man eine Kehrtwendung, mißachtet die Eisenbahn und versucht zusätzlich mit Bussen die Autobahnen zu verstopfen. Wie blöd und selbstverliebt sind unsere Politiker eigentlich? Aber noch immer ist es nicht genug der wahnwitzigen Entscheidungen. Inzwischen mischt sogar der ADAC mit, der einerseits von Mammutstaus berichtet (*acht Arbeitstage verbringt jeder deutsche Autofahrer jährlich im Stau; die Gesamtlänge aller Staus auf deutschen Autobahnen im Jahre 2012 betrug 595.000 Kilometer; im Jahre 2025 wird die Transportleistung um 60 Prozent höher liegen als noch im Jahr 2010*), andererseits trägt er mit den neuen ADAC Postbussen dazu bei, daß die Staugefahr – auch die Unfallgefahr! – dramatisch zunimmt.

Der ADAC sollte sich auf sein Kerngeschäft konzentrieren, die Pannen- und Unfallhilfe. Aber mittlerweile ist hier ein Wirtschaftsimperium mit über 18 Millionen Mitgliedern entstanden, das auf diversen Geschäftsfeldern und mit vielen Subfirmen tätig ist. Wozu müssen jetzt ADAC Postbusse auf Tour gehen, was sollen die vielen Reiseangebote, Buchverkäufe, Versicherungen

und die Tests mit den Bewertungen für Autos (z.B. die manipulierten Wahlen zum Lieblingsauto der Deutschen), für Werkstätten, Reifen, Kindersitze, Motorradhelme, Raststätten, Tunnelanlagen und anderes? Damit wird zu einem großen Teil das Kaufverhalten im Interesse einer bestimmten Lobby beeinflusst. Wer weiß, was hier so an Schmiergeldern fließt. Ich befürchte Schlimmes.

Wenn es irgendwo nach Geld riecht und Gewinne möglich scheinen, dann werden Verstand und Vernunft abgeschaltet. Im Fernbus-Markt sieht der ADAC ein vielversprechendes Geschäftsfeld mit großen Wachstumschancen. So verbündete er sich mit der Deutschen Post und nahm am 1. Oktober 2013 mit ADAC Postbussen den Pilotbetrieb zwischen München und Köln auf. Der offizielle Startschuß fiel am 1. November, so daß auf sechs Strecken damit 24 der größten Städte Deutschlands mit den ADAC Postbussen verbunden waren. Und das Liniennetz wurde 2014 weiter ausgebaut. Mit Straßburg und Zürich sind erstmals auch zwei ausländische Städte ins Programm aufgenommen worden. »Es werden noch viel mehr Reisende, die bisher mit der Bahn oder dem Pkw unterwegs sind, den ADAC Postbus für sich entdecken.«, frohlockte man in der ADAC Motorwelt. »Wer sicher reisen will, sollte den Reise- oder Fernbus wählen«, so eine weitere Aussage. In einer Grafik wurden zum Vergleich der Sicherheit aber nur Pkw, Motorrad und Moped herangezogen. Das sicherste Verkehrsmittel, die Eisenbahn, wurde interessengesteuert verschwiegen. Im November 2014, also nach gut einem Jahr, zog sich der ADAC aus dem umkämpften Markt für Fernbusse zurück und beendete seine vor kurzem noch so euphorisch gepriesene Beteiligung am ADAC Postbus. Die Deutsche Post will nun den Post-Fernbus alleine steuern. Sicher wird man dabei erfolgreich auf die ausgiebigen

Erfahrungen bei der früheren Personenbeförderung mit pferdebespannten Postkutschen zurückgreifen. Im Sommer 2016 wurde der gelbe Postbus jedoch vom Unternehmen Flixbus »geschluckt«. Mit seinem Expansionskurs (2015 wurde bereits MeinFernbus übernommen) ist Flixbus somit zum uneingeschränkten Marktführer (über 80%) aufgestiegen. Kann bei dieser Konstellation innerhalb der Fernbusbranche überhaupt noch ein »gerechter« Wettbewerb stattfinden? Ich habe große Bedenken.

Immer wieder werden die günstigeren Fahrpreise bei den Bussen werbend ins Feld geführt. Doch die Sache hat einen entscheidenden Haken. Während für jede Zugfahrt ein Trassenentgelt fällig wird, sind die Fernbusse von der Lkw-Maut befreit. Das muß geändert werden, denn von einem sauberen Wettbewerb habe ich andere Vorstellungen. Deshalb müssen Fernbusse wie Lkws in das Mautsystem eingebunden werden, wobei allerdings eine konkrete Vergleichbarkeit zum Trassenentgelt bei der Bahn herzustellen ist. Auch stehen die Busse auf den großen Bus-Bahnhöfen (z.B. ZOB Berlin am Funkturm) kostenlos für die Reisenden bereit, während die Züge für jeden noch so kurzen Halt auf Bahnhöfen oder Haltepunkten ein Stationsentgelt entrichten müssen.

Insgesamt halte ich die Liberalisierung des Fernbus-Marktes für eine grobe Fehlentscheidung, zumal die Busfahrer im Interesse der Gewinnerzielung zusätzlich zum ermüdenden Fahren mit Wartung und Reinigung in extrem langen Schichten oft überlastet sind. Die Sicherheit der Reisenden kann so nicht garantiert werden. (In der ZDF-Sendung »Frontal 21« wurde am 25.11.2014 ausführlich über die Ausbeutung hinterm Lenkrad berichtet.) Außerdem werden bei dem in den nächsten Jahren immens wachsenden Verkehrsauf-

kommen (zu dem jetzt auch Busse beitragen) die Zahl und die Dauer der Staus erheblich zunehmen. Die Busfahrpläne können bei den überfüllten Straßen und Autobahnen bald »in die Tonne« geworfen werden. Und ob bei den unfallbedingten Totalsperrungen der Autobahn, die häufiger auftreten werden als jetzt, die Insassen der Busse quietschvergnügt stundenlang warten und die erzwungene »Geselligkeit« als Entspannung empfinden, ist durchaus fragwürdig. Mit der Eisenbahn wäre man längst am Ziel.

»Aber wehe, wehe, wehe! Wenn ich auf das Ende sehe!!« Diese warnende Aussage bezog Wilhelm Busch vor rund 150 Jahren wie man weiß nicht auf die Eisenbahn, aber in der heutigen Zeit könnte es durchaus für die Bahn zutreffen. Was ist nur aus dem einstigen Staatsunternehmen geworden? Eigentümer ist zwar noch der Bund, doch nach der Bahnreform wird die Eisenbahn seit 1.1.1994 privatwirtschaftlich als Aktiengesellschaft betrieben. Dabei wurden diverse Geschäftsbereiche geschaffen, und mittlerweile soll es sogar über 1.000 Tochtergesellschaften geben. Wer kann da noch den Überblick behalten? Ich behaupte keiner, oder kann mir jemand das Gegenteil beweisen? Aber richtig, überprüfbar und nicht nur mit Blabla-Floskeln sollte das geschehen. Auch das ganze Abrechnungssystem erscheint mir sehr umständlich, schwerfällig und bürokratisch. So ist zum Beispiel für jede Zugfahrt ein Trassenentgelt fällig. Zahlen muß dieses das jeweilige Eisenbahn-Verkehrsunternehmen. Das sind überwiegend bahneigene Unternehmen für den Personenverkehr (DB Regio und DB Fernverkehr) und für den Güterverkehr (DB Schenker Rail). Aber auch mehrere, die Gleise nutzende Privatbahnen werden für jede Fahrt zur Kasse gebeten. All diese Einnahmen erhält dann das Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen DB Netz. So werden also auch innerhalb des Konzerns die Gelder mit großem Aufwand von einem

Topf in den nächsten geschüttet. Noch verwunderlicher sind die Stationsentgelte, die für jeden Verkehrshalt an einem Bahnhof oder einem Haltepunkt von den Verkehrsunternehmen (bahneigene sowie fremde) zu entrichten sind. Diese Gelder gehen wieder an das Infrastrukturunternehmen der Bahn, diesmal aber an den Bereich DB Station & Service. Die Bahnstationen sind in 7 Kategorien eingeteilt, und jede Station hat einen speziell ermittelten Preis; insgesamt sind so 196 unterschiedliche Preise entstanden. Nun muß bloß noch ermittelt werden wie oft an der jeweiligen Station gehalten wurde und ob es sich um Züge des Nah- oder Fernverkehrs handelte und ob konzernfremde Züge mitgemischt haben. Alles ist unheimlich zerstückelt.

Da sich mir die Vorgehensweise mit den Trassen- und Stationsentgelten unter Einbeziehung der Bundesländer nur unzureichend erschloß, bat ich die Zentrale der DB AG um Aufklärung. Das Konzentrat der informativen Antwort will ich Ihnen, liebe Leser, verständnisfördernd nicht vorenthalten:

»Mit der Bahnreform, die durch das 1994 in Kraft getretene Eisenbahnneuordnungsgesetz eingeleitet wurde, erfolgte die gesetzliche und organisatorische Neuordnung der bundeseigenen Eisenbahnen in Deutschland. Bestandteile der Bahnreform waren die Gründung der Deutschen Bahn AG als privatrechtlich organisierte Eisenbahngesellschaft des Bundes, die Öffnung der Schienenwege für private Eisenbahnunternehmen sowie die Übertragung der Zuständigkeit für den Schienenpersonennahverkehr vom Bund auf die Länder.

Dieser dritte Bestandteil der Bahnreform war die sogenannte Regionalisierung. Diese bezeichnet den Wechsel der Zuständigkeit für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) vom Bund auf die Länder zum 1. Januar 1996. Dazu trat 1994 das Regionalisierungsgesetz in Kraft.

Die Organisation des Nahverkehrs wurde von den einzelnen Ländern in Nahverkehrsgesetzen geregelt. Viele Bundesländer beauftragten zur Organisation des Nahverkehrs Zweckverbände oder Landesnahverkehrsgesellschaften.

Mit dem Wechsel der Zuständigkeit erhalten die Länder vom Bund jährlich sogenannte Regionalisierungsmittel, die für die Finanzierung des SPNV vorgesehen sind.

Gleichzeitig mit dem Wechsel der Zuständigkeit wurde das Bestellerprinzip im SPNV eingeführt. Das bedeutet, die Aufgabenträger (Länder oder Zweckverbände) bestellen die Erbringung von SPNV-Leistungen bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU). Das EVU erbringt die Leistungen in Eigenregie im Rahmen der mit den Aufgabenträgern vereinbarten Qualitätsstandards. Dafür erhält das EVU vom Aufgabenträger ein Entgelt.

Zur Erbringung der SPNV-Leistungen benötigt das EVU u.a. einen Zugang zum Schienennetz und zu den Bahnhöfen. Der Zugang zum Schienennetz wird gegenüber dem Betreiber des Schienennetzes (z.B. DB Netz AG) über ein Trassenentgelt vergütet. Genauso verhält es sich mit dem Zugang zu den Bahnhöfen. Jedes EVU benötigt für die Erbringung seiner Leistungen einen Bahnsteig für das Ein- und Aussteigen der Reisenden. Für jeden abfahrenden Zug, also auch im Bedarfsfall, an einem Bahnsteig zahlt das EVU einen Stationspreis. Die genannten Infrastrukturentgelte werden also aus dem Budget bezahlt, welches das EVU für die Erbringung der SPNV-Leistungen vom Aufgabenträger erhält.

Dieses Verfahren ist bundesweit einheitlich. Da die DB Station&Service AG mit den Bundesländern bisher selbst keine Stationsnutzungsverträge abschließt, kann man bei der Zahlung der Stationsentgelte über die EVU von einer indirekten Zahlung

der Länder sprechen, da sich diese Infrastrukturentgelte aus den Regionalisierungsmitteln speisen.»

Alles klar? Man kann davon halten was man will, mir jedenfalls kommt das alles recht verworren und vor allem umständlich vor. Die Trennung von Verkehrsunternehmen (etwa DB Regio, DB Fernverkehr, DB Schenker Rail) von Infrastrukturunternehmen (beispielsweise DB Netz, DB Station & Service, DB Energie) ist mehr als umstritten. Ich halte es sogar für grundfalsch. Inzwischen versucht die Deutsche Bahn sogar, sich mit der Inbetriebnahme eigener IC Busse abzuschaffen. Wie weit soll die Verblödung denn noch gehen?

Früher, zu meiner Zeit als Eisenbahner, also noch vor über einem Vierteljahrhundert, gehörte man einer großen »Familie« an. Jeder war zwar für einen bestimmten Bereich zuständig, und trotzdem gehörte man zusammen. Wir waren eine Eisenbahn!

Bei den Bahnuniformen erkannte man an der farblichen Unterlegung der Schulterstücke und Kragenspiegel sofort, in welchem der fünf Betriebszweige ein Eisenbahner tätig war. Rote Unterlegung bedeutete Betrieb und Verkehr (also all die Leute, die auf den Bahnhöfen, Stellwerken und in den Zügen ihre Aufgaben erfüllten), blaue Unterlegung wies auf die Maschinenwirtschaft hin (also Lok- bzw. Triebfahrzeugführer mit den dazugehörenden Tätigkeiten in den Bahnbetriebswerken), grau war die Kennung der Wagenwirtschaft, gelb galt für Sicherheits- und Fernmeldewesen und grün, das waren die Bauleute für die Strecken und Bahnhöfe, für Gleise und Weichen. So war es zumindest bei der Reichsbahn. (Ich war dabei übrigens ein »Grüner«.) Das »familiäre« Denken kann an folgender Haltung erklärt werden: Wenn beispielsweise eine Lok irgendein

Problem hatte, dann half unkompliziert das nächstgelegene Bahnbetriebswerk (Bw) mit einer geeigneten Ersatzlok aus – egal ob Regional- oder Fernverkehr, egal ob für Personen- oder Güterzüge. Die Bahn war nicht umständlich zerstückelt worden; wir waren eben eine große Eisenbahnfamilie. Ähnliche Denk- und Verhaltensweisen waren auch bei der Bundesbahn üblich. Heute ist bei der DB AG nicht mehr viel, eigentlich gar nichts davon zu spüren. Selbstherrliche Trennung der einzelnen Bereiche und damit egoistisches Verhalten beherrschen das Geschehen. Inzwischen gibt es sogar zwei feindliche Gewerkschaften – EVG und GDL – innerhalb des Unternehmens Eisenbahn, die sich gegenseitig machtheischend »bekriegen«, mit Streiks die Reisenden verprellen und damit der Eisenbahn insgesamt schaden. Von einer intakten Eisenbahnfamilie kann weiß Gott keine Rede mehr sein.

Nein, heutzutage zählt nur die Gewinnmaximierung. Da läßt die Deutsche Bahn AG sogar im eigenen Land »die Zügel schleifen«. Sehen Sie sich, liebe Leser, mal auf den vielen kleineren Bahnhöfen um – oft ein grauenvoller Anblick. Die Fenster im Erdgeschoß der nicht mehr besetzten Bahnhofsgebäude und Stellwerke sind mit Blechtafeln oder Holzschalungen verrammelt. Bei höher gelegenen Fenstern wurde darauf meist verzichtet, und so haben die »ordnungsliebenden« Deutschen dort die Scheiben zertrümmert, damit die Räume gut durchlüftet werden. Häufig verrotten und verfallen die Gebäude regelrecht, da halten auch die Graffiti-Schmierereien nichts mehr zusammen. Bei solch katastrophalen Zuständen könnte man glauben, der Zweite Weltkrieg sei soeben erst vorbei. Warum kümmert sich bei der Bahn niemand verantwortungsbewußt um Gebäude, Gleisanlagen und Fahrzeuge? Wer schlampt hier mehr, die Bahn oder der Bund? Fühlt sich niemand mehr verantwortlich? Ich halte das für eine strafwürdige Ignoranz, die hart und un-nachgiebig geahndet werden müßte.

Die DB AG will viel lieber als Logistikkonzern zum Weltmarktführer aufsteigen. Alle Verkehrsträger (Eisenbahn, Busse / Lastwagen, Schiff und Flug) sollen bei diesem Vorhaben abgedeckt werden. Was für eine überkandidelte Zielsetzung. Das ist extrem gefährlicher Größenwahn! Statt Investitionen in Deutschland vorzunehmen (vorhandene Gleisanschlüsse für den Güterverkehr wurden sogar rigoros gekappt, damit die DB AG schließlich der größte LKW-Spediteur Europas werden konnte. Das sind deutliche Zeichen von Schizophrenie.), werden die jährlichen Subventionen von fast 10 Milliarden Euro (auch Ihr Geld, liebe steuerzahlende Leser) im Ausland »verbraten«. Der EU-Abgeordnete Michael Cramer (Grüne) kritisierte das als »Zweckentfremdung von Steuergeldern«. So wurde z.B. das britische Bus- und Bahnunternehmen Arriva von der DB geschluckt – also für fast 3 Milliarden Euro gekauft. Nun fahren die roten Doppeldeckerbusse in London, auch die Überlandbusse von Arriva, unter deutscher Regie. Selbst den königlichen Zug der Queen betreibt die Deutsche Bahn. Das erscheint mir ziemlich ungesund. Freunde machen wir uns damit im britischen Königreich garantiert nicht. Ich kann das sehr gut nachempfinden, denn mich stört es auch, wenn beispielsweise der schwedische Energiekonzern Vattenfall Gewinne bei der Stromlieferung an deutsche Haushalte macht, indem mit überhöhten Preisen abkassiert wird. Es genügt durchaus (und selbst dabei sind grundsätzliche Änderungen erforderlich), wenn die deutschen Konzerne E.ON, RWE, EnBW und andere bei ihren Landsleuten gierig in den Geldbeutel greifen. Ausländer sollten da nicht zusätzlich mitmischen.

Obwohl ich Atheist bin, habe ich schon von den zehn biblischen Regeln des Christentums gehört. Das erste Gebot besagt: »Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.« Vielleicht sollten sich die

Führungskräfte der Eisenbahn daran erinnern und entsprechend handeln. Die Bahn sollte sich nicht um Straßen-, Wasser- oder Flugverkehr (andere »Götter«) kümmern und sich nicht vom eigentlichen Geschäft ablenken lassen. Das Ziel bedeutet glasklar: Beförderung von Menschen und Transport von Gütern – und das ausschließlich auf Schienen. Diese anspruchsvolle Aufgabe muß in vorbildlicher Weise nach dem zu jeder Zeit modernsten Stand der Technik sicher und pünktlich erfüllt werden. Keine einfache Sache, da muß man sich schon sehr konzentriert (auf einen »Gott«) Mühe geben.

Mittlerweile ist rund ein Drittel der Beschäftigten der Deutschen Bahn im Ausland tätig (bei und mit anderen »Göttern«). Wohin soll das noch führen? Sie haben wohl recht, Herr Busch: »Aber wehe, wehe, wehe! Wenn ich auf das Ende sehe!«



TRANSRAPID

Im Jahre 1994 hatte ich meine lange vorher geplante Eisenbahnwanderung von Berlin nach Hamburg absolviert. Da seinerzeit der TRANSRAPID oft im Gespräch war und darüber spekuliert wurde, ob zwischen den beiden größten deutschen Städten eine Verbindung für die Magnet-Schnellbahn gebaut werden sollte, habe ich auch darüber ausführlich in meinem Wanderbericht geschrieben. Auf das Buch »Die Berlin-Hamburger Eisenbahn«, das 1996 zum 150. Jubiläum dieser Strecke vom transpress-Verlag herausgegeben wurde, werden die wenigsten Leser zurückgreifen können. Deshalb gebe ich im folgenden meine damals getätigten Aussagen zum TRANSRAPID ungekürzt wieder – hier allerdings ohne Bildmaterial (im oben erwähnten Buch auf den Seiten 121 bis 127).

Ein Blick in die Zukunft: TANSRAPID – Pro und Contra

Vom Zukunftshorizont naht bereits ein neues Verkehrsmittel, das mehr als doppelt so schnell wie die Eisenbahn ist und welches nach der Jahrtausendwende zwischen den beiden deutschen Metropolen Berlin und Hamburg fahren, oder besser, schweben wird – die Magnetbahn TRANSRAPID.

Über den TRANSRAPID ist schon viel geschrieben und diskutiert worden. Vor allem der geplante und inzwischen beschlossene Bau der ersten Magnetbahnstrecke für den planmäßigen Personenverkehr zwischen Berlin und Hamburg hat zu teilweise hitzigen Auseinandersetzungen geführt. Bevor ich zu diesen Debatten Stellung nehme, fasse ich für die weniger eingeweihten Leser ein paar Fakten und Daten zusammen.

Das Verkehrssystem TRANSRAPID

Bereits in den 1920er Jahren beschäftigte sich der deutsche Ingenieur Hermann Kemper mit den Möglichkeiten des elektromagnetischen Schwebens. Für seine technisch gelöste Zukunftsvision einer »Schwebebahn mit räderlosen Fahrzeugen, die an eisernen Fahrschienen mittels magnetischer Felder schwebend entlanggeführt werden« erhielt er 1934 das Reichspatent Nr. 643 316.

Der 2. Weltkrieg und die schwere Folgezeit ließen das Magnetbahnsystem etwas in Vergessenheit geraten. Doch in den 60er Jahren meldete sich der Forscherdrang wieder, so daß 1969 das erste funktionsfähige Labormodell (später TRANSRAPID 01 genannt) von Krauss-Maffei entwickelt wurde. Zwei Jahre später erreichte ein Prinzip-Fahrzeug von MBB auf einer 660 m langen Versuchsstrecke immerhin 90 km/h.

Ein vorläufiger Höhepunkt war 1979 anlässlich der Internationalen Verkehrsausstellung in Hamburg erreicht, bei welcher erstmals Personen (insgesamt etwa 50.000 Besucher) mit dem TRANSRAPID 05 von den Messehallen zum Freigelände schwebend befördert wurden.

Nachdem 1981 die Versuchs- und Planungsgesellschaft für Magnetbahnsysteme mbH (MVP) gegründet worden war, wurde 1984 der Testbetrieb auf der TRANSRAPID-Versuchsanlage-Emsland (TVE) nördlich von Meppen zwischen den Orten Lathen und Dörpen aufgenommen. Nach Beendigung des zweiten Bauabschnitts (Südschleife) war 1987 die gesamte, geschlossene Anlage fertiggestellt. Sie ist die weltweit größte Testanlage für Magnetschwebefahrzeuge, auf der alle Komponenten und Subsysteme im Dauerbetrieb unter alltagsnahen Bedingungen auf »Herz und Nieren« geprüft und weiterentwickelt werden.

Die Versuchsstrecke hat eine Gesamtlänge von 31,5 Kilometern und besteht aus einem 12 km langen, fast geraden Abschnitt zum Erreichen der Höchstgeschwindigkeit, der 11,5 km langen Nordschleife (Radius = 1690 m) und der 8 km langen Südschleife (Radius = 1.000 m). In die Anlage sind drei elastische Stahlbiegeweichen eingefügt, die in Geradeausstellung mit Höchsttempo befahren werden können und deren Umstellzeit 20 Sekunden beträgt.

Bereits wenige Wochen nach Inbetriebnahme der Versuchsanlage beschleunigte 1984 der TRANSRAPID 06 bis zu einer Spitzengeschwindigkeit von 302 km/h.

1988 lag sein Weltrekord bei 412 km/h. Der weiterentwickelte TRANSRAPID 07 erhöhte 1989 den Spitzenwert auf 435 km/h, und seit dem 10. Juni 1993 steht die Rekordmarke bei 450 km/h. Die Technik des TRANSRAPID ermöglicht durchaus noch höhere Geschwindigkeiten. Eine Begrenzung bildet zur Zeit lediglich die kurze Geradeausstrecke (12 km) der Versuchsanlage.

Der TRANSRAPID wird als erstes Fernverkehrssystem absolut berührungsfrei getragen, geführt, beschleunigt und gebremst. Für das Tragen sorgen die an beiden Fahrzeugseiten einzeln geregelten Elektromagnete, die das Fahrzeug von unten bis auf einen Luftspalt von etwa 10 mm an den Fahrweg heranziehen. Die seitlich im Fahrzeug installierten Führungsmagnete, die mit den beidseitig am Fahrweg angebrachten ferromagnetischen Führschiene korrespondieren, garantieren eine sichere Spurhaltung. Der Antrieb erfolgt durch einen im Fahrweg befindlichen synchronen Langstator-Linearmotor, der gleichzeitig als Bremse dient und redundant durch eine berührungsfreie Wirbelstrombremse ergänzt wird. Der Langstator-Linearmotor im Fahrweg ist in einzelne Abschnitte aufgeteilt, von denen nur derjenige eingeschaltet wird, in dem sich das Fahrzeug gerade befindet. Im eingeschalteten Zustand wird das berührungsfrei schwebende Fahrzeug vom

elektromagnetischen Wanderfeld im Fahrweg mitgezogen. Auch die Energieübertragung zur Versorgung des Bordnetzes erfolgt berührungslos über Lineargeneratoren durch elektromagnetische Induktion, so daß Stromabnehmer oder Schleifkontakte überflüssig sind.

Im November 1991 hat das Bundesbahn-Zentralamt München in einem Gutachten die technische Einsatzreife der Magnetschnellbahn bescheinigt, das heißt, es gibt keine Sicherheitsrisiken, weder bei den einzelnen Komponenten noch beim gesamten System. Auch für die Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren sind alle Voraussetzungen erfüllt.

Vor- und Nachteile des TRANSRAPID

Welche Vorteile – außer dem rasanten Tempo – bietet der TRANSRAPID ?

Hierzu nur einige Beispiele. Der anerkannt hohe Sicherheitsstandard der Eisenbahn wird deutlich übertroffen. Da der TRANSRAPID den Fahrweg umgreift, ist ein Entgleisen unmöglich. Außerdem schließt der fahrwegseitige Antrieb Zusammenstöße absolut aus, da die Züge auf einem Streckenabschnitt aus physikalischen Gründen nicht gegeneinander fahren können. Und was geschieht bei einem totalen Stromausfall? Selbst wenn diese seltene Situation eintritt, gewährleisten Lineargeneratoren und Bordbatterien ein Weiterschweben für 20 bis 30 Minuten. Der TRANSRAPID hat dann immer noch so viel »Schwung«, daß er einen sicheren Halteort erreichen kann.

Da für den Antrieb elektrische Energie verwendet wird, gibt es entlang des Fahrweges keinerlei Schadstoffemission. Die Umwelt wird auch durch einen deutlich geringeren Energiebedarf gegenüber anderen Verkehrssystemen geschont. Für den Fahrweg, der aufgeständert oder ebenerdig angelegt werden kann, wird weniger zu versiegelnde Fläche benötigt als bei Autobahnen und Eisenbahnstrecken.

Die flexiblen Trassierungsparameter, wie die enorme Steigfähigkeit bis zu 10% und die relativ engen Kurvenradien, die bei 400 km/h nur mindestens 4.000 m betragen müssen, sind weitere Vorteile der Magnet-Schnellbahn. Welche Eisenbahn schafft schon 10 % Steigung? Da kann es sich höchstens um eine Zahnradbahn mit gemächlicher Ausflugs geschwindigkeit handeln. Die gute Steigfähigkeit des TRANSRAPID erleichtert die Trassierung in hügeligem Gelände, so daß Tunnelbauwerke und aufwendige Erdarbeiten

meist entfallen können. Das wiederum reduziert die Kosten gegenüber dem herkömmlichen Rad-Schiene-System.

Zum Geräuschpegel werden recht unterschiedliche Meinungen vertreten. Neutrale Schallmessungen haben ergeben, daß die Vorbeifahrgeräusche (aus 25 m Abstand) des TRANSRAPID bei Tempo 250 geringer sind als bei einer S-Bahn mit 80 km/h. Das Ergebnis überrascht nicht, denn bei der Magnet-Schnellbahn entfallen infolge des berührungsfreien Schwebens sämtliche Roll- und Motorengeräusche. Lediglich die durch den Fahrtwind erzeugten Geräusche sind nicht zu vermeiden.

Welche Nachteile stehen all den positiven Eigenschaften gegenüber ?

Die TRANSRAPID-Strecke Berlin-Hamburg gibt es noch nicht. Sie muß erst gebaut werden und das verschlingt enorme Geldsummen. Für den Bau des 284 km langen Fahrweges, der vom Bund finanziert werden soll, sind 5,6 Milliarden Mark vorgesehen. An Kosten für Fahrzeuge, Energietechnik und Betriebsanlagen, für die eine private Betreibergesellschaft der Industrie aufkommt, werden 3,3 Milliarden Mark erwartet.

Die veröffentlichten Summen sollten jedoch mit Vorsicht registriert werden. Ich denke, es wird garantiert teurer, denn es ist im Baugewerbe fast als gesetzmäßig anzusehen, daß die veranschlagten Kosten überschritten werden.

Andererseits werden mit der Realisierung der Strecke Arbeitsplätze erhalten und geschaffen. Während der Bauphase im Zeitraum von 1998 bis 2005 sollen es annähernd 10.000 Arbeitsplätze sein, für Betrieb und Wartung werden etwa 3.000 prognostiziert.

Es ist durchaus verständlich, daß die Befürworter der Magnet-Schnellbahn ihre Kalkulationen »schönrechnen«, während die Gegner Skepsis und Ablehnung an den Tag legen. Optimistische Erwartung und pessimistische Kritik stehen sich diametral gegenüber. Wie so oft befindet sich die Wahrheit irgendwo dazwischen. Das gilt auch für die erwarteten Fahrgastzahlen (die Schätzungen schwanken zwischen 10 und 15 Millionen) im Eröffnungsjahr 2005 beziehungsweise im Jahre 2010. Wer kann heute schon exakt voraussagen, welches Ausmaß Reiselust und –notwendigkeit in 10 Jahren erreicht haben werden.

Ab 1997 können auf der ausgebauten und modernisierten Eisenbahnstrecke Berlin-Hamburg die InterCities durchgehend mit Tempo 160 verkehren. Ist für die gleiche Relation dann eine zusätzliche Magnet-Schnellbahn überhaupt noch erforderlich? Auf den ersten Blick würde man sicher mit »Nein« antworten. Ich könnte mir verkehrspolitisch wirksamere TRANSRAPID-Verbindungen vorstellen, zum Beispiel von Berlin über Thüringen nach Frankfurt/Main. Doch diese Strecke wäre erheblich länger und müßte zu großen Teilen in topographisch schwierigem Gelände trassiert werden. Auch wenn die Trassierung für den TRANSRAPID gegenüber dem Rad-Schiene-System flexibler und somit preiswerter ist, würden sich – schon wegen der größeren Länge – die Gesamtkosten im Vergleich zur Strecke Berlin-Hamburg mindestens verdoppeln. Da aber ohne TRANSRAPID der High-Tech-Standort Deutschland gefährdet würde, ist der Kompromiß für die erste Magnetbahn-Linie von Berlin nach Hamburg letztendlich zu akzeptieren.

Nun sollte mit dem Bau zügig begonnen werden. Allerdings stellt sich die Frage, ob es dann noch sinnvoll ist, an der Berlin-Hamburger Eisenbahn-

strecke rund 300 Millionen Mark für die Beseitigung der niveaugleichen Bahnübergänge auszugeben, nur damit die InterCity-Züge »lumpige« 40 km/h schneller fahren können.

Mitunter wird behauptet, der TRANSRAPID stelle eine Konkurrenz zur Eisenbahn dar. In diesem Zusammenhang muß auf folgenden Sachverhalt hingewiesen werden. Die Gesellschafter der Versuchs- und Planungsgesellschaft für Magnetbahnsysteme mbH (MVP) sind zu jeweils 50% die Lufthansa Commercial Holding GmbH und die Deutsche Bahn Beteiligungsgesellschaft mbH. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sich die Deutsche Bahn AG in einem Konkurrenzunternehmen engagiert, es sei denn, bei der DB AG wüßte die rechte Hand nicht, was die linke tut.

Ein weiteres Argument, den TRANSRAPID in Frage zu stellen, ist der Hinweis, überall in Europa werde auf den Ausbau des Rad-Schiene-Systems gesetzt. Ja, was sollen die Verkehrsexperten gegenwärtig auch anderes machen? Noch gibt es keine planmäßig im Regelbetrieb verkehrenden Magnetbahn-Züge. Deutschland steht zwar kurz vor dem Baubeginn, doch es gibt Gegner, die das zukunftsweisende Projekt verhindern oder wenigstens verzögern wollen. Und die japanische Industrie, die nicht umsonst und mit großem Einsatz an einem ähnlichen Magnet-Schnellbahn-System arbeitet, hat noch einen deutlichen Rückstand im Vergleich zur deutschen Entwicklung. Auch wenn die TRANSRAPID-Verbindung von Berlin nach Hamburg in Betrieb ist, wird man Eisenbahnstrecken modernisieren und ausbauen, denn beide Verkehrssysteme haben ihre Berechtigung. Sie können und werden miteinander harmonisieren und sich ergänzen.

Der Behauptung, der Trassenbau für den TRANSRAPID zerschneide bislang unberührte Natur und würde Brutgebiete seltener Tiere unwiderruflich zerstören, muß widersprochen werden. Nach intensiven Überlegungen zur Streckenführung wird gegenwärtig eine Trassierung favorisiert, die zum Großteil parallel dicht neben der Autobahn Berlin-Hamburg verläuft und bei welcher der Fahrweg ebenerdig ohne Stelzen angelegt wird. An den Stellen, wo sich die Strecke deutlich von der Autobahn entfernen muß, wird dann der Fahrweg aufgeständert, so daß er durchlässig ist und den unbeeinträchtigten Wechsel von Wild und Kleinlebewesen ermöglicht. In keinem Fall also wird »unberührte Natur zerschnitten«. Ich habe absolut nichts gegen Umweltschützer, im Gegenteil. Sie sind wichtiger denn je und ihre Zahl kann nicht groß genug sein. Nur manchmal übertreiben sie auch, und das trifft für den TRANSRAPID in besonderem Maße zu.

Es wäre höchst unseriös, über den TRANSRAPID zu schreiben, ohne Mit- und Vorbeifahrten selbst erlebt zu haben. So weilte ich im Sommer 1995 für 3 Tage an der Versuchsanlage im Emsland, um die Praxis kennenzulernen und eigene Erfahrungen zu sammeln.

Die Mitfahrt mit dem TRANSRAPID 07, bei der eine Spitzengeschwindigkeit von 420 km/h erreicht wurde, war zwar spannend, aber allzu aufregend empfand ich sie nun auch wieder nicht. Vielleicht ist meine ostpreußisch gebremste Euphorieentfaltung daran schuld.

Sicher, die Landschaft »fliegt« bei Tempo 400 zwangsläufig schneller vorbei, als bei einer ICE-Mitfahrt. Sonst ist nur ein gedämpftes Summen zu vernehmen. Auch die Beschleunigungs- und Bremsphasen sind sanft und somit kaum wahrnehmbar.

Wie ich erfahren konnte, waren im Gegensatz zum heutigen TR 07 bei dessen Vorgängermodell TR 06 die Magnete am Fahrzeug federnd gelagert. Weil sich dadurch der Fahr- oder Schwebkomfort erhöht, ist die federnde Lagerung der Magnete beim TR 08 für die Strecke Berlin – Hamburg wieder vorgesehen.

Ich hatte das Glück (oder das Pech »mitleiden« zu müssen), daß mir während der Mitfahrt eine Frau gegenüber saß, die rückwärts fahren mußte, weil alle Plätze in Fahrtrichtung besetzt waren. Es gibt Menschen, die selbst in einer Straßen- oder S-Bahn nicht rückwärts fahren können oder sich zumindest nicht sehr wohl dabei fühlen. Dieses unangenehme Gefühl vergrößert sich natürlich bei Hochgeschwindigkeitsfahrten. Für die Fahrzeugsektionen des TR 08 sollten deshalb die Sitze unbedingt drehbar gestaltet werden. Am günstigsten wäre dabei, wenn an den Streckenendpunkten alle Sitze zentral vom Cockpit aus in die neue Vorwärtsstellung gedreht werden könnten.

Von besonderem Interesse waren für mich die Vorbeifahrten des TRANSRAPID mit verschiedenen Geschwindigkeiten, weil hinsichtlich des Geräuschpegels die abenteuerlichsten Aussagen kursieren. Die Befürworter sprechen von einem »Flüsterpfeil«, die Gegner behaupten, der TRANSRAPID mache einen Krach »wie ein tieffliegender Jet« und man könne bei der Vorbeifahrt »sein eigenes Wort nicht mehr verstehen«. Ich war gespannt, wie es nun wirklich ist. Würde meine bisher positive Einstellung zur Magnetschwebetechnologie jetzt kippen?

Ich kann nach eigenem Erleben vor Ort folgendes mitteilen: Bis zu einer Geschwindigkeit von etwa 200-250 km/h kann man tatsächlich fast von einem »Flüsterpfeil« sprechen. Bei höheren Geschwindigkeiten wird es auf

Grund der Windgeräusche etwas lauter. Da ich mir im Lathener Hotel »Zum Forsthaus« ein Quartier gesucht hatte, konnte ich direkt zwischen Eisen- und Magnetbahn vergleichen. Ich kann eindeutig aussagen, daß mich am späten Nachmittag, auf der sonnigen Hotelterrasse lesend, die Rollgeräusche der rund 50 Meter entfernten Eisenbahn mit einer Geschwindigkeit von höchstens 120 km/h mehr störten, als der TRANSRAPID bei Schwebetempo 400. Jeder kann diese Aussage überprüfen und sich selbst testen. Eine weitere Diskussion zum Geräuschpegel erübrigt sich dann von alleine.

Aufschlußreich waren auch meine mehrfachen Aufenthalte auf dem Besucherhügel an der Nordschleife der Versuchsanlage. Dort wurden die durch einige Medien fast horrorartig beeinflussten Vorstellungen über den sogenannten Lärm verblüffend schnell korrigiert. So hörte ich bei den verschiedensten Besuchergruppen immer wieder erstaunte Ausrufe wie: »Mann, det hätt' ick mir ville lauter vorjestellt!« oder »So an Radau macht dös Ding ja goa net!« oder »Das hätt'sch ni geglobt, daß dor Dransrabied so leise is.«

Ganz geräuschlos wird der TRANSRAPID nie sein, das erwartet auch niemand. Aber die Entwicklung geht weiter und der ohnehin geringe Geräuschpegel wird im Laufe der Zeit mit Sicherheit minimiert werden können. Gegenwärtig ist zum Beispiel noch ein leichtes »Blub-blub-blub-Geräusch« zu vernehmen. Die Trägerlängen des Fahrweges betragen 25 bzw. 50 Meter. Dazwischen ist eine Dehnungsfuge angeordnet, um die temperaturabhängigen Bewegungen der Fahrwegträger zu ermöglichen. In diese Dehnungsfugen fällt nun ein Teil der vom Fahrzeug vorangeschobenen Luftmenge, was bei hohen Geschwindigkeiten dieses Geräusch hervorruft.

Ich könnte mir vorstellen, daß man diese Fugen in geeigneter Form abdeckt (was teilweise bereits geschehen ist), ohne das physikalisch bedingte Dehnen und Schrumpfen des Fahrweges zu behindern. Vielleicht sind in einigen Jahren elegantere geräuschkindernde Lösungen möglich.

Die meisten Menschen kennen noch das »Klack-klack« der Schienenstöße bei der Eisenbahn. Heute sind bei Hauptstrecken die Schienen lückenlos verschweißt, die Schienenstöße werden immer seltener. Der technische Fortschritt schreitet überall voran. Das wird beim TRANSRAPID nicht anders sein.

Irgendwie erinnert die Diskussion um die Magnetschnellbahn an die Zeit vor über 150 Jahren, als die ersten Eisenbahnstrecken eröffnet wurden. Damals befürchteten die Gegner, daß die im Vergleich zur Postkutsche irrsinnig hohen Geschwindigkeiten von 30, 40 oder 50 km/h bei den Bahnreisenden schwere gesundheitliche Schäden hervorrufen würden. Heute kann man darüber nur milde lächeln.

Die Magnet-Schnellbahnverbindung Berlin-Hamburg muß schnellstens gebaut werden, egal ob die Fahrzeit nun 50 oder 60 Minuten betragen wird oder ob im 10-, 20- oder 30-Minuten-Takt gefahren werden soll.

Nicht ohne Grund arbeiten die »pfiffigen« und weitsichtigen Japaner intensiv an der Entwicklung eines Konkurrenzproduktes. Auch hier trifft zu: «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» Noch hat Deutschland einen klaren Vorsprung bei der faszinierenden Magnetbahntechnik. Jedes Zögern aber könnte böse Folgen haben. Wer zuerst eine ausgereifte Magnetbahnstrecke für den öffentlichen Personenschnellverkehr sicher, planmäßig und problemlos betreibt, legt die grundsätzlichen technischen Parameter für die Ma-

gnetschwebetechnologie fest und sichert sich damit die besten Exportchancen im weltweiten Markt der Hochgeschwindigkeitszüge.

Das war schon bei der Eisenbahn so, die ihre »Geburtsstunde« in England hatte. So fahren heute in den meisten europäischen Ländern die Eisenbahnen auf Normal- oder Regelspurgleisen mit der ungewöhnlich »krummen« Spurweite von 1435 mm, was 4 englischen Fuß und $8 \frac{1}{2}$ inch (Zoll) entspricht.

Eisenbahn und Magnet-Schnellbahn werden sich in Zukunft ergänzen, indem eine Aufgabenteilung vorgenommen wird. Auf diese Ergänzungsstrategie ist bisher in der Öffentlichkeit nur selten eingegangen worden. Die MVP Versuchs- und Planungsgesellschaft für Magnetbahnsysteme mbH, an der bekanntlich die Deutsche Bahn zur Hälfte als Gesellschafter beteiligt ist, äußert sich in einem ihrer Prospekte unmißverständlich hierzu:

»Die geplante Magnet-Schnellbahnstrecke von Berlin nach Hamburg eröffnet z.B. der Deutschen Bahn neue Perspektiven im Bereich des Regional- und Güterverkehrs. Indem der Personen-Fernverkehr auf dieser Strecke durch die Magnet-Schnellbahn abgewickelt wird, kann die Deutsche Bahn dann einen attraktiven und leistungsfähigen Regional- und Güterverkehr via Bahn anbieten.«



Soweit meine Aufschreibungen aus dem Jahre 1995. In den Folgejahren stießen die unterschiedlichsten Meinungen voller Wucht aufeinander. Bau- und Betriebskosten, Wirtschaftlichkeit und Umweltbelange waren die wesentlichen Streitpunkte. Als im Dezember 1999 der neue Bahnchef Mehdorn sein

Amt antrat, ging dieser sofort auf Distanz zum Transrapid-Projekt (umfangreiche Personalentlassungen waren dem meist spöttisch grinsenden, angeblichen Alleskönner wichtiger). In den 1990er Jahren war die Strecke von Berlin nach Hamburg für 160 km/h ausgebaut worden, nun wurde sie bis zu 230 km/h ertüchtigt. Dafür hatten allerdings sämtliche Bahnübergänge zu verschwinden. Die Straßen mußten aufwendig über- oder unterführt werden, oder die Bahnkreuzung wurde für immer beseitigt. Diese Kosten hätte man sparen können, denn 160 km/h wären für den Güter- und regionalen Personenverkehr ausreichend gewesen. Der schnelle Fernverkehr mit etwa Tempo 400 wäre dann in den Zuständigkeitsbereich des Transrapid gefallen. Man hatte leider anders entschieden. Für mein Verständnis war das falsch und sogar ausgesprochen dumm.

Nach dem Transrapid-Aus für die mögliche Referenzstrecke Berlin – Hamburg kamen andere Projekte ins Gespräch, so der »Metrorapid«, der auf knapp 80 Kilometer Länge mehrere Städte im Ruhrgebiet verbinden sollte, oder die Flughafenanbindung in München. Für letzteres Vorhaben setzte sich der damalige bayerische Ministerpräsident, Edmund Stoiber, vehement ein. Im Januar 2002 erklärte er auf dem Neujahrsempfang der Münchner CSU im alten Rathaus eindrucksvoll die Vorteile des Transrapid bei einer Inbetriebnahme zwischen dem Münchner Hauptbahnhof und dem Flughafen. Natürlich sind diese Ausführungen im Internet abrufbar, doch was ist bei Stromausfall oder leeren Akkus? So biete ich Ihnen den fulminanten und leidenschaftlichen Text auf traditionale Weise zum Lesen an:

»Wenn Sie, ah, vom Hauptbahnhof in München mit zehn Minuten ohne, daß Sie am Flughafen noch einchecken müssen, dann starten Sie im Grunde genommen am

Flughafen, am... am Hauptbahnhof in München starten Sie Ihren Flug. Zehn Minuten – schauen Sie sich mal die großen Flughäfen an. Wenn Sie in Heathrow in London oder sonstwo, meine se... Chä... Charles de Gaulle, äh, in Frankreich oder in, äh, in, in, äh, in äh Rom, wenn Sie sich mal die Entfernungen ansehen, wenn Sie Frankfurt sich ansehen, dann werden Sie feststellen, daß zehn Minuten ... Sie jederzeit locker in Frankfurt brauchen, um Ihr Gate zu finden. Wenn Sie vom Flug..., vom Fl..., vom Hauptbahnhof starten, Sie steigen in den Hauptbahnhof ein. Sie fahren mit dem Transrapid in zehn Minuten an den Flughafen in... an den Flughafen Franz Josef Strauß. Dann starten Sie praktisch hier am Hauptbahnhof in München. Das bedeutet natürlich, daß der Hauptbahnhof im Grunde genommen näher an Bayern, an die bayrischen Städte heranwächst, weil das ja klar ist, weil auf dem Hauptbahnhof viele Linien aus Bayern zusammenlaufen.«

Einfach genial! Wenn das keine kabarettistische Meisterleistung war (gewollt oder versehentlich), dann versuchen Sie es besser zu machen, liebe Leser!

Dennoch halfen alle Bemühungen nichts. In Deutschland wurden sämtliche Transrapid-Projekte endgültig fallengelassen. Es schien fast so, als hätten die Verantwortlichen – die Wirtschaftsbosse und die Politiker – nach und nach »kalte Füße« bekommen; angsterfüllt und risikoverschüchtert kniffen sie vor einem mutigen Schritt in die Zukunft. Auch private Investoren verhielten sich erstaunlich zurückhaltend. Für mich war das alles einigermaßen unverständlich. Wahrscheinlich (eher sogar sicher) wurde damit leichtfertig und verantwortungslos eine große Chance vergeben. Aber so verängstigt sind die Deutschen heutzutage nun mal. Deren »Mut« reicht nur noch zum Nachäffen amerikanischer Vorgaben.

Auf der Lathener Versuchsanlage hatte man trotzdem weiter getüftelt und entwickelt, weil sich die Transrapid-Hersteller Siemens und ThyssenKrupp Aufträge aus China erhofften. So waren die Konstruktionen und Testverfahren bis zum neuen Transrapid 08 fortgeführt worden. Am 22. September 2006 wurde das innovative Schaffen leider negativ beeinflusst. Es kam zu einem tragischen Unfall, weil ein Transrapid auf die Strecke gelassen wurde, obwohl dort ein konventionell angetriebener Werkstattwagen die üblichen Wartungsarbeiten ausführte. Dieses menschliche Versagen hatte bedauerlicherweise 23 Menschenleben gekostet, außerdem wurden 11 Insassen zum Teil schwer verletzt. Der Betrieb auf der Anlage ruhte daraufhin bis zum Sommer 2008. Dann kam der weiterentwickelte Transrapid 09 zum Einsatz, für den jedoch Besuchermitfahrten nicht mehr erlaubt wurden.

(Jeder Mensch kann etwas vergessen, das war schon immer so. Aber bei der Eisenbahn hatte man als Erinnerungshilfe für besetzte Abschnitte an Hebeln, Schaltern oder Knöpfen immer schon irgendwelche Sperren angebracht. Das funktioniert problemlos seit rund 150 Jahren. Auch bei dem Hochtechnologie-Produkt Transrapid hätte man so verfahren sollen. Ich kenne die Größe des entscheidenden Schalters nicht, aber vielleicht hätte ganz einfach (zu einfach?) ein darüber gestülpter Pappbecher an den Werkstattwagen erinnert und somit das Unglück verhindern können. In diesem Falle hätte sogar eine alberne Becherbeschriftung – wie »Coffee to go« – nicht gestört. Im englischen Sprachraum sagt man übrigens: »Coffee to take away« – Für deutsche Kaffeetrinker ist das jedoch viel zu kompliziert! Sie wären damit sprachlich schlicht überfordert.)

Ende 2011 wurde zum großen Bedauern vieler Transrapid-Befürworter die Versuchsanlage im Emsland stillgelegt und deren Rückbau eingeleitet. Die Betriebsgenehmigung war ausgelaufen, und die Förderung durch den Bund wurde eingestellt. Aus und vorbei!

Die bislang einzige kommerzielle Magnetbahnstrecke der Welt nahm Ende 2003 in Schanghai den Regelbetrieb auf. Drei Züge des Transrapids sind dort unter dem Namen »Shanghai Maglev Train« (SMT) im Einsatz. Anfang 2001 wurde in Schanghai mit dem Bau dieser Trasse begonnen. Nach knapp zwei Jahren Bauzeit wurde die 30-Kilometer-Strecke (also nicht ganz so lang wie die Versuchsanlage im Emsland) zwischen dem Finanzzentrum Schanghais und dem internationalen Flughafen der Stadt für den Probetrieb eingeweiht. Zur Jungfernfahrt am Silvestertag des Jahres 2002 war der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder nach China gereist – auch um die weitere Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Transrapid-Konsortium und den Chinesen zu fördern. Die Beteiligung an einem Riesenprojekt schien durchaus möglich – die wichtige Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Peking und Schanghai mit einer Länge von rund 1.300 Kilometern war im Gespräch. China beobachtete sehr genau, was sich in Deutschland tat. Nach dem Transrapid-Ausstieg der Deutschen befürchtete China mit der Magnet-Technologie allein gelassen zu werden. So ließ man die deutsche Magnet-System fallen und entschied sich lieber mit dem japanischen Hochgeschwindigkeitszug Shinkansen für die Rad-Schiene-Technik. Eine für Deutschland verheerende Folgen habende Entscheidung.

Der »Maglev Train« verkehrt zwischen dem Finanzzentrum und dem Flughafen der Stadt Schanghai. Doch der wirtschaftliche Erfolg dieser Transrapid-

Strecke war eher dürrtig, die Züge wurden nicht im erhofften Maße frequentiert. Ich frage mich ohnehin, wieso sollten Finanzbosse den SMT nutzen, wenn man doch eindeutig schwarze Limousinen bevorzugt. Und was sollen und wollen eigentlich normale Durchschnittsmenschen mit wenig Geld im pompösen Finanzzentrum von Schanghai? Hier wurde meines Erachtens sehr oberflächlich prognostiziert. Außerdem verläuft die inzwischen verlängerte U-Bahn-Linie 2 ebenfalls zum Flughafen (preiswertere Konkurrenz).

Da gibt es mit der Magnet-Technik eine geniale deutsche Erfindung (auf die wir wirklich stolz sein können), die im Verlaufe mehrerer Jahrzehnte zur perfekten Alltagstauglichkeit weiterentwickelt wurde. Aber was macht man in diesem Land daraus? Für die faszinierende Technologie verzichtet man »gedankenlos« auf eine Referenzstrecke, die werbewirksam in Verkaufsverhandlungen eingebaut werden könnte und müßte. Wie konnten die Deutschen in dieser betübten, fast als dürrtig zu bezeichnenden Situation verhandeln, falls sich vielleicht extrem wohlhabende Scheichs aus dem arabischen Raum mit Bauüberlegungen interessiert nach den Transrapid-Erfahrungen in Deutschland erkundigt hätten? Anfang dieses Jahrhunderts hätte das Transrapid-Konsortium wenigstens auf eine bescheidene Versuchsanlage verweisen können. Das wäre schon peinlich genug gewesen, so ganz ohne kommerzielle Strecke und damit ohne jegliches, die Vermarktung ankurbelndes Selbstbewußtsein. Jetzt haben wir gar nichts mehr für einen vernünftigen Wettbewerb und erfolgversprechende Verkaufschancen. Was für ein katastrophales Geschäftsgebaren, es ist nicht zu fassen. Das einstige Vorzeigeprojekt deutscher Ingenieurkunst ist nun endgültig dem Abriß preisgegeben. Solch ein jämmerlicher Umgang mit marktwirtschaftlichen Regeln sollte konsequent bestraft werden. Mit dieser entsetzlich dummen Entscheidung scheint nun

die deutsche Transrapid-Technologie für viele, sehr viele Jahrzehnte gestorben zu sein (†). Ich bedauere das zutiefst! (Die Japaner, die in den 1990er Jahren mit ihrer Magnetschwebetechnik noch deutlich hinter dem deutschen Entwicklungsstand lagen, haben unterdessen konsequent weitergeforscht, und so erzielte der japanische Maglev bei einer Testfahrt im April 2015 mit 603 km/h einen neuen Temporekord – während die Deutschen selig vor sich hin schlummern.)



Schiffsverkehr

Wenn ich mir über das Verkehrswesen in Deutschland Gedanken mache, dann sind natürlich ein paar Bemerkungen zur Beförderung und zum Transport auf Wasserwegen nicht zu umgehen, und das, obwohl mir das Reisen zu Wasser relativ wenig vertraut ist. Ich besitze kein Schiff und kann auch nicht mit einer noblen Hochseeyacht protzen, die öfter im Hafen von Monaco festmacht. Nicht einmal ein kleines Paddel- oder Ruderboot kann ich als Eigner vorweisen. Auch über Erlebnisse bei Kreuzfahrten kann ich nicht mitreden. Ich war weder auf der MS »Völkerfreundschaft« zu DDR-Zeiten noch auf der MS »Deutschland« der Bundesrepublik. Kreuzfahrten haben mich nur im Fernsehen erquickt, wenn die von Wolfgang Rademann produzierten »Traumschiff-Touren« über Land und Leute aus den verschiedensten Teilen der Welt berichteten. Wahrlich eine pfiffige Grundidee!

Ich war allerdings schon in jungen Jahren begeisterter Passagier auf den Schaufelraddampfern der »Weißen Flotte« in Dresden – elbaufwärts bis Bad Schandau kurz vor der tschechischen Grenze oder abwärts bis Diesbar-Seußlitz hinter Meißen. Später habe ich auch Rundfahrten auf Berliner Gewässern oder im Hamburger Hafen mitgemacht. Und auf eine beeindruckende Reise mit einem Hurtigrutenschiff von Kirkenes nahe dem Nordkap nach Bergen kann ich noch verweisen. Diese Tour entlang der norwegischen Westküste mit ihren zahlreichen Fjorden habe ich mit meiner Frau im Jahre 2001 erleben dürfen – bei traumhaftem Wetter zur Zeit der Sommersonnenwende. Das war's dann aber schon mit meinen Wasserweg-Erfahrungen.

Der Streit über das weitere Ausbaggern der Elbezufahrt bis Hamburg hat sich trotzdem bis zu mir herumgesprochen. Mit der weiteren (nach Jahrzehnten mittlerweile der 9.) Elbvertiefung um rund 1,5 Meter soll eine Fahrinnenanpassung erreicht werden, damit die jetzt bereits beängstigend wirkenden Containerschiffe noch größer werden und somit mehr, immer mehr Frachten transportieren können. Der Drang nach dem unersättlichen »Mehr« war schon weiter vorn im Buch – nicht nur von mir – kritisiert worden. Das alles wird wohl keinen der verantwortlichen Geschäftemacher interessieren. Nur die Erhöhung der finanziellen Gewinne hat man im Sinn, da ist für Vernunft kein Platz mehr. Die Geldgier scheint zu »geistiger Erblindung« zu führen.

Auch von Häfen ohne Schiffe und von Flugplätzen ohne Flugzeuge (z.B. Kassel-Calden) mußte ich entsetzt erfahren. Der sogenannte Jade-Weser-Port Wilhelmshaven (vor dem Begriff »Hafen« schämt man sich offenbar) wurde als großzügiger und einziger deutscher Tiefwasserhafen für gewaltige Containerschiffe ausgebaut. Doch meist ist der Hafen verwaist, und das Wasser plätschert ob der Ruhe an der tide-unabhängigen Oberfläche vergnügt hin und her. Wenn am Bedarf vorbei geplant wird, dann kommen halt solche Milliardenflops zustande. Da stellt sich die Frage: Werden die Planungen nicht konsequent geprüft, werden Kontrollen als Einschränkung der Freiheit angesehen? Unsinnige Freiheiten können wir uns aber nicht leisten.

Der nach Anzahl der Schiffe meistbefahrene künstliche Wasserweg der Welt ist der fast 100 Kilometer lange Nord-Ostsee-Kanal (bis 1948 hieß er Kaiser-Wilhelm-Kanal) zwischen Brunsbüttel und Kiel-Holtenau. In Norddeutschland also »tobt« somit der weltweite Schiffsverkehr. Hätten Sie das gedacht, liebe Leser? Um die Schleusentore an den Enden des Kanals regel-

mäßig zu warten und funktionsfähig zu halten, fehlt leider das nötige Geld, oder es wird lieber für andere Vorhaben eingesetzt (Elbphilharmonie in Hamburg). Im Jahre 2013 jedenfalls wurden die Bundesmittel für den Kanal von 60 auf 11 Millionen zurückgefahren. Und das, obwohl die Größe der Schiffe und die Menge ihrer Ladung unaufhörlich zunehmen. Es gibt sicher noch eine Vielzahl weiterer Kritikpunkte im großen Bereich der »christlichen Schifffahrt« (traditionelle Schreibweise!), aber dazu sollten sich die berufserfahrenen Seeleute äußern. Ahoi!



Flugverkehr

Der Flugverkehr ist gleichfalls nicht unbedingt mein Ding. Sollte ich mich nun schämen, wenn ich erkläre, daß ich sogar als älterer Mann die Zahl all meiner Mitflüge an beiden Händen abzählen kann? Was raten Sie mir, liebe Leser? Na egal, ich trinke jetzt einen »Schluck Mut« und verrate Ihnen, verständnisvolle Leser (?), daß ich während meines bisherigen Lebens nur neunmal ein Flugzeug genutzt habe. Wegen der ungeraden Zahl werden Sie nun möglicherweise verunsichert sein; bin ich von meinem letzten Flug nicht zurückgekehrt? Die Erklärung ist ganz einfach. Während des Studiums Anfang der 60er Jahre war ich über ein verlängertes Wochenende mit einem meiner Kommilitonen per Eisenbahn zu seinen Eltern nach Erfurt gefahren. Diese hatten in der kleinen Häuserzeile unmittelbar rechts neben den aufwärtsstrebenden, recht bekannten Stufen zum Erfurter Dom und zur Severikirche eine bescheidene, aber bemerkenswerte Wohnung. An einem der Besuchsabende konnten wir aus den Wohnungsfenstern auf eine grandiose Aida-Vorstellung auf den Domstufen schauen – teils vor, teils hinter die Treppenbühne. Dieser Zuschauerplatz war schon beeindruckend, sogar ein wenig sensationell. Für die Rücktour nach Dresden wählten wir erstmals in unserem Leben ein Flugzeug. In jungen Jahren herrscht ein besonderer Forschungsdrang. Da gibt es viele Dinge, die man zum ersten Mal sieht, macht oder erlebt. So muß es auch sein, das finde ich ganz in Ordnung (Drogen eindeutig ausgenommen). Der Flug nach Dresden-Klotzsche war leider kein erhebendes Erlebnis, denn die russische (sowjetische mußte man damals sagen) zweimotorige Propellermaschine vom Typ IL 14 glich nicht einem glänzenden »Silbervogel«, sondern

erinnerte eher an eine überalterte Rostlaube. Während des Flugs wurden mehrere »Fallübungen« vollzogen (Luftlöcher überwunden), so daß mir bei der Landung speiübel war. Vom Fliegen hatte ich erst mal die Nase voll.

Nun will ich den Flugverkehr des »Ostens« nicht grundsätzlich schlecht machen. Ich habe nur einen einzigen Inlandflug kennengelernt, und selbst der muß nicht unbedingt typisch gewesen sein. Die internationalen Flugverbindungen waren mit großer Wahrscheinlichkeit deutlich besser. Wenn ich trotzdem zu DDR-Zeiten keine weiteren Flüge nachweisen kann, dann liegt das einfach daran, daß ich inzwischen Eisenbahner geworden war und mir für die Bahnfahrten Freifahrtscheine zur Verfügung standen. Selbst für die Hochzeitsreise nach Bulgarien mit der mir soeben Angetrauten wurde die Freifahrt für uns beide genutzt. Weshalb sollte ich auch in späteren Jahren fliegen, wenn ich kostenlos Bahn fahren konnte? Erst nach dem Mauerfall, als mir symbolisch ein Fußtritt verpaßt wurde und ich kein Eisenbahner mehr sein durfte, wurden vier Flugreisen gebucht – nach Bastia auf Korsika, nach Mallorca, nach Faro in der Algarve und nach Catania auf Sizilien. Der geographiekundige Leser wird sofort bemerkt haben, daß ich somit noch nie Europa verlassen habe. Ist das bedenklich? Ist das ein Zeichen mangelnder Weltoffenheit? Neben finanziellem Zurückhaltungszwang habe ich aber auch nicht das geringste Verlangen nach Langstreckenflügen, bei denen ich 10, 12 oder auch 15 Stunden im Flugzeug (schon gar nicht im Flieger) geduldig sitzen müßte. Nein, das muß ich nicht haben.

Natürlich empfinde ich mich nicht als Maßstab für die Zahl der Flüge, die Menschen innerhalb ihres Lebens absolvieren sollten. Es gibt sogar erwachsene Menschen, die noch nie geflogen sind. Die Gründe dafür sind oft Engpäs-

se im persönlichen Budget. (An die vielen Millionen Menschen, die auf der Welt täglich gegen ihr Verhungern ankämpfen, muß ich hierbei wenigstens kurz erinnern.) Andererseits werden die besser situierten Bürger häufiger, die wichtigtuersichen Geschäftsleute sogar erheblich öfter fliegen. Und wer des Geldes im Überfluß besitzt, fliegt auch mal schnell zum Friseur nach Paris oder wenigstens einmal im Monat nach New York zum Einkaufen. (Entschuldigung, zum Shoppen hätte ich schreiben müssen, ich Narr.) Meinetwegen sollen sie das tun, auch wenn die Umwelt damit unnötig belastet wird. Aber wenn sich solche Typen über Fluglärm aufregen, zu dem sie selbst gedankenlos beitragen, dann werde ich wirklich wütend. Und ich rufe bezüglich des gescholtenen Fluglärms diesen Vielfliegern zu: Haltet doch endlich eure verlogene Schnauze!

»Die Zone will Düsenflugzeuge bauen«, verkündete die »FAZ« erstaunt, und die »Welt« titelte verblüfft: »Wirtschaftswunder aus Dresden«. Der Westen staunte, und die DDR schwelgte im Stolz. In den 50er Jahren war in der DDR mit viel Hingabe unter schwierigsten Bedingungen ein eigenes Flugzeug in den Werken des Dresdener Stadtteils Klotzsche projektiert, konstruiert und gebaut worden. Einen wohlklingenden Namen erhielt das Prestigeprodukt nicht, nur eine Zahl – die »152« – hatte man vergeben. Die Entwicklung leitete der ehemalige Chefkonstrukteur der Dessauer »Junkers«-Werke, Brunolf Baade. Dieses seinerzeit supermoderne Mittelstreckenflugzeug hatte eine Reichweite von etwa 2500 km und bot bis zu 72 Passagieren Platz (Reisegeschwindigkeit 800 km/h). Der Jungfernflug am 4. Dezember 1958 war ein voller Erfolg. Obwohl ich selbst erstmals 1964 in einem Flugzeug (sowjetischer Produktion) gesessen habe, fand ich damals schon das erste in Deutschland gebaute Passagierflugzeug mit Düsenantrieb imponierend. Besonders gefiel mir bei der vierstrahligen »152« die seltene Gestaltung als

Hochdecker, weil damit für die Passagiere niemals die Tragflügel die Sicht nach unten behinderten.

Es gab sicher Kreise, denen der Bau eines DDR-eigenen Flugzeugs mißfiel. Da kam zunächst der »Klassenfeind« in der BRD in Betracht, aber auch die USA-Konkurrenz darf nicht vergessen werden. Und selbst in der Sowjetunion war man nicht unbedingt begeistert. Wie konnte es sich die kleine DDR überhaupt erlauben, ein eigenes Flugzeug zu entwickeln und verkaufsorientiert vorzustellen? Am Ende war es vielleicht noch besser als die Maschinen der Sowjets? Beim zweiten Probeflug am 4. März 1959 stürzte die »152« in der Nähe von Dresden ab. Alle vier Testpiloten fanden bei dem Propagandaspektakel leider den Tod. Wie es zu dem Absturz kam, konnte zunächst nicht restlos aufgeklärt werden. Am wahrscheinlichsten war für mich der Begriff »Sabotage« zu vermuten – von welcher Seite auch immer. Alles schien denkbar. Nach der Wende 1989 fand man in den Stasi-Unterlagen den offizielle Untersuchungsbericht zu diesem Unglück: Es waren nur ein winziger technischer Defekt an der Treibstoffleitung und das Ausbleiben von Bestellungen, die schließlich das Ende vom Traum einer eigenen DDR-Luftfahrtindustrie besiegelten. Sehr schade!

Jetzt ein paar Bemerkungen zum unmittelbaren Fliegen. Es gibt bei jedem Flug zwei kritische Situationen, die von jedem Piloten allerhöchste Konzentrationen erfordern. Das sind jeweils Start und Landung. Nach dem Erreichen der vorgegeben Flughöhe ist es dann relativ einfach, dann wird nämlich der Autopilot eingeschaltet. Bei Langstreckenflügen und erst recht nachts ist diese Monotonie höchst gefährlich, weil die Piloten zu lange fliegen müssen und damit häufig Ermüdungserscheinungen eintreten. Für meine Begriffe sehen wir viel zu oft in Richtung USA und übernehmen so manchen gedankli-

chen »Schrott«, wenn aber etwas Sinnvolles als Vorbild verwertet werden könnte und müsste, dann kneifen wir und wollen nichts davon wissen. Ein Beispiel: Nach einem Flugzeugabsturz bei Buffalo wurde daraufhin im Jahre 2011 in den USA ein neues Gesetz verabschiedet, das maximal 9 Stunden Nachtflugzeit vorsieht. In Deutschland tut man sich schwer, denn bis New York oder andere Orte an der US-Ostküste brauchen die Flugzeuge 10 Stunden oder mehr. Nachtflüge wären dann nach amerikanischen Vorbild gar nicht mehr möglich. Man könnte in solchen Fällen allerdings einen dritten Piloten an Bord einsetzen und damit eine sogenannte Rotation der Mannschaft bewirken. Doch die Fluggesellschaften fürchten um ihren Profit. Die Flugpreise würden angeblich explodieren, wird heuchlerisch behauptet. Tatsächlich bedeutet das aber – die Sicherheit der Passagiere ist nicht so wichtig. Gewinne, immer wieder Gewinne – die haben Gewicht.

Damit Sie, liebe Leser, mit diesen Aussagen konkret etwas anfangen können, lasse ich einen Flugkapitän von der Pilotenvereinigung »Cockpit« zu Wort kommen. Dieser erklärte im Fernsehen: Wenn ein Flugschein nach den USA beispielsweise 250 € kostet, dann betragen davon die Kosten für das Cockpit 6%, das entspricht 15 €. Würde ein dritter Pilot zum Rotieren dazukommen, würden die Cockpitkosten um 10 % steigen, das wären somit 1,50 €, die der Fluggast mehr zahlen müsste. Selbst wenn diese Zahlen »schöngerechnet« wären und für den dritten Piloten doppelt so viel – also 3 € – erforderlich wären, würde ich diesen Zusatzbetrag für meine Sicherheit ohne Zögern bezahlen. Auch wenn ich während des Restes meines Lebens wahrscheinlich keinen Langstreckenflug mehr absolvieren werde, kann ich nur jedem Fluggast den Rat geben, wenn es um die eigene Sicherheit geht, sollte man sich von Schnäppchenjagd und »Geiz ist geil«-Mentalität unbedingt verabschieden. Je-

der Mensch hat nur ein Leben, und dieses sollte man nicht übermütig oder leichtsinnig riskieren. Die Übermüdung von Piloten bei Langstreckenflügen gehört fast zur Normalität. Inoffiziell gaben 93 % der Piloten an, schon mal Fehler wegen Übermüdung gemacht zu haben. Deshalb fordert die Pilotenvereinigung »Cockpit« kürzere Flug- und Dienstzeiten. Das ist absolut richtig!

Es wird so viel geflogen wie nie zuvor. Allein in Deutschland gibt es mehr als 2 Millionen Starts und Landungen pro Jahr. Bei Fernflügen gerät durch Zeitverschiebungen und Wechselschichten der Biorhythmus des Flugpersonals durcheinander. Doch selbst bei der europäischen Flugsicherheitsbehörde EASA ignoriert man wissenschaftlich fundierte Empfehlungen, die Nachtflugzeiten bei maximal 10 Stunden festzulegen. Können die Behörden überhaupt noch frei und unabhängig entscheiden oder ist die Lobby-Einflußnahme das Maß aller Dinge? Ist Profit wichtiger als Sicherheit? Ich muß wohl nichts dazu sagen; die Antwort ist eindeutig.

Wenn ich in meinem Leben doch noch einmal fliegen sollte, dann würde ich aber einen Riesenbogen um die sogenannten Billiganbieter machen, wie es die irische Fluggesellschaft Ryanair ist. Im scheinbar günstigen Preis ist nur der blanke Flug von A nach B ohne jegliche Zusatzleistung (z.B. Kaffee) enthalten. Gepäck ist nur bis 15 kg im Preis abgedeckt; jedes Kilo mehr kostet beachtliche 10 Euro. Beim Handgepäck müssen die vorgegebenen Maße stimmen, sonst gilt es als Koffer und muß zusätzlich bezahlt werden. Das Warten auf das Flugzeug ist meist nur in unwürdiger Form im Stehen möglich, bis dann der Wettlauf um die besten Plätze startet, denn Platzreservierungen

kosten wieder extra. Sogar für das unumgängliche Einchecken (gemeint ist Anmeldung / Abfertigung) muß extra gezahlt werden.

Raynair spart auf Teufel komm raus. Im Schnitt bleiben die Maschinen nur 25 Minuten am Boden. Wie will man da alle Aufgaben und Kontrollen ordentlich erfüllen? Betanken, Reinigen, Sicherheit? Noch ist kein Flugzeug abgestürzt, doch es gab schon 70 Zwischenfälle. Wenn ein Flugplatz wegen Unwetters nicht angefliegen werden konnte und somit ein weiter entfernter Landeplatz erreicht werden mußte, dann kam es infolge Spritmangels schon mehrfach zu Mayday-Notrufen. Die aufzufüllenden Tankmengen sind zwar gesetzlich geregelt, doch es gibt Spielräume. Da werden Sicherheitspolster gern ignoriert. Ryanair spart nicht nur am Sprit, sondern auch am Personal. Viele Piloten sind Leiharbeiter (kaum zu glauben !), die um ihren Arbeitsplatz bangen. Keiner wagt deshalb Mängel zu kritisieren. Und wenn ein Pilot krank ist, wird trotzdem geflogen, sonst würde er absolut nichts verdienen. Das alles ist höchst riskant – »Tagelöhner« in einem Hochsicherheitsbereich!

Ich kann nur dringend empfehlen, wenn man sich einen normalen und sicheren Flug nicht leisten kann, dann sollte man sich lieber ein anderes Urlaubsziel aussuchen oder gleich im abwechslungsreichen Deutschland bleiben. Bei der Wahl für einen Billiganbieter wird ganz klar an der falschen Stelle gespart. Ich warne eindringlich – also Finger weg! Ich jedenfalls werde niemals mit solchen geldgierigen Billigfliegern auf Reisen gehen, denn ich bin keine Katze, die angeblich sieben Leben hat. Und jener würde das bei einem Flugzeugabsturz wohl auch nichts nützen.

Wie überall tobt auch im Flugverkehr ein gnadenloser Verdrängungs-Wettbewerb. Die Beschäftigten der Deutschen Lufthansa arbeiten im Vergleich zu

anderen Fluggesellschaften dennoch unter komfortablen Bedingungen. Doch der Konkurrenzkampf zwingt nun auch dort zu Sparmaßnahmen. Andernfalls bestände die Gefahr, daß die Lufthansa irgendwann die »Segel streichen« und ihre Insolvenz bekanntgeben müßte.

Ein Beispiel: Bislang ist es mehr als der Hälfte der 10.000 Piloten bei der Lufthansa erlaubt, ab 55 Jahren in den bezahlten Frühruhestand zu gehen. In der Übergangszeit bis zur gesetzlichen Rente erhalten sie bis zu 60% ihrer Bezüge, die ja nicht gerade popelig sind (im Durchschnitt 180.000 Euro im Jahr, 60% davon entsprächen dann 9.000 Euro im Monat). Um gegen Mitbewerber auf dem weltweiten Flugmarkt bestehen zu können (z.B. Ryanair oder Golf-Airline Emirates), sieht sich der Lufthansa-Konzern nun gezwungen, jene Altersgrenze schrittweise auf 61 Jahre anzuheben. (Damit sind Piloten noch immer deutlich besser gestellt, als alle anderen Arbeitnehmer in Deutschland, die meist erst mit 65/67 Jahren in Rente gehen können.)

Daß die Piloten des »Kranich-Konzerns« diesen Schritt nicht hinnehmen wollen und die Gewerkschaft »Vereinigung Cockpit« (VC) immer wieder zu Streiks aufruft, ist für mich nicht nachvollziehbar. Abgesehen davon, daß mit den Streiks die Volkswirtschaft geschädigt und Fluggäste nachhaltig verärgert werden, kommt es mir so vor, als würden die Piloten an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen. Solch eine Kurzsichtigkeit hätte ich von deutschen Piloten nicht erwartet. Wenn es euch nicht paßt, liebe Piloten, dann kündigt doch bei der Lufthansa und bewirbt euch bei einer anderen Fluggesellschaft. Ob sich das lohnt, ist mehr als fraglich.



Opfervolk der Weltgeschichte?

Vorerst genug der »Lupenschau« in Deutschland. Es drängt mich nun, abermals einen Blick in andere Länder zu werfen. Nur diesmal scheint es ein besonders komplizierter oder gar widersprüchlicher Fall zu werden. Ich wage, mir Gedanken über das Land Israel zu machen – Verständnis und Fragwürdigkeit, Zustimmung und Ablehnung stoßen hierbei ein ums andere Mal, fast endlos scheinend, aufeinander. Ja, es ist nicht einfach mit diesem Land und dem Volk der Juden, das darin unbeschadet und verständnisinnig leben möchte.

Die Zeit rinnt in atemberaubendem Tempo dahin, und so ist inzwischen schon ungefähr ein dreiviertel Jahrhundert verflossen, da sich Deutschland seiner damaligen Geschichte erinnernd schämen muß – zwölf (!) grausame Jahre der Diktatur, der Arroganz und der Mißachtung menschlicher Grundrechte während der Zeit des Nationalsozialismus. (Es gab und gibt aber auch positive deutsche Geschichte, die nicht verschwiegen und vergessen werden darf.)

Im »Dritten Reich« wurden Juden enteignet, verfolgt, deportiert, gequält und millionenfach umgebracht. Das war erschreckende und verdammungswürdige Realität. Es sind zwei Dinge, die mich bei den elenden Taten in Rage versetzen – die skrupellose Menschenverachtung und die geistige Engstirnigkeit. Warum sollte es einerseits angeblich sogenannte Herrenmenschen und zum anderen des Lebens unwürdiges »Gesindel« geben? Bei solchen Denkweisen ist der geistige Verfall der selbsternannten »Herrenmenschen« nicht zu übersehen. Das ist absolut nicht akzeptabel.

Ein weiterer Fakt: Die damals in Deutschland lebenden Juden waren oft sehr erfolgreiche Kaufleute und Unternehmer, auch in vielen Bereichen der Kunst genossen sie hohes Ansehen. Wenn sich ein Staat durch Verfolgung und Ausrottung solcher Menschen wirtschaftlicher Impulse und künstlerischer Kreativität beraubt, dann müssen deren Entscheidungsträger schon ziemlich dumm gewesen sein. Derartige Verhältnisse dürfen nie wieder eintreten, und deshalb erinnern in Deutschland und anderen Ländern eine Vielzahl von Gedenkstätten mahnend an die Greuel der Nazizeit. Ich begreife allerdings nicht, weshalb heute bei uns die rechtsradikale Partei NPD (die DVU fusionierte zum Jahresbeginn 2011 mit der NPD) und die Republikaner (REP) immer noch nicht konsequent verboten wurden. Statt dessen erhalten diese angeblich demokratischen, jedoch unbelehrbaren Gruppierungen für ihre Wahlkämpfe sogar Gelder der Steuerzahler. Das empfinde ich als Doppeltzungigkeit und ausgesprochene Fehlhandlung.

Obwohl es diverse Mahnmale gibt, scheint ihre Anzahl für die israelische Regierung nicht ausreichend zu sein. Also mußte im Herzen Berlins, nur 200 Meter vom Brandenburger Tor entfernt, zusätzlich eine zentrale Holocaustgedenkstätte erbaut werden. Für dieses Grundstück wären wohl die höchsten Bodenpreise Deutschlands zu zahlen gewesen, doch der Bund als Eigentümer des ehemaligen Mauerstreifens, den er sich als »Sieger« einfach unter den Nagel gerissen hat, stellte eine Fläche mit einem Wert von ungefähr 40 Millionen Euro großzügig zur Verfügung. Zum Glück war Israel mit diesem Territorium zufrieden und forderte für eine Stätte des Gedenkens nicht auch noch den Abriß unseres symbolträchtigen Tores mit der Quadriga. Es wäre zu befürchten gewesen, daß unsere verängstigten Politiker diesen Wunsch kniefällig erfüllt hätten. Am 12. Mai 2005 wurde das Mahnmal im

Karree Behrenstraße, Cora-Berliner-Straße, Hannah-Arendt-Straße und Ebertstraße der Öffentlichkeit übergeben. Die 19.000 m² große Gedenkanlage wurde als Stelenfeld mit 2.711 Betonquadern und einem Ort der Information gestaltet. Der Kostenaufwand für die immensen Zementmengen und alle anderen Baustoffe sowie für die Arbeitslöhne soll bei 27,6 Millionen Euro gelegen haben, alles Mittel aus dem Bundeshaushalt. Wären die Gelder nicht sinnvoller und vor allem helfender einzusetzen gewesen, indem man den Überlebenden des Holocausts, die in einigen Ländern am Existenzminimum leben, unter die Arme gegriffen hätte? Auch hätten damit an diversen Orten der Erde viele Menschen sogar vor dem Hungertod bewahrt werden können.

Auweia! Jetzt habe ich eine kritische Bemerkung im Zusammenhang mit Israel »vom Stapel gelassen«, was mir nun den Vorwurf des »Antisemitismus« einbringen wird. Die Erfahrungen belegen, daß das Antisemitismus-Argument fast inflationär gebraucht wird; schon bei der leisesten Kritik an Israel wird dieser Vorwurf erhoben. Eine berechtigte, vernünftige Kritik stört selbst in einer gut funktionierenden Ehe nicht im geringsten. Diether Dehm von der Partei »Die Linke« hat einst festgestellt: »Der Antisemitismus wurde das, was er wirklich ist: Eine massenmordende Bestie. Und deswegen dürfen wir nicht zulassen, dass man den Begriff des Antisemitismus für Alles und Jeden inflationiert.« Der israelische Historiker Shlomo Sand vertritt bezüglich der von den Israelis unentwegt erhobenen antisemitischen Beschuldigungen die Meinung, daß »diese Einschüchterungskampagne zu einer Art Selbstzensur der Medien geführt hat«. Man könnte fast vermuten, daß Israel mit noch einer weiteren Gedenkstätte und noch einem weiteren Mahnmal versucht, der deutschen Politik zusätzlich schamvolle Verantwortung aufzudrängen und sie damit gefügig machen will, israelische Interessen in Nahost kritiklos zu

unterstützen. (Deshalb wohl wagte Deutschland bis heute nicht den Staat Palästina offiziell anzuerkennen, obwohl wir dessen Aufbau mit Geldern in Millionenhöhe fördern. 2015 waren es rund 160 Millionen Euro. Was für eine widersprüchliche und damit beschämende Politik!)

Ein paar Worte zur Geschichte: Die Juden, die nach dem Zweiten Weltkrieg und den grauenvollen Erlebnissen der vorangegangenen Jahre eine neue Heimat finden und aufbauen wollten, zogen verstärkt nach Palästina, denn die Vereinten Nationen hatten 1947 die Teilung dieses Gebietes in einen jüdischen und einen arabisch-palästinensischen Staat beschlossen (UN-Resolution 181). Die Araber jedoch lehnten dieses Vorhaben entschieden ab, weil sie befürchteten, vertrieben und ihres Landes beraubt zu werden. Es ging aber nicht nur um Besitz, sondern auch um religiöse und ethnische Konflikte. Am 14. Mai 1948 endete das britische Verwaltungsmandat über Palästina, und bereits am Nachmittag desselben Tages wurde der unabhängige Staat Israel von Ben Gurion proklamiert. Für die Juden war das ein Freudentag, endlich eine »Heimstätte« haben zu können. Die Araber empfanden das jedoch als Katastrophe verbunden mit der Sorge, die zionistischen Bewegungen könnten sich ausweiten. So kam es immer wieder zu Überfällen und Anschlägen, die bald im offenen Krieg gipfelten. Trotz eines von den Vereinten Nationen erwirkten Waffenstillstandes hielten die Untergrundkämpfe jahrelang an.

Nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 beschloß der UN-Sicherheitsrat die Resolution 242. Diese verlangt den »Rückzug israelischer Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden«; sie fordert aber gleichzeitig die Achtung Israels und seines Rechts, »innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden zu leben, frei von Drohungen und Akten der

Gewalt«. Es hätte alles funktionieren können, aber keine Seite hielt sich an die Vorgaben, nein, man bekriegte sich statt dessen weiter, mit kurzen Pausen, fast ohne Unterlaß.

Die Palästinenser wollen verständlicherweise auch ihren eigenen Staat und beanspruchen dafür das Westjordanland an der Grenze zu Jordanien und den östlichen Teil Jerusalems als ihre Hauptstadt. Außerdem soll zu ihren Autonomiegebieten der Gaza-Streifen gehören, der bis 1967 unter ägyptischer Militärverwaltung stand. Dieser schmale Landstrich erstreckt sich 40 Kilometer entlang der südöstlichen Mittelmeerküste. Doch große Teile der von den Palästinensern geforderten Gebiete sind von Israel besetzt und werden militärisch verwaltet. Daß es deshalb immer wieder zu militanten Auseinandersetzungen kommt, liegt auf der Hand. (Am 15. November 1988 wurde dennoch von der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO der Staat Palästina ausgerufen, der von fast 150 Ländern der Erde anerkannt wird.) Von israelischer Seite wird im Zuge der Gebietseroberung eine ziemlich hinterhältige Methode betrieben, die sogenannte Siedlungspolitik, die international höchst umstritten ist. Dabei macht sich Israel ein altes Gesetz aus der Zeit des Osmanischen Reiches zunutze, das sinngemäß folgende Aussage beinhaltet: *Wer innerhalb von 24 Stunden ein Dach über dem Kopf auf herrenlosem »Kronland« errichtet, darf dieses im Umkreis eines Tagesmarsches sein eigen nennen.* Die illegale Siedlungspolitik wird weltweit kritisiert, denn Israel setzt sich damit über internationales Recht hinweg.

Der ehemalige israelische Mossad-Agent Gad Shimron stellt sogar fest: »Israel hat den Ruf eines Staates, der seine Widersacher hinrichtet.« Wenn jemand sagt: »Ich fühle mich bedroht«, dann kann das kein ausreichender

Grund zum Schießen sein. Bei der Terrorbekämpfung kommen immer wieder Verwechslungen vor, so daß Unschuldige erschossen werden. Die Identität muß stets eindeutig feststehen. In den letzten 10 Jahren sind über 300 Palästinenser hingerichtet worden, statt sie festzunehmen und vor Gericht zu stellen. Militärische Aktionen müssen zielgenau sein, aber Raketen und Bomben werden selbst dann eingesetzt, wenn bekannt ist, daß sich auch Kinder im Zielgebiet aufhalten. Vorsätzliche Tötung unschuldiger Menschen ist Mord! (Das 5. Gebot der Christen fordert: »Du sollst nicht morden (bzw. töten)«. Die gleiche Vorschrift gibt es beim Judentum im 6. Gebot. Alles vergessen?)

Aber nicht nur Israel muß scharf kritisiert werden; Palästina hat ebenso Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Besonders die fanatisierten Hamas müssen für ihre terroristischen Handlungen angeprangert werden. Religiös beeinflusst begehen die sogenannten Gotteskrieger Selbstmordattentate, bei denen sie viele Unschuldige mit in den Tod reißen. Islamistische Ziele verfolgend geht der religiöse Wahn gar so weit, den gläubigen Krieger zu suggerieren, daß ihre Selbstopferung im Jenseits reichlich belohnt werde. »Mein Gott«, wann endlich hört das unsägliche Morden auf beiden Seiten auf? (Wenn es einen Gott gäbe, sollte und müßte dieser unverzüglich eingreifen. Aber nichts geschieht. Noch Fragen?)

Ich lasse ein weiteres Mal den Deutschfranzosen Stéphane Hessel zu Wort kommen. Monsieur Hessel, dessen Vater jüdischer Herkunft war, entkam knapp vor seiner Exekution dem deutschen Konzentrationslager Buchenwald. Anfang dieses Jahrhunderts hatte er sich mehrfach in Palästina aufgehalten, um sich ein Bild über das Leben der Menschen dort zu machen. In sei-

ner Streitschrift »Empört Euch!« (Indignez-vous!) schrieb er hierüber: *»Was den Gaza-Streifen betrifft, so ist er für anderthalb Millionen Palästinenser ein Gefängnis unter freiem Himmel. Ein Gefängnis, in dem sie sich Tag für Tag als Überlebenskünstler bewähren.«*

Er erinnert auch an den Gaza-Bericht von Richard Goldstone vom September 2009.

»In ihm klagt dieser südafrikanische Richter, selber Jude und bekennender Zionist, die israelische Armee an, während ihrer dreiwöchigen Operation »Gegossenes Blei« Akte begangen zu haben, 'die mit Kriegsverbrechen und vielleicht, unter bestimmten Umständen, mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit vergleichbar sind'.«

Hessel schreibt weiter:

»Tausendvierhundert Tote – Frauen, Kinder und Alte im Palästinenserlager – hat, so wurde uns bestätigt, diese israelische Armee-Operation »Gegossenes Blei« gekostet.«

Und er empört sich voller Entrüstung:

»Dass Juden Kriegsverbrechen begehen können, ist unerträglich. Leider kennt die Geschichte nicht viele Beispiele von Völkern, die aus ihrer Geschichte lernen.«

Um sich jeglichen Vorwurfs zu entbinden, nutzen die Israelis immer wieder ihren Sonderstatus als »Das Opfervolk der Weltgeschichte«. Doch ist dieser Status wirklich gerechtfertigt, wird er nicht schuldabweisend mißbraucht? Man muß sich leider von der Vorstellung verabschieden, daß israelische Menschen grundsätzlich gütige und liebreizende Engelchen seien. Die Geschichte beweist anderes und erinnert an grausame Taten – sogar bis in unsere Tage. Wenn verschiedene politische Entscheidungen und Taten Israels

kritisiert werden, dann ist das kein plumper Antisemitismus, sondern ein normaler politischer Vorgang. Darüber sollte Israel – die Bürger und die Politiker – in aller Ruhe unvoreingenommen nachdenken. Ich bitte darum.

Deutschland ist sich seiner besonderen Verantwortung für die Sicherheit des Staates Israel bewußt, gleichzeitig erkennt man das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat an. Das zumindest besagen die Ergebnisse meiner Recherchen. (Warum aber hat sich die deutsche Politik bislang nicht aufschwingen können, den bereits ausgerufenen Staat Palästina tatsächlich anzuerkennen? Nur weil »logischerweise« z.B. Israel und die USA das nicht tun? Ich kann das nicht begreifen. Die DDR hatte bereits 1988 mit weit mehr als 100 anderen Ländern offiziell diese Anerkennung ausgesprochen. Sind BRD-Politiker immer noch zu feige für eine klare Entscheidung? Kein Charakter, kein Schneid?) Überzogene zionistische Bestrebungen, also das Ziel einer Vergrößerung des israelischen Territoriums zu Lasten der arabischen Nachbarstaaten, haben unbedingt zu unterbleiben. Beide Seiten müssen über Verhandlungen bald einen friedlichen Weg finden, damit hier zwei souveräne Staaten Seite an Seite existieren können. Sie haben dann Leben, Kultur, Besitztum und Würde all ihrer Bewohner und Nachbarn zu schützen und zu achten. Vielleicht ist ja die Vernunft bei der Menschheit doch noch nicht restlos verlorengegangen. Vielleicht?



Israel läßt sich ungern in die Karten schauen, wenn es um die Durchsetzung eigener Interessen geht, aller Kritik zum Trotz. Neben den Atommächten USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich und China, die den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet haben, sowie Indien, Pakistan und Nordkorea (deren Beitritt zu diesem Vertrag noch aussteht) ist auch Israel im Besitz von Atomwaffen. Jahrelang wurde dieser Tatbestand von israelischer Seite bestritten und geheim gehalten. Im Mai 2009 wurde schließlich auch von den US-Amerikanern das Stillschweigen um israelische Atombomben beendet und der Beitritt Israels zum Atomwaffensperrvertrag verlangt. Die israelische Regierung lehnte dieses Ansinnen bisher leider ab. Dafür beschuldigt man den Iran, den Bau einer Atombombe zu betreiben – ohne jeglichen Beweis.

Günter Grass, (am 13. April 2015 in Lübeck verstorben) war einer der bedeutendsten Schriftsteller der deutschen Gegenwart, der 1999 sogar den Nobelpreis für Literatur erhielt. In seinem Aufruf »Was gesagt werden muss« geht er hart mit Israels Atompolitik ins Gericht. Damit Sie, liebe Leser, Grass' Prosa Gedicht ohne langes Suchen lesen können, hatte ich die Absicht, Ihnen den Wortlaut der nachdenkenswertesten und diskussionswürdigen Zeilen, die in der »Süddeutschen Zeitung« im April 2012 veröffentlicht wurden, auf den folgenden Seiten zu offerieren. Mein Verlag riet mir jedoch davon ab, weil ich für eine Veröffentlichung die entsprechenden Rechte kaufen müßte. Da die hierfür benötigten Gelder gerade nicht übermütig bei mir herumlagen, verzichtete ich auf einen Rechtekauf. So müssen Sie, liebe Leser, bei Interesse im Internet nach dem Gedicht suchen, was kein allzu großes Problem darstellen dürfte.

Der israelische Innenminister erklärte nach den Aussagen im Gedicht Grass zur »Persona non grata« und verhängte ein Einreiseverbot für den Schriftsteller. Da ich mit dem Aufruf von Herrn Grass sympathisiere, bin auch ich für Israel eine »unerwünschte Person«. Schade! – wenngleich Israel bei meinen künftigen Reisezielen noch nicht vermerkt war.

Möglicherweise bekomme ich während meines überschaubaren Lebensrestes doch noch mit, daß sich Israelis und Palästinenser versöhnt haben und friedlich miteinander leben. Der Frieden im gesamten »Nahen Osten« könnte dann leichter Fuß fassen. Das wäre einer meiner großen Wünsche. Friede mit euch! Schalom!



Teuflisches Uran

Im vorangegangenen Abschnitt wurde – wenn auch nur kurz, dennoch voller Überzeugung – atomares Waffenpotential angeprangert. Es wird aber von vielen Ländern auch die Möglichkeit genutzt, Kernenergie für friedliche Zwecke einzusetzen. Im Kernreaktor eines Atomkraftwerkes wird durch Spaltung von Atomkernen in einer kontrollierten Kettenreaktion Energie gewonnen, die einen Teil der Stromversorgung übernimmt.

Bei diesen Vorgängen kann es immer wieder zu gefährlichen Pannen und riskanten Unfällen kommen. Auch äußere Einflüsse können zu dramatischen Störungen führen. Eine erschreckende Reaktorkatastrophe ereignete sich am 26. April 1986 im ukrainischen Tschernobyl. Am 11. März 2011 mußte ein weiteres verheerendes Reaktorunglück im japanischen Fukushima zur Kenntnis genommen werden. Ob und wann der nächste Reaktor-GAU eintritt kann niemand konkret vorhersagen. Die Gefahr »brodelt« allerdings unentwegt in jedem Kernkraftwerk.

Die Nuklearunfälle von Fukushima veranlaßten die Bundesregierung am 14. März 2011 ein dreimonatiges Atom-Moratorium zu beschließen, wonach alle 17 deutsche Atomkraftwerke einer Sicherheitsprüfung unterzogen wurden. Mit dem Inkrafttreten der Novellierung des Atomgesetzes am 6. August 2011 verloren die sieben ältesten Kernkraftwerksblöcke Deutschlands sowie das Pannen-AKW Krümmel endgültig ihre Betriebsgenehmigung. Die verbleibenden neun Reaktorblöcke (sechs davon in Süddeutschland) müssen nun bis spätestens Ende 2022 abgeschaltet werden.

Gegenwärtig betreiben 31 Länder weltweit 441 Kernreaktoren mit einer gesamten elektrischen Bruttoleistung von rund 409 Gigawatt (Stand Ende 2015). Die meisten Kernkraftwerke arbeiten in den USA (99), gefolgt von Frankreich (58), Japan (43) und Rußland (35). Darüber hinaus wurde in 15 Ländern mit dem Bau von insgesamt 65 zusätzlichen Kernkraftwerken begonnen, davon allein 24 in China.

In Polen, unserem östlichen unmittelbaren Nachbarn und einem der wenigen Länder Europas, das bisher über kein AKW verfügt, werden zum Glück auch in absehbarer Zeit keine Kernkraftwerke gebaut. Atomkraftgegner hatten vehement gegen die Pläne protestiert, die den Bau von zwei AKWs vorsahen. Auch die hohen Kosten trugen zur Abkehr von dem Vorhaben bei. Alle Achtung vor dieser Entscheidung, an der hoffentlich nicht gerüttelt wird.

Es gibt leider auch andere Auffassungen. So berichtete »Die Welt« am 09.03.2013 in leicht nörgelnder Weise: *»Zwei Jahre nach Fukushima ist die Kernenergie im Aufschwung. Mehrere Staaten steigen in die Atomkraft ein, während Deutschland laufende AKW stilllegte. Dabei wurde die Sicherheitstechnik verbessert.«* Und weiter: *»Während Deutschland als einziges Land der Welt Anlagen stillgelegt und einen kurzfristigen Ausstieg beschlossen hat, werden alle anderen Kernenergie betreibenden Länder der Welt ihre Anlagen bis zum technischen Lebensende von mindestens 40, in den meisten Fällen 60 Jahren weiter betreiben. [...] Mindestens sieben weitere Länder haben beschlossen, in die Kernenergie einzusteigen.«* Das sind z.B. die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, die Türkei, Weißrußland und Vietnam.

Die in der »Welt« getroffene Aussage, daß »Deutschland als einziges Land der Welt Anlagen stillgelegt und einen kurzfristigen Ausstieg beschlossen

hat«, ist eindeutig falsch. In Italien hatte man sich bereits 1986 nach der Katastrophe von Tschernobyl für den Ausstieg aus der Kernenergie entschieden. Bis 1990 wurden dann alle 4 Atomkraftwerke Italiens abgeschaltet. Ihr Journalisten müßt genauer recherchieren oder ehrlich sein. Dafür werdet Ihr bezahlt! Oder hatte der Kabarettist Dieter Hildebrandt recht mit seiner Behauptung: »*Journalisten sind die Pausencloowns der Werbung.*«

Ich habe bisher in diesem Buch überwiegend kritische Bemerkungen zur deutschen Politik notieren müssen, und das, weil ich mich der Wahrheit verpflichtet fühle. Aber endlich kann ich nun eine wichtige lobende Äußerung kundtun. Den beschlossenen Atomausstieg Deutschlands begrüße ich mit großer Erleichterung; es war eine kluge und weitsichtige Entscheidung, auch wenn das mancher nicht begreifen will. (EU-Energiekommissar Oettinger aus dem Schwabenländle machte sich beispielsweise stark dafür, daß bis 2030 in Europa 40 oder mehr neue AKWs gebaut und sogar staatlich subventioniert werden. Außerdem wollte er dem riskanten Fracking den Weg bereiten. Da frag ich mich besorgt: »Hat dieses Kaschperle noch alle beisammen?« Im September 2014 wurde er vom neuen EU-Präsidenten Jean-Claude Juncker umgesetzt und quasi degradiert. Er soll nun für Digitale Wirtschaft zuständig sein, hat auf diesem Posten aber einen Vizepräsidenten aus Estland über sich. Das Ressort Energie leitet künftig die Slowenin Alenka Bratusek, eine von sieben Vizepräsidenten.)

Im folgenden Abschnitt versuche ich Ihnen, liebe Leser, die Gründe für meine lobende Anerkennung zum Atomausstieg nachvollziehbar zu veranschaulichen, alles natürlich von der Hoffnung geprägt, daß Sie zu guter Letzt mei-

ner Erkenntnis zustimmen können: Ja, der Atomausstieg war überfällig und richtig!

Es sind ja nicht nur die vielen möglichen Störungen, Zwischenfälle, Pannen oder Beinah-Unfälle, die jederzeit auftreten können, oder noch einmal solch beängstigende Katastrophen wie in Tschernobyl und Fukushima, die uns heimsuchen könnten und unter deren Folgen die Bewohner in den jeweiligen Regionen und dem weiteren Umfeld noch jahrzehntelang leiden müssen. Das wäre schon schlimm genug, aber es drohen weitere Gefahren.

Leichtfertige Menschen behaupten gerne, die Sicherheitsvorkehrungen bei den AKWs sind ausgereift und erfüllen allerhöchste Kriterien. Schwerwiegende Störungen sind »so gut wie« ausgeschlossen. »So gut wie« – also durchaus etwas auf das Glück oder den Segen Gottes hoffend. Man sollte aber imaginäre Begriffe wie Glück und Gott nicht überstrapazieren – für weltweit rund 500 Kernkraftwerke und das über Jahrzehnte. Ein Restrisiko ist immer latent.

Bedrohlich und unaufhaltsam nähert sich eine weitere Apokalypse – und die ist bereits Realität und nimmt Tag für Tag ohne Pause zu. Daran kann auch der kleinste Funken Glück nichts ändern. Dieses unterschätzte Unheil steckt im produzierten Atommüll, der noch viele, viele Jahrhunderte strahlen wird, erheblich länger als die Menschheit auf unserem Planeten Erde jemals noch einen Lebensraum finden würde. Atommüll ist radioaktiver Abfall, der durch Kernreaktionen oder Adsorption von Neutronen entstanden ist und der nicht vernichtet werden kann. Es fällt durchaus schwer, sich die Gefahren und Gefährdungszeiträume von Atommüll vorzustellen. Und noch erschreckender ist die Tatsache, daß kein Mensch in Deutschland und selbst in

der großen, weiten Welt bisher weiß, wo und wie dieser Müll endgelagert werden kann, und das noch möglichst sicher – ohne Menschen zu verstrahlen.

Noch einmal Dieter Hildebrandt, der dazu ehemals feststellte: *»Kernkraftwerke hinzustellen, ohne zu wissen, wo der Atommüll endgelagert werden kann, ist wie das Abziehen einer Handgranate bevor man weiß, wo man sie hinwerfen wird.«*

Wie gefährlich ist das teuflische Uran eigentlich? Ich erwähne hier lediglich ein Beispiel, das ausreichend Anlaß zum Nachdenken geben sollte. Beim Betrieb von Kernreaktoren entsteht unter anderem aus dem Uran in den Brennelementen Plutonium.

Ein Zitat aus der »Frankfurter Rundschau« besagt:

»Plutonium – sinnigerweise benannt nach Pluto, dem griechischen Gott des Totenreiches – ist der giftigste Stoff, den es gibt. Seine kurzreichende Alpha-Strahlung reißt gewissermaßen tiefe Schneisen in jedes lebende Gewebe und zerstört es. Dabei kann es nur schwer oder gar nicht ausgeschieden werden, es setzt sich fest, reichert sich sogar an, die Strahlung ist bei einer Halbwertszeit von 24.000 Jahren faktisch dauerhaft vorhanden. Bereits wenige Millionstel Gramm (Mikrogramm) können sofort, sogar nur etliche Milliardstel Gramm (Nanogramm) langfristig tödlich wirken ...«

Als Endlager für alle Arten von radioaktiven Abfällen war einst ein Salzstock bei Gorleben vorgesehen; die Standortentscheidung fiel bereits 1977. Gorleben wurde auch gewählt, weil die Gegend des Wendlands dünn besiedelt ist und sich im Zonenrandgebiet zur DDR befand (sehr seltsam). Es traten jedoch bald Zweifel auf, ob Steinsalz als sogenanntes Wirtsgestein für ein Endlager überhaupt geeignet ist und ob Granit-, Schiefer- oder Tonformationen

dafür nicht besser wären. So faßte man dort zunächst nur eine begrenzte Lagerdauer ins Auge.

Das atomare Zwischenlager in Gorleben wurde 1983 fertiggestellt und das errichtete oberirdische Transportbehälterlager für die Einlagerung von 1.500 Tonnen abgebrannter Brennelemente in Castor-Behältern genehmigt. 1995 wurde die Genehmigung auf 3.800 Tonnen erweitert, jedoch bis 2034 befristet.

Dieses Zwischenlager im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg ist eine von drei zentralen Anlagen (neben Ahaus in NRW und Rubenow, auch unter dem Namen Lubmin/Greifswald oder Nord geführt) dieser Art in Deutschland. Hier wird der deutsche Atomabfall aus den »Wiederaufarbeitungsanlagen« im französischen La Hague und dem britischen Sellafield eingelagert. Die »Wiederaufarbeitung« dient der Trennung der in benutzten Brennelementen entstandenen Stoffe in wieder verwertbare Bestandteile geringster Menge (max.1%) sowie massenhaft in radioaktiven Abfall unterschiedlicher Belastung (99%). »Wiederaufarbeitung« ist schlicht nur ein Beruhigungs- oder Verschönerungswort. Tatsächlich bleibt fast nur Müll übrig. Bei der Rücklieferung ist dieser Atommüll etwa 400°C heiß. Er soll dann für 20-30 Jahre oberirdisch in Gorleben zwischengelagert werden bis er sich auf etwa 200°C abgekühlt hat und somit für eine Endlagerung in Salz geeignet sei. Der endgelagerte Müll würde – so ist zu vernehmen – dann noch etwa eine Million Jahre strahlen.

Weitere als Lager für schwach- und mittelradioaktiven Abfall genutzte unterirdische Salzstöcke sind Asse II bei Wolfenbüttel sowie Morsleben in

Sachsen-Anhalt unmittelbar an der Landesgrenze zu Niedersachsen. Doch es wird immer wieder von Deckenabstürzen, Ablaugungen und Grundwasser einbrüchen berichtet, die ein Indiz dafür sind, daß das Medium Steinsalz für eine langfristige Lagerung ungeeignet ist. Mir fallen in diesem Zusammenhang immer wieder beängstigende Fernsehbilder von der Asse ein. Da wurden schier ohne Ende die gelben Fässer unbedarft in die Tiefe gekippt, als würden sie harmloses Gut beinhalten. Die private Atomindustrie nutzte die Asse in skandalöser Weise als billige Müllkippe. Es mußte jedem denkfähigen Menschen klar sein, daß diese Fässer bald Lecks aufweisen und rosten werden, so daß Radioaktivität entweichen wird. Inzwischen ist auch Wasser in die Gruben eingedrungen, und eine radioaktive Lauge breitet sich aus.

Die Bundesregierung hat nun beschlossen, die rund 126.000 (!) Fässer, die von 1967-1978 hier wild verklappt wurden, aus dem maroden einsturzgefährdeten »Test-Endlager« Asse zu bergen. Die Rückholung wird über 20 Jahre dauern und soll bis zu 6 Milliarden Euro (!) kosten. So die Theorie. (Wer zahlt das eigentlich? Wieder mal der steuerzahlende Bürger? Das ist unbedingt abzulehnen, nicht nur weil es erheblich teurer wird. Die privaten AKW-Betreiber haben Gewinne in Milliardenhöhe eingestrichen, nun müssen sie auch für die sichere Endlagerung ihres Mülls geradestehen.) Aber kein Mensch weiß, wie viele der Fässer inzwischen geborsten sind und damit ein radioaktiver Brei entstanden ist. Ich befürchte, daß das Vorhaben Rückholung gar nicht mehr realisierbar sein wird und der ganze Schlamassel unbeholfen mit gewaltigen Betonmengen versiegelt werden muß. Wie lange das schützt, ist allerdings fraglich. Die Kosten werden ins Unermeßliche steigen. Und ein Endlager haben wir trotzdem noch immer nicht gefunden. Ähnlich

wie bei Goethes »Zauberlehrling« scheinen die gerufenen »Geister« nicht beherrschbar zu sein.

Beim Endlagersuchgesetz vom April 2013 geht es um die Lösung eines Jahrhundertproblems. In den kommenden 15 Jahren sollen bundesweit mehrere Alternativen zu Gorleben geprüft werden. Fünf Standorte sind im Gespräch, für deren Erkundung mit Kosten von deutlich mehr als 2 Milliarden Euro gerechnet wird. Diese Kosten müssen hoffentlich die AKW-Betreiber übernehmen (Verursacherprinzip). Spätestens bis zum Jahr 2031 soll für hochradioaktive Abfälle das deutsche Endlager gefunden sein – mit geeigneter Gesteinsart, wassergeschützt und erbebensicher.

Die Atomindustrie und ihre Lobbyisten würden ihren Atommüll lieber gleich kostengünstig (aber gefährlich und verantwortungslos) in Gorleben einlagern. Deshalb bleibt Gorleben vorerst noch als Option für ein Endlager im Spiel – trotz der massiven und berechtigten Proteste in der Region. Im Mai 2014 wurde bekannt, daß die Atomkonzerne für den Rückbau der AKWs und die Endlagerung des Mülls den Bund verantwortlich machen wollen. Nachdem über viele Jahrzehnte Milliardengewinne kassiert wurden, soll nun der Steuerzahler die horrenden Kosten für die Entsorgung übernehmen. Es ist eine bodenlose Unverschämtheit, wenn – wie bei den Banken – auch hier Gewinne privatisiert werden, die Verluste jedoch werden sozialisiert, also auf die Allgemeinheit verteilt. Auch auf Sie, liebe Leser. Bei solch menschenverachtender Frechheit könnte ich regelrecht explodieren. Sollte sich die Atomlobby weiterhin jeder Verantwortung entziehen wollen, dann würde ich die dafür zuständigen Millionäre / Milliardäre »bis aufs Hemd enteignen« und zu der schweren und gefährlichen Arbeit beim Rückbau und der End-

lagerung vor Ort zwingen, damit sie gerechterweise mal auf andere Art ihren Lebensunterhalt verdienen können. Viel Vergnügen! Und von korrupten Politikern, denen die Atomlobby wichtiger ist als die Interessen von rund 60 Millionen Wählern, sollten wir uns generell trennen.

In Deutschland sind die vorhandenen und zunehmenden Gefahren für die Menschheit »verhältnismäßig« überschaubar. Acht Kernkraftwerke wurden bereits 2011 abgeschaltet, bei den neun verbliebenen soll das bis 2022 geschehen. Dann folgt natürlich noch ein jahrelanges Abkühlen der Brennelemente in sogenannten Abklingbecken. Schließlich soll ein Endlager für den Atom Müll bis 2031 gefunden sein. Wenn alles reibungslos ablaufen sollte, dann hätte man die deutschen Probleme bezüglich der Atomenergie und deren Mülls einigermaßen im Griff. Aber eben nur einigermaßen! Dennoch muß man selbst bei uns ein »strahlender« Optimist sein. Große Fragezeichen bleiben trotzdem bestehen, zumal inzwischen der Weg für einen ungeheuren Skandal geebnet wurde. Ende 2016 hat die Bundesregierung einen brisanten Atommüll-Pakt mit den vier AKW-Betreibern E.on, RWE, Vattenfall und EnBW gebilligt. Die Konzerne müssen lediglich für Stilllegung und Rückbau der Kernkraftwerke sowie für die Verpackung des radioaktiven Abfalls sorgen. Dann sind sie für alle Ewigkeit »aus dem Schneider«. Bis zum Jahre 2022 sollen sie sich nur noch zum »Schnäppchenpreis« von rund 23,5 Milliarden Euro für immer freikaufen können. Zwischen- und Endlagerung des Atom mülls gehen in die Verantwortung des Staates über. Doch die Kosten dafür sind nicht absehbar und stellen ein beängstigendes Risiko für den Steuerzahler dar.

Und was geschieht mit dem weltweiten Atommüll? Etwa 500 Kernkraftwerke in vielen Teilen der Welt sollen noch über mehrere Jahrzehnte Atomstrom und damit tonnenweise radioaktive Müllberge produzieren. Und niemand weiß, wohin damit. Was da noch auf die Menschheit zukommt!? Da kann einem angst und bange werden. Gnade euch Gott!



Allmählich und doch schneller als gewünscht nähert sich das Ende des fossilen Industriezeitalters. Wenn man die steigende Nachfrage aus China und Indien einbezieht, könnte das vielleicht schon in dieser Generation eintreten. (Von der Kernenergie hatten wir uns ja aus Gründen der Vernunft bereits verabschiedet.) Als Alternative bleibt nur die regenerative Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Wasser und nachwachsenden Rohstoffen. Man sollte allerdings auch ernsthaft überlegen, wie man Energie effizienter einsetzen oder gar einsparen kann.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage, ob man im Flachland sogar während des Hochsommers unbedingt Ski fahren muß. Trotzdem werben allein in Deutschland mehrere »Indoor-Skihallen« mit diesem sprachlichen Kauderwelsch dafür, daß schneebegeisterte Menschen zu jeder Jahreszeit schnellstens Skier oder Schneebretter anschnallen sollten. Und wozu braucht man bei den Thermen sowie bei den vielen Erlebnisbädern selbst bei Minusgraden beheizbare Außenbecken? Was dort an Energie verschleudert wird, ist für meine Begriffe unverantwortlich. Und das nur des Späßes wegen.

Ein anderes Beispiel: Ich glaube, es war an einem Novembertag, da wunderte ich mich mit meiner Frau darüber, daß in einer Kaufhalle Spargel aus Peru angeboten wurde. Eine Kundin bemerkte unsere Verwunderung und riet uns: »Könnse ruhig kaufen, schmeckt sehr gut.« Nein, wir wollten nicht kaufen, denn man muß nicht zu jeder Jahreszeit Spargel essen und damit Flugzeuge animieren, mit dieser Fracht über den halben Globus zu dröhnen. Ständig Spargel, das wäre irgendwann auch langweilig. Wir warten lieber geduldig auf die deutsche Spargelzeit im Frühjahr ab Anfang/Mitte April bis zum 24. Juni. Dann verspeisen wir mehrmals die Gemüsestangen voller Vergnügen mit Butter oder Sauce hollandaise. Wir kaufen also bevorzugt regional und saisonal. Ich frage mich auch, wozu brauchen wir Zwiebeln aus Neuseeland und im Winter für die Autoscheiben Eiskratzer aus Kanada? Und warum müssen in manchen Getränkeläden und Gaststätten 100 Sorten Bier und mehr vorrätig sein? Das grenzt an Größenwahn, der einzig dazu beiträgt, unsere Welt zu zerstören. Ich muß nicht in Berlin bayrisches Bier trinken oder in München Bier aus Berlin. Die Touristen aus Bayern sehen sich in Berlin vielleicht den Reichstag und das Brandenburger Tor an, die Berliner in München den Stachus und das Hofbräuhaus – aber das meiste andere, vor allem die käuflichen Dinge, sind genauso wie zu Hause, ohne regionale Besonderheit. Damit geht so mancher Reiz des Reisens verloren.

Müssen in der Nordsee gefischte Krabben mit Lkws tiefgefrostet fast 3.000 km quer durch Europa zum Pulen nach Marokko gebracht werden, nur um ausbeuterisch Arbeitslöhne zu sparen? Was dabei alles unentwegt hin und her »gekarrt« wird, muß beim besten Willen nicht sein. Auf diese Weise werden ohne Sinn und Verstand kostbare Energie verbraucht und unsere Umwelt ein ums andere Mal belastet. Wie wär's mal mit Nachdenken und ein bißchen mehr Verantwortungsgefühl für unseren gefährdeten Lebensraum? Während des mir

verbleibenden Lebensrestes wird die Welt wohl noch bewohnbar sein, aber in späteren Jahren ...? Diese Fragestellung ist nicht spöttisch gemeint, sondern von großer Besorgnis begleitet.

Um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern, wurde in Deutschland das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeführt. Es trat am 1. April 2000 in Kraft (weitere novellierte Fassungen folgten) und regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen, z.B. Wind, Sonne, Wasser, Biomasse, Erdwärme. Ziel dabei ist es, den Verbrauch fossiler Energieträger und damit die CO₂-Emissionen zu senken. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung soll erhöht werden auf mindestens 35% bis spätestens zum Jahre 2020 und auf 50% bis spätestens 2030. Auf eine weitere Vorausschau verzichte ich hier, denn es ist fraglich, ob die zeitnahen Ziele überhaupt erreicht werden.

Die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien wird über 20 Jahre hinweg fest vergütet, und diese Vergütungssätze liegen in der Regel über den Börsenpreisen. Die Kosten, die durch die Förderung der erneuerbaren Energien entstehen, werden in Form der EEG-Umlage (Unterschied zwischen Ausgaben und Einnahmen) von den Endverbrauchern, also auch von Ihnen, liebe Leser, über den Strompreis getragen. Dabei gilt die Faustformel: Je mehr Ökostrom produziert wird, desto stärker steigt die EEG-Umlage, denn die Differenz zwischen hoher Vergütung und geringerem Börsenpreis ist über diese Umlage auszugleichen. Leider werden die Stromkosten erst dann sinken, wenn nach 20 Jahren die ersten Anlagen aus der Förderung herausfallen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten und damit Arbeitsplätze zu sichern werden energie-intensive Betriebe durch Rabatte bei der Ökostrom-Umlage geschont; das sind unter anderem Aluminiumhütten und Elektrostahlwerke, die Chemieindustrie sowie Papier- und Keramikhersteller. Doch Mißbrauch in großem Stil ist nicht zu übersehen, denn die Zahl der geschonten Unternehmen hat bedenkliche Ausmaße angenommen; 2016 sind es in Deutschland bereits über 2.300 Firmen. Wie bekannt wurde, werden auch Rechenzentren, Hähnchen-Mastställe und sogar Golfplätze dreist von der Umlage befreit. Betrogen wird wohl überall und zu jeder Zeit, und die Korruption ist allgegenwärtig. Das ist eine Riesensauerei.

Die Netzbetreiber sind gesetzlich dazu verpflichtet, Strom aus erneuerbaren Energiequellen bevorzugt ins Netz einzuspeisen. Doch die Stromtrassen speziell von Nord nach Süd reichen nicht aus; sie müßten den aktuellen Bedürfnissen angepaßt oder neu gebaut werden. Bei starkem Wind im Norden müssen die Windräder, egal ob auf Land oder im Meer, gelegentlich angehalten werden, weil die vorhandenen Leitungen den erzeugten Strom wegen Überlastung nicht mehr in die industriellen Ballungszentren nach Süd- und Westdeutschland transportieren können. Beim Bau neuer Stromtrassen gibt es zwei Möglichkeiten, entweder als oberirdische 380 kV-Hochspannungsleitung oder unterirdisch als Erdkabel. Die privaten Stromkonzerne favorisieren aus Kostengründen selbstverständlich oberirdische Fernleitungen, auch wenn die elektromagnetischen Strahlungen solcher Trassen die Gesundheit der Menschen darunter schädigen. Der erlaubte Grenzwert für diese Strahlung ist in Deutschland mit 100 Mikrottesla festgelegt, im benachbarten »Holland« liegt er bei 0,4 Mikrottesla. Bei uns ist der erlaubte Wert also 250 mal höher als in den Niederlanden; das sind Welten. Neue Fernleitungen sollten

aus diesem Grund unterirdisch verlegt werden, zusätzlich auch deshalb, weil oberirdische Hochspannungstrassen witterungsanfällig sind (die Wetterextreme werden in den nächsten Jahren deutlich zunehmen) und das Landschaftsbild negativ geprägt wird. Warum denkt man in den Konzernetagen (nach mir die Sintflut) nur kurzsichtig an schnelle Gewinne und vergißt dabei, daß dann später erst unnötig große Kosten auftreten, die – sich aus der Verantwortung stehend – nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden dürfen. (Die Atomindustrie hat das schon oder wird es noch sehr deutlich zu spüren bekommen.) Ohne den Dialog mit der Bevölkerung können Großprojekte nicht realisiert werden. Bürger, geht auf die Straße und setzt eure Meinung durch. Ihr seid das Volk, dem sich die gewählten Politiker verpflichtet zu fühlen haben.

Durch den Atomausstieg kommt es zu einer unsinnigen Wiederbelebung der Braunkohleförderung, denn Braunkohlestrom ist preisgünstig. Neue Tagebaue sind jedoch nicht erforderlich. Die genehmigten Braunkohlentagebaue reichen noch für 20-25 Jahre, dann haben wir genügend alternative Versorgungsmöglichkeiten mit erneuerbaren Energien. Da müssen für weitere Tagebaue keine Dörfer geopfert und die Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die CO₂-intensiven Kohlekraftwerke sind ausgesprochene Dreckschleudern. Wenn bei unseren Politikern nur die Wünsche der geldgierigen Energiekonzerne Beachtung finden, droht Deutschland mit seinen Klimaschutzzielen zu scheitern. Braunkohle ist keine Zukunftstechnologie.

Um neue Tagebaue zu erschließen, sollen teilweise sogar Anlagen für erneuerbare Energien beseitigt werden, weil sie im Wege sind. Das geht nun wirklich zu weit; wir müssen uns vom Diktat der Großkonzerne lösen. Die Privata-

tisierung grundlegender Branchen, wie Strom, Gas und Wasser, ist nach meinem Empfinden absolut falsch, erst recht, wenn auch noch ausländische Firmen ihre Hand im Spiel haben. Es muß für jedermann möglich sein, lebenswichtige Dinge bezahlen zu können. Deshalb gehören Energie und Wasser als Menschenrecht allein in staatliche Obhut. Nur der Staat kann die Preise vernünftig regulieren. Die Privaten jagen doch nur nach höheren Gewinnen; die Menschen und die Umwelt sind ihnen dabei schnuppe. Ohne Wenn und Aber kann nur ein Grundsatz gelten: Energieversorgung muß sicher, umweltfreundlich und für jeden bezahlbar sein. Daran gibt es nichts zu deuteln!



Unser Planet wehrt sich

Die folgenden Zeilen, liebe Leser, sollten Sie sich nicht am Abend zu Gemüte führen; der Text könnte Ihnen eine schlaflose Nacht bereiten. Sie haben mit Sicherheit schon vernommen, daß die in die Atmosphäre aufsteigenden Kohlenstoffdioxid-Emissionen (CO₂) und andere Treibhausgase wie Methan (CH₄) oder Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) die schützende Ozonschicht zeitweise ausdünnen, so daß die UV-Strahlung der Sonne ungefiltert durch das entstandene »Ozonloch« auf unsere Erde – besonders auf die Südhalbkugel – sengen kann. Die Gefahren des zunehmenden Treibhauseffekts für die Menschheit sind zwar erkannt, doch so richtig ernst scheint man die Sache noch nicht zu nehmen. Die dringend erforderliche Reduzierung der CO₂-Ausstoßes bei Pkws geht nur schleppend voran, dagegen steigt die Zahl der Neuzulassungen in den Schwellenländern und den aufstrebenden Staaten, allen voran China, in bemerkenswertem Ausmaß (Profite sind halt wichtiger als der Schutz unseres Lebensraumes). Auch die Intensität der Massentierhaltungen nimmt mit den größer werdenden Betrieben zu (und damit ebenso der Methan-Ausstoß), um die Versorgung der wachsenden Zahl aller auf unserem Planeten lebenden Menschen – trotz ungerechter Bevorzugung der Industrienationen – zu ermöglichen. (Experten schätzen, daß im Jahre 2050 rund 9,7 Milliarden Menschen die Erde bevölkern. 2014 sind es »nur« etwas mehr als 7 Milliarden.) Lediglich die FCKW-Emissionen hat man infolge des 1987 weltweit vereinbarten Einsatzverbotes (z.B. als Kältemittel in Kühlschränken oder als Treibgas in Sprühdosen) einigermaßen im Griff.

Kohlenstoffdioxid entsteht u.a. bei der Verbrennung fossiler Energieträger (durch Verkehr, Heizen, Stromerzeugung, Industrie). Seine mittlere atmosphärische Verweildauer beträgt zirka 120 (!) Jahre. Wer hätte das gedacht und für möglich gehalten, oder wer macht sich überhaupt ernsthaft Gedanken darüber? Methan entsteht in der Land- und Forstwirtschaft, bei der Tierproduktion. Rinder z.B. sind Wiederkäuer und produzieren dabei gefährliches Methan. Methan entsteht auch in Klärwerken und Mülldeponien, aber auch in der Industrie u.a. durch Leckagen bei der Förderung und beim Transport von Erdgas und bei der unvollständigen Verbrennung beim Abfackeln technisch nicht verwertbarer Gase. Dies nur als kleine Grobübersicht.

Um den Klimawandel und damit die Erderwärmung abzubremsen, müßte die Menschheit dafür sorgen, daß weniger Treibhausgase produziert werden. Leider wird hierbei meist nur geredet; die Taten können absolut nicht befriedigen, denn es überwiegt die kurzsichtige Regel: Wirtschaftliche Erfolge sind wichtiger als die Rettung des Weltklimas. Offensichtlich scheint sich in vielen Köpfen eine irriige Meinung verankert zu haben, die davon ausgeht, daß man im Ernstfall, also kurz vor der lebensbedrohenden Katastrophe, den Schalter für entweichende Treibhausgase auf Null stellen könnte – und schon sei die weitere Erderwärmung gestoppt. Zwei wesentliche Dinge sind bei solchen Denkvorgängen nicht berücksichtigt worden: Erstens gibt es keinen Schalter, der den Ausstoß des Kohlenstoffdioxids schlagartig unterbindet. Und zweitens kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß einmal ausgestoßenes CO₂ um die hundert Jahre, also sehr, sehr lange, in der Atmosphäre bleibt und in dieser Zeit die Ozonschicht mit erschreckender Beharrlichkeit ausdünn. An dieser Langzeiterstörung könnte kein Schalter etwas

ändern. Die aktuelle Zerstörung der schützenden Ozonschicht ist übrigens bereits vor über 100 Jahren, damals vergleichsweise noch zurückhaltend, eingeleitet worden. In den kommenden Jahren wird alles erheblich dramatischer vor sich gehen. Das sollte wirklich zum Umdenken anregen und vernünftiges Handeln aktivieren.

Hinsichtlich der Wetterereignisse ist heutzutage von älteren Menschen weltweit immer öfter die verwunderte Feststellung zu vernehmen: »So etwas habe ich noch nie erlebt.« Das Wetter wird immer extremer – brütend heiß oder bitter kalt, klatschnaß oder knochentrocken. Von den Medien wird das gern reißerisch hochgeschaukelt. So mußte im Elbtal bereits im Jahre 2002 das erschütternde »Jahrhunderthochwasser« zur Kenntnis genommen werden. Wäre das tatsächlich schon das Jahrhunderthochwasser gewesen, dann müßte uns das beruhigen, und wir könnten uns entspannt zurücklehnen, weil ja für den Rest dieses Jahrhunderts – also während der nächsten 98 Jahre – eine solch große Hochwasserkatastrophe nicht mehr zu erwarten sein dürfte. Aber denkste. Schon im Jahre 2013 ereilte Sachsen und viele weitere Teile Mitteleuropas das nächste »Jahrhunderthochwasser«. (Die italienische Insel Sardinien wurde im November 2013 sogar von einer »Jahrtausendflut« überschwemmt. Innerhalb von 24 Stunden fiel so viel Regen wie sonst in einem halben Jahr.) Und das war garantiert noch nicht alles; die schlimmste Hochwasserflut dieses Jahrhunderts kommt noch, oh Schreck, und wird Verluste fordernd zu überstehen sein – im Jahre 2057 oder 2079 oder 2098? Niemand weiß, wann genau das entsetzliche Unheil eintreten wird. Aber es kommt mit infernalisches zerstörerischer Macht – garantiert und unausweichlich!

Die heute zu beobachtenden »Auswüchse« der Natur sind die Reaktion auf die Schadstoffemissionen, die von der Menschheit schon vor vielen Jahrzehnten leichtfertig in die Atmosphäre geschleudert wurden. Da die Menge der Emissionen in den letzten Jahren enorm zugenommen hat, wird die Natur logischerweise verstärkt darauf reagieren. Die Erderwärmung und die daraus erwachsenden Extrem-Naturereignisse und Wetter-Eskapaden steigern sich nicht linear (also nicht überschaubar allmählich), sondern ergeben eine konvex beziehungsweise positiv gekrümmte Kurve, ungefähr vergleichbar mit dem beschleunigenden Zinseszinsseffekt. Das bedeutet, all die Katastrophen kommen künftig erheblich schneller und brutaler auf uns zu. Schauderndes Entsetzen wird sich immer öfter ausbreiten. Junge Leser werden erstarren, falls sie sich ernsthaft Gedanken über ihre Zukunft machen.

Klima beschreibt die Gesamtheit aller meteorologischen Vorgänge (Wetterzustände), die für verschiedene Regionen über einen längeren Zeitraum (sogenannte Klimanormalperioden von jeweils 30 Jahren) verfolgt und aufgezeichnet wurden. Infolge des Klimawandels mit den höheren Temperaturen werden die Wetterphänomene zunehmen (mehr Verdunstung bedeutet mehr Regen). Wir können nicht mehr gegensteuern, sondern müssen uns der Natur anpassen und uns auf die zu erwartenden Hochwasserfluten einstellen. Es nützt allerdings nicht viel, wenn man an den Flußläufen allein die Schutzdämme erhöht. Damit werden bei uns die Probleme engstirnig und unsinnig nur flußabwärts in ein anderes Bundesland verschoben. (Klasse: Hochwasserschutz ist Ländersache.) Wichtiger und deutlich wirkungsvoller ist es, wenn umfangreiche Überschwemmungsflächen (Polder) zur Verfügung gestellt werden, das heißt, auch Äcker müssen im Gefahrenfall geflutet werden können. Die einst entrissenen Flächen sind den Flüssen für das Ausbreiten

überschüssiger Wassermassen wieder anzubieten. Andernfalls sucht sich das Wasser eigene zerstörerische Wege. Sinnvoller Hochwasserschutz muß deshalb vor Bürgerprotesten und Naturschutz stehen.

Nicht nur die Wasserfluten, die immer wieder ganze Ortschaften und Ländereien überschwemmen, richten schwer zu ertragendes menschliches Unheil und große Schäden an, auch gewaltige Waldbrände in Portugal, Spanien und Südfrankreich, in Kalifornien und Australien, in Rußland, Indonesien und vielen anderen Regionen unserer Erde machen der Menschheit zunehmend zu schaffen. Überwiegend werden die verheerenden Brände durch Fahrlässigkeit oder vorsätzliche Brandstiftung (z.B. Brandrodungen) hervorgerufen. Besonders während Trockenperioden gefährden die Brände, die oft von heftigen Windböen begleitet werden, wegen ihrer hohen Ausbreitungsgeschwindigkeit Mensch und Tier. Das bislang größte Buschfeuer Australiens, das im Jahre 2009 in Victoria wütete, forderte beispielsweise 173 Menschenleben. Im brasilianischen Amazonasgebiet sind allein in den vergangenen 30 Jahren rund 600.000 km² Waldfläche – meist durch Brandrodung – vernichtet worden. Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, könnten bis 2050 bereits 30 % des größten tropischen Regenwaldes der Erde für immer verschwunden sein. Für immer !!!

Doch nicht nur Waldbrände verringern den Waldbestand. In den rumänischen Karpaten beispielsweise wird massiv abgeholzt, und das sogar, obwohl die Bäume unter Naturschutz stehen. Nach der Privatisierung der großen Staatswälder ist gnadenloser Raubbau angesagt, der illegale Holzhandel blüht. So sterben Europas älteste Wälder, nur um Einzelnen einen »Geldsegen« zu bescheren. Privatisierung kann teuflische Formen annehmen.

Durch die großen Waldbrände kommt es auch zu erheblichen Kohlenstoffemissionen, die das Weltklima zusätzlich negativ beeinflussen. Die Erderwärmung schreitet zügig voran, so daß besonders am Südpol, in den letzten Jahren auch zunehmend am Nordpol, die Eismassen abschmelzen. Das vermeintlich ewige Eis der Arktis (Grönland) schmilzt schneller als befürchtet. Und das bedeutet, das Sonnenlicht kann von den abnehmenden weißen Flächen immer weniger reflektiert und damit ins Weltall »zurückgeschickt« werden, was wiederum die Erderwärmung beschleunigt. (Der Eisbär hat nur eine Heimat – die Arktis. Nur hier kann er leben oder – untergehen. Die Stellen, an denen das Polarmeer nicht mehr oder viel später zufriert, werden immer größer.) Das Abschmelzen der Gletscher an den Polkappen – vergleichsweise »harmlos« auch in den Alpen – ist nicht mehr aufzuhalten und führt zu einem rasanten Anstieg des Meeresspiegels. Die Vermutungen oder »Berechnungen« der Experten über das Ausmaß der Erhöhung sind verständlicherweise sehr unterschiedlich, denn der Grad der Beschleunigung ist schwer zu beurteilen. 50 – 100 cm bis zur Jahrhundertwende ist häufig zu vernehmen, doch pessimistische Berechnungen prophezeien sogar einen Anstieg des Meeresspiegels von bis zu zwei Metern bis zum Jahr 2100. Das ist schon besorgniserregend und sehr, sehr beängstigend, nicht nur für die Niederlande.

Die insgesamt wärmer werdende Atmosphäre nimmt mehr Feuchtigkeit auf und treibt damit die Wettermaschine an. Und so entfaltet sich die gewaltige Windmacht unseres Planeten und bläst zum Sturme. Die gefürchteten tropischen Wirbelstürme entstehen über den Ozeanen, wobei die Oberflächentemperatur des Wassers mehr als 26°C (bei kalter Luft in höheren Schichten genügen auch schon 20 - 24°C für die Sturmbildung) bis zu einer Tiefe von 50

Metern betragen muß, damit sehr große Wassermengen verdunsten, aufsteigen und weiter oben in der kühleren Luft kondensieren, also wieder zu Wasser werden können. Die aufsteigende Luft beginnt sich wegen der sogenannten Corioliskraft zu drehen (bedingt durch die rotierende Bewegung der Erde um ihre Achse), so daß ein riesiger Wirbel entsteht, in dessen Mitte sich das »Auge« des Sturms befindet. Die feuchte Meeresluft strömt zum windstillen Auge hin und von dort stetig weiter auf. Da es immer wärmer wird, werden die Stürme immer häufiger und heftiger auftreten und größere Katastrophen hervorrufen. Je nach Jahreszeit und Entstehungsregion auf unserer Erde werden Wirbelstürme unterschiedlich benannt: als Hurrikan (Atlantik, östlich der Westindischen Inseln und Karibik), Taifun (Nordwest-Pazifik und asiatischer Raum) oder Zyklon (Indischer Ozean südlich des Äquators und Südpazifik).

Tornados entstehen anders; sie bilden sich meist auf dem Festland. Wenn sich große Gewitterwolken über einer Schicht aufgeheizter Luft bilden, dann stürzt die Kaltluft aus mehreren Kilometern Höhe herab, und eine Warmluftssäule schraubt sich immer schneller nach oben. Es entsteht dabei ein sogenannter Rüssel (oder Schlauch) mit extrem hoher Drehgeschwindigkeit, die über 400 km/h erreichen kann. Dort, wo der Rüssel/Schlauch auf die Erde trifft, verwandelt er alles in Schutt und Kleinholz. Häuser stürzen ein, Bäume werden entwurzelt und Fahrzeuge werden durch die Luft gewirbelt. Zurück bleibt eine Schneise der Vernichtung. Auch in Deutschland treten Tornados auf, deren Anzahl und Stärke zunehmen werden. Machen Sie sich, liebe Leser, in Zukunft auf Einiges gefaßt!

Ein Tornado wird oft auch als Windhose bezeichnet. Daß diese Bezeichnung einem Übersetzungsfehler entspringt und somit nicht richtig ist, erklärt der Journalist und Autor vieler Bücher Wolf Schneider:

»Meistens leisten wir uns beim Umgang mit englischen Silben eine von drei Marotten: Wir übersetzen falsch, wir übersetzen gar nicht, und großmäulig bereichern wir das Englische um Wörter, die in ihm nicht vorgesehen sind.

Die Mutter aller Fehlübersetzungen ist die Windhose, der Wirbel im Zentrum des Tornados. Er ist schlauchförmig und heißt auch so – auf Englisch, wo hose bekanntlich »Schlauch« bedeutet (»Hose« hieß es nur im Mittelalter). Es ist nicht rekonstruierbar, welcher geistreiche Mitteleuropäer schon früh im 19. Jahrhundert sich statt aufs Lexikon auf seine Eingebung verließ, dass hose wohl »Hose« heißen müsse.«

Außer den sintflutartigen Wassermassen, den fauchenden Feuerwalzen und den tosenden Orkanen droht eine weitere Gefahr, die sich innerhalb der Erdkruste in Lauerstellung befindet. Die Erdoberfläche ist keine homogene Masse, sondern besteht aus sieben großen tektonischen Platten (z.B. die Eurasiische Platte) und diversen kleineren Platten. Diese Platten, die auf dem tieferen Erdmantel aufliegen und darauf umherwandern (Kontinentaldrift), verhaken und verkanten sich in ihrer Bewegung, so daß dadurch an den Rändern der Kontinentalplatten (Lithosphärenplatten) unterschiedlich große Spannungen entstehen; es bilden sich Brüche, die letztendlich zu Erdbeben führen oder nach Seebeben Tsunami-Monsterwellen hervorrufen.

Auch die Vulkane wirken bei den langsamen, aber gewaltigen Plattenbewegungen mit. Zähplastisches Magma (Gesteinsschmelze) steigt auf, sinkt wieder ab und verschiebt dabei die Kontinentalplatten. An deren Kanten

quillt das Magma wieder empor, und die Vulkane, die heißeste Urkraft unseres Planeten, spucken Feuer und Asche, und glutflüssige Lava fließt bedrohlich, alles auf ihrem Weg verbrennend, ins Tal. Die dynamischen Prozesse im Erdinnern führen auch zu Absenkung und Einsturz unterirdischer Hohlräume, die zu einem erheblichen Teil von Menschen geschaffen wurden. Das sind nicht nur die verlassenen, brüchig werdenden Stollen der Steinkohlebergwerke, des Kalibergbaus oder in den Salzstöcken, sondern besonders die riesigen Aushöhlungen, die durch Erdöl- und Erdgasförderung in vielen Teilen der Welt entstanden sind und weiterhin entstehen. Es ist zu befürchten, daß somit Häuser, ganze Straßenzüge und sogar kleine Ortschaften eines Tages plötzlich verschwunden sind. Sie sind weg, einfach weg, spurlos versunken – die ausgehöhlte Erde hat sie unvermittelt geschluckt.

Unsere »Mutter Erde« ist in Bewegung, darauf muß sich die Menschheit einstellen. Und so sind immer öfter und intensiver Naturereignisse zu überstehen wie Erdbeben mit Schlamm- und Gerölllawinen, Gebirgsschläge, Bergstürze, Erdfälle und Bodenerosionen.

All das, was wir heute erleben – die sengenden Hitzeperioden mit oft einhergehenden, nicht mehr kontrollierbaren Waldbränden oder die tobenden Unwetter mit Wirbelstürmen und nicht enden wollenden Regengüssen – ist genau betrachtet nur ein belangloses Fingerschnipsen der Natur, eine Warnung an die Menschheit. Doch diese ignoriert die Hinweise weitgehend (man lebt schließlich nur einmal und will dabei richtig viel Spaß haben), so daß die Natur bald deutlicher zeigen wird, wer der »Herr« auf dem Planeten Erde ist. Wir experimentieren regelrecht fahrlässig mit unserem Planeten und gehen

dabei ein hohes Risiko ein. Der Meeresspiegel steigt und steigt, und das in einem Tempo und Ausmaß, wie es kein Mensch so vorausdenken gewagt hat. Damit wird der Lebensraum immer enger bis er eines fernen Tages gänzlich verschwunden ist. Im letzten Stadium wird der verzweifelte und erfolglose Überlebenskampf kannibalische Züge annehmen, denen sich auch Milliarden nicht entziehen können. Das, was Herr Sarrazin auf Deutschland beschränkt, geschieht dann weltweit. Die Menschheit schafft sich ab, dabei Fauna und Flora verachtend mit in den Abgrund reißend. Die Apokalypse hat dem Leben das Licht ausgeblasen. Kein Gott oder Schöpfer war hier im Spiel (man sollte langsam erkennen, daß es solch erdachte Wesen nicht gibt), es war allein die überforderte, klägliche Menschheit, deren Machtgier und Herrscherdrang stetig unkontrollierbarer wurde und somit aus dem Ruder lief. Das ist kein Weltuntergang, das ist einzig und allein das Verlöschen allen Lebens auf unserem »blauen« Planeten, dem wunderschönen Naturereignis, dessen Existenz wir leichtfertig, rotzfroh und vor allem saudumm »verlodert« haben. Ich bin kein Hellseher, das ist nur eine logische Vorausschau.

Die Dokumentation »Naturgewalten extrem«, die am 26. Mai 2014 von ZDF info ausgestrahlt wurde, sollte sich jedermann pflichtbewußt anschauen, weil durch die Optik der einprägsamen Bilder die Gefahren, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf uns zukommen, noch wirkungsvoller empfunden werden. Das könnte vielleicht Vernunft annehmende Denkweisen und Handlungsschritte fördern. Aber eben nur vielleicht. Denn bei der Menschheit ist leider nur auf eines Verlaß – auf die Unvernunft.



Umweltprobleme betreffen die Menschheit auf dem gesamten Globus, denn der Klimawandel kennt keine territorialen Grenzen. Die Folgen werden bis jetzt auf der Welt jedoch sehr unterschiedlich wahrgenommen – von lediglich ärgerlicher Situation (kaum Schnee in Skigebieten) bis zum Verlust der Lebensgrundlage (z.B. Dürrekatastrophen). Die Dramatik wird aber unnachgiebig überall zunehmen, denn die Umweltzerstörung breitet sich grenzenlos aus; selbst die Verursacher haben sich auf der gesamten Welt breitgemacht. Durch den wachsenden internationalen Waren- und Personenverkehr, der eine gewinn gierige Forcierung erfährt, wird weltweit erschreckend viel Kohlendioxid ausgestoßen, und Futtermittel, z.B. für europäische Agrarbetriebe, werden auf ehemaligen Regenwaldflächen des Amazonasgebietes angebaut. (Warum eigentlich wird in Deutschland immer noch Tropenholz zu Spottpreisen verkauft?)

Die größten Umweltsünder sind heute die USA (pro Kopf der Bevölkerung) und China (nach Gesamtmenge). In China wird der CO₂-Ausstoß sogar noch zunehmen, denn immer mehr Produktionen werden von diversen Ländern (auch Deutschland) kostensparend ausgelagert, und so avanciert China zur Werkbank für Europa und die USA.

Bei den regelmäßig veranstalteten Weltklimagipfeln sollen Schritte zur Reduzierung der globalen Erwärmung und damit zum Schutz des Klimas beschlossen werden. Im Klimaschutz-Abkommen von Kyoto (Japan) wurde 1997 vereinbart, daß die Industriestaaten ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis 2012 um mindestens 5 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 reduzieren. Im Jahre 2005 ist das Kyoto-Protokoll endlich in Kraft getreten und seit-

dem für die Teilnehmerstaaten bindend. Etwas weniger als 200 Länder sind dem Protokoll beigetreten, haben es ratifiziert oder ihm wenigstens formell zugestimmt. Die USA sind als einziges Industrieland dem Protokoll nie beigetreten (Verantwortung für Klimaschutz: Fehlmeldung), und Kanada hat am 13. Dezember 2011 seinen Ausstieg aus dem Abkommen bekannt gegeben. Der Grund für diese bedauerliche Entscheidung ist darin zu sehen, daß die Emissionen der kanadischen Treibhausgase in den letzten Jahren stark zugenommen haben, was hohe Strafzahlungen nach sich ziehen würde (für Umweltsünden will man einfach nicht zahlen). China, Indien und die Entwicklungsländer nehmen übrigens nicht am Kyoto-Protokoll teil, sie haben ihm lediglich zugestimmt – eine seltsame Unterscheidung. Für diese Staaten gibt es somit keine Einschränkungen, so daß sie weiter machen können wie bisher. Der Sinn des Abkommens von Kyoto, in dem erstmals verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen festgeschrieben wurden, ist bei den vielen Enthaltungen und Ausnahmen durchaus in Frage zu stellen. Es ist lediglich ein bescheidener Anfang.

Dennoch einigte man sich 2011 in Durban (Südafrika) auf eine zweite, 2013 beginnende Verpflichtungsperiode, und in Doha (Emirat Katar) beschloß man 2012 eine Verlängerung bis zum Jahr 2020 vorzunehmen (»Kyoto II«). Optimistische Gedanken werden jedoch stark getrübt, denn für die zweite Phase erklärten zusätzlich Rußland, Japan und Neuseeland ihren Austritt. Damit emittieren die an der 2. Verpflichtungsperiode teilnehmenden Staaten nicht einmal 15 Prozent der weltweiten Emission. Das kann absolut nicht befriedigen und sieht schlechterdings nur nach einem »Mini-Kompromiß« aus. Auch die folgenden Klimaschutz-Verhandlungen erinnern leider nur an

einen »Eiertanz«. Profitgier und Vernunft bekriegen sich ohne Ende. Und seit Donald Trump scheint Klimaschutz in den USA gar ein Fremdwort zu sein.

Die Klimaerwärmung soll bis 2050, so die Wissenschaft, global um 2°C zunehmen; bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur von etwa 4°C erwartet. Ich befürchte, es könnte sogar noch dramatischer werden. Im Sommer werden dann bei uns 40 Grad Hitze und noch mehr keine Seltenheit sein. Durch die Zunahme der Wärme werden der Menschheit größere Entbehrungen und Belastungen abverlangt. In vielen Ländern wird es zu verheerenden Dürreperioden und Hungersnöten kommen, doch auch der vergleichsweise harmlos erscheinende Pollenflug wird zunehmen, was Allergikern verstärkt zu schaffen machen wird. Außerdem wird sich die Zeckenplage ausbreiten, denn die milderen Winter tragen dazu bei, daß viel mehr von diesen gefährlichen Plagegeistern überleben. Und, und, und.

Ein weiterer beängstigender Hinweis auf zu erwartende Gefahren für die Menschheit sei mir hier erlaubt: Die Varroa-Milbe, die aus den Tropen Ostasiens eingeschleppt worden ist, plagt seit Jahren die Bienen; sie vernichtet deren Brut. Dazu kommen weitere Krankheiten, die es vor dreißig Jahren noch nicht gab. Bis zu 3.000 Blüten besucht eine Biene pro Tag, wobei der männliche Blütenstaub (Pollen) zur Befruchtung auf die weiblichen Blüten übertragen wird. Während der Raps- und Obstblüte können die Bienen noch bestäuben, doch durch die Intensivierung der Landwirtschaft und durch den Anbau von Monokulturen (großflächiger Anbau nur einer Pflanze) gehen Lebensräume verloren. Es gibt immer öfter die »Grüne Hölle«, das heißt: Alles ist grün, aber es blüht nichts mehr. Es wird meist nur noch Winterroggen,

Mais und Raps angebaut. (Zu DDR-Zeiten blühten auch noch Kartoffeln, Klee und Luzerne.) Eine kurzfristige »Rettung« kann ein »Umzug« der Bienenstöcke zu einem Robinienwald sein, der gerade blüht. Eine Lösung ist das allerdings nicht. Doch nicht genug der Risiken. Höchst gefährlich ist der Einsatz von Insektiziden und Pestiziden, die von den Bienen aufgenommen werden. Die Gifte wirken auf das Gehirn und zerstören das Gedächtnis der Bienen. (Ähnlich sieht es auch bei Hummeln und Schmetterlingen aus.) Damit ist die Existenz dieser Insekten gefährdet. Die Landwirtschaft, die für die Versorgung mit Nahrungsmitteln zuständig ist, konzentriert sich meist nur auf Profit ausgerichtete Monokulturen und kann ihre Aufgaben somit auf Dauer nur noch unzureichend erfüllen. Es muß verstärkt darauf geachtet werden, daß die Artenvielfalt erhalten bleibt. Man bedenke: Wenn die Bienen sterben, dann sterben auch die Menschen. So knallhart sehen Realität und mögliche Zukunft aus.



In Deutschland hatten nach der Verabschiedung des Nichtraucherschutzgesetzes viele Gaststätteninhaber Gas-Heizstrahler in ihrem Außenbereich aufgestellt, um finanzielle Einbußen zu vermeiden. Die Raucher konnten damit während der kalten Jahreszeit auch im Freien mit einem gewissen Komfort qualmen und Bier trinken. Diese sogenannten Heizpilze gelten als besonders umweltschädlich, so daß in mehreren Städten mittlerweile ein Verbot für das Aufstellen dieser Heizstrahler im Außenbereich gastronomischer Einrichtungen ausgesprochen worden ist. Für Privatgrundstücke gilt dieses Verbot

nicht; hier kann jeder selbst entscheiden, was er von Umweltschutz hält. Muß eine solche Freiheit wirklich sein?

Andererseits stellt sich die Frage: »Wer will schon fürs Klima Verzicht üben?« Doch Klimaschutz bedeutet nicht grundsätzlich Einschränkung oder Beschränkung, sondern kann bei positiver Einstellung durchaus Spaß machen. Es geht nicht um einen Wettlauf des Verzichts, sondern um einen Wettlauf des Neuerfindens. Energien dürfen jedoch nicht verschwendet werden; hierbei ist ein beachtliches Potential für den Klimaschutz festzustellen. Insgesamt kommt man dann zu dem Ergebnis: Gas-Heizpilze und Benzin-Laubbläser beispielsweise sind Dinge, die die Welt nicht wirklich braucht.

Da ich soeben Raucher ins Gespräch gebracht habe, gestehe ich beschämt, daß ich dummerweise über Jahrzehnte selbst ein starker Raucher war. In jungen Jahren fand man das schick und machte sich kaum Gedanken darüber, aber irgendwann dachte ich – wie viele andere Raucher auch – ans Aufhören mit der ganzen Qualmerei. Doch wie hätte es gelingen können? Das war ein Riesenproblem mit dieser elenden Sucht. So versuchte ich, das Rauchen wenigstens zu reduzieren, indem ich Strichlisten führte, damit ich pro Stunde mit einem »Sargnagel« auskam. Der Erfolg war dürftig, und für mich war es jeweils qualvolles Warten auf den nächsten Stundenbeginn, zumal ich überwiegend die Marke »Juwel« (alt) rauchte. Die Raucher aus DDR-Zeiten werden sich erinnern, daß eine Schachtel »Juwel« (alt) für 2,50 M zwar preiswert war, dafür waren die Zigaretten aber auch etwas kürzer als beispielsweise »Cabinet« (3,20 M) oder »Club« (4,00 M). Wie unendlich lang konnte da eine Stunde bis zur nächsten »Juwel« sein. Das Reduzieren war zwar gut gemeint, aber es führte zu keinem dauerhaften Erfolg.

Auch der Gebrauch von Nikotinplastern brachte – zumindest bei mir – nichts. Mittels dieser aufgeklebten Pflaster sollte dem Körper Nikotin zugeführt werden, so daß man weniger oder gar nicht mehr rauchen mußte. Allerdings entfielen damit die gewohnten Rauchabläufe und Rituale, die ich sehr schnell vermißte. Also rauchte ich weiter und beendete die unsinnige (weil zusätzliche) Nikotin-Bepflasterung.

An einem der morgendlichen Raucherhustenanfälle wurde mir Anfang 2004 schlagartig bewußt: Wenn Du nicht bald mit dem Rauchen aufhörst, wirst Du das kommende Weihnachtsfest möglicherweise nicht mehr erleben. In diesem Moment schien sich ein »Hebel« oder »Schalter« in meinem Kopf zu bewegen, der verkündete: Schluß mit der unsinnigen »Quarzerei« – und das endgültig. Um ganz sicher zu gehen, nutzte ich zusätzlich eine mir damals bekannt gewordene, ärztliche Injektionsbehandlung bei Detox N. Die gesamte Behandlung (zwei Injektionen in einer Privatpraxis am Berliner Gendarmenmarkt) einschließlich Medikamenten (Tabletten für 2-3 Wochen) und Nachbetreuung kostete 410,00 Euro. Unmittelbar nach der Behandlung tritt eine länger andauernde Müdigkeit auf – das wurde mehrfach verkündet – so daß die Heimfahrt nur unter Betreuung einer Begleitperson stattfinden darf. Bei mir traf diese Ermüdungs-Vorhersage nicht ein. Vielleicht war die ganze Therapie sogar überflüssig, denn entscheidend ist wohl immer der Kopf. Fakt ist, meine letzte Zigarette habe ich vor jener Behandlung am Gendarmenmarkt am 16. April 2004 geraucht. Und die 410 Euro an Unkosten, die von meiner Krankenkasse, selbst anteilig, nicht erstattet wurden, hatte ich als Ex-Raucher bereits nach zwei Monaten wieder eingespart.)



Diskussionsmaterial

Im vorderen Teil dieses Buches hatte ich mich bereits über die unanständige Spreizung der Arm-Reich-Schere mit Nachdruck beschwert. Und dieser Spreizvorgang scheint unablässig voranzuschreiten. Das bedeutet Arroganz und Unmenschlichkeit allerhöchsten Grades und widerspricht somit dem Artikel 1 unseres gerühmten und hochgepriesenen Grundgesetzes.

Wenn sich der Chef eines großen Unternehmens oder Bankhauses 30 Minuten lässig in seinen pompösen Sessel niederläßt und er dann schon so viel »verdient« hat wie eine Friseurin oder Krankenschwester in einem kompletten Monat, dann stimmt eine ganze Menge nicht in diesem Wirtschaftssystem. Schließlich kann kein Mensch um so viel klüger, fleißiger und wichtiger sein. Das ist, gelinde gesagt, unverschämte Menschenverachtung! Und brutale Ausbeutung obendrein. Doch diese unbedarften »Piefkes« machen sich absolut nichts daraus. Eine rotzfreche Minderheit bereichert sich schamlos auf Kosten der Mehrheit. Und wenn dieser Zustand angeprangert wird, schallt aus den Palästen der Reichsten höhnisch und selbstsicher der Begriff »Neid-Debatte«. Dieses oberflächliche Abwehrverhalten schießt unsinnig ins Leere und bringt uns kein Stück voran. Es geht ausschließlich um moralisch gerechte Verteilung und um das Einschränken der Uner sättlichkeit bei den Superreichen. Deshalb müssen die Bezüge der Führungskräfte »gedeckelt« werden (höchstens 20 mal mehr als die geringste Vergütung in der jeweiligen Firma wird oft vernünftigerweise gefordert). Es ist unerträglich und einfach nicht mehr hinnehmbar, wenn die Konzernoberen oft hundertfach mehr kassieren als qualifizierte Facharbeiter. Selbst

»Blindgängern« werden beim »goldenen Handschlag« noch Millionen übermütig hinterhergeworfen. Der Regisseur Rainer Werner Fassbinder hatte einem seiner Filme den Titel »Angst essen Seele auf« gegeben. Analog dazu kann man heute auf die sogenannten Manager bezogen feststellen: »Gier essen Hirn auf«. Da muß der Gesetzgeber schnellstens korrigierend eingreifen. Dem Selbstlauf kann man das nicht überlassen, weil sich dann garantiert nichts ändert. Und wenn die Politik diesbezüglich untätig bleibt, was vorhersehbar scheint, dann muß das Volk wohl wieder auf die Straße. In einer Demokratie sind Politiker nicht mehr und nicht weniger als Erfüllungsgehilfen aller Wähler. Nicht nur der Reichen. Das darf nicht vergessen werden!



Fehler können verheerende Folgen nach sich ziehen. Wenn der Begriff »Fehler« die Runde macht, dann kommt vielen Menschen – selbstredend auch mir – die DDR in den Sinn. All zu viele fehlerhafte Entscheidungen wurden dort getroffen und ungeeignete Wege beschritten, die für das geprobte Gesellschaftssystem Sozialismus letztlich den Untergang herbeiführten, den die »Treuhand« mit ihrem fragwürdigen Handeln siegestrunken und rücksichtslos nur noch beschleunigt hat.

Welche Fehler wurden in der DDR begangen? Ich will hierbei lediglich die mir am wichtigsten erscheinenden ins Feld führen. Da war zunächst die sogenannte Einstimmigkeit nach der Devise: Die Partei hat immer recht. Was die Partei festlegte, mußte einhellig und jubelnd ausgeführt werden. Förderliche Diskussionen und Meinungsaustausche, die eventuell zu klügeren und

sinnvolleren Entscheidungen geführt hätten, waren somit von vornherein ausgeschlossen. Das bedeutete die Einschränkung, oft sogar die völlige Unterbindung der Freiheit, eigene nutzbringende Gedanken für die gesellschaftliche Entwicklung einbringen zu können. Freie Wahlen waren bei solch diktatorischem Denken und Handeln natürlich ein Fremdwort. Ein katastrophaler Fehler! Die Engstirnigkeit der DDR-Oberen führte sogar zu einem das Gesamtsystem unterhöhrenden Umstand. Wer im Osten Karriere machen wollte, mußte Parteimitglied sein (ganz wenige Ausnahmen), egal wie er heimlich dachte. So haben sich selbst Schwachköpfe, die den Aufgaben absolut nicht gewachsen waren, in führende Positionen gemogelt. Um ihre Unfähigkeit zu vertuschen, gaben sie sich dann oft sogar als besonders »stramme Genossen«. (Mir war selbstgefälliges Karrierestreben stets fremd, dafür war ich eher ein Untergrund-Nörgler und Mitmach-Verweigerer. Deshalb auch bin ich bloß ein Durchschnittsbürger geblieben.)

In meinem DDR-Leben habe ich gelegentlich Menschen kennengelernt, die zwei Gesichter hatten – ein offizielles und ein privates. Und diese Gesichter unterschieden sich wie Tag und Nacht. Ich kann mich noch entsinnen, daß ich in jungen Jahren mal einen Vorgesetzten hatte, der höchstens 10 Jahre älter als ich war (aber mit einem SED-Abzeichen an der Brust, obwohl er tatsächlich nicht dazu stand. Pssst!) und der kontinuierlich ohne zwingendes Gesundheitsproblem alle zwei Jahre zur Kur fuhr – einfach so. »Das steht mir zu, ich zahle schließlich auch Beiträge für die Sozialversicherung«, so seine ausnutzende Meinung. (Es machten übrigens nicht wenige von bestehenden Vorteilen Gebrauch, ohne jemals zu einer Gegenleistung bereit gewesen zu sein.) Obwohl ich bereits über 75 Jahre alt bin, habe ich noch nie einen Kuraufenthalt in Anspruch genommen, trotz meines Wissens, daß eine Kur nicht von Schaden ist. Aber ich bin froh und dankbar, daß

mein Gesundheitszustand noch keinen Kuraufenthalt dringend erforderte. Den sollen die nutzen, die ihn unbedingt brauchen. Dafür zahl ich auch gern solidarisch Beiträge in die Kasse der Sozialversicherung. Nur der Mißbrauch und das egoistische Abschöpfen ungerechtfertigter Betreuung stören mich ungemein – egal ob zu DDR-Zeiten oder heute.

Ein weiterer Fehler: Die Mieten in der DDR waren natürlich viel zu niedrig, da konnte niemals ausreichend repariert und saniert werden, was nach jahrelanger Vernachlässigung zum Zerfall großer Teile des Wohnraumbestandes führte. Besonders die historisch gewachsenen Innenstädte wurden oft vernachlässigt, dafür entstanden seit den 1960er Jahren an den Rändern diverser Städte Neubau-Großwohnsiedlungen wie Halle-Neustadt (Ha-Neu), Berlin-Marzahn, Leipzig-Grünau, Rostock-Lütten Klein und viele weitere. Wenn ich bedenke, daß meine Frau und ich für die 3-Zimmer-Altbau-Wohnung mit Bad in Berlin-Pankow (wenn auch dürftig, Sie erinnern sich, liebe Leser?) nur 53 Mark zahlen mußten, dann ist klar, daß man größere Mängel garantiert nicht beheben konnte. Und in den Neubaublöcken (von Wessis gern verächtlich als Platte bezeichnet, obwohl man Gleiches hatte und hat) zahlte man je nach Wohnungsgröße nur zwischen 80 und 120 Mark. Diese Wohnungen beinhalteten dann zusätzlich sogar Fernheizung und »Warmwasser aus Wand«. So eine Heimstatt zu bekommen war wie ein Lottegewinn. Davon konnten viele, auch wir, nur träumen. Wir mußten uns mit Ofenheizung (später Schritt für Schritt ineffiziente Gas-Außenwandheizer) und aufwendigen Gas-Durchlauferhitzern für die Warmwasserbereitung zufrieden geben. Heute haben sich nach marktwirtschaftlichen Vorgaben diese Mieten oft verzehnfacht, manchmal sogar noch mehr. Und ein Ende der Steigerung ist nicht abzusehen. Außerdem werden öffentliche Wohnungsbestän-

de kurzfristig verkauft, und der soziale Wohnungsbau wird leichtfertig vernachlässigt. (Fehler, wenn auch anderer Art, werden wohl immer gemacht.) Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß nach der Wende Spekulanten ganze Straßenzüge aufgekauft hatten, bloß um die Mieten abzukassieren und ohne auch nur im Traum an erforderliche Sanierungen zu denken.

Ebenfalls spottbillig waren in der DDR die Fahrpreise. Ich vertrat immer die Meinung, statt der 20 Pfennige für eine Fahrt in einem öffentlichen Verkehrsmittel in Berlin hätte man wenigstens 1 Mark verlangen oder gleich den Nulltarif einführen sollen. Bei 20 Pfennigen standen Aufwand und Nutzen in keinem sinnvollen Verhältnis zueinander. Eine umfassende Modernisierung der Verkehrsmittel und -anlagen war so kaum möglich und konnte bestenfalls nur sehr schleppend vorangehen. (Ab 1. Januar 2016 kostet ein Einzelfahrschein im zentralen Geltungsbereich AB von Berlin 2,80 Euro, das würde etwa 5,60 DM entsprechen.)

Auch für Kinder und Jugendliche wurden großzügig Subventionen zur Verfügung gestellt. So waren Kinderkrippen und -gärten sowie Ferienlager oft kostenlos; wenn doch etwas gezahlt werden mußte, war das kaum der Rede wert (was aber von manchen Eltern nicht gebührend gewürdigt wurde). Das alles mag vom Staat ganz gut gemeint gewesen sein (man wollte zudem frühzeitig sozialistische Werte vermitteln), doch auf Dauer konnte es nicht funktionieren. Was zunächst billig war (Mieten, Fahrpreise), wurde mit der Zeit sehr teuer – zu teuer. Darüber hinaus wurden viele der in der DDR hergestellten Produkte (unbestritten in bester Qualität!) zu »Schleuderpreisen« über den Versandhandel (z.B. mit Neckermann, Quelle oder Otto) an die BRD verkauft. Um an Devisen zu gelangen, war fast jedes Mittel recht. (Die

meisten Bundesbürger ahnten gar nicht, daß ihr Hausrat teilweise aus der DDR stammte.) Ich bin mir ziemlich sicher: Ohne frei konvertierbare Währung kann auf Dauer kein Wirtschaftssystem funktionieren.

Auf welche DDR-Fehler sollte ich noch hinweisen? Es darf sicher als fragwürdig angesehen werden, ob es richtig war, daß Handwerker und Facharbeiter oder die Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) mehr verdient haben als Menschen mit einem abgeschlossenen Studium. Auch in einem Arbeiter- und Bauernstaat wurden so unnötig Verwicklungen, Unmut und Mißfallen hervorgerufen.

Unbedingt anprangern muß ich noch die Kontrolle und Zensur in Druckmedien, Hörfunk und Fernsehen. Freie Meinungsäußerungen wurden rigoros unterbunden. (Heute ist es mir endlich möglich, meine Meinung unter anderem in diesem Buch frei zu äußern.) Damit wäre ich inhaltlich wieder am Beginn meiner Ausführungen angelangt – es durfte keinen Widerspruch geben, nur Einstimmigkeit im Sinne der Partei war erlaubt.

Im Frühjahr 2014 weilte ich einen Tag in Eisenhüttenstadt (weit im Osten, nahe der Oder, wo die von 1951 bis 1961 errichtete Kernstadt in DDR-Architektur heute das größte städtische Flächendenkmal Deutschlands bildet), um mich im dortigen »Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR« umzusehen und über die Vergangenheit nachzudenken. Unter anderem waren dort Wahlplakate ausgehängt, auf denen die Programme für die erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 aufgeführt wurden. Da man den »unwissenden« noch DDR-Bürgern bei ihrer Wahlentscheidung »helfen« wollte, wurde auf einem Plakat die Frage »Was ist Soziale Markt-

wirtschaft?« beantwortet. Von den großspurigen Antworten will ich nur kurz auf drei eingehen:

- *gutes Geld für gute Arbeit* (Warum hat man dann fast ein Vierteljahrhundert gebraucht, um wenigstens einen kargen Mindestlohn von 8,50 € durchzusetzen, und das auch oft nur theoretisch und viele Schlupflöcher bietend? Außerdem: Warum erhalten Leiharbeiter bei gleicher Arbeit deutlich weniger Lohn als das Stammpersonal?)
- *Wohlstand für alle und nicht Selbstbedienung von Parteibonzen* (Warum aber erhöhen sich unsere Parlamentarier regelmäßig ihre ohnehin schon beachtlichen Bezüge? Warum wird beim dienstlichen Fliegen nach Abschaffung der Reisekostenpauschale fast nur noch die Business Class / gehobene Geschäftsklasse = 2. Klasse genutzt? Economy Class / preiswertere Touristenklasse = 3. Klasse ist also zu populär für sie?)
- *ausreichend Rente, mit der sich auch im Alter leben läßt* (Das scheint inzwischen alles vergessen zu sein, denn die Altersarmut nimmt dramatisch zu)

Darunter stand noch in fetten Lettern:

Nie wieder Sozialismus !

ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND

DA DSU CDU

Kleine Erinnerung an die in Vergessenheit geratenen, unrühmlichen ostdeutschen Allianzführer:

Wolfgang Schnur	für den Demokratischen Aufbruch (DA)
Hans-Wilhelm Ebeling	für die Deutsche Soziale Union (DSU)
Lothar de Maizière	für die Christlich-Demokratische Union (CDU)

Mitunter hört man, die Menschen müssen dahin gehen, wo es Arbeit gibt – nicht umgekehrt. Aus diesem Grunde sind auch viele Bürger aus den Ost-Bundesländern gen West gegangen, oft sogar in fremde Länder und manchmal leider für immer. Es gibt aber auch andere Fälle, da kommen die Unternehmen zu den arbeitswilligen Menschen. Als »positives« Beispiel kann hierbei der finnische Telekommunikationskonzern »Nokia« mit weltweit mehreren (die Zahlen ändern sich ständig) Produktionsstätten angeführt werden. So gab es auch für einige Jahre in Bochum ein Nokia-Werk, in dem zeitweise über 4.000 Beschäftigte tätig waren. Um Arbeitsplätze zu schaffen, werden die Investoren von den Politikern mit Subventionen in Millionenhöhe umworben. Auch Steuervergünstigungen sind ein bewährtes Lockmittel. Kurzzeitig ist das durchaus interessant, doch dann wandert das Unternehmen weiter, dorthin, wo man billiger produzieren kann, wo man demnach den Gewinn maximieren kann, das heißt aber auch, wo stärker ausgebeutet werden kann. In Bochum verdienten die Arbeiter im Schnitt etwa 2.000 Euro, das war nun, nachdem alle Fördermittel abgegriffen waren, zu viel. Und so schloß Nokia 2008 das Bochumer Werk und zog nach Jucu unweit von Cluj in Rumänien. Hier erhielten die Arbeiter nur noch rund 250 Euro. Aber das war den gewinnsüchtigen Arbeitgebern noch immer zu viel. Nach 3 Jahren wanderte man nach Indien, dort konnte man die Arbeitnehmer mit 125 Euro abspeisen. Moralische Kriterien kann man von den multinationalen Konzernen nicht erwarten. Der Wanderkapitalismus breitet sich bei der Jagd nach billigen Arbeitsplätzen unaufhörlich aus. Nomaden wie Nokia kassieren gierig alle staatlichen Zuschüsse, dann zieht die »Nokia-Karawane« weiter, um an anderen Orten intensiver auszubeuten, damit die Unternehmensgewinne noch höher ausfallen. So übrigens sieht die »Philosophie« vieler Konzerne

aus. Wer wagt es, hierbei noch von »sozialer Marktwirtschaft« zu sprechen? Das ist verabscheuenswürdiger Kapitalismus. Und der kann beim besten Willen keine Zukunft haben.

Jetzt muß ich doch noch ein weiteres Mal auf die Verschwendung von Steuergeldern zu sprechen kommen, wobei ich die von vielen umschwärmte Fußball-Bundesliga ins Feld führe. Um die Sicherheit bei Menschenansammlungen zu gewährleisten, sind bei den Spielen oft hunderte Polizisten (manchmal sogar beritten) im Einsatz. Das ist absolut richtig, denn es gibt leider immer wieder Schein-Fußballfans, die eigentlich nur zum Randalieren und Prügeln ins Stadion kommen, die Raketen und qualmende Pyrotechnik zünden und Gegenstände verletzend aufs Spielfeld werfen. Ordner (auch wenn man sie »Steward« nennt, weil viele der Idioten auf den Rängen nicht mehr Deutsch verstehen) reichen zur Sicherung nicht aus, da ist zusätzlich die Polizei erforderlich. Aber warum müssen die Kosten dafür (und da kommt Einiges zusammen) vom Steuerzahler übernommen werden, selbst wenn er sich nur wenig oder überhaupt nicht für Fußball interessiert? Dafür müßten meines Erachtens die Vereine sorgen, die oft sogar Millionen für Spielereinkäufe in aller Welt ausgeben (würdeloser Menschenhandel!) und die Spieler selbst dann mit weiteren Millionen verwöhnen. Art und Umfang der Polizeieinsätze müssen natürlich von der öffentlichen Hand festgelegt werden. Wären die Vereine dafür verantwortlich, würde auf Teufel komm raus versucht werden zu sparen, was die Sicherheit leichtfertig unterminieren würde.

Sollte das Vereinsvermögen nicht ausreichen, um die Polizeiaufgebote zu finanzieren, dann müssen eben die Eintrittspreise erhöht werden. Außerdem müßte jeder Spieler eine Versicherung abschließen, die einen Teil der Kosten

für seine Sicherheit bei allen Spielen übernimmt. Selbstredend müsste man auch versuchen, die anscheinend unbelehrbaren »Krawallrandalierer« entweder auf geeignete Weise zur Vernunft zu bringen oder von der Spielbeobachtung mittels Stadionverbots komplett auszuschließen. Die jetzt noch für die Polizeipräsenz gezahlten Steuergelder können dann zielgerichtet für Familienplanung, Kinderbetreuung, Wohnen, Bildung, Gesundheitswesen und Rentenanpassung ausgegeben werden. Was halten Sie davon, liebe fußballbegeisterte Leser?



Im Mai 2014 hatte die Universität Rostock vor, dem amerikanischen Informanten oder Hinweisgeber (nicht Whistleblower, ist das klar?) Edward Snowden für dessen Enthüllungen über die Abhörpraktiken des US-Geheimdienstes NSA die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Doch im letzten Moment stoppte der Uni-Rektor Wolfgang Schareck das Verfahren. »Die Übergabe eines Datenbestandes an Medien mit dem Ziel der Veröffentlichung sowie die Auslösung eines wissenschaftlichen Diskurses über Aktivitäten von Geheimdiensten könne nicht als wissenschaftliche Leistung gewertet werden«, so seine Rückzieher-Begründung.

Der ehemalige Bundespräsident, Joachim Gauck, ist seit 1999 Ehrendoktor der Universität Rostock, denn er hatte einst als Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde viele Daten der Öffentlichkeit präsentiert. Wo hierbei eine wissenschaftliche Leistung des einstigen Pastors zu erkennen ist, will sich mir nicht so recht erschließen. Werden unterschiedliche Meßlatten angelegt oder spielt ganz einfach nur Angst eine Rolle? Die deutsche Regierung wagt es ja auch

nicht, Herrn Snowden nach Berlin einzuladen, um ihn als wichtigen Zeugen vor einem Untersuchungsausschuß zur Abhör-Affäre zu befragen und dabei seine absolute Sicherheit zu garantieren. Nein, das Wagnis geht man nicht ein. Es wäre als Affront gegenüber unseren »Göttern« hinterm großen Teich zu bewerten, die Snowden als Vaterlandsverräter ansehen und ihn somit hart bestrafen und möglicherweise sogar hinrichten würden. Den unnütz plappernden Politikern in Deutschland – dazu zählen nicht alle, aber die meisten schon – fehlt es an jeglicher Courage; sie haben einfach keinen Mumm.

Warum eigentlich tummeln sich in unserem Land noch immer viele Tausend US-Soldaten? Der »Kalte Krieg« war nach dem Fall der Mauer und des »Eisernen Vorhangs« zum Glück vorüber. Warum also ist Deutschland dann weiterhin von ausländischen Armee-Einheiten besetzt? Die Sowjetarmee im Osten unseres inzwischen territorial vereinten Landes hatte Deutschland komplett bis zum 31. August 1994 verlassen – als einzige (!) der alliierten Truppen übrigens. Hierzu wird von der Bundesregierung argumentiert:

»Während sowjetische Truppen in der ehemaligen DDR von der dortigen Bevölkerung in erster Linie als Besatzer betrachtet wurden, da sie ein vom Volk nicht erwünschtes Regime stützten, entwickelten sich die Streitkräfte der westlichen Alliierten in der Bundesrepublik zu Partnern und Freunden.«

Ich kann dazu nicht viel sagen, denn ich hatte nie Kontakt zu den in Deutschland stationierten sowjetischen, erst recht nicht zu amerikanischen, britischen oder französischen Militärs. Grob betrachtet und mit einigen Einschränkungen könnte die Aussage durchaus der Wahrheit entsprechen. (Erinnern muß ich jedoch – und eine gewisse Skepsis will sich nicht auflösen – an die skan-

dalösen Statisteneinsätze deutscher Bürger bei der US-Army in Bayern – siehe erinnernd Seite 158.)

Trotz allem sei die Frage erlaubt, weshalb sich immer noch ausländische Streitkräfte bei uns aufhalten? (Für Berlin fand die Verabschiedung der Westalliierten am 8. September 1994 statt. Die Hauptstadt war damit komplett »besatzungsfrei«.) Im Westteil Deutschlands wurde die Stärke der Streitkräfte bis 1995 zwar deutlich reduziert, aber sie gingen nicht gänzlich in ihre Heimat zurück. Bislang haben sich sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen aller Stationierungsstaaten – mit Ausnahme unseres Nachbarn Frankreich – für eine Fortsetzung der Stationierung ausländischer Streitkräfte in Deutschland ausgesprochen. (Selbst Kanada hat sich nach 1995 nicht restlos zurückgezogen.) Eine Bundesregierung, die um die Besetzung des von ihr zu vertretenden und zu betreuenden Territoriums regelrecht bettelt, kann bei der erkennbaren Entscheidungsschwäche nur als höchst fragwürdig eingestuft werden. Eine verantwortungsfreudige und zuverlässige Erfüllung hoheitlicher Aufgaben im Interesse der deutschen Bevölkerung ist bei solch demütiger Denk- und Handlungsweise unserer Staatsspitze kaum zufriedenstellend zu gewährleisten. Deutliche Korrekturen bezüglich Zuständigkeit und Ausführung sind für eine garantierte Souveränität in unserem Land wohlmeinend angeraten, ja sogar dringend vonnöten.

Für die USA ist Deutschland das »Hauptstationierungsland« in Europa. Gegenwärtig sind etwa 56.000 US-Militärangehörige überwiegend in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz stationiert. Die britischen Streitkräfte sind mit rund 16.000 Militärangehörigen vor allem in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen vertreten. Das französische Heer ist

seit 2008 nur noch an den Stützpunkten der Deutsch-Französischen Brigade in Deutschland anzutreffen. Im Sommer 2014 wurde sogar entschieden, die knapp 1.000 Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade aus Donaueschingen abzuziehen. Die Bundesregierung hatte nach eigenen Angaben versucht, den Abzug der Franzosen zu verhindern (man mag es kaum glauben), sie konnte die Regierung in Paris aber nicht umstimmen, denn Frankreich wollte und mußte seine Militärausgaben reduzieren. Für Donaueschingen im Schwarzwald mit seinen 21.000 Einwohnern war das ein schwerer Schlag, denn ein wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsmotor ging somit verloren.

Die Beendigung ausländischer Militärpräsenz hat für die betroffenen Regionen stets unterschiedliche Wirkung. So profitiert man in den Ballungsräumen von frei werdenden Wohnungen, Kasernen und Grundstücken; strukturschwache Gebiete hingegen leiden unter dem Abbau von Arbeitsplätzen und Kaufkraft. Doch all das kann kein rechtfertigender Grund sein für die andauernde Anwesenheit ausländischer Streitkräfte oder gar für die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden. Wie in der ARD-Sendung »Monitor« am 19.06.2014 berichtet wurde, lagern noch immer US-Atombomben im Gebiet der Eifel – schier ohne Ende. Und durch das ZDF-Magazin »Frontal 21« vom 22.09.2015 wurde bekannt, daß die auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz stationierten 20 Atombomben demnächst durch neue, noch gefährlichere vom Typ B61-12 ersetzt werden sollen. Im Auftrag der Nato müßten dann deutsche Tornado-Piloten mit diesen US-Nuklearwaffen mörderische Angriffe fliegen. Deutschland hatte sich jedoch schon vor Jahren verpflichtet, nicht über Atomwaffen zu verfügen, weder direkt, noch indirekt. Die von den USA befohlene »nukleare Teilhabe« widerspricht einer solchen Verpflichtung und verschärft unnötig die Spannungen zwischen Ost

und West. Die deutschen Politiker sollten ihre Bürger nicht respektlos belügen und sich nicht als willfährige Handlanger des US-Militärs mißbrauchen lassen. Die Atomwaffen müssen generell geächtet und umgehend aus Deutschland entfernt werden. Nur das gilt!

Die Zeit scheint reif dafür zu sein, sämtliche Militärbasen bei uns aufzulösen, damit alle Truppen aus dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik abziehen können. Das Trauma des Kalten Krieges ist erfreulicherweise Vergangenheit, und so dienen heute die US-Militärstützpunkte nur noch der Herrschaftsausübung über die Staaten der Europäischen Union. Die US-Regierung mit ihren Militärs und die dahinter stehenden wirtschaftlichen Interessengruppen verfolgen außerdem die Taktik, ihren Einfluß und die Macht der Nato »säbelraselnd« nach Osten auszudehnen. Die berechtigten Sicherheitsinteressen Rußlands werden auf diese Weise eindringlich bedroht. Inzwischen gehören die einstigen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen der EU an und sind Mitglied der Nato. Estland und Lettland haben an ihren Ostflanken sogar eine gemeinsame Grenze mit Rußland. 2017 sind neben den USA, Kanada und der Türkei noch 26 europäische Staaten Nato-Mitglied, unter anderem auch alle Länder des ehemaligen Warschauer Paktes (einst mit der Sowjetunion, jetzt gegen Rußland). Und was soll man davon halten, da die USA ihre militärische Präsenz in Osteuropa verstärken und mit anderen Nato-Staaten (auch Deutschland) mehrere Bataillone vor allem nach Polen und dem Baltikum entsenden? Wenn das kein bedrohliches Gebaren gegenüber Rußland sein soll, was dann? Und nun grummelt auch noch das Gezeter, Zerren und Balgen um die Ukraine. Wohin mit diesem Land? Zur EU und dann möglichst schnell zur Nato oder lieber zu Rußland, oder sollte einfach nur eine souveräne Selbständigkeit der Ukraine angestrebt werden? Vernünftig-

tig finde ich den Vorschlag, daß die Ukraine »ein Brückenland zwischen der EU und Rußland« werden sollte. Empfehlenswert wäre dann meines Erachtens, wenn die Ukraine nach einer friedlichen Konfliktlösung strikt den Status der politischen Neutralität annähme – zunächst für die garantierte Dauer von 10 Jahren. Danach sollte die Bevölkerung über den weiteren politischen Weg abstimmen (entweder Verbleib bei der souveränen Neutralität oder Anschluß an EU bzw. Rußland). Ob solch ein Konzept mit dem Ziel ukrainischer Unabhängigkeit umgesetzt werden könnte, ist im globalen Machtgerangel allerdings mehr als fraglich. Keine Bevormundung oder Beeinflussung wäre für die Menschen dort am besten, doch keine Seite – weder West noch Ost – wird das Streiten und Lügen einstellen. Nein, jede Seite will unbedingt Machtzuwachs, und das könnte gefährliche Auswüchse annehmen. Der Kalte Krieg ist damit leider wieder in Gang gekommen; hoffentlich wird es kein Heißer Krieg! Um des Himmels willen!

Wie gelegentlich zu vernehmen ist, hatte im Februar 1990 der damalige Außenminister Genscher bei Verhandlungen zur deutschen Einheit den sowjetischen Gesprächspartnern versprochen, die Nato werde in östlicher Richtung »um keinen einzigen Zoll ausgedehnt.« Daran kann sich auf westlicher Seite heute keiner mehr erinnern, ein Versprechen wird gar geleugnet. Es gibt hierzu unterschiedliche Auffassungen und Auslegungen. Wer soll das versprochen haben – der deutsche Außenminister Genscher, der amerikanische Außenminister Baker, Bundeskanzler Kohl, Präsident Bush oder einfach nur »der Westen«? Man weiß von nichts. Ein rechtlich klares, formelles Versprechen gab es möglicherweise nicht, aber vor allem britische und deutsche Dokumente sollen eindeutig belegen, »dass der Westen alles getan hat, den Sowjets den Eindruck zu vermitteln, eine Nato-Mitgliedschaft von Ländern

wie Polen, Ungarn oder der ČSSR sei ausgeschlossen.« Daß die tatsächliche Entwicklung von russischer Seite als Betrug gewertet wird, kann kein rechtschaffener Mensch in Frage stellen.

Auch Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow, ein entscheidender Wegbereiter der deutschen Einheit, ist enttäuscht und erhebt schwere Vorwürfe gegen den Westen, seine Zusagen nach der Wende 1989 nicht gehalten zu haben. Statt dessen hätten sich vor allem die USA zum »Sieger im Kalten Krieg« erklärt. Der Westen setze mit seiner Politik in der Ukraine-Krise alles aufs Spiel, was damals gewonnen wurde. In den vergangenen Monaten des Jahres 2014 habe sich so bereits ein »Zusammenbruch des Vertrauens« vollzogen. Gorbatschow kritisierte bei seinem Deutschlandbesuch zum 25. Jahrestag des Mauerfalls die USA dafür, daß sie sich unentwegt in innere Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. *»Ob es schlecht oder gut ist, ist ihnen egal. Wichtig ist ihnen nur, daß sie sich reinhängen.«* Und seine Kritik gipfelt in der Aussage: *»Es gibt heute eine große Seuche – und das sind die USA und ihr Führungsanspruch.«* Er empfahl außerdem: *»Laßt uns daran erinnern, daß es ohne deutsch-russische Partnerschaft keine Sicherheit in Europa geben kann.«* Ich kann diese Feststellungen nicht in Frage stellen und Gegenargumente vorbringen.

Die Ukraine ist nicht nur geographisch als unmittelbarer Nachbar, sondern auch geschichtlich, religiös, ethnisch, also kulturell sowie in ihrer Art des Denkens und Fühlens und vor allem sprachlich viel enger mit Rußland verbunden als mit den USA. Da stellt sich natürlich die Frage: »Was wollen die Amerikaner überhaupt in der Ukraine?« Ganz einfach, sie wollen ihre Macht ausweiten, ihre Weltherrschaft festigen und den Russen, die sie als

kommunistische und somit feindliche Gegner betrachten, immer dichter »auf die Pelle rücken«. (Und mit unterstützenden Dollars wird – Honig ums Maul schmierend – manche ukrainische Meinung in ihrem Interesse zurechtgebogen. Man nennt das schlicht auch Korrumpierung.) Daß sich die Russen dagegen sträuben und beharrlich wehren, ist logisch und so sicher wie das Amen in der Kirche. Wenn Sie, liebe Leser, mir nun unterstellen wollten, ich sei ein »Putin-Versteher«, dann widerspräche ich Ihnen vom Grundsatz her kaum. Doch ganz so einfach läßt sich das alles nicht erklären; es ist sehr unübersichtlich. Beide Seiten begingen und begehen Fehler. So bringen beispielsweise Sanktionen gar nichts, denn jede Aktion der einen Seite führt zu einer Re-Aktion der anderen Seite. Damit »schauelt man sich nur hoch« bis es eines Tages tatsächlich zum großen »Knall« kommen könnte, erst recht, wenn von westlicher Seite Waffen für eine angebliche Konfliktlösung geliefert würden. Geduldige Gespräche und diplomatische Verhandlungen – selbst mit hinnehmbaren Kompromissen – sind der einzig sinnvolle Weg, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Das muß das alleinige Ziel sein!

Die mögliche Ausschließlichkeit bei einem Assoziierungsabkommen mit der Ukraine nach der Devise, ihr gehört jetzt zu dieser oder jener Seite, wäre meines Erachtens nicht das beste Ergebnis. Doch von westlichen Politikern ist immer öfter zu hören: »Wir wollen die Ukraine fest an die EU binden« – und damit Rußland ärgern und schwächen. Und das möglichst schnell. (Da für die Ukraine bei einem hastigen EU-Beitritt – erst recht bei einer denkbaren Euro-Einführung – die üblichen Konvergenzkriterien dann in leichtfertiger Art wahrscheinlich überhaupt nicht in Betracht gezogen werden, würde nach solch einem konfusem Ukraine-Umgang die EU in wirtschaftliche Turbulenzen geraten.) Am 16.09.2014 wurde kurzerhand zwischen der EU und der

Ukraine ein Abkommen unterzeichnet, das zunächst eine politische Annäherung vorsieht. Damit jedoch wurden Rußlands Sicherheitsinteressen ein weiteres Mal deutlich bedroht. Wer das leugnet, versteht die Welt nicht oder will sie nicht verstehen. Ich bin mir ziemlich sicher, daß Rußland eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine niemals hinnehmen würde. Das käme einer bitteren, unerträglichen Niederlage gleich, und die unmittelbare Bedrohung vor der eigenen »Haustür« wäre einfach zu groß. Nein, das wird Rußland auf gar keinen Fall billigen. Wenn die Nato dennoch den Russen an die Gurgel springen und diese zudrücken wollte, dann würde sich Rußland mit allen erdenklichen Kräften gegen den Untergang stemmen und wehren. In letzter Konsequenz wären militärische Gegenaktionen, gleich welcher Art, zu befürchten. Die Nato darf im vereinnahmenden Umgang mit der Ukraine »den Bogen auf keinen Fall überspannen«! Man muß Rußland ernst nehmen – das mußten beispielsweise schon Napoleon und Hitler schmerzlich erfahren. Amerikanische Arroganz wäre heutzutage katastrophal. Weiter will ich mich dazu hier nicht äußern; es ist alles recht undurchsichtig, diffus und verworren. Beide Seiten beurteilen den Konflikt immerfort anders und erklären alles nur aus ihrem interessengesteuerten Blickwinkel.

Objektive Berichte und ehrliche Darstellungen gibt es leider kaum.

Jede US-Regierung machte im Auftrag von Kapital und Wirtschaft stets nur das, was für das Erreichen ihrer Ziele am geeignetsten erschien und was am schnellsten realisiert werden konnte – auch gegen den Willen und ohne Einverständnis der Weltbevölkerung.

- *So wurden die beiden einzigen Atombomben, die jemals auf besiedelte Gebiete abgeworfen worden sind, ohne militärische Notwendigkeit auf Befehl der »US Army Air Forces« von amerikanischen Bombern todbringend ausgeklinkt.*
- *So wurde ein Teil eines souveränen Staates rigoros in Beschlag genommen, um im Lager von Guantánamo Greueln an Gefangenen auszuüben – und das, obwohl dieser Umstand weltweit angeprangert wird und Kuba keine Besetzung seines Landes wünscht.*
- *So wurde ein Krieg gegen den Irak vom Zaun gebrochen, gegen den sich die meisten Nato-Verbündeten, aber auch Rußland und China, ausgesprochen hatten und der somit keine Legitimation des UN-Sicherheitsrates erhielt. Auch die fadenscheinige Begründung für den Krieg, der Irak besäße Massenvernichtungswaffen, entsprach nicht den Tatsachen. Und, und, und ...*

Die US-Amerikaner glauben, sich als Weltmacht alles erlauben zu können. Sie schnipsen mit den Fingern und erwarten, daß die Nato-Partner dann ihre Soldaten in unsinnige Kriege schicken, um amerikanische Interessen durchzusetzen und ihr kostbares Leben dafür zu riskieren. Das Atlantische Bündnis hatte Sinn, solange es den Warschauer Pakt gab. Inzwischen ist die Nato nur noch ein handlangerndes Werkzeug für US-Amerika. Deshalb sollte der Nordatlantik-Pakt schnellstmöglich aufgelöst werden, auch wenn das die USA nicht wollen und einen solchen Akt fürchten, wie der Teufel das Weihwasser. Sollten der stärksten Militärmacht der Welt ohne willfährige »Partner« tatsächlich vor Angst die Knie schlottern?



An einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen der EU und Rußland sind die USA per se nicht sonderlich interessiert. Statt dessen soll das Transatlantische Freihandels-Abkommen TFA (Transatlantic Trade and Investment Partnership = TTIP) beschleunigt auf den Weg gebracht werden, mit der die EU – vor allem Deutschland als einstiger »Exportweltmeister« – an die USA gekettet werden soll. Ein solches Handelsabkommen ist höchst umstritten, denn es besteht die Gefahr, daß europäische Normen und Regeln unterlaufen oder ausgehöhlt werden. Ja, das wird – darauf kann man sich getrost verlassen – garantiert geschehen. An dieser Freihandelszone, bei der sämtliche Zölle auf den bilateralen Warenhandel abgeschafft werden sollen und die eine wirtschaftliche Abkehr von Rußland bewirken soll, profitieren in erster Linie die USA. Andernfalls hätten sie auch kein Interesse daran.

Die Befürworter dieser Freihandelszone, also die weltweit ausschließlich nur profitorientiert agierenden Industrielobbyisten, versprechen großspurig mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze und daraus folgernd mehr Wohlstand – alles jedoch ohne jeglichen Beweis, nur »schöne Worte«. Zum andern gibt es, vor allem in Europa, jede Menge Kritik. In erster Linie besorgniserregend ist das »geplante Sonderklagerecht für Großkonzerne. Die könnten künftig vorbei an unserem Rechtsstaat Milliarden einklagen, wenn ihnen politische Entscheidungen nicht passen.« US-Konzerne können somit (und werden es mit Sicherheit tun) den deutschen Staat verklagen.

Bereits jetzt hat der schwedische Konzern Vattenfall eine Klage eingereicht, weil infolge des von der Bundesregierung beschlossenen Atomausstiegs dem Unternehmen Vattenfall angeblich erhebliche Gewinne entgangen seien.

Die diesbezügliche Entscheidung trifft nicht etwa ein reguläres Gericht in Deutschland, sondern ein geheimes internationales Schiedsgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Es dürfte selbst für verklemmte deutsche Politiker klar sein, daß bei solchen Schiedsgerichten die USA das Sagen haben. Das geht nun wirklich nicht. Nein, dem amerikanischen Streben nach ungestörter Bevormundung muß energisch widersprochen werden, denn hier wird versucht, hoheitliche Grenzen in beherrschender Weise zu überschreiten. Da kann ich nur sagen: Stopp, aus und Schluß damit! Im Internet ist unmißverständlich nachzulesen: »Konzerne sollen Staaten verklagen können, wenn neue Umwelt- oder Sozialgesetze ihre Gewinnerwartungen schmälern.« Das bedeutet eindeutig, daß Regierungen in der Europäischen Union zu entmündigten Zappelfiguren auf einer Marionettenbühne herabgestuft würden. Übrig bliebe eine von den Weltkonzernen, den »Global Playern«, gesteuerte internationale Hyänendiktatur unter Führung der USA. Europäische Politiker wären dann überflüssig, könnten ihre Büros schließen und demutsvoll erklären: Laßt das mal die Amis machen – allen voran deren Banken- und Konzernbosse.

Vielleicht erwachen die Europäer aber doch noch und besinnen sich auf ihre geschäftlichen Wertvorstellungen und ihre »Kaufmannsehre«. Nach dem Bekanntwerden der NSA-Spähaffäre spüre ich so etwas wie hoffnungserfüllte Erleichterung, wenn ich sehe, daß die Deutschen allmählich erkennen, man darf den US-Amerikanern in Politik und Wirtschaft nicht blindlings vertrauen. Oder stellt sich meine Wahrnehmung nur als ein bald verglühendes Aufflackern heraus? Eine trügerische Hoffnung wäre höchst bedauerlich, wenn nicht gar bedenklich.

Wer müsste bei erfolgreichen Klageführungen der USA eigentlich zahlen? Die Politiker garantiert nicht, es sind immer wieder die braven Steuerzahler. Nun reicht's aber langsam. Es gibt somit nur eine vernünftige Antwort: Hände weg von diesem nur Amerika nützenden »Freihandelsabkommen«! Sonst geht das Volk konsequent auf die Straße. Und dann ...

Mit bereits existierenden »Investorenschutzklauseln« könnten die US-Amerikaner auch ihre für Menschen und Umwelt sehr riskanten Fracking-Pläne zum Bohren nach Gas oder Öl in Deutschland erzwingen. Gewinne für die USA sind natürlich wichtiger als die Reinhaltung des Grundwassers in Deutschland und die Gesundheit der deutschen Bürger. Wenn die Bundesregierung vernünftigerweise und im weitverbreiteten Interesse ihrer Bürger den USA das »Fracking-Bohren« untersagt, dann werden die amerikanischen Konzerne hohe Strafen für entgangene Gewinne fordern.

Eine bodenlose Frechheit! Die profitgierigen Konzerne wollen allzugern »freie Hand« haben und ungestört eigennützig bestimmen. Wir brauchen unbedingt mehr Eigenständigkeit. Warum eigentlich wollen die Amis ausgerechnet bei uns mit giftigen Chemikalien bohren? In den USA haben sie viel mehr Platz dafür, das sollte genügen!

Falls nun deutsche Politiker aus Angst vor hohen Strafzahlungen schwachsinnige Entscheidungen treffen würden, dann hieße das, sie würden das deutsche Staatsgebiet als Spielfeld für ausländische »Geier« freigeben. Und tatsächlich wurden die Verbotspläne »aufgeweicht«. Nun soll die Förderung von Schiefergas mittels Fracking unter fragwürdigen Auflagen in Deutschland erlaubt werden. Hat die deutsche Politik bereits ihre Unabhängigkeit

aufgegeben, Entscheidungen stets im Interesse der deutschen Bürger zu fällen? Wo ist unsere Freiheit geblieben?



Warum nur gibt es seit Menschengedenken bis in unsere Gegenwart immer wieder kriegerische Auseinandersetzungen? Machtbesessene Herrschsucht, unbändige Geldgier und religiöser Fanatismus, die gegen anders Denkende und Glaubende unablässig Haß säen, haben seit Jahrhunderten Mord und Tod über die Menschheit verbreitet. Der Kampf um Macht und Größe scheint kein Ende nehmen zu wollen.

Wenn ich mein bescheidenes Leben betrachte, kann ich eigentlich sehr entspannt und ohne jegliche Schuldgefühle darauf zurückblicken, denn ich habe nie auf einen Menschen geschossen. Keinen einzigen Schuß habe ich abgefeuert – nicht während des »heißen« und nicht während des »kalten« Krieges, nicht um zu erobern, nicht um meine Landsleute an der Flucht zu hindern und nicht, um die Staatsgrenze zu schützen. Ich muß all den gütigen Umständen und glücklichen Zufällen sehr dankbar sein, daß sie mir solch schreckliche Situationen »vorenthalten« haben.

Auch in Afrika oder anderen Teilen der Welt habe ich niemals geschossen – etwa auf Tiere, um Elfenbein und Jagdtrophäen zu besitzen. Nein, ich habe nicht einmal auf einheimische Tiere für den Verzehr geschossen, also nicht auf Hirsch, Reh, Wildschwein oder Hase. Und ich habe während meiner Untätigkeit auf diesem Gebiet nicht die geringsten Entzugserscheinungen ge-

spürt. Der Verzicht aufs Morden funktioniert problemlos! Man muß sich nur beherrschen, um nicht stets der »Größte« sein zu wollen.

Remarque stellte in seinem Roman »Arc de Triomphe« fest:

»Der Mensch, der die Worte Liebe, Güte und Barmherzigkeit erfunden hat, [...] ist die einzige Rasse der Welt, die sich immerfort selbst bekriegt, bekämpft und tötet.«

Warum nur immer wieder diese unsinnigen Kriege? Es muß doch möglich sein, daß die Menschen friedlich miteinander leben. Dazu müssen nur Vernunft und Verstand eingesetzt werden. (Wieder so eine Vision, die bei politischen »Schaltheblern« meist nur mitleidiges Lächeln hervorruft.) Ein ums andere Mal stelle ich mir die Frage: Warum sollte die Welt nicht ohne Kriege existieren können? Warum sollte das nicht zu schaffen sein? Warum denn bloß nicht ??? Es muß sogar bald geschehen, sonst gnade euch Gott ...



Allerhöchste Zeit zur Besinnung

Die Menschheit lebt in der Gegenwart und denkt meist auch nur in diesem »Zeitfenster«. Wenn doch mal ein Blick in die Zukunft gerichtet wird und sich dabei schwierige Szenarien andeuten, dann wird dies – auf ein paar Jahre Glück hoffend – leichtfertig mit der Bemerkung abgetan: »Nach mir die Sintflut«. Eine solche Formulierung ist inzwischen überholt, denn das »nach mir« gilt nicht mehr generell. Die Menschen werden nach einem überschaubaren Zeitabschnitt die von ihnen selbst hervorgerufene »Sintflut« grauenvoll erleben müssen und darin mit großer Wahrscheinlichkeit untergehen. Das hat nichts mit religiösem Glauben und einer Strafe Gottes zu tun, das ist die sachliche Auswertung meteorologischer Entwicklungen. Infolge des Klimawandels steigt zum einen der Meeresspiegel unablässig an, zum anderen vertrocknen stetig größer werdende Gebiete. Der Lebensraum wird somit immer enger, während die Zahl der Menschen auf unserem Planeten Erde zunimmt. So scheint eine schauderhafte unvorstellbare Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Wenigstens eine Verzögerung, eine Verschiebung des Unheils wäre möglich, wenn doch die Menschen verantwortungsvoller mit ihrer Umwelt, ihrem Lebensbereich umgehen würden. Noch aber raffen sich viel zu Wenige dazu auf. Das genügt niemals. Also – aufwachen!

Trotz intensiven Überlegens gelingt es mir nicht zu begreifen, weshalb so viele Menschen religiös gläubig sind. Wieso glaubt man, daß nach dem Tode die Seele (was soll das eigentlich sein?) in den Himmel aufsteigt? Natürlich nur die der Frommen, also der Guten. Die »bösen Seelen« müssen dagegen in der Hölle qualvoll leiden. Betrachten wir lieber die »guten Seelen«, für die im

ewigen Jenseits des Himmels nun endlich ein besseres, »zweites Leben« anbricht. Denn hier oben ist das helle Reich Gottes, der zuverlässig für Gerechtigkeit und Frieden sorgt. Schön wär's, wenn es so wäre, wenn es das »Paradies Gottes« gäbe.

Doch das alles sind unerfüllbare Wünsche, nebulöse Illusionen und wirre Phantastereien. Ich frage mich immer und immer wieder, wenn es denn einen Gott gäbe, warum läßt er es beispielsweise zu, daß sich die Menschen in nicht enden wollenden Kriegen millionenfach umbringen oder daß oft mit fürchterlichen Krankheiten ein jammervolles Leben zu erdulden ist? Er soll doch angeblich die Menschen und ihren Lebensraum erschaffen haben, aber er ist unfähig korrigierend einzugreifen, wenn alles aus dem Ruder läuft.

Religiöser Glaube war gerade noch nachvollziehbar zu Zeiten, als die Menschen annahmen, die Erde sei eine Scheibe, über die sich das Himmelsgewölbe mit einem wachenden Gott spannt. Seit langem weiß man aber, daß das Universum nahezu unendlich scheint und sich darin die Himmelskörper der kosmischen Systeme oft mehr als 100 Millionen Lichtjahre voneinander entfernt nach allen Richtungen bewegen. Wo sollte sich da ein göttliches Wesen aufhalten können?

Weshalb glauben dennoch sehr viele Menschen an einen Gott und die vorgegaukelten Weissagungen? Es scheint eine Art »Gehirnwäsche« zu sein, denn wenn man schon Säuglinge mit religiösen Märchen »einlullt« und wenn die empfängliche Jugend bereits »von Kindesbeinen an« in ehrfurchtgebietende Gotteshäuser gedrängt wird, dann halten diese das für normal und all das, was sie dabei erfahren, muß wohl richtig sein. Das ist von Generation zu Generation schier endlos zu beobachten, und so scheint die Gläubigkeit inzwi-

schen sehr fest in vielen Köpfen und Herzen verwurzelt. Daran kann man kaum etwas ändern, und ich will es erst recht nicht. Ich schüttel nur verwundert den Kopf und hebe ratlos die Schultern.

Natürlich muß die Glaubensfreiheit gewährt und garantiert werden, auch wenn dahinter nur liebliche und anrührende Märchen stehen, die von redewandten Religionsführern geschürt werden, um deren unbändigen Macht hunger zu stillen. Doch wenn anderenfalls die Gläubigen mit ihren Träumen Selbstsicherheit erlangen, wenn das oft harte Leben leichter zu ertragen ist, wenn Menschlichkeit und Nächstenliebe das Miteinander bestimmen und wenn letztlich die Angst vor dem Tode gemildert oder gar genommen wird, dann ist Glauben nicht zu verdammen. Er darf nur nicht für unselige Machtkämpfe mißbraucht werden. Aber so einfach ist das mitunter nicht. Da ist noch jede Menge Denkarbeit unerlässlich.

Als sich nach dem Putschversuch in der Türkei Hunderttausende am 7. August 2016 in Istanbul zu einer Großkundgebung versammelt hatten, wurden von den Demonstranten – so berichteten die Medien – Transparente mit Aufschriften folgenden Inhalts getragen: »Du bist ein Geschenk Gottes, Erdoğan« oder »Befiehl uns zu sterben, und wir werden es tun«.

Wie kann so etwas heutzutage noch möglich sein – solch eine Massenhysterie verblendeter Islamisten? Das ist Fanatismus bar jedes Geistes, und der ist alarmierend.

Eine Emnid-Umfrage vom Juni 2016 bei Muslimen mit türkischen Wurzeln ergab: Für 47 Prozent (so viele gaben es zu, tatsächlich sind es sicher mehr) ist ihre Religion wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem sie leben. Für sie gelten allein Scharia und Koran; unser Grundgesetz mit friedlich-demo-

kratischen Regeln interessiert sie einfach nicht. So kann eine Integration bei uns niemals funktionieren. Nein, der Islam gehört nicht zu Deutschland. Oder sehe ich hier etwas falsch?

Das Fazit meiner »religiösen« Überlegungen will ich Ihnen nicht vorenthalten, liebe Leser. Auch wenn mich die halbe Welt (oder noch mehr) verfluchen wird und »zum Teufel jagen will« (obwohl die Existenz eines Teufels getrübler Phantasie entsprungen ist) muß ich es der Wahrheit halber und voller Überzeugung aussprechen: Religionen – egal aus welcher Richtung oder mit welcher Zielstellung – sind die größten und dauerhaftesten Lügen der Menschheitsgeschichte. Weltumspannendes Theater – lieblich dargestellt, oft aber mörderisch agierend. Das ist meine unumstößliche Meinung, und dazu stehe ich – »So wahr mir Gott helfe!!!«

Als Donald Trump im November 2016 die Präsidentschaftswahl in den USA gewonnen hatte, erklärte der Vatikan, daß er Trump ins Gebet einschließen werde, damit Gott ihn »erhelle«. Wollen denn die wunderlichen Märchenstunden kein Ende nehmen?

Zum Abschluß dieses Buches lasse ich noch einmal Erich Maria Remarque zu Wort kommen:

»Alles war dutzendmal dagewesen. Die Lügen, die Treubrücke, die Morde, die Bartholomäusnächte, die Korruption durch den Willen zur Macht, die unablässige Kette der Kriege – die Geschichte der Menschheit war mit Blut und Tränen geschrieben, [...] es war immer dasselbe, und immer wieder waren geduldige Völker da, gegeneinander getrieben in sinnlosem Töten für Kaiser, Religionen und Wahnsinnige – es hatte kein Ende.«

Warum nur schaffen es immer wieder herrschende Minderheiten, »ihr« Volk in Kriege zu treiben, obwohl die überwiegende Zahl aller Menschen den ausdrücklichen Wunsch nach Frieden hat? Warum gelingt es nicht, die Ratte im Menschen zu ersäufen?

